

(A)

(C)

238. Sitzung

Berlin, den 30. Juni 1994

Beginn: 10.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Sitzung in Berlin. Ich eröffne die Sitzung und komme zunächst zu einigen Mitteilungen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die heutige Tagesordnung um drei Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses erweitert werden. Es handelt sich um die Beschlußempfehlungen zum Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz auf Drucksache 12/7832, zum Fünften Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes auf Drucksache 12/7996 und zum Sachenrechtsänderungsgesetz auf Drucksache 12/8204.

(B) Die Zusatzpunkte werden heute am Ende der Tagesordnung aufgerufen. Sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall. Dann können wir so verfahren.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Verfassungsdebatte

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a)

— Drucksache 12/6633 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

— Drucksache 12/8165 —

Berichterstattung:

Abgeordnete Hermann Bachmaier

Norbert Geis

Dr. Uwe-Jens Heuer

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster)

Detlef Kleinert (Hannover)

Dr. Jürgen Schmude

Dr. Rupert Scholz

Dr. Wolfgang Ullmann

Dr. Hans-Jochen Vogel

Burkhard Zurheide

- b) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes**

— Drucksache 12/6323 —

- aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

— Drucksache 12/8165 —

Berichterstattung:

Abgeordnete — wie bei 17 a —

- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 12/8166 —

Berichterstattung:

Abgeordnete Adolf Roth (Gießen)

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Thea Bock

(D)

- c) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes**

— Drucksache 12/6570 —

- aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

— Drucksache 12/8165 —

Berichterstattung:

Abgeordnete — wie bei 17 a —

- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 12/8167 —

Berichterstattung:

Abgeordnete Thea Bock

Adolf Roth (Gießen)

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

- d) Zweite und dritte Beratung des von dem Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verfassungsreform**

— Drucksache 12/6686 —

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth

- (A) aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache 12/8169 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Thea Bock
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
- e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Durchführung eines Verfassungsreferendums nach Artikel 146 des Grundgesetzes
— Drucksachen 12/6716, 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —
- f) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann, Werner Schulz (Berlin), Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes über die Direktwahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin
— Drucksache 12/6105 —
- (B) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —
- g) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ingrid Köppe, Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Betr.: Datenschutz und Informationsfreiheit)
— Drucksache 12/5695 —
Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —
- h) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann, Ingrid Köppe, Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz
— Drucksache 12/3826 —
- aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —

- Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a — (C)
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache 12/8168 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Thea Bock
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
- i) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a)
— Drucksache 12/7109 —
Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —
- j) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu dem Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages
— Drucksachen 12/1590, 12/1670 — und Beschluß des Bundesrates — Drucksache 741/91 (Beschluß) —
— Drucksachen 12/6000, 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a — (D)
- k) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck, Dr. Christoph Schnittler und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a)
— Drucksache 12/6708 —
(Erste Beratungen 140., 199., 202., 209., 219. Sitzungen)
Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/8165 —
Berichterstattung:
Abgeordnete — wie bei 17 a —

Es liegen zahlreiche Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag vor. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die Aussprache bis ca. 17 Uhr dauern. Sind Sie damit einverstanden? — Auch das ist der Fall. Um ca. 17 Uhr werden die Abstimmungen beginnen. Zahlreiche Abstimmungen werden namentlich erfolgen. Dabei wird teilweise nach dem gewohnten Verfahren mit den Abstimmungskarten abgestimmt. Einige Abstimmungen erfolgen mit besonderen Stimmzetteln. Die Stimmzettel werden eine Stunde vor Beginn der Abstimmung hier im Plenarsaal und an den Eingangstüren verteilt. Das Abstimmungsverfahren wird vor den Abstimmungen erläutert.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth

- (A) tert. Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung werden, soweit sie nicht schriftlich zu Protokoll gegeben werden, nach den Abstimmungen aufgerufen.

Ich weise darauf hin, daß nach den Abstimmungen zur Änderung des Grundgesetzes noch weitere Abstimmungen zu drei Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses und zum Gesetzentwurf zur Regelung der finanziellen Voraussetzungen für die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg durchgeführt werden. Debatten sind dazu nicht vorgesehen.

Ich komme nun zur Eröffnung der Aussprache. Als erster Redner hat Kollege Dr. Friedrich-Adolf Jahn das Wort.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! **Verfassungen** beinhalten auf höchster Normebene den **Grundkonsens der Gesellschaft**. Verfassungen müssen deshalb mehr sein als nur eine Momentaufnahme politischer Mehrheitsverhältnisse. Verfassungsänderungen haben sich auf das sachlich Unabdingbare zu beschränken. In einer Welt, in der vieles im Umbruch ist, muß die Verfassung Kontinuität gewährleisten.

Wer einer Änderung der Verfassung das Wort redet, trägt also — wie jeder Veränderer — die Beweislast ihrer Notwendigkeit. Er muß dartun, warum und mit welchem Ziel er die Verfassung ändern will.

- (B) Meine Damen und Herren, dies ist der Ausgangspunkt, mit dem die CDU/CSU in die Arbeit der **Gemeinsamen Verfassungskommission** und in die parlamentarischen Beratungen gegangen ist.

Von diesem Ansatz aus wird verständlich, daß in der Gemeinsamen Verfassungskommission rund 80 Änderungsanträge zum Grundgesetz beraten worden sind, jetzt aber im interfraktionellen Gesetzentwurf nur sieben Vorschläge gemacht werden, die Aussicht auf verfassungsändernde Mehrheit besitzen.

Deshalb gleich vorweg: Die geleistete Arbeit darf nicht allein an dem gemessen werden, was verändert werden soll; die geleistete Arbeit ist vor allem an dem zu messen, was wir am Grundgesetz bewahren wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Was soll verändert werden? Ich nenne zunächst die Einführung eines **Staatsziels Umweltschutz**. Umweltschutz ist ein existentielles, langfristiges Interesse des Menschen. Die sich daraus ergebende Herausforderung an den Staat war bei Schaffung des Grundgesetzes noch nicht absehbar. Ein hinreichender Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist im geltenden Verfassungsrecht bislang nicht verankert. Reformüberlegungen für ein Staatsziel Umweltschutz sind in den vergangenen Legislaturperioden stets gescheitert.

Der Gemeinsamen Verfassungskommission ist es nach langem Ringen gelungen, eine mehrheitsfähige Formulierung zu finden, die den Umweltschutz in die

(C) Gesamtheit der verfassungsmäßigen Ordnung einbettet. Ein einseitiger Prioritätsanspruch ist damit nicht verbunden, der Industriestandort Deutschland nicht gefährdet. Auch das Staatsziel Umweltschutz muß sich der Abwägung mit anderen Rechtsgütern stellen.

Ich nenne ein weiteres Staatsziel: die Förderung der **Gleichberechtigung von Frau und Mann**. Zwar enthält unser Grundgesetz schon jetzt das Gebot der Gleichberechtigung; es ist jedoch unbestreitbar, daß Frauen — etwa im Berufsleben — tatsächlichen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist es Aufgabe des Staates, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern. Dies wollen wir tun — nicht in der Form eines einklagbaren Grundrechts, sondern, wie gesagt, als Staatszielbestimmung. Der Gleichberechtigungssatz soll in Richtung auf verbesserte Chancengleichheit vor allem in den Startbedingungen ausgebaut werden. Das ist das Entscheidende: Die neue Regelung zielt auf Gleichheit der Ausgangschancen, nicht aber — wie ursprünglich von der SPD gefordert — auf Ergebnisgleichheit.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch auf einen besonderen **Diskriminierungsschutz zugunsten behinderter Menschen** verständigt. Schon immer ist die Union dafür eingetreten, daß Behinderte nicht benachteiligt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD)

(D) Selbst Herr Vogel hat das nie bestritten. Deshalb wiederhole ich das: Schon immer ist die Union geschlossen dafür eingetreten, daß Behinderte nicht benachteiligt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist eine ganz andere Frage, ob man in das Grundgesetz noch weitere Bestimmungen aufnimmt. Wir sind davon überzeugt — nach einer längeren Diskussion —, daß die Behindertenanliegen im Grundgesetz bereits verankert sind, nämlich über die Menschenwürdegarantie und das Sozialstaatsgebot. Wir haben aber gesagt: Wenn wir es noch einmal ausdrücklich hereinschreiben, ist das ein Signal an die Gesellschaft, für Behinderte mehr zu tun. Dies beschließen wir heute gemeinsam.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Kollege Jahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Selfert?

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Bitte.

Dr. Ilja Selfert (PDS/Linke Liste): Herr Kollege Jahn, ich freue mich ja, daß Sie jetzt konstatieren, daß die CDU schon immer dafür war, das Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen festzuschreiben. Aber sagen Sie mir bitte: Warum haben noch im April Vertreter Ihrer Partei gesagt, daß sie

Dr. Ilja Seifert

- (A) nicht dafür sind, das ins Grundgesetz aufzunehmen?
Das ist immerhin erst zwei Monate her.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Ich habe das gerade ausgeführt. Es ist unstreitig, daß die Belange der Behinderten bereits jetzt im Grundgesetz verankert sind, und zwar im Rahmen der Menschenwürde und des Sozialstaatsgebots.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das hat nie jemand bestritten.

Es war eine andere Frage, ob man gleichwohl noch eine Formulierung ins Grundgesetz schreibt, daß Behinderte nicht benachteiligt werden dürfen. Das ist für alle in diesem Hause, so meine ich, selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Der Grund, es aufzunehmen, ist letztlich die Überlegung, daß durch eine solche ausdrückliche zusätzliche Bestimmung ein Appell an die Gesellschaft gerichtet werden soll, sich dementsprechend zu verhalten.

Meine Damen und Herren, neben Ausführungen zur Länderneugliederung und kommunalen Selbstverwaltung haben wir das Nähere in den Ausschüssen debattiert.

- (B) Ich hoffe, daß die Vorschläge des Rechtsausschusses insoweit heute hier im Bundestag und dann auch im Bundesrat die erforderliche Mehrheit finden. Ich möchte eines betonen: Die Demokratie lebt von Kompromissen und nicht von der Politik des Alles oder Nichts.

Meine Damen und Herren, wesentlicher und vielleicht sogar vorrangiger Auftrag aus Art. 5 des Einigungsvertrages war die Überprüfung des **Bund-Länder-Verhältnisses**, und zwar mit dem Ziel einer **Stärkung des Föderalismus**. Der Föderalismus kann seine gewaltenteilende Wirkung nur entfalten, wenn Bund und Länder gleichermaßen über substantielle Zuständigkeiten verfügen.

Hier wird geltend gemacht, daß sich das Schwerkraft in den letzten 40 Jahren deutlich zu Lasten der Länder verschoben hat. Wir haben in langwierigen und mühsamen Verhandlungen einen Kompromiß gefunden und nicht etwa einseitig **Kompetenzen** auf die Länder verlagert, sondern durchaus auch neue Kompetenzen für den Bund begründet. Ich erinnere insoweit an die Staatshaftung, die Gentechnologie, die Organtransplantation und die Fortpflanzungsmedizin.

Wie Sie wissen, hat dieser Kompromiß, soweit er die Neufassung der Bedürfnisklausel des Art. 72 und die Rahmenkompetenz im Hochschulwesen betrifft, nicht die Zustimmung meiner Fraktion gefunden.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Hör! Hör!)

Mein Wunsch ist, daß es auf diesem Felde im Bereich der Gesetzgebungskompetenzen so schnell wie

möglich doch noch gelingt, die Interessen von Bund und Ländern angemessen auszugleichen. (C)

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Die besten Wünsche begleiten euch!)

Meine Damen und Herren, ich sagte eben: nur zwingend notwendige Gesetzesänderungen. Wenn wir zu etwas nein sagen, kann daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß wir materiell dagegen seien.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Aha! Sagen Sie es doch gleich!)

— Herr Kollege Vogel, wir sind für Datenschutz. Aber das Bundesverfassungsgericht hat uns in seiner Rechtsprechung gesagt, daß der Datenschutz in der Verfassung der Bundesrepublik bereits jetzt hinreichend verankert ist.

Ein anderes Beispiel: Wir sind für **Tierschutz**. Eine andere Frage ist, was davon in der Verfassung verankert werden soll.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Genau!)

Nach unserer Auffassung umschließt der **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen**, wie er jetzt in das Staatsziel Umweltschutz Eingang findet, wesentliche Aspekte auch des Tierschutzes. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, daß das Grundgesetz den Tierschutz als Regelungsbereich in der konkurrierenden Gesetzgebung in Art. 74 Nr. 20 ausdrücklich aufführt.

Der Bundesgesetzgeber hat von dieser Kompetenz — international anerkannt — vorbildlich Gebrauch gemacht. Deshalb möchte ich den § 1 des Tierschutzgesetzes zitieren. Er lautet: (D)

Zweck des Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Wo etwa im Rahmen von Tierhaltung, des Transports von Tieren oder im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen und medizinischen Forschung Bedarf an einer weiteren Konkretisierung bzw. Verbesserung des Tierschutzes besteht, kann und muß dies auf einfach-rechtlicher Ebene in Abwägung mit anderen Rechtsgütern geschehen. Die einfach-rechtliche Ebene ist der richtige Ort, um mit Bedacht zu klären und zu entscheiden, wo die genaue Abgrenzung der Tierwelt zur Pflanzenwelt verläuft und welche Tiere in welchen Situationen und in welchem Umfang wirksam zu schützen sind. Entsprechende Konkretisierungen bzw. Differenzierungen lassen sich auf Verfassungsebene kaum — ich sage sogar: nicht — herbeiführen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel. Die CDU/CSU ist für den **Minderheitenschutz**. Eine andere Frage ist nur, was in der Verfassung geregelt werden soll. Die Bundesrepublik schützt ihre nationalen Minderheiten, sowohl individuell über Art. 3 des Grundgesetzes wie auch als Gruppe. Der Individualrechtsschutz wird insbesondere durch die allgemei-

Dr. Friedrich-Adolf Jahn

- (A) nen Freiheitsrechte unserer Verfassung gewährleistet. Beim gruppenrechtlichen Minderheitenschutz geht es in der Sache um die Unterstützung der Minderheiten bei ihren Bemühungen, ihre kulturelle Identität als Gruppe in Deutschland zu bewahren. Insofern aber besteht kein Bedarf für eine bundesverfassungsrechtliche Regelung, da die **Landesverfassungen** dort, wo es geboten ist, bereits Minderheitenschutzartikel enthalten. So werden die Volksgruppen der Friesen und der Sorben sowie die dänische Minderheit durch Minderheitenschutzregelungen in den Verfassungen der Länder Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen als Minderheit geschützt.

Die Landesverfassungen sind hierfür auch der richtige Ort. Der Schutz und die Förderung einer nationalen Minderheit als Gruppe ist originäre Aufgabe der Länder. Unabhängig davon haben wir in den Ausschußberatungen angeregt, einen auf die Sorben, Friesen und die dänische Minderheit bezogenen Minderheitenschutzartikel in die Verfassung aufzunehmen. Die SPD hat dies abgelehnt.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Kollege Jahn, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal des Abgeordneten Hirsch?

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Wenn das nicht angerechnet wird, Frau Präsidentin.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Nein.

- (B) **Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU):** Herr Kollege Hirsch.

Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.): Herr Kollege, wenn Sie alle Grundsätze aus der Verfassung herausstreichen wollen, die zufriedenstellend einzelgesetzlich geregelt sind, müßten Sie dann nicht sehr viel mehr aus der Verfassung herausstreichen, als sich nur zu weigern, den Tierschutz aufzunehmen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Und muß eine Verfassung nicht sehr viel mehr sein; muß sie nicht vielmehr etwas ausdrücken, was das Lebensgefühl und die Zielsetzung einer Gesellschaft beinhaltet?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Herr Kollege Hirsch, unser Grundgesetz zeichnet sich dadurch aus, daß es in abstrakten Formulierungen gefaßt ist, nahezu alle Schichten der Bevölkerung zu erfassen. Wir sind jetzt in der Gefahr, durch Einzelregelungen unser Grundgesetz zu atomisieren und immer nur auf einzelne Gruppen zuzuschneiden. Das ist nicht zum Wohle der Verfassung und der Bürger dieses Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich möchte weiter hervorheben, daß die **Wertorientierungen des Grundgesetzes** der CDU/CSU am Herzen lagen, und sie sind auch gewahrt worden. (C)

Es ist gefordert worden, in der Präambel die **Bezugnahme auf Gott** zu streichen. CDU und CSU haben dem entgegengehalten, daß die Bezugnahme auf Gott in der Präambel weder eine Verpflichtung des einzelnen auf das Christentum hin noch eine Charakterisierung der Bundesrepublik Deutschland als christlicher Staat beinhaltet. Vielmehr sollte mit dieser Formulierung das Grundverständnis der Mitglieder des Parlamentarischen Rates dokumentiert werden, daß es überstaatliche Normen und Werte gibt, über die auch der Verfassungsgeber nicht verfügen kann. Grundaussage der Präambel ist also die Einsicht in die Endlichkeit allen menschlichen Tuns und Handelns. Dieser Grundgehalt der Verfassung ist und bleibt für die CDU/CSU auch in Zukunft weitere Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. — Detlev von Larcher [SPD]: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!)

Das zweite Beispiel für die Wertorientierung besteht darin, daß die CDU/CSU an dem **besonderen Schutz für Ehe und Familie** im Grundgesetz festhalten will. Die geltende Regelung bedeutet keine Diskriminierung anderer Lebensformen. Wer in einer anderen Lebensgemeinschaft leben möchte, hat dazu bereits jetzt die umfassende Freiheit. Er wird darin auch grundrechtlich geschützt, nämlich durch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Art. 2 des Grundgesetzes. (D)

Meine Damen und Herren, ich bitte deshalb, zu unterscheiden, daß der besondere Schutz für Ehe und Familie in Art. 6 etwas ganz anderes ist als der Schutz der persönlichen Freiheit in Art. 2. Die Ordnungsfaktoren Ehe und Familie, die früher galten, haben auch heute noch aktuelle Bedeutung. Deshalb möchten wir nicht, daß an Art. 6 des Grundgesetzes gerüttelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Präambel ist die Magna-Charta einer Verfassung. Sie zeigt den politischen Weg und ist ein politisches Dokument. Deshalb möchten wir sie für tagespolitische Ereignisse auch nicht ändern. Deshalb werden wir es ablehnen, daran zu rütteln.

An die Sozialdemokraten gewandt: Auch wir sind für Gerechtigkeit;

(Heiterkeit bei der SPD)

auch wir sind für Solidarität; auch wir sind für innere Einheit, aber das alles braucht nicht in der Präambel des Grundgesetzes verankert zu werden. Nicht jedes tagespolitische Ereignis soll für eine Veränderung herhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD)

Dr. Friedrich-Adolf Jahn

- (A) Nehmen wir das Thema **innere Einheit**: In eine Verfassung, in eine Präambel gehören langfristige Aspekte. Nach unserer Politik soll die innere Einheit bereits mittelfristig herbeigeführt werden, und wir möchten nicht durch eine Aufnahme in die Präambel eine politische Diskussion, die da lautet: Dies ist eine Aufgabe, die sich mittelfristig nicht erledigen läßt.

(Freimut Duve [SPD]: Ja, Sie sind in schlechter Verfassung!)

Meine Damen und Herren, aufs Ganze gesehen ist das Grundgesetz ein gelungener Entwurf gewesen. Am 40. Jahrestag haben wir alle das Grundgesetz gefeiert, und alle haben gesagt: Es hat sich bewährt. Deshalb: Als Rahmenordnung der Freiheit hat sich das Grundgesetz auch als den jeweiligen Herausforderungen gewachsen erwiesen. Das Grundgesetz sollte deshalb nicht einseitig geändert werden.

Das Grundgesetz ist vom Parlamentarischen Rat bewußt als eine offene und zurückhaltende, aber in den Grundentscheidungen strikt normative Ordnung verstanden und angelegt worden. Deshalb sollte die Ausgestaltung des Grundgesetzes nur dort verändert werden, wo es dringend erforderlich ist. Die aufs Ganze gesehen moderaten Ergänzungsvorschläge bestätigen im Ergebnis den Ausgangspunkt der Beratungen, daß kein Anlaß für eine **Totalrevision des Grundgesetzes** besteht.

Meine Damen und Herren, wer für eine neue Verfassung streitet — wie die PDS —, muß sich sagen lassen, daß die PDS eine andere, nämlich sozialistische Republik mit einer neuen Verfassung will.

- (B) (Freimut Duve [SPD]: Das muß auch noch einmal gesagt werden!)

— Ja, auch an die Adresse der SPD muß gesagt werden: Wer solche Absichten bekundet, sollte für eine Zusammenarbeit nicht in Betracht kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn ich das hinzufügen darf — wir haben in den letzten Tagen ja einiges erlebt —: Sie sollten bei der SPD nicht der Versuchung erliegen, aus machtpolitischen Überlegungen die PDS/Linke Liste hoffähig zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. — Detlev von Larcher [SPD]: Zur Sache! — Weitere, anhaltende Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die verfassungspolitische Debatte läßt sich nicht allein an der Quantität der vorgeschlagenen Grundgesetzänderungen ablesen. Selbst wenn eine vordergründige politische Öffentlichkeit rasch dazu neigt, die gesamte Arbeit der Verfassungskommission wegen der in ihrer Zahl doch nur geringen Änderungen abzuqualifizieren oder gar für gescheitert zu erklären, so bleibt demgegenüber in aller Deutlichkeit festzuhalten: Das Grundgesetz ist in seiner Gesamtheit durch einen äußerst intensiven und vielfach grundlegenden Verfassungsdiskurs gegangen. Wir haben lange viele Stunden getagt. Meine Damen und Herren, wir haben eine Diskussion gehabt, die mit dieser Intensität seit den Beratungen

des Parlamentarischen Rates nicht stattgefunden hat. (C) Aus diesem Diskurs ist das Grundgesetz gestärkt hervorgegangen; denn zumindest die Mehrheit hat sich dafür ausgesprochen — bei 80 gestellten Änderungsanträgen —, daß sich das, was als Status quo im Grundgesetz steht, bewährt hat.

Stabilität und Kontinuität des Grundgesetzes sind auch nötig, angesichts der Turbulenzen, die der Prozeß der inneren Einheit und der Prozeß der europäischen Integration auslösen. Wo vieles in Bewegung gerät, meine Damen und Herren, sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen staatlichen Handelns, also unsere Verfassung, möglichst unangetastet bleiben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluß noch eine persönliche Bemerkung. Nach 22jähriger parlamentarischer Tätigkeit werde ich wie auch der Kollege Vogel in einigen Wochen aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden. In der letzten Rede im Deutschen Parlament möchte ich daher Dank sagen.

Ich möchte danksagen für freundschaftliche Verbundenheit und kollegiale Ratschläge — oftmals über Parteigrenzen hinweg. Das deutsche Volk hat sich ausweislich der Präambel unseres Grundgesetzes ein Grundgesetz mit dem Vorspann gegeben:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen . . .

Mein Wunsch: Stellen wir uns auch in Zukunft dieser Verantwortung! Bleiben unser Volk und Vaterland in guter Verfassung — mit unserer Verfassung! (D)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Kollege Dr. Hans-Jochen Vogel.

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Unsere heutige Debatte beschäftigt sich nicht mit Routinefragen, wie sie uns in der Flut unserer Tagesordnungspunkte in jeder Sitzungswoche begegnen. Unsere heutige Debatte hat vielmehr die Verfassung unseres Gemeinwesens, also die zentralen Fragen unserer Daseinsordnung und damit unseres Zusammenlebens zum Gegenstand. Ich finde, es ist deshalb gut, daß diese Debatte hier im Reichstagsgebäude in Berlin stattfindet.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Das unterstreicht den besonderen Charakter.

Wegen ihres besonderen Charakters muß sich unsere Debatte auch in ihrer Ernsthaftigkeit und in ihrem Verantwortungsbewußtsein an den **Maßstäben** messen lassen, die der **Parlamentarische Rat** bei der Erarbeitung des Grundgesetzes vor über vier Jahr-

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) zehnten gesetzt hat. Ich meine, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns bei dieser Gelegenheit durchaus auch an diejenigen erinnern, die vor fast 150 Jahren in der Paulskirche um die erste freiheitliche und rechtsstaatliche Verfassung unseres Deutschlands gerungen haben,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ebenso an die Männer und Frauen, die vor 75 Jahren in einer bedrückenden Situation die Verfassung von Weimar geschaffen haben.

Wenn über die Verfassung und über Ergänzungen und Änderungen ihres bisherigen Inhalts gesprochen wird, dann muß man sich einen Moment auf die Aufgaben besinnen, die sie erfüllen soll, aber auch darauf, wie sie beschaffen sein muß, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Wir sagen — ich glaube, fast alle in diesem Hause können sich dem anschließen —: **Aufgabe der Verfassung** ist es, die **Leitprinzipien** zu bestimmen, nach denen Macht ausgeübt wird und sich die politische Einheit aus der Vielzahl der wirkenden Kräfte immer aufs neue bilden soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

- (B) In diesem Sinne stellt sie zugleich die **rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens** dar, die dem politischen Prozeß nicht nur einen Rahmen gibt, sondern den Menschen auch richtungsweisende **Orientierungen** geben soll. Nur auf diese Weise kann die Verfassung dazu beitragen, daß die Bürgerinnen und Bürger das Gemeinwesen als ihren Staat erkennen, sich in ihm wiederfinden und sich in das Gemeinwesen eingliedern können. Daß das dem Grundgesetz vor 45 Jahren gelungen ist, ist die große Leistung der damaligen Männer und Frauen gewesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das, was ich da umrissen habe, vermag die Verfassung zu leisten, wenn sie sich nach den Worten Konrad Hesses, des Altmeisters des deutschen Verfassungsrechts, „mit den spontanen Kräften und lebendigen Tendenzen der Zeit so zu verbinden vermag, daß sie diese Kräfte zur Entfaltung bringt und einander zuordnet.“ Tut sie das nicht, „ignoriert sie den geistigen, sozialen, politischen oder ökonomischen Entwicklungsstand ihrer Zeit, dann fehlt ihr“ — wiederum drücke ich es mit Hesses Worten aus — „der unerläßliche Keim ihrer Lebenskraft“. Sie vermag dann nicht zu erreichen, daß der Zustand eintritt, den sie im Widerspruch zu diesem Entwicklungsstand zu normieren versucht. Darum genau geht es.

Darum, welche Kräfte und Tendenzen unserer Zeit im Grundgesetz ihren Niederschlag finden sollen, geht auch in dieser Debatte unser Streit. Denn bei aller Übereinstimmung darüber, daß sich das Grundgesetz in seinen Kernelementen bewährt hat, und bei all Ihrer, meine Damen und Herren von der Union, immer wieder öffentlich bekundeten und ebenfalls hier gerade ausgeführten grundsätzlichen Abneigung gegen Änderungen des Grundgesetzes wollten und wollen auch Sie die Verfassung modifizieren, wollen

auch Sie neu hervorgetretene Tendenzen auf das Grundgesetz einwirken lassen, und zwar nicht nur in Randfragen, sondern durchaus in seiner Substanz. Aber bei Ihnen — erlauben Sie mir diese Bemerkung — sind es nach meinem Urteil rückwärtsgerichtete Tendenzen, sind es Tendenzen, die hinter den Stand des Grundgesetzes zurückführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollten das **Individualrecht auf Asyl** abschaffen,

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

das die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes für eine ihrer wichtigen Errungenschaften hielten. Sie wollten dieses Grundrecht durch eine Ermessensentscheidung, durch eine Institutsregelung ersetzen. Nur mit Mühe ist es gelungen, in einem Kompromiß, der nicht wenigen unverändert zu schaffen macht, den Grundrechtscharakter des Asyls wenigstens im Prinzip im ersten Absatz zu erhalten.

Sie wollen eine möglichst weitreichende **Befugnis zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr**. Einige von Ihnen, und zwar bis an die Spitze Ihrer Fraktion, wollen sogar den Einsatz der Bundeswehr im Innern seines an präzise Voraussetzungen geknüpften absoluten Ausnahmecharakters entkleiden und ebenfalls zu einer Ermessensfrage machen. Auch das ist eine deutliche Abkehr vom bisherigen Verfassungskonsens. Das darf doch in einem Parlament gesagt werden.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Ich leugne gar nicht, daß es in unserer Gegenwart Kräfte und Tendenzen gibt, die das befürworten und verlangen, die sogar gerne noch weiter gehen würden. Aber es sind doch Kräfte und Tendenzen, die eher am rechten Rande unseres Spektrums zu finden sind, denen damit entgegengekommen wird. Es sind Kräfte — ich bitte, darüber doch ein wenig nachzudenken —, die die Lehren unserer Geschichte historisieren, d. h. aber: zu den Akten legen möchten, die beispielsweise auch mit der europäischen Einigung brechen und die — das kann ich erst seit 14 Tagen sagen, weil der Text erst seit 14 Tagen vorliegt — der **Nation** aufs neue eine **transzendente Dimension** beimessen wollen, also eine Dimension, die — jedes Wörterbuch der Philosophie sagt, was Transzendenz bedeutet — die Grenzen der Erfahrung des Bewußtseins und des Daseins überschreitet.

(Unruhe)

— Meine Damen und Herren, es ist ja gut, wenn meine Anregung zur Nachdenklichkeit sofort aufgegriffen wird,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ich bitte, mir die Nachdenkzeiten nicht anzurechnen. — Das heißt aber, daß die Zugehörigkeit zu einer Geschichts-, Sprach-, Kultur- und Gefühlsgemeinschaft — das nämlich ist die Nation bei nüchterner Prüfung — nicht als ein wichtiger Lebenssachverhalt neben anderen angesehen wird, sondern sie — so

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) heißt es in dem Buch vom Kollegen Schäuble — „der religiösen Transzendenz als mögliche Ersatzalternative gegenübergestellt“ wird.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

Um es klar zu sagen, meine Damen und Herren von der Union: Wir sind uns bewußt, daß wir Glieder dieser Nation sind, aber eine solche Überhöhung des Nationenbegriffs wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen ganz anderen Kräften und Tendenzen die Chance geben, sich mit der **Verfassung** zu verbinden und so deren **Lebens- und Wirkungskraft** zu verstärken:

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU und der F.D.P.: Der PDS!)

beispielsweise den Tendenzen, die die Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR zum gewaltlosen Erfolg geführt haben;

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

denen, die im konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung innerhalb der christlichen Kirchen manifest geworden sind;

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) auch den Kräften, die überzeugt sind, daß der Schutz der Schwächeren in unserem Gemeinwesen nicht abgebaut, sondern verstärkt werden muß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Nur so bleibt die „Verfassung geprägte Form, die lebend sich entwickelt“, um ein Wort Adolf Arnolds aufzugreifen.

Ungeachtet dieser grundlegenden Auffassungsunterschiede, die jene bedenken mögen, die in jüngster Zeit gerne behaupten, zwischen den großen politischen Kräften unseres Landes gäbe es eigentlich gar keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten mehr, haben wir uns in einem langen und zum Teil zermürbenden Diskussionsprozeß in der Gemeinsamen Verfassungskommission und zuletzt im Rechtsausschuß auf einige Verfassungsänderungen verständigen können. Ich will das in keiner Weise gering schätzen und gerade auch im Blick auf den schon anwesenden einen Vorsitzenden, Herrn Scholz, gerne sagen: Ich würdige den sachlichen und — trotz aller Gegensätze — von wechselseitigem Respekt getragenen Umgangston, besonders in der Gemeinsamen Verfassungskommission, auch heute noch einmal ausdrücklich und danke allen, die daran beteiligt waren — und das ging quer durch die Fraktionen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

In der Tat: Der schon als Art. 23 in Kraft getretene **Europaartikel**, die Aufnahme der beiden **Staatsziele** **„Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“** und **„Frauenförderung“** einschließlich der Beseitigung bestehender Nachteile — die Frauen werden es nicht unterschätzen, daß künftig im Verfassungsdokument steht, daß für sie Nachteile bestehen; das hat erhebliche Beweiskraft — und die Klarstellung, daß die **Selbstverwaltungsgarantie** auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung umfaßt, sind keine Kleinigkeiten.

Wer sie heute geringschätzt, der möge sich daran erinnern, welche substantiellen Wirkungen der von Elisabeth Selbert erkämpfte Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Laufe der Zeit entfaltet hat.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dieser Satz ist damals von vielen, zumeist von Konservativen — aber ich muß hinzufügen: auch von Leuten meiner eigenen Partei —, als überflüssig und bestenfalls als unschädlich bewertet worden. Dieser eine Satz hat, mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts, eine gesetzgeberische Revolution ausgelöst.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bekanntlich haben wir uns in der Gemeinsamen Verfassungskommission nach intensiven, über viele Monate andauernden Verhandlungen auf eine weitere wichtige Änderung mit sehr großer Mehrheit — ich glaube, sogar einstimmig — verständigt, nämlich auf einen stärkeren **Schutz der den Ländern noch verbliebenen Gesetzgebungsbefugnisse** — sie sind gering genug — gegen Eingriffe des Bundes durch eine Präzisierung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der konkurrierenden Gesetzgebung. Damit — wenn ich jetzt Herrn Glos besonders ansehe, wird er es verstehen — wäre erstmals der Trend zu immer umfassenderer Konzentration der Rechtsetzungsbefugnisse auf der Bundesebene gestoppt und dem Föderalismus in der Verfassung selbst aufgeholfen worden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genauso lautet auch der Auftrag in Art. 5 des Einigungsvertrages.

Im **interfraktionellen Entwurf** hat die Union, hat auch die F.D.P. diese Änderung noch mitgetragen. Vor zwei Wochen jedoch haben Sie diese Vereinbarung, die die Länder einstimmig gebilligt haben — wenn die Länder anwesend wären, würden sie es auch bestätigen —

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

und die sie zu Recht für ein Kernstück der Kommissionsempfehlungen halten, ohne jede Vorwarnung, offenbar auf Grund einer momentanen Verärgerung, gebrochen und ihr die schon gegebene Zustimmung entzogen.

Daß Sie dazu formal berechtigt sind, leugne ich nicht. In der Sache ist es ein **Wortbruch**, und ich ver-

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) stehe den Ärger der Länder, den übrigens der bayerische Ministerpräsident mit am schärfsten artikuliert hat.

Wir werden die ursprüngliche Abrede heute zur namentlichen Abstimmung stellen und sind gespannt, wie sich insbesondere die bayerischen Kolleginnen und Kollegen, besonders die der CSU, verhalten werden.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Also, Herrn Kollegen Jahn habe ich so verstanden: Wenn Sie nein sagen, dann bedeutet das nicht, daß Sie nicht im Grunde dafür sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Also, wenn Sie dafür sind, können Sie das heute bei der namentlichen Abstimmung belegen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU])

— Warum sind Sie denn so aufgeregt, Herr Rüttgers? Ich muß leider feststellen, daß Herr Rüttgers schwer zu verstehen ist. Wenn Sie sich erheben und es laut sagen, dann höre ich es.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Wissen Sie nicht, daß heute der Bundesrat tagt?)

— Entschuldigung, die Frage habe ich angeschnitten, und daß Sie mir nachfolgen, finde ich sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Vielleicht sind die Herren da, wo der Bundeskanzler ist. Da können Sie ja mal anrufen.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Der Bundeskanzler sitzt dort! — Heiterkeit)

— Oh! Ich bitte beim Herrn Bundeskanzler — und das ist das letzte Mal, daß ich das tun kann — ausdrücklich um Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Aber er war einmal Ministerpräsident. Darum kann er vielleicht erklären, warum seine früheren Kollegen nicht da sind. Aber gut!

(Heiterkeit — Zuruf von der CDU/CSU: Das soll eine Verfassungsdebatte sein und kein Kaspertheater!)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Ich darf darum bitten, sich wieder zu sammeln.

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Hingegen begrüßen wir, daß Sie buchstäblich in letzter Minute Ihren Widerstand gegen die von uns schon vor zwei Jahren vorgeschlagene Aufnahme eines **Diskriminierungsverbots für Behinderte** in Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes aufgeben

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Bläss [PDS/Linke Liste])

und am 23. Juni im Rechtsausschuß endlich unserem entsprechenden Antrag zugestimmt haben. Das zeigt, daß beharrliches Engagement — und dabei denke ich vor allem an die Behindertenverbände, deren Anregungen wir aufgegriffen und die uns nachdrücklich unterstützt haben — doch etwas bewirken kann. Die Behauptung, man könne als Opposition nichts durchsetzen oder nichts bewirken, ist in diesem Punkt widerlegt, und ich freue mich darüber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Dr. Vogel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Seifert?

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Aber gern.

Dr. Ilja Seifert (PDS/Linke Liste): Herr Kollege Vogel, ich freue mich, daß Sie die Rolle der Behindertenbewegung in diesem Punkt so deutlich hervorheben. Können Sie mir bitte sagen, warum Sie von der SPD, da Sie dieses Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen ausdrücklich befürworten, nicht auch ein **Nachteilsausgleichsgebot** analog zu den Frauenfragen befürworten und versuchen, das durchzusetzen? Denn daß Menschen mit Behinderungen real benachteiligt sind, steht doch wohl außer Frage.

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Herr Seifert, vielen Dank für diese Frage. Wir haben das sorgfältig geprüft und erörtert und sind — auch nach Hinzuziehung von Sachverständigen, die selbst behindert sind — zu dem Ergebnis gekommen, daß die Einfügung des Diskriminierungsverbotes zusammen mit anderen Prinzipien der Verfassung insbesondere auch den **Nachteilsausgleich** ermöglicht,

(Beifall bei der SPD)

so daß im Ergebnis dem Anliegen entsprochen ist.

Sie, meine Damen und Herren von der Union, haben übrigens — zumindest ungewollt — einen Beitrag zu diesem guten Ergebnis geleistet, nämlich durch die zum Teil erstaunlichen Argumente, mit denen Sie noch in der ersten Lesung am 4. Februar unserem Antrag entgegengetreten sind. Etwa mit der Behauptung, die Verfassung werde geschwätzig, wenn sie auch die Behinderten erwähne. Wir haben das entsprechende Protokoll den Verbänden zur Verfügung gestellt, und der Ärger über diese Argumente hat deren Anstrengung merklich beflügelt.

(Beifall bei der SPD)

Also, im Ergebnis haben auch Sie hier einen Beitrag geleistet.

Um so bedrückender ist es, daß die Union in der Frage des **Minderheitenschutzes** den in der Gemeinsamen Verfassungskommission hinsichtlich des ersten Satzes erzielten Konsens aufgekündigt und jetzt im Ergebnis — die F.D.P. ist da zum Teil anderer Meinung — jede Erwähnung der unter uns lebenden

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) Minderheiten im Grundgesetz verhindert hat, auch die der Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit.

Hier sind Sie offenbar vor Kräften zurückgewichen, von denen ich vorhin gesprochen habe. Aus Sorge vor diesen Kräften verweigern Sie — zugegebenermaßen — auch den unter uns lebenden Nicht-EG-Ausländern entgegen unserem Antrag weiterhin das **kommunale Wahlrecht**.

(Zuruf von der CDU/CSU: Verfassungsgericht! — Lachen bei der SPD)

Jetzt rücken Sie diesen Kräften zuliebe von der Verpflichtung des Staates ab, die Identität ethnischer, kultureller und sprachlicher Minderheiten zu achten, der eine für die Zweidrittelmehrheit ausreichende Anzahl von Ihnen, von CDU-Kolleginnen und -Kollegen, in der Gemeinsamen Verfassungskommission bereits zugestimmt hat.

Wir haben gar nicht verlangt, daß der Staat die Identität solcher Minderheiten, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, stärken oder gar fördern soll, aber achten soll er sie. Meine Damen und Herren, wollen Sie wirklich der kulturellen Identität der Türken, der Spanier oder der Griechen — um nur einige Beispiele zu nennen —, die in unserer Mitte leben, die Achtung versagen? Das kann doch nicht im Ernst Ihre Absicht sein!

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Die F.D.P. hat sich, würde ich sagen, eines Guten besonnen, aber die Union sagt nein.

Unverständlich ist ebenso Ihre Weigerung, in die Verfassung zu schreiben, daß der Staat **alteingesessene Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit** schützt und fördert. Das ist doch die wörtliche Übernahme einer Position, die die Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen immer wieder ausdrücklich vertritt und in die Resolutionen eingefügt wissen will und deren Aufnahme in die Verfassung anderer Staaten von der Bundesregierung zum Schutze deutscher Minderheiten, etwa in Polen, ausdrücklich verlangt wird. Ich fürchte, schlimmer kann die deutsche Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiet nicht gefährdet werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Daß Sie das ablehnen, wird uns jetzt von unseren Nachbarn, bei denen wir es verlangen, ständig entgegengehalten werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS/Linke Liste und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie Sie den Dänen und Sorben, den Friesen, den Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit erklären wollen, warum ihnen zwar in den Landesverfassungen, nicht aber in der Bundesverfassung Schutz und Förderung zugesagt werden, das bleibt auch nach Ihren Ausführungen, Kollege Jahn, für mich noch immer ein Geheimnis.

Ich sagte, wir wollen Vorstellungen den Weg ins Grundgesetz öffnen, die die Bürgerbewegungen und darüber hinaus viele Menschen in der ehemaligen DDR motiviert haben und die nach der Wende in die Verfassungen der neuen Bundesländer aufgenommen worden sind. Dabei geht es vor allem — ich zitiere nur Dinge, die in allen neuen Verfassungen der fünf neuen Bundesländer stehen — um die Einführung der **unmittelbaren Bürgerbeteiligung** und die Aufnahme weiterer konkreter Staatsziele, um Schutz- und Förderungsaufträge. Frau Kollegin Hanewinkel wird sich dazu noch im einzelnen äußern. Ich beschränke mich auf vier Fragen.

Ich muß fragen: Warum mißtrauen Sie unserem Volk eigentlich so sehr, wenn es um Bundesangelegenheiten geht? Wenn es um Landesangelegenheiten geht, besteht bereits überall Konsens, daß das Volk entscheidet. Das führt doch angesichts der Tatsache, daß es die unmittelbare Bürgerbeteiligung — mit einer Ausnahme — in allen Bundesländern gibt, zu ganz absurden Ergebnissen.

In Niedersachsen etwa haben Sie doch gerade begrüßt — Herr Kollege Jahn, ich mit Ihnen —, daß auf Grund einer Volksinitiative die Worte „in Verantwortung vor Gott“ in die niedersächsische Verfassung aufgenommen worden sind. Wenn diese Worte nicht schon in der Präambel des Grundgesetzes stünden, könnte nach Ihrem Willen aus der Mitte des Volkes das gleiche auf der Bundesebene nicht durchgesetzt werden. Warum eigentlich nicht?

(Beifall bei der SPD)

Daß unser Volk gegenwärtig nicht ganz wenigen Politikern — dabei gucke ich nicht nur in eine Richtung — mit Skepsis und Vorbehalten begegnet, ist richtig. Dafür mag es auch Gründe geben. Welche Gründe aber haben Sie oder wir als Politikerinnen und Politiker eigentlich, unserem Volk und seiner Entscheidungsfähigkeit so zu mißtrauen? (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was soll denn das Bekenntnis zur Volkssouveränität, was soll denn der Satz in Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, daß unsere Befugnisse nur abgeleitet sind, wenn wir dem Volk die letzte Entscheidung auch in fundamentalen Fragen, so z. B. in der Frage des Übergangs von der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union, verweigern?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sicher hätte ein **Volksentscheid** nach gründlicher und leidenschaftlicher Diskussion keine 100%ige Zustimmung ergeben — es wären vielleicht 57 oder 58 % gewesen —, aber der Fortgang der europäischen Einigung hätte sich fortan auf einem belastbaren Fundament vollzogen und würde nicht als Fremdbestimmung von oben empfunden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem — Österreich hat doch dafür vor drei Wochen ein auch von Ihnen gelobtes und anerkanntes

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) Beispiel gegeben —: Warum stimmen Sie nicht wenigstens der **Volksinitiative** zu? Ich wollte die Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P. an ihr Rostocker Programm erinnern, aber ich habe gesehen, daß sie den Antrag — in Anlehnung daran — schon gestellt haben.

Des weiteren wäre da die Aufnahme der Verpflichtung des Staates, sich für die **Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse**, also für einen hohen Beschäftigungsstand, für eine angemessene Versorgung mit menschenwürdigem Wohnraum und für den Schutz des Wohnrechts der Mieter, für soziale Sicherheit sowie für Schutz und Förderung des Zugangs zur Bildung und des kulturellen Lebens, einzusetzen. Wäre es nicht gerade jetzt am Platz gewesen, wo sich nicht nur in der Partei, die sich — das ist schon wieder überholt — besonders um die Besserverdienenden kümmern wollte,

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das stimmt doch, Julius!)

immer mehr Stimmen erheben, die das alles dem deregulierten und privatisierten freien Spiel der Kräfte überlassen wollen und mehr oder weniger offen als ihre Meinung zu erkennen geben, wer bei dem freien Spiel der Kräfte unter die Räder komme, der sei im Grunde selber schuld und habe es selbst zu vertreten?

- (B) Wollen Sie wirklich zu einem Staatsverständnis zurück, bei dem sich der Staat auf die **Ausübung politischer und hoheitlicher Befugnisse** beschränkt? Beim Schutz der Umwelt oder bei der Frauenförderung halten Sie das ja auch nicht für ausreichend. Warum soll denn für elementare Lebensvoraussetzungen etwas anderes gelten?

Weiter: Warum zeigen Sie eigentlich verfassungspolitischen Impulsen, die in den neuen Bundesländern Eingang in die neuen Verfassungen gefunden haben, so entschieden die kalte Schulter? Das tun Sie nicht nur bei der Bürgerbeteiligung, nicht nur bei den Staatszielen, sondern auch beim Grundrecht auf Privatheit und Datenschutz, das die Menschen in der ehemaligen DDR jahrelang in der schmerzlichsten Weise vermisst haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Muß denn den Menschen in den neuen Bundesländern immer wieder deutlich gemacht werden, daß nichts von dem, was sie für wichtig und ihrer Verfassungen für würdig halten, wert ist, in die gemeinsame Verfassung einzugehen?

(Zuruf des Abg. Freimut Duve [SPD])

Ich fürchte — nein, ich bin sicher —, hier wird eine **Chance des Zusammenwachsens** vertan, und die Lebens- und Wirkungskraft der Verfassung gerade im Prozeß der bewußtseinsmäßigen Einigung wird auch darunter leiden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich: Der auf Ihren Vorschlag hin gewählte Bundespräsident, der morgen den Eid leistet und dann unser gemeinsames Staatsoberhaupt sein wird,

hat sich zur Substanz dieser Vorschläge, soziale Staatsziele und Bürgerbeteiligung, ebenso positiv geäußert wie der bisherige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der heute aus dem Amt scheidet. Spielen denn diese Übereinstimmung und dieser Rat der beiden Männer gar keine Rolle?

(Zuruf des Abg. Norbert Geis [CDU/CSU])

Ich kann im Rahmen dieses Beitrags nicht noch einmal auf alle Vorschläge eingehen, die wir über die bereits genannten hinaus gemacht haben und die Sie abgelehnt haben: beispielsweise Vorschläge zur Konkretisierung der Friedensstaatlichkeit durch das Verbot von Massenvernichtungswaffen und durch die substantielle Beschränkung von Rüstungsexporten auf den Bündnisbereich, unsere Vorschläge, die Kinderrechte zu stärken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und ausdrücklich zu verbieten — das ist schon noch ein aktuelles Thema —, daß Menschen wegen ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es bleiben drei Punkte unseres Entwurfs, die dankenswerterweise infolge der Zustimmung der F.D.P. im Rechtsausschuß eine Mehrheit gefunden haben und Ihnen deshalb als gesonderte Entwürfe vorliegen.

(Zuruf des Abg. Siegfried Hornung [CDU/CSU])

Dabei geht es einmal um die **Präambel**. Wir wollen in ihr das Bestreben verankern, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. Herr Jahn, es ist mir nicht klar geworden, warum Sie das ablehnen. Wird das denn nicht für geraume Zeit eines unserer vornehmsten Ziele sein? Ich glaube, es war doch nicht Ihr Ernst, als Sie an diesem Pult gesagt haben, es sei ein Tagesereignis. Entschuldigung — es ist eine der zentralen Aufgaben, die wir im Interesse der Menschen zu lösen haben.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Außerdem wäre dieser Vorschlag in der Präambel noch einmal eine Chance, auf die Deutschen in den neuen Bundesländern zuzugehen und ihnen zu zeigen, wie ernst wir ihre Probleme nehmen. Wollen Sie denn auch hier — mit welchen Begründungen auch immer — die kalte Schulter zeigen?

Bei dieser Gelegenheit wollen wir — dem hat die F.D.P. leider nicht zugestimmt — in der Präambel auch den Willen unseres Volkes bekundet sehen, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der einen Welt zu dienen. Die eine Welt war und ist doch — das sage ich an die Adresse der Union — ein Schlüsselwort des konziliaren Prozesses, und in Ihrem Grundsatzprogramm bekennen Sie sich ausdrücklich zu dem, was wir da fordern.

(Beifall bei der SPD)

Wieder muß ich fragen: Warum sind Sie dann nicht bereit, diese nach vorn gerichtete, lebendige Tendenz

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) unserer Zeit in der Verfassung wirksam werden zu lassen?

(Beifall bei der SPD)

Zum zweiten wollen wir, daß die **auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften** in der Verfassung nicht länger mit Schweigen übergangen werden — schon um der Kinder willen, die in solchen Gemeinschaften leben.

Zu Recht hat auch das Bundesverfassungsgericht bereits gerügt, daß der Staat bislang diese Gemeinschaften der Ehe gleichstellt, wo ihm das finanziell vorteilhaft erscheint, die so Verbundenen aber als alleinstehende Einzelpersonen behandelt, wo ihm dies Geld einbringt oder erspart. Das jedenfalls sollte doch geändert werden. —

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Daß ich dabei sexueller Beliebigkeit das Wort rede, wie das da manchmal bei den Kritikern mitschwingt, das wird wohl nicht angenommen werden.

(Heiterkeit)

Der dritte Entwurf will die **Schutzwürdigkeit der Tiere** in der Verfassung normieren und damit den Rang des Tieres — ich greife Ihre Formulierung auf, Herr Jahn — als Mitgeschöpf deutlich machen. Es würde dem Tierschutz nicht im Detail Verfassungsqualität verleihen oder ihn gar verabsolutieren, aber es würde dem Gedanken, daß Tiere nicht unserer Willkür überantwortet sind, Eingang in die Verfassung verschaffen und damit überhaupt erst eine Abwägung des entsprechenden Verfassungspostulats mit anderen Verfassungsgütern, etwa der Forschungsfreiheit, ermöglichen und die Verfassungsmäßigkeit des § 1 des Tierschutzgesetzes, für die Sie sich auch alle entschieden haben, die gerade deshalb immer wieder bezweifelt wird, weil die Verfassung selbst über den Tierschutz schweigt, gewährleisten.

Außerdem — das ist mir das Wichtigste — würde in der Verfassung einmal mehr deutlich, daß menschlichem Tun Grenzen gesetzt sind, daß Menschen nicht alles tun dürfen und sollen, wozu sie in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wieder frage ich: Warum wollen Sie dazu nein sagen? Nicht nur die Christen unter Ihnen erinnere ich zusätzlich daran, wie sich Franz von Assisi wohl in dieser Frage entschieden hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Behauptung, der Tierschutz werde vom Staatsziel Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen umfaßt, ist unzutreffend.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das haben in gutachterlichen Äußerungen sowohl das Bundesjustiz- als auch das Bundesinnenministerium bestätigt. Im übrigen freue ich mich, daß Ihnen ein CDU-Abgeordneter aus Brandenburg noch einmal die gleiche Forderung als Pressenotiz auf den Tisch gelegt hat.

Unsere Verfassung ist ein kostbares Gut. Jeder von uns trägt für sie, gerade bei den heutigen Entscheidungen, besondere Verantwortung. Wir sollten dieser Verantwortung auch dadurch gerecht werden, daß wir heute dem Streben nach Geschlossenheit der jeweiligen Fraktion ein geringeres, dem Streben, so zu handeln und abzustimmen, wie jeder einzelne von uns das nach sorgfältiger Prüfung zum Besten des Gemeinwohls für richtig hält, ein höheres, nein, diesmal das entscheidende Gewicht beimessen.

(Beifall bei der SPD)

Aus eben diesem Grunde werden wir jedem einzelnen im Parlament am Ende der Beratung in mehreren Verfahrensgängen — teils mit der Karte, teils mit entsprechenden Stimmzetteln — Gelegenheit geben, zu jedem dieser Anträge in namentlicher Abstimmung ja oder nein zu sagen. Wir glauben, daß dies der individuellen Verantwortung eines jeden von uns, so wie es im Art. 38 des Grundgesetzes umrissen ist, am besten gerecht wird.

Wer sich seiner Entscheidung auch nach sorgfältiger Abwägung in dem einen oder anderen Fall noch nicht sicher ist, der möge sich fragen, wie wohl die so oft berufenen **Väter und Mütter des Grundgesetzes** entscheiden würden. Ich bin überzeugt, sie stünden heute nicht an der Seite derer, die sich einer zeitgerechten Erneuerung des Grundgesetzes verschließen, sondern an der Seite derer, die mit Augenmaß erneuern und gerade dadurch das Bewahrenswerte sichern wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz sicher würden sie, die Väter und Mütter des Grundgesetzes, auch auf den Grundgedanken des von ihnen geschaffenen Art. 146 hinweisen und uns jedenfalls dringend mahnen, auf die Deutschen in den Ländern zuzugehen, denen — so sagte es die ursprüngliche Präambel — es damals versagt war, an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitzuwirken.

Wenn wir alle so verfahren, dann könnte der heutige Tag doch noch zu einem Tag des Parlaments werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, endet meine **Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag** im Herbst diesen Jahres. Meine gegenwärtige Rede ist deshalb voraussichtlich meine letzte Parlamentsrede nach über 20 Jahren, in denen ich unserem Gemeinwesen und in seinem Rahmen meiner politischen Gemeinschaft, der deutschen Sozialdemokratie, auf Bundesebene in unterschiedlichen Funktionen gedient habe, darunter jeweils acht Jahre als Bundesminister und als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Ich leite daraus weder besondere Ansprüche noch Erwartungen ab. Und der von Johannes XXIII. überlieferte Ausspruch „Giovanni, nimm dich nicht so wichtig!“ ist mir mit zunehmendem Alter immer sympathischer und auch einleuchtender geworden.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

(C)

(D)

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) Dennoch möchte ich, wie andere das auch getan haben, zum Abschied ein paar allgemeine Gedanken äußern, die mich in diesem Augenblick bewegen.

Mich bewegt zunächst und vor allem ein Gefühl der Dankbarkeit. Der Dankbarkeit gegenüber dem Schicksal — oder, wie ich persönlich, ohne andere in Anspruch zu nehmen, sagen möchte, gegenüber dem Herrgott — dafür, daß unser Volk nach all dem, was in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft von Deutschland an Schrecklichem seinen Ausgang genommen hat und dann schrecklich auf uns zurückschlug, wieder einen geachteten Platz in der **Völkergemeinschaft** eingenommen und von neuem seine Einheit gefunden hat, und das ohne einen Tropfen Blutvergießen.

(Beifall im ganzen Hause)

Natürlich haben große und letzten Endes gemeinsame Anstrengungen über die Jahrzehnte hinweg wesentlich dazu beigetragen. Für jemanden, der wie ich 1945 das Kriegsende als junger Mann in der Kriegsgefangenschaft erlebt hat, grenzt aus der damaligen Sicht indes allein schon die Tatsache, daß ich das hier in Berlin und im ehemaligen Reichstagsgebäude sagen kann, immer noch an ein Wunder.

Es wäre gut, wenn dieses Grundgefühl von Zeit zu Zeit auch denen nähergebracht würde, die erst nach 1945 geboren wurden. Manches erschiene dann weniger selbstverständlich, und mancher würde dann wohl nicht so vollmundig und weniger selbstgerecht auftreten. Vielleicht würde es dann auch deutlicher, daß die Sorgen und Nöte anderer Völker die unseres Volkes, die ich weiß Gott nicht bagatellisiere, bei weitem übertreffen.

(B)

(Beifall im ganzen Hause)

Dankbarkeit empfinde ich auch ganz persönlich, nämlich dafür, daß mir zunächst meine **Partei**, die deutsche Sozialdemokratie, und auf ihren Vorschlag sodann das **Gemeinwesen** ein Leben lang mitunter schwierige und unbequeme, aber stets sinnvolle und notwendige Aufgaben übertragen haben. Erst in München, dann in Bonn, später in Berlin und wieder in Bonn konnte ich mithelfen, unsere gesellschaftliche Wirklichkeit etwas freiheitlicher, gerechter und solidarischer zu gestalten und unsere Grundordnung, wo das notwendig war, zu bewahren und auch mit aller Entschiedenheit zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das und auch, daß ich meiner Partei — keine Partei ist vor solchen Momenten bewahrt — helfen konnte, in schwieriger Situation wieder Tritt zu fassen mag dazu beigetragen haben, daß nicht wenige Menschen etwas erträglicher und erfüllter leben konnten und können, als es ohne diesen Beitrag möglich gewesen wäre.

Das klingt nicht sehr eindrucksvoll, aber es ist ehrlich, und es ist genug, um mit sich selbst einigermassen im reinen zu sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P., der PDS/Linke Li-

ste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Eine Sorge allerdings bedrängt mich, die Sorge nämlich, daß auch ich selbst die Verpflichtung nicht ernst genug genommen habe, die sich aus dem Guten ergibt, das unserem Volk widerfahren ist. Und das ist eine doppelte Verpflichtung. Die eine nach außen: die Verpflichtung, den **Völkern** zu helfen, die im Elend leben und die unsere **Unterstützung** — ich glaube, das ist doch im Ernst kein Streitpunkt, wenn wir nur gut zuhören — nicht erst dann benötigen, wenn es um militärisches Eingreifen geht oder sonst der Scheinwerfer internationaler Medieninteressen auf sie fällt, sondern die unserer Hilfe schon lange zuvor bedürfen, damit diese Situationen gar nicht eintreten.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die andere Verpflichtung geht nach innen. Die Verpflichtung, mehr für diejenigen zu tun, die in unserer Mitte auf der Schattenseite leben: als Arbeitslose, als Sozialhilfeempfänger, als sonstige Benachteiligte. Zu leicht erliegen wir — ich sage immer „wir“ — der Versuchung, angesichts des Wohlergehens einer Mehrheit die **Bedrängnis einer Minderheit** zu übersehen. Eine Bedrängnis, die da und dort die Grenzen zur Verzweiflung überschreitet und die Selbstachtung beschädigt. Das gilt auch für nicht ganz wenige unserer Landsleute in den neuen Bundesländern, die der Transformationsprozeß in existentieller Weise fordert und da und dort auch überfordert.

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite Sorge will ich nur andeuten, nämlich daß wir die Augen davor verschließen, wie sehr wir, jeder von uns, unsere Lebensweise in überschaubarer Zeit ändern müssen, wenn unser Planet überleben und eine Zukunft haben soll.

(D)

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dann bewegen mich noch zwei kurze Bitten, die ich bei dieser Gelegenheit an Sie richten will: zum einen die Bitte, bei aller Notwendigkeit streitiger Auseinandersetzungen und zugespitzter Aussagen — daran habe ich es ja wahrlich bis zum heutigen Tage nicht fehlen lassen — den **Grundkonsens** zu bewahren und die Möglichkeit im Auge zu behalten, daß der jeweils andere, ja, sogar die jeweils andere Gruppe, recht haben und man selbst unrecht haben könnte.

(Beifall im ganzen Hause)

Zum anderen stünde es uns auch gut an, Ausführungen von Mitgliedern anderer Fraktionen im Tagesbetrieb — nicht heute — im Zweifel nicht mit Ablehnung oder dem Ausdruck — meist ist es schon der Gesichtsausdruck — unerschütterter Standfestigkeit oder Selbstgerechtigkeit entgegenzunehmen. Das sage ich in alle Richtungen.

Damit steht etwas anderes im Zusammenhang — das ist wieder eine höchst persönliche Aussage —, nämlich meine Überzeugung, daß unsere Gesellschaft neben der Orientierung an den Grundwerten

Dr. Hans-Jochen Vogel

- (A) — der Menschenwürde, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität — auch eines Mindestmaßes an althergebrachten **Tugenden** bedarf, wenn dieses Gemeinwesen sauber existieren will,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

also beispielsweise der Zuverlässigkeit, der Ehrlichkeit, des Fleißes, der Sparsamkeit und der sauberen Unterscheidung zwischen öffentlichem Amt und privatem Interesse.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu Unrecht sind diese Tugenden in der Vergangenheit hie und da als Sekundärtugenden bespöttelt worden.

(Lachen bei der CDU/CSU)

— Da ist schon wieder der Punkt der Selbstgerechtigkeit, dieses Mit-dem-Finger-Zeigen. Meinen Sie, ich weiß nicht, wen ich meine? Herrgott noch mal!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Gerade als Bayer füge ich hinzu: Nicht alle preußischen Traditionen, nicht alle samt und sonders, waren schlecht und verachtungswürdig.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die andere Bitte ist die, über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg im Kampf gegen den **Rechtsextremismus** zusammenzuwirken.

(B)

(Zurufe von der CDU/CSU: Und Linksextremismus!)

— Sie sind so ungeduldig. Mich braucht man nicht über die Gefährlichkeit des Linksextremismus zu belehren. Sind Sie jetzt zufrieden?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Den Satz habe ich nämlich hineingeschrieben, weil ich diesen Zwischenruf in genauer Kenntnis der Mentalität erwartet habe.

Die Terroranschläge in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stehen mir als damaligem Justizminister stets vor Augen. Heute droht die Gefahr aber in erster Linie von rechts. Diese Gefahr ist nicht schon deshalb überwunden, weil die Wahlergebnisse der betreffenden Parteien in jüngster Zeit rückläufig sind.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, die Gefahr ist nach wie vor relevant. Ich werbe dafür, ihr mit allem Nachdruck zu widerstehen, und das nicht nur und nicht einmal in erster Linie deshalb, weil die rechtsextremistischen Gewalttaten auf den Straßen — Brandanschläge, Morde und Menschenjagen — dem Deutschlandbild im Ausland schaden — das ist schlimm genug —, nein, sondern weil sie die Fundamente unseres friedlichen Zusammenlebens in Frage stellen und den Eindruck erwecken, hier soll-

ten aufs neue **Minderheiten**, insbesondere die in unserer Mitte lebenden Minderheiten, ausgegrenzt, ver-teufelt und zum Gegenstand des Hasses gemacht werden, hier würde neuerdings einem Freund-Feind-Denken und der Gewalt als Mittel der Politik das Wort geredet. Ich werbe dafür, daß wir dem — wenn es links auftritt, in genau derselben Weise — widerste-hen, weil wir nur gewaltlos dieses Gemeinwesen wei-terentwickeln können.

(C)

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mir bleibt übrig, mich bei denen zu entschuldigen, die ich in diesem Haufen im Laufe dieses Jahres —

(Heiterkeit)

— Entschuldigung, das war wirklich unabsichtlich.

(Erneute Heiterkeit)

Mein Vorgänger im Amt des Münchner Oberbürgermeisters war ein Meister des beabsichtigten Sich-Ver-sprechens. Aber diese Fähigkeit habe ich nicht über-nommen.

Mir bleibt übrig, mich bei denen zu entschuldigen, die ich in diesem Hause im Laufe der Jahre gekränkt habe, und denen zu danken, die mir in dieser Zeit in der eigenen Fraktion und außerhalb der eigenen Fraktion des Parlaments Weggefährten und kritische Begleiter — da denke ich insbesondere an die Medien — waren. Daß ich dabei mit zwei Ausnahmen keine Namen nenne, bitte ich mir nachzusehen. Sie alle kennen die Situation, daß man bei solchen Gelegen-heiten bei jeder namentlichen Erwähnung minde-stens zwei oder drei nicht Erwähnte verletzt, die das ebenso erwarten dürfen.

(D)

Die Ausnahmen sind **Willy Brandt** und **Herbert Wehner**, weil sie schon von uns gegangen sind und weil jeder von ihnen in seiner Weise und zu seiner Zeit für mein politisches Engagement und für meine politische Arbeit besonders wichtig war. Willy Brandt und Herbert Wehner nenne ich dabei übrigens ganz bewußt in einem Atemzug und miteinander.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denen von Ihnen, die auch dem nächsten Bundes-tag angehören, wünsche ich Geduld und Kraft im immer neuen Ringen um die beste Lösung.

Meinen politischen Freunden und Freundinnen — und sie werden diese Differenzierung sicher verste-hen — wünsche ich darüber hinaus, daß sie im neuen Bundestag möglichst zahlreich vertreten sind.

(Beifall bei der SPD)

Allen aber, die die Arbeit fortsetzen, wünsche ich, daß sie dem gerecht werden können, was Adolf Arndt, einer der großen Parlamentarier der Nach-kriegszeit, so ausgedrückt hat:

Die Wahrheit seiner Antwort kann kein Politiker verbürgen, wohl aber die Wahrhaftigkeit des Fra-gens und des immer neuen, unermüdlichen Be-mühens.

Dr. Hans-Jochen Vogel

(A) Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD — Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Die Abgeordneten der SPD-Fraktion erheben sich — Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD] wird von Mitgliedern der Fraktionen und Gruppen sowie von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und weiteren Mitgliedern der Bundesregierung beglückwünscht)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Lieber Kollege Vogel, was sich gerade in unserem Parlament ereignet hat, gehört zum Schönsten und Besten, zu dem was im Parlamentarismus eine Sternstunde genannt werden kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Es zeigt, wie mitten aus der streitigen Debatte der Konsens erwachsen kann.

Ich sage von diesem Orte aus: Es ist noch nicht der Augenblick des Abschieds, aber des Dankes, des Respektes und der ganz hohen Wertschätzung. Dies wage ich im Namen aller Mitglieder des Hauses zu sagen. Herzlichen Dank für Ihre große parlamentarische Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat unser Kollege Detlef Kleinert das Wort.

(B) **Detlef Kleinert (Hannover) (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, daß ich die Gelegenheit habe, hier das Wort zu bekommen, um nach diesen eindrucksvollen Schlußworten, nach so vielen eindrucksvollen Reden — es sollen mit der heutigen 225 gewesen sein — nicht etwa nur für diese Rede, sondern für eine Leistung, von der wir alle, jeder auf seine Art, viel gehabt haben, sehr herzlich zu danken und zu gratulieren. Das tue ich nicht nur abstrakt. Hans-Jochen Vogel weiß vielmehr, daß wir im Guten und im weniger Guten einige Dinge zusammen bewegen konnten. Ich bin sehr dankbar, daß ich daran beteiligt sein konnte.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn heute zu Recht von gewissen altmodischen Dingen die Rede gewesen ist, dann möchte auch ich etwas erwähnen, was sehr wesentlich ist und was sich viele nicht mehr trauen in den Mund zu nehmen, nämlich das Wort „Vorbild“. Für mich ist **Hans-Jochen Vogel** in mehr als einer Hinsicht, auch in der parlamentarischen Tätigkeit, ein **Vorbild** gewesen.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Dafür möchte ich sehr herzlichen Dank sagen.

Die Bemühungen der Verfassungskommission setzen ja nicht bei den Ideen des Grundgesetzes an, dem unsere Republik nicht zuletzt ihre unglaublich glückliche Entwicklung zu verdanken hat. Vielmehr ist die Geschichte jahrhundertealt. Der Kampf um die Frei-

heit, der Kampf um ganz einfache **Rechte des Bürgers**, um elementare Freiheitsrechte im Kleinsten, wie z. B. die Freiheit von dem Grundherren, die Freiheit von ständiger Bevormundung, von Drangsalierung und von einer sklavenähnlichen Haltung — das war noch vor etwa 100 Jahren das Los vieler Bürger in diesem Land —, hat jahrhundertlang gedauert und hat jetzt zu dem Ziel, dem Ergebnis geführt, das vorhin von meinem Vorredner so zutreffend dargestellt worden ist. Das Erreichte verführt leider dazu, die Gaben, die uns da zuteil geworden sind, die ja nicht vom Himmel gefallen sind, sondern die von unseren Vorfahren — sei es im Parlament, sei es außerhalb des Parlamentes — erkämpft worden sind, geringzuschätzen. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem größeren Rahmen, über die Jahrhunderte hinweg, sind die Verfassungsbemühungen in unserem Lande zu sehen und zu verstehen. Ein Höhepunkt war die Gestaltung des Grundgesetzes in einer der schwersten Stunden unserer Geschichte, in einer Stunde, in der zu Recht niemand daran geglaubt hat, daß wir heute im Gebäude des Deutschen Reichstags würden tagen können, und auch nicht daran, in welchem damals unvorstellbaren Komfort wir das tun können. Auch diesen empfinden wir obendrein noch als selbstverständlich. Dieses **Grundgesetz** ist erst in einer Turnhalle in Bonn beraten worden und dann in dem notdürftig genutzten Museum Koenig.

Es waren — das erwähne ich bei dieser Gelegenheit selbstverständlich gerne und mit Freude, auch mit einem gewissen Stolz — ganz wesentlich von den **Liberalen** beteiligt Theodor Heuss, Thomas Dehler, Hermann Höpker-Aschoff, um nur einige wenige zu nennen. Frauen und Männer, auf die wir stolz sein können, waren da für die deutschen Liberalen in einer Stunde, in der liberales Gedankengut wohl gekrönt und für eine sehr lange Zeit festgeschrieben worden ist, beteiligt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Weil das so war, müssen wir mit dem so vorsichtig umgehen, was in einer ganz besonderen Stunde unserer Geschichte entstanden ist. Darum haben wir uns u. a. in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern so schwergetan, zwischen dem Wünschenswerten, ja dem geradezu notwendig Erscheinenden — was noch hinzugefügt werden sollte — und der Wahrung der Kontinuität, der Beschränkung auf das Wesentliche, der Wahrung eines festen Fundaments für unser Zusammenleben in diesem Volk und in diesem Staat zu unterscheiden.

Daher und nicht aus parlamentarischer Streitsucht und Kleinlichkeit sind die Auseinandersetzungen langwierig und schwierig gewesen. Sie sind, wie das komplizierte Abstimmungsverfahren des heutigen Tages zeigen wird, auch nicht beendet. Es gibt keine Lösungen, mit denen jeder zufrieden sein kann. Es gibt im Verfassungsrecht nicht das — und bei der Verfassungssetzung schon gar nicht —, was man gemeinhin als Patentlösung bezeichnet. Dazu sind die Dinge eben zu schwergewichtig, zu vielschichtig, zu kompliziert.

(C)

(D)

Detlef Kleinert (Hannover)

- (A) Die Bürger der DDR, — der damals immer noch DDR — haben durch Beschluß ihrer nur einmal frei gewählten Volkskammer, den Weg über Art. 23 unseres Grundgesetzes, der dort in Hoffnung auf die Einheit 1949 aufgeschrieben war, beschritten, um sich in diese geschichtliche Reihe der Entwicklung unserer Verfassungen einzureihen, ihr wieder beizutreten. Das ergibt gewisse Folgerungen für die äußere Gestaltung, die heute nicht das Thema sein können.

Die Verfassungskommission hat eine gute Arbeit geleistet. Man hört landauf, landab — besonders von Leuten, die wenig Zeit haben, sich mit Einzelheiten zu plagen, und lieber ihren ersten, etwas allgemein gewonnenen Eindruck benutzen, um darauf Urteile aufzubauen —, daß die Arbeit nichts getaugt haben könne, weil sowenig dabei herausgekommen sei. Eine ganz merkwürdige Betrachtungsweise. Als ob das Nachdenken daran gemessen werden könnte, was hinterher an Papierausstöß herauskommt!

Wichtig ist, daß man sich Gedanken macht, daß man miteinander diskutiert und ringt, daß man erwägt. Ob man dann aber nach gründlichem Erwägen verwirft oder akzeptiert, das ist eben die Entscheidung, die das Nachdenken erst ergeben muß. Deshalb sei den Kritikern geraten, sich doch weniger mit dem Nachzählen von einzelnen Verfassungsänderungen aufzuhalten, sondern sich einmal mit den Gedanken, die vorgetragen worden sind, mit den Prüfungen, die stattgefunden haben, zu beschäftigen und sich dann ein eigenes Urteil zu bilden — in der schwierigen Abwägung, die ich schon versucht habe anzudeuten.

- (B) (Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch dieser Vorgang ist nicht neu. Theodor Heuss hat am 8. Mai 1949 gesagt: „Ob Staatsrechtler und Staatstheoretiker“ — man könnte hinzufügen: Fachjournalisten — „mit uns zufrieden sind, wird uns später interessieren, wenn sie ihre Kommentare geschrieben haben. Es wird uns aber nicht zu stark beeindrucken können, denn sie sind die Perfektionisten auf dem Papier, während wir in die Wirklichkeit der deutschen Geschichte gestellt sind.“ Dies gilt damals wie heute.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Verantwortung, nicht nur gegenüber dieser Verfassungsgeschichte, sondern gegenüber der Geschichte unseres Volkes und der Freiheit unseres Volkes, bringt uns dazu, daß wir grundsätzlich davon ausgehen, eine Verfassung müsse nicht in kürzeren Abständen dem Zeitgeist angepaßt werden oder gar modischen Tendenzen. Vielmehr ist besonders wesentlich — das ist unsere Auffassung —, daß das, was endlich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte als Gegenstand unserer Verfassung in das Bewußtsein der Bürger eingegangen ist, nicht so tangiert werden darf, daß es sich wieder verflüchtigen kann, daß es durch Veränderungen vergeht, sondern es muß eine tragfähige Basis des gemeinsamen Bewußtseins für das Zusammenleben sein. Die **Verlässlichkeit der Verfassung** beruht auf ihrer **Stetigkeit**.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(C)

Deshalb haben wir nur in sehr wenigen Punkten einem anderen Gedanken Rechnung getragen, nämlich dem Gedanken, daß in den Fällen, in denen sich das Bewußtsein von uns allen, das Bewußtsein unseres Volkes im Laufe der Jahrzehnte so verändert oder sich neuen Dingen geöffnet hat, eine ganz wichtige neue Lage, eine wichtige neue Beurteilung entstanden ist. Eine solche Beschreibung unserer Gesellschaft ist in den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes zu finden. Bei der Beschreibung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit kann eine solche Veränderung nicht ausgeschlossen werden.

Zu diesem Ergebnis sind wir nach jahrelangen Bestrebungen im **Umweltschutz** gekommen, und zwar bezeichnenderweise im ganzen Hause übereinstimmend. Es ist nun einmal so, daß früher das Verständnis für die Endlichkeit der Ressourcen, für die Besonderheit unserer Umwelt und für die dringende Notwendigkeit, sie zu schützen, noch nicht so ausgeprägt war. Leider war es so. Wenn dieses Bewußtsein nun endlich da ist, dann kann an diesem wesentlichen Umstand, an diesem Bezugspunkt unseres gesellschaftlichen Bewußtseins und unserer gesellschaftlichen Existenz, nicht vorbeigegangen werden. Dann muß dieser Punkt auch im Grundgesetz angesprochen werden. Das geschieht nun zu unserer Freude.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

In einigen weiteren Punkten kann man nach den gleichen Grundsätzen zu dem Ergebnis kommen, daß die Sachverhalte, die Lebenswirklichkeit, in diesen beschreibenden Teil des Grundgesetzes hineingehören. Man kann es mit Rücksicht auf die andere Seite der Erwägung, die ich vorher darzustellen versuchte, auch mit der Begründung verwerfen: Wir wollen den alten Text möglichst klar erhalten und es z. B. dem Verfassungsgericht überlassen, die Fortbildung des Rechts zu betreiben oder die Sachverhalte aus dem alles überragenden Grundrecht der Menschenwürde in Art. 1 abzuleiten.

(D)

Wir Freien Demokraten sind jedenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß zusammen mit der Betonung des **Umweltschutzes** auch der **Tierschutz**, das Verhältnis zu unseren Mitgeschöpfen, einen Platz an dieser Stelle finden soll.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind des weiteren der Meinung, daß das ganz besondere und sich immer noch verstärkt ausbreitende Schicksal der Behinderten an dieser Stelle angesprochen werden soll, um eine Verpflichtung auszusprechen, um auszudrücken, daß wir sehen, mitfühlen und mitleiden können und daß wir uns dessen bewußt sind.

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. Ilja Seifert (PDS/Linke Liste): Es geht um die Menschenrechte!)

Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß es die in den letzten Jahrzehnten leider bei einem ganz klei-

Detlef Kleinert (Hannover)

- (A) nen Teil unserer Bevölkerung aufgetretenen Probleme im Umgang mit ausländischen Mitbürgern geraten erscheinen lassen, die Rechte der **ethnischen und kulturellen Minderheiten** in diesem Teil des Grundgesetzes anzusprechen und zu berücksichtigen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gleiche gilt für einen Sachverhalt, der für jeden einzelnen in seiner Umwelt völlig unübersehbar ist und nicht als gesellschaftliche Wirklichkeit zur Kenntnis genommen werden soll, wohl aus dem falschen Gedanken heraus, daß damit die zentrale Bedeutung der Ehe für unsere Gesellschaft etwa herabgemindert werden könnte. Es handelt sich dabei um die Achtung — nicht mehr, aber keineswegs weniger — anderer **Lebensgemeinschaften**.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit wird nicht die zentrale Rolle der Ehe angegriffen, sondern damit wird lediglich ein gesellschaftlicher Sachverhalt an herausragender Stelle zur Kenntnis genommen, um unser Zusammenleben auf offener, ausgesprochener, deklarerter Basis in unserer Gesellschaft freier und normaler gestalten zu können.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Das ist der Grund für diese, unsere Anliegen, zu denen wir uns entschlossen haben, obwohl man — wenn ich vom Umweltschutz absehe — in jedem einzelnen Punkt unter Berücksichtigung der Frage, die Verfassung möglichst stringent, knapp, klar und in sich stetig zu erhalten, auch zu einem anderen Ergebnis kommen könnte. Wir haben uns jedenfalls aus den dargelegten Gründen für das Ergebnis entschieden, das ich vorgetragen habe.

In einigen Punkten haben wir etwas verknautschte **Formulierungen** gefunden. Das tut richtig weh. Ich möchte dazu eine Bemerkung machen: Die Formulierung des Umweltschutzes ist wirklich nicht als glücklich zu bezeichnen. Es handelt sich eher um so etwas wie eine sprachliche Laokoon-Gruppe.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber die Sache hat ihren Grund, und diesen möchte ich gern ansprechen. Wir haben nicht die nötige Gelassenheit, aus einer langen Tradition erwachsene Sicherheit und daraus erwachsene Gelassenheit in der Trennung der Gewalten, in dem Verständnis von dem, was des Parlaments ist, und dem, was der Rechtsprechung ist. Weil hier ein latentes Mißtrauen gegenüber möglichen Übergriffen der Rechtsprechung eine große Rolle gespielt hat, ist es zu diesen interessanten, aber unschönen Sprachungetümen gekommen. Wünschenswert wäre also, daß dieses Parlament mit dem nötigen Selbstbewußtsein auch sein Verhältnis zur Rechtsprechung betrachtet und die Rechtsprechung uns liebenswürdigerweise dabei hilft, indem sie sich an das hält, was ihres Amtes ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dann kann man in Zukunft vielleicht etwas kürzer und klarer an einer solchen Stelle formulieren. (C)

Die wesentlichen **Fundamente unseres Grundgesetzes**, die Eckpfeiler, auf denen jeder einzelne, ob er das weiß oder nicht, hier sein Leben aufbaut, seine Zukunftsplanung betreibt und sein Schicksal gestaltet, sein Lebensschicksal und dann das seiner Familie, seiner Kinder und seiner Enkel, sind die Würde des Menschen, die Handlungsfreiheit der Person, die Gleichheit in den verschiedenen Bezügen, nicht nur vor dem Gesetz, die Berufsfreiheit und das Eigentum, das alles dieses erst in die nötige Unabhängigkeit und damit wiederum Gelassenheit zu bringen hilft — nur hilft.

Je mehr wir hinzufügen, je mehr wir glauben, über das Grundgesetz in das tägliche politische Geschehen eingreifen zu können, um so weniger wird dieser **Grundkonsens**, dieses tragende Fundament unserer gesellschaftlichen und persönlichen Entwicklung, deutlich.

Deshalb müssen wir so behutsam mit unserem Grundgesetz umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Deshalb müssen wir uns darüber freuen, daß es den Müttern und Vätern des Grundgesetzes in einer historischen Stunde seinerzeit gelungen ist, diesen großen Wurf zu tun und das Grundgesetz so zu gestalten, wie das geschehen ist, und müssen es bei dem gelegentlichen Versuch, es ein wenig weiterzuentwickeln in bezug auf das, was sich in unserer Gesellschaft nun einmal geändert hat, sehr pfleglich und behutsam behandeln. (D)

Der **Zusammenschluß freier und unabhängiger Bürger**, die wissen, daß sie zusammengehören — ich vermeide damit den vorhin mir jedenfalls etwas aufgesetzt erschienenen Streit um das wichtige Wort Nation —, die aus Überzeugung zusammengehören wollen und die natürlich wissen müssen, daß sie aufeinander, auf die Freiheit des anderen Rücksicht zu nehmen haben, daß sie sogar hinsichtlich seines Wohlergehens und seiner Wohlfahrt verpflichtet sind, wenn ihre eigene Freiheit ihnen Freude machen soll, wird durch unser Grundgesetz gestärkt und gefördert, ist dadurch ermöglicht worden. Wir wollen sie bewahren und weiterentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Kollege Dr. Uwe-Jens Heuer.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **deutsche Verfassungsgeschichte** ist nicht arm an herausragenden Verfassungsdokumenten. Zu nennen sind die Paulskirchenverfassung von 1849, die Weimarer Reichsverfassung und die beiden deutschen Verfassungen von 1949. Es ist unter uns wohl schon jetzt unstrittig, daß

Dr. Uwe-Jens Heuer

- (A) sich ihnen keine Berliner Verfassung zuordnen wird. Die wenigen von der Gemeinsamen Verfassungskommission und dann vom Rechtsausschuß des Bundestages empfohlenen Verbesserungen, für deren Verabschiedung ich nachdrücklich eintrete, entsprechen weder dem tatsächlichen **Reformbedarf** unserer Verfassungsordnung noch den Verfassungsforderungen der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Jahn hat hier erklärt, wir sollten die Arbeit der Verfassungskommission besonders deshalb loben, weil sie so wenig geändert hat. Auch Herr Kleinert hat eben gesagt, wir müßten ganz behutsam sein. Ich möchte jedoch darauf aufmerksam machen — auch Hans-Jochen Vogel hat das schon getan —, daß mit dieser Verfassung während der Laufzeit unserer Arbeit eine ganze Menge geschehen ist, nicht durch die Verfassungskommission, aber durch den Bundestag: Das Asylrecht ist weitgehend beseitigt worden, gestern ist die Postreform mit der erforderlichen Verfassungsänderung verabschiedet worden. Der große Lauschangriff wird von mehreren Parteien in unterschiedlicher Formulierung gefordert. Es sind also gravierende **Verfassungsänderungen** erfolgt, allerdings nicht in der Richtung, von der ich meine, daß sie notwendig ist. Damit sind Verfassungserwartungen enttäuscht worden, sowohl der ostdeutschen wie der westdeutschen Demokratieinitiativen.

- (B) In der DDR wurde am Schluß immer wieder das Wort von Erich Honecker kolportiert, daß sich alles bewährt habe. Viele DDR-Bürger waren dadurch genervt und zunehmend verstört. Ich glaube, daß die Aussage, etwas habe sich bewährt, alleine nicht ausreicht, wenn man sich über die Fragen dieser Gesellschaft ernsthaft unterhalten will. Erich Honecker hat dann allerdings immer noch hinzugefügt: Das Erreichte ist nicht das Erreichbare.

Ich meine — auch darüber sollten wir nachdenken —, daß sich das **Scheitern der Arbeit der Verfassungskommission** aus der Logik des Einigungsvertrages ergab. Durch diesen Vertrag war bereits entschieden worden, daß es nicht um eine neue Verfassung nach Art. 146 geht, sondern um einen Beitritt nach Art. 23. Dieses Scheitern war ein Ergebnis dieser Grundentscheidung, die damals gefallen ist.

Wir haben einen **Entwurf einer neuen Verfassung** vorgelegt. Allerdings, Herr Kollege Jahn, möchte ich sagen, es handelt sich nicht um eine sozialistische Verfassung. Ich meine, daß man nach dem Scheitern dieses Sozialismus in Europa nicht den Mut haben kann, heute zu sagen, wie denn eine sozialistische Verfassung aussehen soll. Ich würde das für halsbrecherisch halten. Wir haben eine **radikaldemokratische Verfassung** vorgelegt, und wir sollten auch ernsthaft darüber diskutieren.

Unser Problem ist nicht so sehr die Ohnmacht der Verfassungsänderung, sondern wir müssen überlegen, woran das lag. Ich meine, daß ein ernstes Problem auch darin liegt, daß die Reformkräfte in der DDR nicht durch neue Bündnisse und auf andere Weise die Kraft aufgebracht haben, rechtzeitig die DDR zu einem demokratischen Verfassungsstaat umzugestalten und davon ausgehend auch den gesamtdeutschen Staat mitzuformen.

Ein weiteres Problem liegt allerdings darin — und davon kann ich andererseits wiederum nicht freisprechen —, daß weder von der letzten Volkskammer noch aus der Mitte dieses Hauses im grundsätzlichen Widerstand kam. Auch die SPD hat den Kampf um eine andere Weichenstellung in dieser Verfassungsdebatte in meinen Augen nicht mit der notwendigen Konsequenz vor allem im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag geführt. Sie hat eben damit akzeptiert, daß der Anspruch des Grundgesetzes, aus der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes hervorzugehen, mit dem Beitritt der DDR erfüllt sei.

Verfassungsaufträge wie der des Art. 146 sind nur dann wirksam, wenn sich relevante politische Kräfte für sie einsetzen. Der Art. 146 hatte damals die Absicht beinhaltet, daß bei einer Vereinigung Deutschlands eine neue Verfassung erforderlich sei, und das ist nicht geschehen. Der Art. 146 ist noch unverbraucht. Er wird zur Verfügung stehen, wenn Kräfte einer grundlegenden Verfassungserneuerung stark genug sind.

Schon heute ist nicht zu übersehen, daß mit dem wachsenden Abstand vom 3. Oktober 1990 die unge lösten Verfassungsfragen hinsichtlich der Demokratieproblematik, des Eigentumsrechts der Ostdeutschen und vieler anderer Probleme drängender werden.

Meine Damen und Herren, für mich gibt es einen eklatanten Widerspruch zwischen dem Inhalt der **Verfassungsdebatte** und ihrem Ergebnis. Die Arbeit in der Gemeinsamen Verfassungskommission, überhaupt die Debatte um die Verfassungsreform war wohl der angenehmste Teil meiner parlamentarischen Arbeit hier. Es gab ernsthafte und gute Debatten, aber doch recht magere Ergebnisse.

Berücksichtigt man auch die öffentlichen Anhörungen zu Verfassungsfragen, so ist zumindest mein Eindruck, daß wir an fast allen wichtigen verfassungspolitischen Fragen dran waren, jedoch kaum akzeptable Lösungen gefunden wurden. Das betrifft vor allem die weitgehende Reduzierung des Demokratieprinzips auf repräsentative Demokratie und Parteiendemokratie, die Kluft zwischen dem Friedensprinzip und der unübersehbaren Tendenz zur Militarisierung der Außenpolitik, das Ungenügende des Sozialstaatsprinzips als Schranke gegen Massenarbeitslosigkeit und soziale Not, die verfassungsrechtliche Negierung des Ost-West-Gegensatzes einschließlich von Minderheitsrechten der Ostdeutschen.

In der Gemeinsamen Verfassungskommission — so ging es jedenfalls mir — hatte man hin und wieder das Gefühl, Mitglied einer **verfassungsgebenden Versammlung** zu sein. Es gab eine Debatte, zum Teil auch Mehrheiten über Fraktionsgrenzen hinweg. Ich hoffe, daß das auch heute noch der Fall ist. Allerdings ließ dann, wie in der Frage des Umweltschutzes, die Disziplinierung durch die Fraktionsführung der CDU/CSU nicht lange auf sich warten.

Bei der nachfolgenden **Verfassungsdebatte in den Ausschüssen** kehrte man dann zur Normalität des parlamentarischen Betriebes zurück. Die vorher beschworene hohe Autorität der Gemeinsamen Verfas-

Dr. Uwe-Jens Heuer

- (A) sungskommission galt wenig, als dann die CDU/CSU abrückte von der Achtung der Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten.

Vor einem Jahr, am 1. Juli 1993, haben wir in der Gemeinsamen Verfassungskommission mit 45 gegen 12 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für diese Formulierung gestimmt, und diese Abstimmung stand unter dem Eindruck der rassistischen Ausschreitungen gegen Türken, Vietnamesen und andere ethnische Minderheiten. Sie fand damals die Zustimmung auch einer Reihe von Abgeordneten der CDU/CSU und damit eine Zweidrittelmehrheit.

Es hätte meiner Ansicht nach sehr große negative internationale Auswirkungen, wenn dieser Artikel heute nicht die erforderliche Mehrheit fände. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß das nicht beschlossen wird, weil die Interessen der fast 2 Millionen Türkinnen und Türken keine Rolle spielen, da sie kein Wahlrecht besitzen, und daß in der gegenwärtigen Diskussion nur noch solche Mehrheiten zustande kommen, von denen man meint, daß sie auf die Wahlentscheidung Einfluß nehmen können. Das halte ich für gefährlich auch für das internationale Ansehen Deutschlands.

Ich meine auch, daß die Formulierung von den **alt-eingewanderten Minderheiten** sehr unglücklich ist, weil sie offensichtlich die Sinti und Roma von Schutz und Förderung ausschließen soll. Dem kann ich mich nicht anschließen.

- (B) Für die gesamte Verfassungsdebatte war ein völlig unterschiedliches Gewicht der verschiedenen **außerparlamentarischen Verfassungsinitiativen** typisch. Für den Vorschlag, das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft im Grundgesetz zu verankern, gab es Eingaben mit insgesamt über 100 000 Unterschriften. Der entsprechende Antrag aber wurde gegen meine Stimme bei einer Enthaltung abgelehnt. Als der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages an die Mitglieder des Rechtsausschusses schrieb, das Abgehen von einer einheitlichen Bundeskompetenz in den Empfehlungen der Kommission hinsichtlich der beruflichen Bildung sei unakzeptabel, entsprach die Fraktionsführung der CDU/CSU diesem Hinweis unverzüglich.

Es war eine positive Erfahrung während der gesamten Verfassungsdebatte, daß sehr viele Vorschläge eingingen. Immer dann, wenn diese Initiativen Massencharakter annahmen, konnte die Verteidigungsposition zur Sicherung des Status quo durchbrochen werden. Ich erinnere mich noch immer mit großer Freude an unsere Anhörung, als 500 selbstbewußte Frauen in Bonn im Saal waren und dieser Diskussion einen Stempel aufdrückten; davon geht jetzt wirklich etwas in dieses Grundgesetz ein.

Jetzt, wo die Verfassungsdebatte gewissermaßen in den Wahlkampf übergegangen ist, besteht augenscheinlich die Chance, ein Verbot der Benachteiligung der Menschen mit Behinderungen sowie den Tierschutz verfassungsrechtlich zu verankern. Ich meine aber, daß es ein Wermutstropfen ist, daß es bei Nichtwählern eine solche Entscheidung nicht so leicht gibt.

- (C) Die F.D.P. hat sich jetzt in einer Reihe von Fragen zu für ihre Verhältnisse etwas radikalen Vorschlägen hinsichtlich der Aufnahme der Einheit Deutschlands in die Präambel, des Tierschutzes und der auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft durchgerungen. Allerdings kann ich mich dem Eindruck nicht verschließen, daß diese Radikalität auf dem sicheren Fundament der Ablehnung dieser Vorschläge durch die CDU/CSU beruht, so daß die Kühnheit doch vielleicht nicht so groß ist.

Radikal werden alle Forderungen einer **direkten Volksgesetzgebung** abgelehnt. Ich unterstütze den Vorschlag der Demokratie-Initiative 1994, 88147 Achberg, Hohbuchweg 23, Tel. 08380-500, gleichzeitig mit der Bundestagswahl 1994 einen Volksentscheid über die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Volksgesetzgebung durchzuführen.

Großes Gewicht legen wir auf klare verfassungsrechtliche Aussagen, wie das staatlich vereinigte Deutschland seine wiedergewonnene **Souveränität** nutzen sollte. Wir verstehen uns vorbehaltlos als Befürworter der Option, daß sich Deutschland einem Höchstmaß an militärischer Selbstbeschränkung unterwirft. Wir unterstützen Vorschläge der SPD, halten sie aber für nicht weitgehend genug.

Zu den ungelösten Problemen der Verfassungsdebatte zählt das Problem der **Vollendung der Einheit Deutschlands**. Herr Kleinert hat gesagt, wir sollten das Grundgesetz dann ändern, wenn eine wirklich neue Lage eingetreten ist. Hier ist nun einmal eine wirklich neue Lage eingetreten. Ich meine also, hier müßten Änderungen vorgenommen werden.

(D) Meine Damen und Herren, Herr Jahn hat in der Debatte des Rechtsausschusses gesagt, es ginge bei dieser Fragestellung um eine momentane Frage; heute war von einer Tagesfrage die Rede. Ich halte dieses Augenverschließen vor der deutschen Realität für wirklich schlimm. Zweifellos ist der DDR-Staat zerbrochen. Manche sagen, er sei ruhmlos untergegangen. Ich halte eine solche Formulierung für gefährlich: Was ist denn ein ruhmreicher Untergang? Das erinnert etwas an die Nibelungen. — Herr Vogel hat hier mit Recht gesagt: Es ist kein Tropfen Blut geflossen. Ich halte das für sehr wichtig und sehr gut.

Aber jetzt wird unter den Ruinen dieses Staates eine **DDR-Gesellschaft** sichtbar. Mir scheint, daß viele von Ihnen angenommen haben, was vielleicht noch im Jahre 1953 möglich gewesen wäre, daß nach dem Wegräumen des DDR-Staats die alte bürgerliche Gesellschaft wieder zutage tritt. Tatsächlich hat sich in diesen vierzig Jahren in Ostdeutschland eine andere Gesellschaft herausgebildet. Ich habe das dringende Anliegen an Sie, diese andere deutsche Gesellschaft zu erkennen, sie nicht von vornherein für die schlechtere zu halten und sie erst einmal zu studieren und zu untersuchen, sie vielleicht wie die Indianer vorurteilslos zu betrachten. Aber das hat man bei den Indianern erst gemacht, nachdem sie ausgerottet waren.

Also: Sehen Sie sich diese Gesellschaft vorurteilslos an und überlegen Sie, wie Sie mit dieser Gesellschaft zu Rande kommen wollen! Ich meine, daß die Entschließung der Enquete-Kommission dabei nicht hilf-

Dr. Uwe-Jens Heuer

- (A) reich war, indem sie Absagen an Amnestie gegeben hat und statt dessen Ausbau der Ermittlungs- und Justizorgane gefordert hat.

Ich will noch auf ein jüngstes Beispiel dafür hinweisen, nämlich das mecklenburgische Landeshochschulgesetz vom 9. Februar 1994, in dem festgelegt ist, daß alle Professoren, Hochschuldozenten und Dozenten Mecklenburgs sich einem Ehrenrat stellen müssen, der prüft, ob sie überhaupt berechtigt sind, diese Titel weiter zu führen. Darüber entscheidet dann abschließend die Kultusministerin. Das halte ich für gefährlich und für nicht gut. Wir sollten versuchen, Rechte für die Ostdeutschen aufzunehmen. Wir haben solche Vorschläge gemacht, z. B. hinsichtlich einer dritten Kammer und hinsichtlich einer Toleranzregelung.

(Zustimmung des Abg. Dr. Hans Modrow
[PDS/Linke Liste])

Meine Damen und Herren, ich halte es für gefährlich, wenn man mit der Gesellschaft in Ostdeutschland nicht versteht umzugehen. Es gab gegenseitigen Haß, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Es gab viel Schlimmes zwischen diesen beiden deutschen Staaten. Aber man sollte das nicht auf diese Gesellschaft, auf die Menschen, die dort leben, und auf ihre Strukturen übertragen. Deshalb schlagen wir mit Artikel 116 b eine **Toleranzregelung** mit Verfassungsrang vor, die klarstellt, daß es keine Diskriminierung oder Ausgrenzung von ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern allein wegen ihrer politischen Haltung zur DDR geben darf.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Eine solche Regelung hat der Deutsche Bundestag hinsichtlich des Saargebiets im Jahre 1956 beschlossen, so daß eine solche Regelung nicht grundgesetzwidrig sein dürfte. Was als verfassungsrechtliche Lösung in Südafrika, was zwischen Palästinensern und Israelis möglich ist, das müßte doch auch in Deutschland zu erreichen sein. Schließen Sie Frieden mit dieser ostdeutschen Gesellschaft! Was wäre dazu besser geeignet als die Verfassung!

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Kollege Dr. Wolfgang Ullmann.

Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was für ein Volk sind wir nun, am Ende einer mehr als vierjährigen Verfassungsdebatte, deren Ergebnis von Herzen nur von denen begrüßt wird, die diese Debatte gar nicht gewollt haben und alles taten, um sie zu verhindern?

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Oh!)

Was für ein Volk sind wir jetzt, nachdem wir unsere verfassungsgebende Gewalt im Herbst 1989 so laut ausgerufen haben wie selten in unserer Geschichte? Denn auch wenn diese Rufe auf dem Alexanderplatz und der Karl-Liebknecht-Straße in Berlin angestimmt

wurden, gemeint war mit ihnen doch etwas, das alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes anging, nämlich nichts anderes als der Auftrag der damaligen Präambel des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was sind wir jetzt für ein Volk mit einer Verfassung, die nun aus lauter Widersprüchen besteht. **Präambel und Art. 146** — neu — setzen voraus, daß diese Einheit vollendet sei. Eine Mehrheit des Rechtsausschusses hat sich vorige Woche — Herr Kollege Vogel hat das eindrucksvoll begründet — für eine Ergänzung der Präambel ausgesprochen, in der die innere Einheit Deutschlands als ein noch weiter anzustrebendes Ziel bezeichnet ist. Also meinen neue Präambel und neuer Art. 146 nur eine äußere Einheit?

Das Recht auf Asyl gilt weiter als Grundrecht, aber seine Wahrnehmung ist fast vollständig blockiert. Die gemeinsame Kommission hat mit Recht im Blick auf das Zusammenwachsen der Europäischen Union die Länderrechte zur Mitwirkung an Kompetenzübertragungen gestärkt. Sie hat das gleiche im Bereich der Gesetzgebungskompetenzen und -verfahren getan. Gerade hiergegen hat es wegen des Hochschulrechts Einspruch aus den Reihen der Unionsfraktionen gegeben. Am Ende des Ganzen steht der nunmehr leerlaufende Art. 146. Niemand weiß derzeit, was mit der in diesem Artikel erwähnten Verfassung, deren Inkrafttreten das Grundgesetz ablöst, gemeint sein soll.

Die Frage, was für ein Volk wir eigentlich sind, stellt sich noch dringender angesichts der Tatsache, daß dieses Grundgesetz mit all seinen immanenten Widersprüchen auch noch eine gesplante **Geltung** hat. Es gilt in den beigetretenen Ländern der ehemaligen DDR, aber es gilt dort mit einschneidenden Änderungen. Obwohl der neue Art. 28 das Gegenteil sagt, unterliegen die Kommunen der ehemaligen DDR noch immer den Einschränkungen ihres Vermögensrechtes, die der Einigungsvertrag festgeschrieben hat.

Ähnlich geht es den Ländern. Sie müssen noch immer mit der Bundesvermögensverwaltung um jene Ländereien streiten, die in den Händen der den DDR-Zentralismus noch immer verlängernden Treuhandverwaltung sind. Die hinter dem Rücken der Volkskammer von der de Maizières-Regierung vollzogene Außerkraftsetzung bundesdeutschen Bergrechtes erlaubt es, besonders in der Gegend von Borna, Wurzen und Leipzig, gegen alle Umweltinteressen der Anwohner ganze Gegenden in Kiesgruben zu verwandeln und diese Verwandlung auch noch zu einem lukrativen Zweig der Bodenspekulation auszubauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf die Degradierung der individuellen Eigentumsrechte ehemaliger DDR-Bürger werde ich noch eingehen.

Jetzt ist es unerlässlich, noch einmal an die Vorgeschichte dieser gescheiterten Verfassungsdiskussion zu erinnern. Daß die **Demokratiebewegung der DDR**

Dr. Wolfgang Ullmann

- (A) nicht nur nach Verfassungsgebungskompetenz gerufen hat, sondern sie auch wahrnahm, zeigt der schon in der ersten Sitzung des Runden Tisches im Berliner Bonhoeffer-Haus gefaßte Beschluß, eine **Verfassung für die DDR** auszuarbeiten, die der frei gewählten Volkskammer zur Beratung vorzulegen und über die am 17. Juni 1990 durch Volksentscheid abzustimmen sein sollte. Gegen immer wieder von interessierter Seite ausgestreute Gerüchte muß hier festgehalten werden, daß an dieser Beschlußlage irgendwelche Zweifel nicht möglich sind, auch wenn die Arbeitsgruppe Verfassung des Runden Tisches am 12. März 1990, dem Termin der letzten Sitzung, ihre Verhandlungen noch nicht abgeschlossen hatte. Die zu diesem Tag gefaßten Beschlüsse machen das unzweifelhaft. Es wird künftiger Geschichtsschreibung vorbehalten sein, aufzuhellen, welche Kräfte im Hintergrund tätig waren, um die Behandlung des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches in der Volkskammer zu verhindern. Ich muß diese Dinge in Erinnerung rufen, denn sie sind die eine Ursache für das Versagen der politisch Verantwortlichen angesichts einer historischen Aufgabe, wurde doch damit das Mitwirkungsrecht des DDR-Parlaments an der Vorbereitung der gesamtdeutschen Verfassungsdebatte blockiert.

Ich bitte sehr darauf zu achten, meine Damen und Herren: Ich werfe das nicht Westdeutschen vor, sondern es ist in der Volkskammer verhindert worden, daß diese Verfassungsdebatte durchgeführt wurde.

- Jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß die Gemeinsame Verfassungskommission eine Volksabstimmung in ganz Deutschland angesichts der Ergebnisse ihrer Arbeit nicht für geboten hält.

Die verfassunggebende Gewalt aller Deutschen ist es nunmehr, die ihrer Rechte beraubt wird. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rechtsausschuß den Antrag stellten, dann doch nicht nur über das dürftige Ergebnis der Kommission, sondern auch über die Entwürfe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste durch Volksentscheid abstimmen zu lassen, wurde das mit allen Stimmen außer der des Antragstellers abgelehnt. Selbst die PDS/Linke Liste wagte nicht, für ihren eigenen Entwurf zu stimmen und enthielt sich.

Ich will Ihnen die Gründe nennen, meine Damen und Herren, warum ich die Verfehlung dieses Verfassungsauftrags für schwerwiegend halte. Am Anfang des deutschen Vereinigungsprozesses mußte das stehen, was das Kreisauer Widerstandsprogramm gegen den Nationalsozialismus die Wiederherstellung des zerstörten Rechts genannt hat. Gesetzgebung vollzieht sich in einer Demokratie auf der Grundlage der Verfassung. Darum mußte Verfassungsgebung der erste Schritt der Wiederherstellung des zerstörten Rechts in ganz Deutschland sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zerstörung der Rechtsgrundlagen, das ist es gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was uns in die Zerstörung unserer nationalen Einheit und in die endlosen Verlogenheiten des Kalten Krieges geführt hat. Die Präambel einer neuen Verfassung hätte mit der

unverklausulierten Feststellung beginnen müssen, daß die in Nürnberg und anderswo verurteilten **Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit** nicht nur im Namen von Deutschen, sondern durch Deutsche begangen worden sind und daß deutsche Jurisprudenz, Medizin und Theologie in ihrer übergroßen Mehrheit alles getan haben, um diese Verbrechen zu legitimieren. (C)

Beim Formulieren einer solchen Präambel wären wir wohl kaum auf jene theologisch wie verfassungsrechtlich gleich haltlosen Versuche verfallen, dieser Aufgabe durch eine in sich unklare und zweideutige Berufung auf Gott zu entgehen.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Vogel hat uns ja heute vorgeführt, wie man mit dieser Zweideutigkeit zu der neuheidnischen Vergötzung des Volks- und Nationenbegriffes kommen kann. Daran zeigt sich doch, wie unsicher diese Grundlagen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD — Norbert Geis [CDU/CSU]: Abwegig!)

Hätte es die hier fällige gesamtgesellschaftliche Willensbildung gegeben, dann wüßten wir einerseits, warum auch die Geschichte der DDR an dem Urteil über Unmenschlichkeit, Friedens- und Rechtszerstörung gemessen werden muß. Andererseits wäre es wohl nach einer solchen unzweideutigen Willensäußerung unmöglich, daß Altnazis die Unverschämtheit besitzen, eine Petition zur Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der sogenannten Auschwitz-Lüge an Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu richten. (D)

(Vorsitz: Vizepräsident Hans Klein)

Ebenso unmöglich, meine Damen und Herren, wäre es, das Thema der Rechtszerstörung durch jene den Grundsatz und das Thema verfehlende Debatte über Totalitarismus und Antitotalitarismus abhandeln und aufarbeiten zu wollen.

Was in deutschen Ländern zerstört worden ist, war auch die **Einheit des Eigentumsrechtes**. Es muß leider immer wieder erst in Erinnerung gerufen werden, daß diese Zerstörung mit dem skrupellosen Raub des Eigentums deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft begonnen hat. Zu dieser Vorgeschichte aber kommt die ungleiche Verteilung der Kriegsfolgelasten hinzu, die zu einer völlig ungleichen Verteilung der Vermögen in den beiden Teilen Deutschlands geführt hat.

Wer den Art. 14 des Grundgesetzes auf dieses rudimentäre Eigentum in der ehemaligen DDR anwenden wollte, der mußte zu einem **Privatisierungskonzept** wie dem des Zentralen Runden Tisches kommen, für welches Privatisierung eben nicht nur Verkauf an den Meistbietenden, sondern immer auch Sicherung des individuellen Anteils am Volksvermögen heißen mußte.

Warum, meine Damen und Herren, sage ich das in einer Verfassungsdebatte? Weil der Runde Tisch in Berlin ein noch uneingeholtes Beispiel für das ist, was das Weißbuch der Kommission der Europäischen Union den großen sozialen Dialog nennt, den es für die europäische Ebene fordert. Sollte er in Gang kom-

Dr. Wolfgang Ullmann

- (A) men, muß er der Dialog über das **Recht auf Arbeit und Wohnung** werden, der in diesem Lande längst fällig ist, aber bis jetzt noch nicht einmal in der Ernsthaftigkeit begonnen hat, die nötig ist.

15 Millionen bis 17 Millionen Arbeitsplätze müssen in der Europäischen Union bis zum Jahre 2000 geschaffen werden, in einem Gebiet, in dem 50 Millionen Arme leben. Wagt man angesichts dieser Tatsächlichkeiten noch immer zu bestreiten, daß das Ernstnehmen der Menschenwürde ohne die verfassungsrechtliche Konstatierung dieser Grundrechte nicht denkbar ist?

Die bis zum Überdruß wiederholte Beteuerung, **Arbeitsplätze und Wohnungen** könnten nicht durch die Verfassung, sondern allein durch die freie Marktwirtschaft geschaffen werden: Was ist sie anderes als eine Variante jenes stumpfsinnigen ökonomischen Materialismus, den wir uns im Herbst 1989 endlich vom Halse schaffen konnten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist denkbar, Arbeitsplätze und Wohnungen so zu schaffen, daß die Menschenwürde unserer Mitmenschen nicht mehr angetastet wird. Es ist denkbar, die Gewährleistung dieser Grundrechte ganz anders durchzuführen als in der Scheinbarkeit ineffektiver Produktionen wie in der DDR. Sie wäre sofort möglich, wenn **Ökologie** nicht als ein einzelnes Staatsziel, sondern als eine neue politische und darum auch verfassungsrechtliche Dimension verstanden würde: nämlich als die, in der Leben als das anerkannt wird, was zu schützen Ziel allen Rechtes ist, und die darum Tierschutz genauso umfassen muß wie Mitmenschlichkeit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen um ihrer selbst willen.

(B)

Vor dieser Frage, meine Damen und Herren Kollegen, stehen wir also noch immer: Sind wir ein Volk mit einer stillgelegten Verfassung, einer stillgelegten Demokratie? Oder einen wir uns endlich, indem wir unser Selbstbestimmungsrecht als Entscheidungsrecht über eine in sich stimmige und darum alle Bürger und Bürgerinnen einende Verfassung praktizieren?

Die eingangs gestellte Frage „Was für ein Volk sind wir eigentlich?“ kann ich nur beantworten, indem ich sage: Wir sind das Volk, dessen innere und äußere Einheit davon abhängen, daß es zu einer einmütigen gesellschaftlichen Willensbildung über die gemeinsame Zukunft der Arbeit und der Demokratie kommt

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

mitten in einer Epoche, da sich die Völker West- und Osteuropas zu einem Verbund des gemeinsamen Engagements für Freiheit und Menschenwürde neu zusammenfinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile dem Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, das Wort.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: (C) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen haben die Frauen und Männer des Parlamentarischen Rates im Jahre 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland geschaffen.

(Zuruf von der SPD)

Vieles hat sich seither gewandelt.

(Zuruf von der SPD: Nicht so nervös!)

— Ich nervös? Da müssen Sie mich mit jemandem wechseln.

Vieles hat sich seither gewandelt. Geblieben aber ist für uns, die wir dieses Grundgesetz den Notwendigkeiten des ganzen Deutschland anzupassen haben, dieser über den Tag und über Parteien hinausreichende Rahmen der Verantwortung.

Das Grundgesetz steht für 45 Jahre Frieden und für die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft. Das Grundgesetz steht für 45 Jahre wehrhaften Rechtsstaat und stabile parlamentarische Demokratie, für inneren Frieden und soziale Sicherheit. Das Grundgesetz steht vor allem aber für die deutsche Einheit, die uns die Geschichte — nicht nur in diesem Jahrhundert — so lange versagt hat.

Lassen Sie mich Ihnen, Herr Dr. Vogel, nun auch ein Wort des Respektes sagen: und zwar zum einen für diese bewegende Rede, aber auch für die politische Lebensleistung, sicher über viele Gegensätze hinweg. Sie haben sich und anderen das Leben nicht leichtgemacht. Aber weil Sie es sich selber nicht leichtgemacht haben, haben auch die anderen das leichter hinnehmen können. (D)

Sie haben heute zum Ausdruck gebracht, was auch einer Ihrer Gegenspieler, **Franz Josef Strauß**, einmal gesagt hat: Notfalls müssen die Bayern die letzten Preußen sein.

(Heiterkeit)

Was Sie am Schluß als Resümee dargestellt haben, hat mich erinnert an den Schlußsatz einer Betrachtung als Antwort auf eine Demokratieenquete der UNO im Jahre 1949, wo **Joseph Bernhart** über „Philosophische Aspekte der demokratischen Krise“ schrieb und mit dem Satz schloß, der für uns alle gilt:

Es gilt, die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen.

Ich danke Ihnen jedenfalls für das, was Sie getan haben, dafür, wie Sie es getan haben, und auch für die Rede heute. Alles Gute für die Zukunft!

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz ist endgültig. Unser Grundgesetz in der Fassung von 1949 war endgültig im Sinne seiner **unantastbaren Wertsetzungen und elementaren Normen**. Die Aufzählung der Grundrechte, die Demokratie, das Sozialstaatsgebot, der Föderalismus und das friedliche Zu-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) **sammenleben mit den anderen Völkern waren in ihrer Bestimmtheit für immer definiert.**

Dennoch war das Grundgesetz nach dem Wortlaut des ursprünglichen Art. 146 vorläufig, weil es den Weg zur Einheit Deutschlands offenhalten sollte.

Mit der **Wiedervereinigung** ist dieser **Vorbehalt** gegenstandslos geworden. Die aus den freien Wahlen vom 18. März 1990 hervorgegangene Volkskammer der DDR hat am 23. August 1990 mit großer Mehrheit den Beschluß über den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gefaßt. Damit wurde das Grundgesetz zur endgültigen Verfassung der Deutschen.

Das Grundgesetz hat die Integration unseres Staates in die Gemeinschaft der freien Welt, in die politische Kultur von Freiheit und Demokratie ermöglicht. Das Grundgesetz mit seinen demokratischen Regeln und seinem Katalog von Grundrechten stellte damals und stellt heute eine fundamentale Wertentscheidung der Deutschen dar. Mit dem Grundgesetz zog der freie Teil der deutschen Nation die Lehren aus der Geschichte. Es war dies eine Entscheidung für die politische Freiheit und gegen den Totalitarismus, für den Rechtsstaat und gegen eine kollektivistische Wirtschaftsordnung.

Es war deshalb im Jahre 1990 konsequent, die von den Menschen gewollte Wiedervereinigung Deutschlands durch Beitritt über Art. 23 Grundgesetz und nicht durch eine neue Verfassung oder eine **Totalrevision des Grundgesetzes** zu vollziehen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Den meisten Befürwortern einer Totalrevision des Grundgesetzes ging es letztlich darum, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den erneuten Versuch in Richtung einer „anderen Republik“ zu unternehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Partei, die Christlich-Soziale Union, stellt sich mit allem Nachdruck gegen noch vorhandene Bestrebungen nach einer anderen Republik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Für uns war im Jahre 1990 von Anfang an klar: Die Wiedervereinigung darf nicht als Vorwand für eine grundlegende Verschiebung des verfassungsrechtlichen Koordinatensystems mißbraucht werden. Dazu besteht schon deshalb kein Anlaß, weil noch keine deutsche Verfassung davor soviel Freiheit und Recht für unser Volk gebracht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Angeichts dieser Ausgangslage war es naheliegend, in Art. 5 des Einigungsvertrages die Empfehlungen zu einer Überprüfung des Grundgesetzes auf einige wenige Punkte zu beschränken. Der **Art. 79** des Grundgesetzes bietet genügend Ansatzpunkte für eine schrittweise und punktuelle Anpassung unserer Verfassung an neue Herausforderungen, wie sie

sich in jedem Staatswesen durch die Fortentwicklung der Verfassungswirklichkeit sowie durch Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft ergeben. (C)

Die Vertreter der Mehrheit der großen demokratischen Parteien dieses Hauses haben sich in der Gemeinsamen Verfassungskommission und im federführenden Rechtsausschuß über eine Reihe abgewogener und zukunftsweisender Änderungen des Grundgesetzes geeinigt. Andere Punkte sind im Widerstreit der Interessen und Bewertungen bis heute offengeblieben.

Ich will die Diskussion der letzten Wochen nicht in allen Punkten wieder aufnehmen. Wichtig erscheinen mir jedoch die folgenden Überlegungen:

Die CSU wendet sich mit Nachdruck gegen eine **Überfrachtung des Grundgesetzes mit illusionären Staatszielen**.

In einer Mehrparteiendemokratie mit pluralistischer Gesellschaft, Marktwirtschaft und Tarifautonomie wären Staat und Politik am Ende völlig überfordert, wenn sie einen ganzen Katalog wirtschafts- und sozialpolitischer Staatsziele gewährleisten wollten, wie etwa ein Recht auf angemessene Wohnung oder ein Recht auf einen Arbeitsplatz. Das Grundgesetz ist das Fundament für das Zusammenleben unseres Volkes, nicht ein Katalog angenehmer, aber nicht immer durch den Staat erfüllbarer Wünsche.

Entsprechend dem Entwurf der Verfassungskommission plädiere ich für eine enge Begrenzung bei der Aufnahme von Staatszielen. **Umweltschutz, Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz für Behinderte** — dabei muß es bleiben. Wichtig war aus meiner Sicht, den Umweltschutz in den Gesamtzusammenhang der verfassungsmäßigen Ordnung einzubetten. Damit erhält der Gesetzgeber den Auftrag, den Umweltschutz im Ausgleich mit anderen Verfassungsgütern und Verfassungsprinzipien jeweils nach dem Stand der Probleme und der Lösungsinstrumente sicherzustellen. (D)

Wir haben entschieden alle Versuche zurückgewiesen, unsere repräsentative Demokratie durch **plebiszitäre Elemente** umzuformen oder gar auszuhöhlen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Was ist denn in Bayern?)

— Es war an dieser Stelle, vor wenigen Wochen, als ich bei der Wahl des Bundespräsidenten den von uns allen und von mir hochgeschätzten **Josef Felder** traf. Der 93jährige, das älteste noch lebende Mitglied des damaligen Reichstags, der später Bundestagsabgeordneter war, sagte mir: Waigel, wir sollten uns über alle Parteigrenzen hinweg darüber klar sein, daß wir den Bundespräsidenten auch weiterhin durch diese Bundesversammlung wählen lassen sollten.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das war gar nicht das Thema! Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD])

Herr Vogel, lassen Sie mich das doch sagen. Das muß uns doch nachdenklich machen, wenn ein Mann mit dieser Erfahrung und mit dieser geistigen Klarheit, die ihn auch heute auszeichnet, vor diesen Din-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) gen warnt und aufzeigt, wohin sie in einer Wahlkampfatmosphäre führen könnten, wenn sie durch Demagogen ausgenutzt würden. Dies ist für mich eine wichtige Lehre, auch bei anderen Dingen an den Grundzügen der repräsentativen Demokratie festzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Vogel?

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Selbstverständlich.

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Herr Kollege Waigel, würden Sie mir zustimmen, daß Josef Felder, der auch mir gut bekannt ist, auf die Wahl des Bundespräsidenten angesichts der Befugnisse, die er jetzt hat, abhob, daß er aber gleichzeitig durchaus für Sachentscheide durch das Volk eingetreten ist. Sie verallgemeinern, glaube ich — darum meine Frage —, etwas, was sich nur auf das Amt des Bundespräsidenten bezogen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) **Dr. Theodor Waigel,** Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege Vogel, genau das habe ich eben gesagt. Nur besteht die Gefahr, die in diesem Bereich gegeben ist, auch in anderen Bereichen. Herr Kollege Vogel, was wäre denn heute das Ergebnis, wenn Volksabstimmungen für oder gegen die Todesstrafe, Volksabstimmungen für oder gegen die NATO, Volksabstimmungen für oder gegen die Wiederbewaffnung stattfänden?

(Widerspruch bei der SPD)

Ich kann nur warnen, dies durch die plebiszitäre Demokratie entscheiden zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich glaube, Herr Kollege Vogel, wir waren uns über die Grundfrage im klaren. Richtig ist, daß Felder das in dem Gespräch nur auf diese Frage bezogen hat. Ich will niemanden für etwas vereinnahmen, aber dies ist meine Folgerung, die ich hiermit zum Ausdruck gebracht habe.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Ihrel)

Vizepräsident Hans Klein: Der Kollege Ullmann würde gern noch eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege Ullmann, ich habe nur 15 Minuten Redezeit. Aber bitte schön!

Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bundesminister, was sagen Sie denn zu dem Funktionieren unserer repräsentativen Demo-

kratie angesichts der Zahl der Nichtwähler in unserem Lande? (C)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Das ist ja unerhört!)

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Genau das ist die große Gefahr, daß bei schweigenden Mehrheiten radikale Minderheiten in die Lage kommen könnten, zu unverhältnismäßigen Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Detlev von Larcher [SPD]: Das war aber nicht gut!)

Die Erfahrungen der Weimarer Republik mit plebiszitären Verfassungselementen waren nicht erfolgversprechend.

(Zuruf von der F.D.P.: Wieso?)

In einem kleinen Gemeinwesen wie der Schweiz mögen sich Volksentscheide bewährt haben, obwohl auch von dort andere Stimmen zu hören sind. Bezüglich der Wirksamkeit und Auswirkung von Plebisziten in einem großen demokratischen Staat habe ich meine Zweifel, zumal sich unser Land in einen Dauerkampfkampf begeben würde. Vor allem führen Volksentscheide auf Bundesebene zu einem kaum lösbaren Spannungsverhältnis mit den gesetzgeberischen Mitwirkungsrechten unserer Länderkammern und den Prinzipien des Föderalismus insgesamt.

Vizepräsident Hans Klein: Herr Bundesminister, der Kollege Dr. Hirsch würde gerne eine Zwischenfrage stellen. (D)

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Bitte.

Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.): Herr Bundesminister, ich bitte um Verzeihung: Sie sagten, daß die Erfahrungen mit Volksentscheidungen in der Weimarer Republik nicht erfolgversprechend waren. Darf ich Sie fragen, was Sie an den ganzen vier Volksentscheiden auszusetzen haben, die in der Weimarer Republik zur Abstimmung gestellt wurden?

(Zuruf von der SPD: Die in Bayern so erfolgreich waren!)

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Ich glaube nicht, daß dies vergleichbar ist. Ich habe vorhin zur Frage des Reichspräsidenten Stellung genommen. Das hat eine Rolle gespielt; das war in der Weimarer Verfassung anders; das würde ich heute nicht wiederholen, Herr Kollege Hirsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im übrigen — ich will hier keine Länderdiskussion führen — gäbe es eine Menge Möglichkeiten, zumindest die Direktwahl der Bürgermeister auch in den anderen Ländern Deutschlands durchzuführen, die wir in Bayern, Herr Kollege Vogel, schon lange eingeführt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) **Demokratie lebt Tag für Tag in der Arbeit der Parteien, die für jeden offenstehen. Demokratie lebt in der freien Presse. Demokratie lebt in den Betriebsräten und Personalvertretungen, in den Gewerkschaften, in der Schüler- und Studentenselbstverwaltung und dem täglichen Kontakt der Abgeordneten mit ihren Wählern. Demokratie lebt auch vom Engagement der Menschen, vom politischen und gesellschaftlichen Ehrenamt und von der Verantwortung in diesen Funktionen.**

Wir zweifeln nicht an der Mündigkeit der Wahlbürger. Aber Plebiszite sind stets der Gefahr ausgesetzt, daß bei geringer Wahlbeteiligung **kurzfristige Stimmungslagen** zu weitreichenden und bindenden Entscheidungen führen, die nicht immer wieder ins Gegenteil verkehrt werden können. Ich habe dazu vorher das Notwendige gesagt.

Grundlage der Bundesrepublik Deutschland bilden im historischen Kontext die Länder, die mit der Einberufung des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee im Jahre 1948 den Weg zur Bundesrepublik und damit zum Bundesstaat geschaffen haben.

Bayern gilt von seinem historischen Selbstverständnis, von seiner jahrhundertelangen Eigenstaatlichkeit her als der Hort des **Föderalismus** schlechthin. Seit ihrer Gründung versteht sich die Christlich-Soziale Union als Vorreiter bei der Verteidigung der föderalen Elemente unseres Verfassungsgefüges.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Aus diesem Grund hat der — jetzt komme ich zu dem Thema — Bayerische Landtag mit den Stimmen der CSU am 20. Mai 1949 das Grundgesetz abgelehnt. Gleichzeitig hat er sich aber für die Zugehörigkeit Bayerns zur neuen Bundesrepublik ausgesprochen. Damit wurde schon damals deutlich, daß für Bayern und die CSU der **Föderalismus** zu den Grundpfeilern unseres Verständnisses vom Staatsaufbau gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In den siebziger Jahren haben wir uns mit Erfolg gegen allzu zentralistische Tendenzen der damaligen Mehrheit zur Wehr gesetzt. Ich stelle heute erfreut fest, daß sich in den vergangenen Jahren die SPD in den Bundesländern, in denen sie Regierungsverantwortung trägt, den föderalen Grundsatzpositionen der CSU angenähert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD)

— Ja, das ist wahr. Herr Kollege Vogel, wenn es damals möglich gewesen wäre — was heute leider wieder nicht möglich ist —, die Art. 72 und 75 so zu ändern, daß sie nicht nur eine Bedürfnisklausel des Bundes beinhalten, wäre es damals vielleicht zur Zustimmung der CSU gekommen. Das ist heute leider nicht möglich.

(Detlev von Larcher [SPD]: Warum nicht?)

Wir werden Ihren Antrag nicht deshalb ablehnen, weil wir ihn inhaltlich nicht für richtig halten, aber es

gibt leider nicht die Zweidrittelmehrheit, die heute notwendig wäre. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD])

— Herr Kollege Vogel, Sie wissen doch, wie schwer es ist, manchmal eigene Freunde von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen und sie dafür zu gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, die **europäische Integration** auf der einen und die Wiedervereinigung auf der anderen Seite haben das föderale Kräftefeld verändert.

Mit der europäischen Integration sind zwangsläufig **Kompetenzverlagerungen** zu Lasten von Bund und Ländern verbunden. Wir haben dieser Entwicklung bereits zweifach Rechnung getragen. Zum einen haben wir im Vertrag von Maastricht den Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip fest verankert.

Eine automatische Kompetenzaushöhlung zu Lasten der Mitgliedstaaten und zugunsten der europäischen Ebene kann es danach nicht geben. Wir werden vielmehr auf der Grundlage des Vertrages europäische Begehrlichkeiten nach einer Überintegration entschieden zurückweisen. In diesem Zusammenhang muß auch die Rückübertragung von Zuständigkeiten angestrebt werden.

Zum anderen werden die Bundesländer im Rahmen des neuformulierten Art. 23 des Grundgesetzes in die **europäische Verantwortung** umfassend einbezogen. Die europäische Integrationspolitik ist damit nicht mehr auswärtige Politik im Sinne des Art. 32 des Grundgesetzes. (D)

Soweit durch Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union das Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert und ergänzt wird, bedarf dies einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat. Damit ist ausgeschlossen, daß es ohne ausdrückliche Zustimmung der Länder zu weiteren Kompetenzverschiebungen kommen kann.

Für das föderale Miteinander im Innern ist die Abgrenzung der **Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern** entscheidend. Verfassungsrechtliche Unschärfen und Unklarheiten in diesem Bereich schaden allen Beteiligten und damit dem Föderalismus; denn Kompetenzstreitigkeiten lähmen die Handlungsfähigkeit und erschweren die Arbeit, die jeder in seinem Bereich zu leisten hat.

Ich unterstütze daher den Wunsch der Länder, vor allem durch eine Klarstellung in Art. 72 des Grundgesetzes zu einer dauerhaften und eindeutigen Abgrenzung zu kommen.

Die große Mehrheit meiner Partei, zu deren politischer Identität der Föderalismus gehört, steht fest zur Stärkung der Länderkompetenzen in den Art. 72 und 75 des Grundgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

- (A) Wenn man nach der Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission und zwei Jahren öffentlicher Grundgesetzkonsultationen eine Bilanz zieht, mag manchem das Ergebnis weniger bedeutend erscheinen. Aber dieser Eindruck stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein.

Zum einen besagt die Zahl der geänderten Grundgesetzartikel nichts über das Gewicht der Anpassungen. Zum anderen ist — darauf hat auch der Kollege Kleinert zu Recht verwiesen — nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg von entscheidender Bedeutung.

Die öffentliche Diskussion über unsere Verfassung hat die Menschen bewegt, hat Meinungen zusammengeführt, aber auch unterschiedliche Bewertungen deutlich werden lassen. Mit dieser Diskussion hat unsere Verfassung ihre Vitalität und Kraft, vor allem aber ihre Verankerung im Bewußtsein der Bürger verdeutlicht. Schon dafür hätte es sich gelohnt, die Beratungen aufzunehmen.

Das Grundgesetz von 1949 hat durch die Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission eine eindrucksvolle Bestätigung gefunden. Was damals geschrieben wurde, hat heute nahezu uneingeschränkte Gültigkeit. Was sich heute bestätigt hat, entspricht auch morgen noch der Wahrheit und den Wünschen der Menschen.

Die Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission war ein einmaliger Vorgang. Allerdings sind auch künftige Grundgesetzänderungen möglich und notwendig. Der nächste Deutsche Bundestag soll die Frage der Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten deshalb nochmals aufgreifen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wird die CSU Änderungen der Art. 72 und 75 beantragen.

Wir haben in ökonomischer, in sozialer und mit der jetzt zu Ende gehenden Verfassungsdiskussion auch in rechtlicher Hinsicht die Grundlagen für den gemeinsamen Weg der Deutschen in die Zukunft geebnet.

Die schrecklichen Zeiten des Krieges und die konfliktreichen Jahre der Nachkriegszeit liegen hinter uns. Im Innern ist Deutschland bei allen noch bestehenden Problemen und Aufgaben gefestigt. Das ist weit mehr, als wir vor vier, geschweige denn vor fünf oder zehn Jahren erwarten und hoffen durften.

Unsere Verfassung, das Grundgesetz des Parlamentarischen Rates, hat sich als das gemeinsame und starke Fundament für das Zusammenleben aller Deutschen erwiesen. Es bestimmt mit seinen Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der Demokratie, der sozialen Zusammengehörigkeit und des Föderalismus den Charakter unseres Landes nach innen wie nach außen. Es ist ein freundlicher und selbstbewußter Charakter. Er paßt zu unserem Vaterland, das wir zugleich mit Achtung und Sympathie betrachten können.

George Washington, der erste amerikanische Präsident, hat in seiner Abschiedsbotschaft an seine Mitbürger den folgenden Anspruch beschrieben:

(C) Da ihr durch Geburt oder Wahl Bürger eines gemeinsamen Landes seid, hat dieses Land ein Recht, eure Neigung für sich zu beanspruchen.

Dieses Recht kommt auch dem deutschen Vaterlande zu. Es zu erfüllen — darin sollten wir alle wetteifern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau.

Präsident des Senats Dr. Henning Voscherau (Hamburg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeiten im Rahmen der Verfassungsdiskussion der letzten zwei Jahre waren, da sie auf Art. 5 des Einigungsvertrages beruhten, ein wesentlicher Teil des Prozesses der inneren Einigung, des Versuchs, die Vollendung der inneren Einheit zu erleichtern, zu begründen und, wenn es geht, zu beschleunigen.

Vor einigen Monaten, als in diesem Hause zum erstenmal über die Empfehlung der Gemeinsamen Verfassungskommission gesprochen wurde, breitete sich nach intensivem Streit, schwerwiegendem Ringen, manchem Hin und Her und — das sei gerade heute nicht verschwiegen — häufig mehrfachem, zeitaufwendigem Prozeß des Rückkoppelns zwischen den CDU/CSU-Mitgliedern der Gemeinsamen Verfassungskommission und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine konsensuale, ich sage: weihewolle Stimmung aus. Diese erscheint mir heute weniger begründet als damals.

(D)

Ich bedauere das. Denn die Gemeinsame Verfassungskommission ist von dem Deutschen Bundestag durch einen präzisen Einsetzungsbeschuß ebenso wie von dem Bundesrat durch einen entsprechenden Beschluß nicht ohne Grund eingesetzt worden. Sinn, Arbeitsgrundlage und, wenn Sie so wollen, auch Herausforderung dieser Einsetzungsbeschlüsse bestanden doch darin, außerhalb der üblichen Gesetzgebungsarbeit des Deutschen Bundestages hie und des Bundesrates da je nach grundgesetzlichen Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten eine Plattform zu bilden, durch die es gelingen könne, über Zweidrittelmehrheiten in der Kommission die Sichtweise der beiden an der Verfassungsgebung beteiligten Organe des Grundgesetzes im Vorwege zu harmonisieren, Konflikte möglichst gering zu halten und in dieser Wahlperiode zu der Verabschiedung einer durchgreifenden einheitsbezogenen Veränderung des Grundgesetzes zu kommen, statt am Ende im Streit ergebnislos auf der Strecke zu bleiben.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir so zu sein — wenn ich Umfragen unter meinen Kollegen in den anderen 15 Ländern glauben kann, bin ich mit dieser Sichtweise nicht allein —, daß die Aufschürung des Arbeitsergebnisses der Gemeinsamen Verfassungskommission durch den Deutschen Bundestag, die sich heute abzeichnet, die Verabschiedung dessen, was heute hier mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wer-

Senatspräsident Dr. Henning Voscherau (Hamburg)

- (A) den wird, verzögert, erschwert und vielleicht verhindert.

Ich halte das für bedauerlich. Die Arbeit der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die in der Gemeinsamen Verfassungskommission gearbeitet haben, war ebenso wie die der von Seiten des Bundesrates entsandten Mitglieder engagiert. Sie hat in weltanschaulichen Grundfragen ein beharrliches Ringen zum Gegenstand gehabt. Das ist nicht nur selbstverständlich, das ist geradezu notwendig. Sie war aber doch auch von dem intensiven Bemühen gekennzeichnet, sich am Ende auf ein Ergebnis, das möglich ist, zu einigen.

(Beifall bei der SPD)

Sinn dieser Verfassungsdebatte sollte sein und ist für mich auch heute noch, die Erfahrungen, die Sichtweisen und das abweichende Lebensgefühl der Deutschen aus der ehemaligen DDR, der Deutschen in den östlichen Ländern, einzubringen, um ein Ergebnis zu bewirken, das geeignet ist, als gemeinsame Verfassungsgrundlage der Vollendung der inneren Einheit zu gelten und angenommen zu werden.

Wir haben hier heute schon von zwei Mitgliedern des Deutschen Bundestages aus den östlichen Ländern eher skeptische, teils harte, ja, bittere Worte gehört. Es wird Sie nicht wundern, wenn einer, der hier von der Bundesratsbank spricht, der Auffassung ist, daß auch die **grundgesetzliche Verfaßtheit des föderativen Staatsaufbaus** in diesem Sinne eine wichtige Fragestellung ist — wichtig nicht lediglich für die Länder, nicht lediglich für den Bundesrat, sondern aus meiner Sicht auch wichtig für den Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verkennen wir doch nicht: Der untergegangene Staat **Deutsche Demokratische Republik** — ein Völkerrechtssubjekt, von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt, mit ihr gemeinsam Mitglied der Vereinten Nationen — befand sich staatlich in seinen Befugnissen und Möglichkeiten, wenn auch in einem gegnerischen Block verankert und in einer anderen Gesellschaftsordnung, auf der Höhe der staatlichen Ebene der westlichen Bundesrepublik Deutschland.

Die 5 ½ östlichen Länder heute hingegen befinden sich auf der staatlichen Ebene der Gliedstaaten des Grundgesetzes. Auch mit dieser Veränderung, einschließlich der Veränderung der Gesetzgebungskompetenzen der östlichen Landtage im Verhältnis zur freigewählten Volkskammer, verbindet sich ein Minus an **Identifikationsmöglichkeiten der östlichen Deutschen** mit diesem so verfaßten grundgesetzlichen Staat.

Ich hätte mir deshalb — ausdrücklich nicht aus Gründen der Interessen der Länder West, sondern ausdrücklich auch zur Beförderung des Prozesses der inneren Einheit — eine so moderate, von Augenmaß und gesamtstaatlichem Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnete Veränderung der Art. 72, 75, 93 gewünscht wie die, auf die sich die Gemeinsame Verfas-

sungskommission — ich wiederhole ausdrücklich: nach mehrfachen Rückkopplungsprozessen in die Bundestagsfraktionen hinein — verständigt hatte. Daß dieser aus meiner Sicht wichtige Teil des Verfassungsänderungsprozesses heute keine Zweidrittelmehrheit erhalten wird — trotz des engagierten, aber fruchtlosen Plädoyers des Bundesministers der Finanzen aus Bayern, das wir eben gehört haben —, finde ich bedauerlich.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste])

Es wird nach menschlichem Ermessen dazu führen, daß der Bundesrat im kommenden Monat das, was hier heute beschlossen wird, entweder ablehnt oder aber den Vermittlungsausschuß anrufen wird, ausdrücklich mit dem Ziel, die föderalismusbezogenen Aspekte der Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission doch noch durchzubringen. Verstehen Sie dieses Vorgehen, das sich abzeichnet, bitte nicht als Ausdruck „verbesserungsbedürftiger“ diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kammern des deutschen Gesetzgebungsverfahrens, sondern als den Wunsch, dem Auftrag des Art. 5 des Einigungsvertrages folgend, den ganzen Beitrag zu realisieren, den die Gemeinsame Verfassungskommission für richtig, nötig und konsensual möglich hielt.

Ich bin nicht befugt, heute vorwegzunehmen, wie der Beschluß des Bundesrates dazu im Juli ausfallen wird, wiederhole aber, daß mir eine Umfrage unter meinen Kollegen den Eindruck verschafft hat, daß es allseitig nicht nur die Bereitschaft, sondern die Entschlossenheit gibt, so zu verfahren.

Vizepräsident Hans Klein: Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jahn?

Präsident des Senats Dr. Henning Voscherau (Hamburg): Gern.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) (CDU/CSU): Herr Erster Bürgermeister, ist nach Ihrem Vortrag auch die Möglichkeit gegeben, daß der unstrittige Teil, der mit dem Föderalismus nichts zu tun hat, im Bundesrat eine Mehrheit findet, um nicht eine Alles-oder-nichts-Politik durchzusetzen und den unstrittigen Teil passieren zu lassen?

Präsident des Senats Dr. Henning Voscherau (Hamburg): Herr Jahn, dies werden die Mitglieder des Bundesrates zu beraten haben. Wenn ich einen vorläufigen Eindruck wiedergeben soll — für den ich niemanden in Haftung nehmen kann —, so müßte ich per jetzt diese Frage mit Nein beantworten, möchte allerdings bedacht wissen, daß der Bundesrat darüber beraten muß und daß sich im Lichte der intensiven Kommunikation, die zwischen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Fraktionsführungen, Landesregierungen und Bundesratsmitgliedern erfahrungsgemäß möglich ist, noch bessere Einsichten ergeben könnten. Also lassen Sie mir nach, diese Frage heute ab-

Senatspräsident Dr. Henning Voscherau (Hamburg)

- (A) schließend zu beantworten. Das ist heute auch nicht meines Amtes.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Ihre Partei stimmt sonst immer gegen Paketlösungen!)

Im übrigen wissen Sie, verehrter Herr Jahn, daß das Verfahren der Aufschnürung des Paketes, das hier heute seinen Lauf nimmt, nicht etwa — jedenfalls ist es mir so berichtet worden — gegen den Widerspruch der SPD-Bundestagsfraktion geschieht,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [F.D.P.]: Sehr richtig!)

so daß meine Neigung, mich jetzt mit Herrn Dr. Vogel, der hier heute eine so eindrucksvolle Rede gehalten hat, über das Verfahren auseinanderzusetzen, schon aus diesem Grund und der persönlichen Wertschätzung wegen sehr gering ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aus der Sicht der Bundesratsmitglieder der Gemeinsamen Verfassungskommission waren die beiden Jahre bedauerlicherweise durch das Gefühl überschattet, daß das Verhältnis, das Vertrauen zwischen Bundestags- und Bundesratsmitgliedern — damit meine ich nicht lediglich das der 68 Mitglieder der Verfassungskommission — verbesserungsbedürftig ist. Wir hatten immer wieder den Eindruck, als wenn Hinweise auf den guten Sinn der bündischen Ordnung des Grundgesetzes nicht bei allen Mitgliedern dieses Hauses gleich willkommen sind.

- (B) Dennoch bindet uns das bündische Prinzip doch alle gemeinsam. Und es hat seinen guten Sinn: Wenn man es in der Ausübung von Kompetenzen, Finanzierungslasten und Einnahmebestandteilen der Finanzverfassung noch etwas verbessern könnte, würde sich auch die Zurechnung politischer Verantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gegenüber den unterschiedlichen staatlichen Ebenen unseres föderativen Staatsaufbaus verbessern.

Ich glaube, daß das dringend erforderlich ist; denn ein Teil des Unverständnisses von Bürgerinnen und Bürgern heute gegenüber dem Wirken unseres komplizierten Staatswesens beruht nach meiner Erfahrung darauf, daß sie nicht recht durchschauen und nicht begreifen wollen, wie es eigentlich angehen kann, daß so wichtige Menschen wie die Mitglieder des Bundestages, der Landesregierungen oder der Landtage so kompliziert zusammenwirken, daß es am Ende keiner gewesen ist. Das nehmen sie nicht hin. Deswegen spricht viel für eine klare, eindeutige Kompetenzzuweisung.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie dies also bitte als Appell.

Zu Art. 72 füge ich nur noch einen Aspekt hinzu: Es kann nicht wirklich bestritten werden, daß die Gesetzgebungskompetenzen der Landtage in über 40 Jahren der Anwendung des Grundgesetzes in der westlichen Bundesrepublik schleichend, aber schwerwiegend gegen Null ausgehöhlt worden sind. Es kann nicht verkannt werden, daß dies in allererster

Linie an der geradezu flächendeckenden Ausübung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat — das füge ich gerade in diesem Hause immer ausdrücklich hinzu — liegt. (C)

(Dr. Burkhard Hirsch [F.D.P.]: Völlig richtig!)

Das ist nicht gut. Ein parlamentarisch verfaßtes föderatives System, dessen untere staatliche Ebene sich im Hinblick auf die Gesetzgebungstätigkeit des dortigen Parlaments in der Bedeutung für die Gesetzgebung für die Bürgerinnen und Bürger in Richtung Null entwickelt, ist für das parlamentarische System insgesamt nicht gut.

Deswegen spricht sehr viel dafür, über eine moderate Änderung des Grundgesetzes von Bundestages und Bundesrates wegen etwas an dieser Fehlentwicklung, an der schleichenden Aushöhlung der Gesetzgebungstätigkeit der Landtage, einer Fehlentwicklung, die in Wahrheit auf eine frühe Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zurückzuführen ist, zu korrigieren. Das ist der Appell, den ich Ihnen allen noch einmal in Erinnerung rufen möchte.

Ich hoffe sehr, daß es gelingen kann, das gesamte Ergebnis der Gemeinsamen Verfassungskommission doch noch auf einen guten Weg zu bringen. Gelingt das nicht, so sehe ich schwarz und glaube nicht, daß die Verabschiedung in dieser Wahlperiode noch sehr wahrscheinlich wäre. Das wäre sehr bedauerlich.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Da würden sich die Behinderten aber freuen!)

— Verehrter Herr Abgeordneter Dr. Vogel, ich hatte doch schon vorsichtshalber gegenüber Herrn Jahn meine herzliche Bitte geäußert, mich nicht dazu zu zwingen, daß wir beide uns jetzt ausgerechnet in dieser Sitzung über die Aufschnürung des Pakets auseinandersetzen; denn da werden wir nicht auf einen Nenner kommen. (D)

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Aspekt hinzufügen: Die Landtage haben während dieser gemeinsamen Arbeit über die Präsidenten an die Gemeinsame Verfassungskommission mehrfach den Wunsch herangetragen, auch sie in den Gang der Bundesgesetzgebung einzubeziehen. Wir haben das abgewettert, weil die Funktionsfähigkeit des Zentralstaats in einer Föderation davon abhängt, daß Gesetzgebung überhaupt zustande kommen kann. Nehmen Sie doch auch diesen Hinweis als ein Indiz dafür, daß auf der staatlichen Ebene der Länder, und zwar gerade auf der parlamentarischen Seite dieser Ebene, etwas „grummelt“, jedoch mit Gründen. Ich würde mich freuen, wenn das noch korrigiert werden könnte.

Herrn Bundesminister Waigels Hinweis darauf, die Art. 72 und Art. 75 würden erneut als Antrag eingebracht und demnächst oder in der nächsten Legislaturperiode beschlossen, habe ich nicht verstanden. Wenn das eine Brücke sein soll, glaube ich nicht, daß sie trägt.

Senatspräsident Dr. Henning Voscherau (Hamburg)

- (A) Meine Damen und Herren, ich möchte gerne eine kurze Bemerkung zu dem Hinweis von Herrn Heuer machen, der in der Gemeinsamen Verfassungskommission meist sehr allein, aber — das ist zu honorieren — doch sehr aktiv und engagiert mitgearbeitet hat. Herr Heuer hat darauf hingewiesen, unter den Trümmern der DDR werde eine Art **ostdeutsche Gesellschaft** sichtbar. Das halte ich für keinen falschen Hinweis. In der Diskussion zwischen Ost und West, aber auch — Herr Heuer, das haben Sie nicht hinzugefügt — zwischen Ost und Ost ergibt sich die Notwendigkeit, mit dieser ostdeutschen Gesellschaft behutsam umzugehen, ihre inneren Brüche als Folge von 40 Jahren Diktatur ernst zu nehmen — das sollte auch die PDS tun, Herr Heuer — und zu versuchen, ihr nichts überzustülpen.

Ich habe mehrfach meine eigenen Prognosen aus den Jahren 1989 und 1990 zitiert, die **Einheit der Köpfe und Herzen** werde 40 Jahre dauern. Das ist unverändert meine Überzeugung. Auf diesem langen Wege darf man nicht frustriert sein, soll sich nicht aufgeregt verhalten, sondern muß geduldig und beharrlich wechselseitig miteinander umgehen.

Herr Heuer, Sie haben gesagt, es sei zwischen den beiden deutschen Staaten viel Schlimmes passiert. Dazu sage ich: Ja, an der Mauer!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahrheit ist auch: Es ist viel Schlimmes passiert zwischen Bürgerinnen und Bürgern der DDR und ihrem Staat.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich jüngste Wahlergebnisse der PDS in den östlichen Ländern anschaut, kommt man nur zu einem realistischen Ergebnis: Diese Stimmergebnisse sind nicht nur Ausfluß der Spaltung zwischen Ost und West, sondern auch der Spaltung zwischen Ost und Ost, und auch diese muß überwunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, in der Gemeinsamen Verfassungskommission, jedenfalls soweit sie nach eigener mehrheitlicher Überzeugung kurzgesprungen ist, gab es keine Blockade von westlichen Mitgliedern dieser Kommission gegenüber den östlichen, sondern im Gegenteil: Von Konrad Elmer und Christel Hanewinckel oder Wolfgang Ullmann bis Steffen Heitmann haben sich die östlichen Mitglieder der Gemeinsamen Verfassungskommission je nach ihrer weltanschaulich-politischen Einbindung so verhalten wie ihre westlichen Parteifreunde auch. Einen Bruch West gegen Ost, durch den östliche Wünsche in der GVK ausgebremst worden wären, hat es zu keinem Zeitpunkt, in keiner einzigen Abstimmung gegeben. Mir liegt sehr daran, schon im vorhinein mit der eventuellen Legende aufzuräumen, dort sei den östlichen von den westlichen Mitgliedern das Fell über die Ohren gezogen worden. So war es ausdrücklich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (C) Lassen Sie mich zum Schluß eine Bemerkung zur **Verbesserung der Staatsziele und Differenzierungsverbote** machen, die heute offenbar über die Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission hinaus erreicht werden können. Dabei handelt es sich um den Tierschutz, etwas, was ich sehr erfreulich finde und was überfällig war, und um das Differenzierungsverbot gegenüber Behinderten.

Meine Damen und Herren, zu diesem Punkt: Zwei Jahre lang haben 68 Menschen der Gemeinsamen Verfassungskommission um diese Verankerung gerungen. Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion haben zwei Jahre lang mehr oder minder gute Argumente — teilweise hatte man den Eindruck: unfreiwillig — vorbringen müssen, um sich dieser Verankerung zu entziehen.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:
Hier ist nicht der SPD-Parteitag!)

Der Herr Bundeskanzler hat dann natürlich vor dem VdK erklärt, das müsse sein, und jetzt geht es plötzlich. Na schön! Darüber freue ich mich vom Ergebnis her, aber von der Art und Weise der Arbeit und des Umgangs wäre es besser gewesen, das frühzeitig zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Bürgermeister, der Kollege Schmude würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

- (D) **Dr. Jürgen Schmude (SPD):** Indem ich Ihnen ausdrücklich zustimme, Herr Bürgermeister, frage ich, ob Sie es sich vorstellen können, daß die Mehrheit der Länder, Ihr Land eingeschlossen, denjenigen nachträglich Unterstützung gewährt, die dieses Staatsziel verhindern wollten, indem sie es zusammen mit allem anderen ablehnen, weil die Kompetenznormen nicht ausreichend in ihrem Sinne geregelt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Präsident des Senats **Dr. Henning Voscherau** (Hamburg): Verehrter Herr Schmude, diese Frage geht direkt ins Schwarze,

(Heiterkeit bei der [SPD] und der [CDU/CSU])

und sie wird von den 16 Ländern im Bundesrat je nach Kabinettsbeschlüssen in der kommenden Woche beantwortet werden.

(Dr. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [F.D.P.]:
Die Antwort war nicht ins Schwarze! — Dr.
Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Die
Antwort war ins Blaue!)

Meine Damen und Herren, die Länder haben die Vorabentscheidung über Art. 23 mitgetragen. Trügen sie nun auch noch dies mit, bliebe die Kompetenzverteilung auf der Strecke. Rückfrage bei den Kollegen über die Parteigrenzen hinweg hat mir den Eindruck verschafft, daß per heute die Neigung, die Aufschüßung des Pakets im Bundesrat mitzutragen, sehr ge-

Senatspräsident Dr. Henning Voscherau (Hamburg)

- (A) ring ist. Mehr läßt sich heute beim besten Willen nicht beantworten.

Zum Schluß: Ich glaube, daß die Aufschnürung dieses Pakets die Chance, einen viele Jahre tragenden **Verfassungskonsens** zu bewirken, obwohl viele Wünsche offengeblieben sind, verkleinert. Ich glaube andererseits, daß es gerade in der jetzigen Zeit, nach vier Jahren der Einheit, wichtig und gut gewesen wäre, den Verfassungskonsens zu stärken. Sie alle kennen die Diskussionen um Art. 146 und die dazu hier im Hause vorliegenden Anträge. Unverändert kann man mit sehr guten Gründen der Auffassung sein, daß ein Vorlagegesetz an das deutsche Volk für die Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung nach Art. 146 mit einfacher Mehrheit beschlossen werden könne.

Ich frage die Unionsfraktion, ob sie vor dem Hintergrund des 16. Oktober und vor dem Hintergrund ihrer Aussage, das Grundgesetz müsse erhalten werden, die Aufschnürung des Pakets und die Beschädigung des Konsenses wirklich klug findet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Dr. Uwe-Jens Heuer das Wort.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich möchte zu dem, was Herr Voscherau eben ausgeführt hat, etwas sagen.

- (B) Ich bin der festen Meinung, daß Schlimmes geschehen ist, daß in der Härte der Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten Schlimmeres von Seiten der DDR aus geschehen ist, auch Unverzeihliches geschehen ist und daß diese DDR am Schluß in einer Sackgasse war.

(Freimut Duve [SPD]: Von Anfang an war sie in einer Sackgasse! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren, ich versuche ein Angebot zur Diskussion in diesem Hause zu machen, und ich glaube, daß das wichtig ist.

Ich meine, daß man aber auch sehen muß, daß es von beiden Seiten einen kalten Krieg gegeben hat.

Mein eigentliches Anliegen war aber, deutlich zu machen, daß unter den Trümmern dieses Staates eine Gesellschaft sichtbar geworden ist und daß man sich nicht immer aufregen sollte, daß die Leute weiterhin die Jugendweihe feiern oder etwas ähnliches. Man muß einfach erkennen, daß dort **andere Lebensweisen** herangewachsen sind, die man verschieden bewerten kann, die man aber einfach zur Kenntnis nehmen muß. Das war das eigentliche Anliegen meines Beitrages. Das ist nicht einfach ein Produkt der PDS — da wird die PDS bei weitem überschätzt —, das ist ein Produkt einer langjährigen Entwicklung. Woran mir liegt, ist, daß das verstanden wird, damit auf dieser Grundlage ein **Zusammenwachsen** möglich ist. Das war das eigentliche Anliegen meines Beitrages.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Bürgermeister Voscherau, wünschen Sie das Wort zu einer kurzen Replik? — Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch. (C)

Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben vom Ersten Bürgermeister gehört, daß wir die Rechnung nicht ohne den Wirt machen sollten — eine interessante Paraphrase zu der Frage, wer eigentlich der Wirt ist.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Ich muß immer an den unveränderten Art. 146 in der Verfassung denken, zu dem wir leider noch keine gemeinsame Meinung gefunden haben.

Wir sollten uns nicht zu sehr loben. Die Arbeiten der Verfassungsreformkommission haben in diesem Haus und in der informierten Öffentlichkeit nur ein nachlassendes Interesse gefunden; das ist die Wahrheit. Die Gründe dafür liegen tiefer.

Es ist richtig, daß im Einigungsvertrag keine **Totalrevision der Verfassung** verabredet wurde, sondern ein Befassen mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes.

Aber die Erwartungen gingen weit darüber hinaus. Die Entwürfe der Runden Tische und die Verfassungsformulierungen in den neuen Bundesländern waren von den Erfahrungen in der DDR ebenso geprägt wie das Grundgesetz von den Erfahrungen der Weimarer Republik. Die Vielzahl der Entwürfe und Forderungen beflügelte nicht die Verfassungsdiskussion, sondern erzeugte im konservativen Teil des Hauses die Sorge, der Beitritt zur Bundesrepublik solle zu ihrer völligen Veränderung mißbraucht werden. Die Verfassung werde zu einem weihnachtlichen Wunschzettel, obwohl sie doch ein Gesetz bleiben müsse und obwohl immer mehr Verfassungsregeln zu immer größerer Immobilität und zu einer immer größeren Verlagerung politischer Entscheidungen auf die Gerichte führen würden. (D)

Aber diese erschrockene Abwehrhaltung hat gleichzeitig die Tatsache verdeckt, daß auch in der alten Bundesrepublik eine ständige tiefgreifende Veränderung der **Verfassung und Verfassungswirklichkeit** stattgefunden hat, von der Gleichberechtigung bis zur Wehr- und Notstandsverfassung, bis hin zu den sozialen Staatszielen in der Sozialcharta der Vereinten Nationen, von der völligen Umformulierung des Asylrechts bis zur ebenso umfangreichen wie verunglückten Europaklausel.

Das Grundgesetz von 1949 ist nicht mehr unsere Verfassung von 1994. Es hat deswegen eine Diskussion darüber gegeben, welche Veränderungen nach 40jähriger Gültigkeit der Verfassung notwendig seien. Die Bemerkung, das Grundgesetz sei gut, so gut, daß man es einfach nicht mehr verbessern könne, ist deswegen so unhistorisch, weil wir sie in wesentlichen Punkten ständig verändert haben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Burkhard Hirsch

- (A) und weil gerade darin ihre Stärke liegt — in ihrer Differenzierung zwischen unabänderlichen Ewigkeits-sätzen und der Möglichkeit, neue Ideen zu berücksichtigen, ohne das System zerbrechen zu müssen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nicht die ängstliche Abwehr jeder Neuerung, sondern die Bewahrung der Reformfähigkeit ist der stärkste Garant unserer Verfassung.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Für Liberale gibt es dabei zwei elementare Probleme. Erstens stimmen die Grundrechte in ihrem traditionellen Kanon nicht mehr mit den Problemen unserer Gesellschaft überein — auch nicht die Präambel —, solange wir uns nicht dazu entscheiden können, die **Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands** als ein elementares Gebot zu formulieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Zweitens verlangt die politische Übermacht von Parteien und Organisationen als Gegengewicht **Elemente der direkten Demokratie**. Ohne einen Bürgerstaat wird es auf Dauer auch keine verantwortungsbereiten Bürger geben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

- (B) Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, Umweltschutz als Staatsziel, natürlich und ganz selbstverständlich der Tierschutz als ein Teil des gewandelten Selbstverständnisses des Menschen in seinem Verhältnis zur Natur, die Anerkennung nichtfehlender Lebensgemeinschaften, die Achtung der Identität von Minderheiten und damit die Absage an eine aggressive Assimilationspolitik, elementare Grundlage des europäischen Friedensprozesses — das sollte für alle, auch und gerade für den christdemokratischen Teil des Hauses, eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Ich bedauere, daß es nicht gelingen wird, auch den **Schutz der Privatheit** ausdrücklich in der Verfassung zu verankern, weil die moderne Datenverarbeitung — mehr als alles andere — die Herrschaft der Bürokratie über den Einzelmenschen verändert.

Natürlich sollte sich der Verfassungsgesetzgeber nicht der Aufgabe entziehen, den **Ausländern das Wahlrecht und Staatsbürgerrechte** zu geben, Ausländern, die er selbst zum Bestandteil des Staatsvolkes — rechtlich und wirtschaftlich — gemacht hat.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gerd Poppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und vor allem: Der Bürger selbst muß als Staatsbürger aus der Versenkung hervorgeholt werden, in die ihn die Verfassungsväter verbannt haben. Der Vorschlag der **Bürgerinitiative** ist ein vorsichtiger, zurückhaltender Versuch, der Bürgergesellschaft einen Schritt näherzukommen; er würde die Autorität des Gesetzgebers nicht schwächen, sondern ihn dem

Volk näherbringen. Der Bürger sollte auch im Bund die Möglichkeit bekommen, Gesetzentwürfe oder von ihm zu bestimmende politische Themen zur parlamentarischen Behandlung zu stellen. Es gibt kein Argument, das dem Bürger dieses Staates zu verweigern.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Wir möchten an Sie appellieren, das Grundgesetz nicht im Jahre 1949 liegenzulassen, sondern es mitzunehmen in unsere Zeit und es wieder zu der Verfassung zu machen, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern in der wir tatsächlich leben.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile das Wort dem Bundesminister des Innern, Manfred Kanther.

Manfred Kanther, Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die Debatte ist weit fortgeschritten. Ich will mich auf drei Aspekte beschränken, um nicht zu wiederholen, was ausgeführt ist.

Erstens. Das Grundgesetz ist die taugliche, wertvolle Grundlage der Bundesrepublik Deutschland (West) in vierzig Jahren gewesen. Es wurde die taugliche Grundlage der Wiedervereinigung und die Grundlage für das Zusammenwachsen der Menschen in unserem Land, für die Neubildung unseres Staates nach 1989 — in dreifacher Hinsicht sehr tauglich und sehr bewährt.

(D)

Art. 5 des Einigungsvertrages, der ja die Basis für die heutige Debatte und für die zweieinhalbjährige Arbeit gebildet hat, hat nicht etwa Handlungsbedarf in vielen Punkten hervorgebracht, die auf die deutsche Wiedervereinigung zurückzuführen wären, sondern das, was wir heute im Bereich von Grundrechten, Staatszielen und Wertorientierungen bereden, sind die Probleme der früheren Republik oder auch der jetzt geeinten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

es sind ganz und gar allgemeine und nicht einigungsbedingte. Das zeigt im Bereich der Wertorientierungen, welches geeignete Gerüst das Grundgesetz ist und bleibt.

Die zweite Bemerkung. Der Prüfauftrag des Art. 5, Herr Bürgermeister Voscherau, umfaßte ausdrücklich auch die Überlegungen zur **föderativen Grundordnung des Staates**.

Da hätte man schon meinen können, mit dem Beitritt der fünf neuen Länder könnten sich vielfältige neue Probleme ergeben. Die Prüfung ergibt auch hier — auch Ihr Beitrag —, daß wir nicht über die neuen Probleme nach der Wiedervereinigung verhandeln — heute, ein wenig später oder in der nächsten Legislaturperiode —, sondern über die Probleme des föderativen Staates, wie sie gewachsen sind. Wir wissen, daß dieser Staat nicht ohne Fehler war — nicht vor der Wiedervereinigung und nicht danach.

Bundesminister Manfred Kanther

- (A) Bitte glauben Sie mir — auch auf Grund meiner persönlichen Vita mit über 20 Jahren Landespolitik auf dem Buckel —: Die Probleme kulminieren nicht in Art. 72 und Art. 75 des Grundgesetzes. Wir sollten den Blick erweitern, wenn wir darangehen, die föderative Grundordnung zu überprüfen. Ich halte sie nicht für einen Zustand; ich halte sie für einen Prozeß — in vielfältiger Hinsicht.

Es gibt **Strukturprobleme**: dort, wo sich auf Grund der Zahl der beteiligten politischen und administrativen Ebenen Bürokratie entwickelt hat; es gibt sie dort, wo Kompetenzüberschneidungen vorhanden sind; es gibt sie im Bereich der Finanzverfassung. Es ist erstaunlich — das ist meine Meinung —, wie akkurat auch die Kommission die Probleme der Finanzverfassung ausgespart hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel
[SPD])

— Ich weiß es doch, Herr Vogel. Ich habe mich in meinem vorigen Leben als Landesfinanzminister um diese Sache sehr bemüht.

Ich bleibe bei diesem Thema. Die **Mischfinanzierung** gehört auf den Prüfstand. An der Stelle wird die Frage nach Bürokratisierung und unnötiger Überschneidung von Mitwirkungskompetenzen gestellt. Niemand kann mir weismachen, daß es, wenn man ein Röntgengerät an der Universität Gießen oder Hamburg kauft, dazu einen Bund-Länder-Abstimmungsvorgang geben muß. Dänemark, Luxemburg oder Norwegen regeln ihren Wohnungsbau in eigener Kompetenz, ohne irgend jemanden zu fragen.

- (B) Aber Bayern und Nordrhein-Westfalen können das nicht.

Das sind die interessanten Fragestellungen, wenn wir die **Länderkompetenz**, eine ursprüngliche, eigenständige Länderkompetenz stärken wollen. Suchen wir uns also bitte nicht die eher schadlosen allgemeineren Bereiche aus, in denen es nur um die Grundsätze geht, sondern suchen wir uns möglichst die ganz konkreten Bereiche aus!

Wir werden miteinander erleben, wie sehr **Art. 23** — vor kurzem neu geschaffen — nun in der Staatspraxis standhält. Unsere Nachbarn in Europa haben es mit den deutschen föderativen Strukturen nicht immer ganz leicht. Wir werden sie ebenso daran gewöhnen müssen, die Strukturen so auszufüllen, daß unsere Stimme nicht dissonant wirkt.

Auch in den Fragen der **inneren Sicherheit** müssen wir unentwegt die Strukturen an der notwendigen Effizienz veränderter Zeiten messen. Wenn das Verbrechen immer internationaler wird, seine Managementfähigkeit und die Nutzung von Technik zunehmen, grenzüberschreitendes, vernetztes Handeln zunimmt, dann können zentrale Kompetenzen an Bedeutung gewinnen. Hier sind sehr verschiedene organisatorische Möglichkeiten denkbar, um das Problem zu lösen.

Jede **Fortentwicklung des Bund-Länder-Verhältnisses** muß zwei Prinzipien genügen: sowohl der Verpflichtung auf den föderalen Staatsaufbau nach dem Grundgesetz und der Notwendigkeit wesentlicher

Kompetenzen bei den Ländern, vor allem wesentlicher gesetzgeberischer Kompetenzen und nicht lediglich administrativer, als auch den Problemlösungen im Wandel der Zeiten gerecht zu werden. Das kann ein Spannungsverhältnis, manchmal auch ein solches der Eitelkeiten sein. (C)

Ein dritter Punkt: Es ist gut, finde ich, daß die Bürger nicht im unklaren darüber bleiben, wie wir unterschiedliche Fragestellungen beantworten.

Es werden ja längst nicht alle Anträge hier eine verfassungsändernde Mehrheit gewinnen. Ich sage für meine politischen Freunde und mich zu zwei Punkten sehr deutlich meine Meinung: Einmal ist für mich der **Schutz von Ehe und Familie** eine solch grundlegende Wertentscheidung der Verfassung, daß sie nicht auf die gleiche verfassungsmäßige Ebene mit anderen — wenn auch gesellschaftlich akzeptierten — Lebensgemeinschaften gestellt werden soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Was den **Minderheitenschutz** betrifft, bin ich ganz sicher, daß das Grundgesetz, das alle Staatsgewalt auf die Menschenwürde verpflichtet und seinen wesentlichen Sinn in der Sicherung der Freiheitsrechte der Menschen sieht, auch den Angehörigen hier lebender Minderheiten alle Möglichkeiten zur Entfaltung gewährleistet, ohne daß es neuer Vorschriften in der Verfassung über den Minderheitenschutz bedarf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine allgemeine Minderheitenklausel würde gerade im Hinblick auf die angebotene Integration der bei uns auf Dauer lebenden Ausländer eher zu Gruppenegoismus und Separatismus führen und sicher ihr Ziel gesellschaftlicher Integration und eines Mehr an menschlicher Wärme im Umgang miteinander verfehlen. Deutschland soll nach meiner Überzeugung weder ein Einwanderungsland werden noch vom Prinzip der multikulturellen Gesellschaft geprägt sein. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch
bei der SPD)

Es soll ein gastfreundliches, weltoffenes Land sein, in dem die deutsche Gesellschaft für viele Ausländer offen ist, in Zukunft wie — zu unserem Stolz — seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So gibt es Gemeinsames und Unterschiedliches in dieser Debatte. Wichtig ist mir, daß ein breiter **Konsens** in der Politik und im Volk darüber fortbesteht, daß die Menschen in Deutschland im Genuß der freiesten und demokratischsten Verfassung leben, die wir je in unserer Geschichte erleben durften.

Es gibt nicht nur Gelegenheit, die Verfassung immer wieder veränderten Realitäten anzupassen — übrigens auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die in diesem Zusammenhang in ihrer mobilisierenden Kraft gar nicht hoch genug geschätzt werden kann —, sondern es gibt auch viel Anlaß, auch diesen heutigen, die Verfassung im ganzen als hohes Gut zu bewahren und ihre Beständigkeit zu rühmen.

Bundesminister Manfred Kanther

(A) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat die Kollegin Christel Hanewinkel.

Christel Hanewinkel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir leben im Jahre 5 nach dem Mauerfall, im Jahre 4 der staatlichen Einheit Deutschlands. Heute haben wir uns hier versammelt, um über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und über Veränderungen im Grundgesetz zu debattieren und zu beschließen. Wir erfüllen damit einen Auftrag des Grundgesetzes.

Ohne die Arbeit und das Wirken von Gruppen — Friedensgruppen, Frauengruppen, ökologischen Arbeitsgruppen, Initiativen und Bewegungen in der Kirche und außerhalb der Kirche, dem konziliaren Prozeß in den letzten zehn Jahren der DDR — hätte es diese Debatte heute nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

(B) Als eine, die aus den neuen Bundesländern kommt, hatte ich hohe **Erwartungen an eine Verfassungsdebatte**: daß wir, damit meine ich nicht nur Politikerinnen und Politiker von Bundestag und Bundesrat, damit meine ich Männer und Frauen — alte und junge, neugierige und skeptische, konservative und progressive — aus den alten und den neuen Ländern, das bewährte, gute, aber auch 45 Jahre alte und für das geteilte Deutschland geschriebene Grundgesetz ins Gerere bringen zwischen uns, daß wir unsere geteilten Erfahrungen aus 40 Jahren zueinandertragen, daß wir debattieren und streiten, zuhören, uns gemeinsam auf die guten Traditionen des Grundgesetzes vereinbaren, die aber nur dann wirksam und lebendig bleiben, wenn sie mit Leben erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Traditionen fortgeschrieben werden, dann haben sie etwas mit dem wirklichen Leben zu tun.

Wir wollen uns auf Werte vereinbaren, die die Basis für das geeinte Deutschland darstellen sollen.

Dieser Prozeß war so, in dieser Form, nicht möglich. Zum einen haben Mitglieder von Bundestag und Bundesrat die Debatte stellvertretend geführt. Ein **Verfassungsrat** wäre der Situation, der Sache und den Werten des Grundgesetzes und dem, was wir in Ost und West brauchen, angemessener gewesen.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Verfassungskommission** hat zum großen Teil in Hinterzimmern verhandeln müssen statt auf dem Forum, auf dem Markt, wo die Debatte hingehört hätte.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Die Debatten waren immer öffentlich!)

(C) Aber die Frauen, die Behinderten, die Tierschützer, die Umweltschützer, die über hunderttausend Menschen, die sich mit Eingaben und Petitionen an die Kommission gewandt haben, haben sich dazwischengedrängt, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manche von den wenigen Ergebnissen sind dadurch so befördert worden, daß sie heute die entsprechende Mehrheit bekommen werden.

An dieser Stelle möchte ich all denen danken, die sich eingemischt haben und die sich den **Mut zur Parteilnahme** nicht haben nehmen lassen. Ich hoffe und gehe davon aus, daß sie weiterhin den Mut zur Parteilnahme und zur Einmischung behalten werden.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Detlev von Larcher [SPD], zur CDU/CSU gewandt: Da können auch Sie klatschen!)

Die Einführung der **unmittelbaren Bürgerbeteiligung**, nämlich in dem Grundgesetz die Volksinitiative, das Volksbegehren und den Volksentscheid auch auf Bundesebene festzuschreiben, wäre die entsprechende Reaktion darauf und unserem Grundgesetz und den Werten, die wir miteinander vertreten wollen, angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

(D) Zum anderen war die Haltung der Unionsvertreter in der Kommission bei einer Reihe von Punkten unangemessen in der Art und Weise, wie wir aus dem Osten Deutschlands und die Themen, mit denen wir unsere Erfahrung einbringen wollten, behandelt worden sind, indem die Themen teilweise geringschätzig abgetan oder oft gar nicht von Ihnen behandelt wurden. — Das ist kein Widerspruch zu dem, was der Kollege Voscherau gesagt hat. Es geht um die Inhalte und nicht um die Art und Weise, wie wir miteinander in der Verfassungskommission gearbeitet haben. — Peinlich ist das Ganze deshalb, weil Sie, meine Herren von der Union, zum großen Teil nicht bereit waren, sich argumentativ mit unseren Erfahrungen auseinanderzusetzen. Ich finde es peinlich, wenn Herr Waigel hier feststellt, daß die, die anderes gewollt haben, eine andere Republik hätten haben wollen. Das ist einfach unfair und unrichtig.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, vier neue **Staatsziele** in die Verfassung mit aufzunehmen, nämlich die Staatsziele Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit und Bildung, wurde von Ihnen derart abgetan, als hätte Arbeit nichts mit menschlicher Identität zu tun und als wäre Arbeit nicht ein Konstitutivum menschlichen Lebens,

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Norbert Geis [CDU/CSU]: Das hat ja keiner bestritten!)

als wäre ein Dach über dem Kopf haben zu wollen ein unseriöser Anspruch, als hätte soziale Sicherheit

Christel Hanewinkel

- (A) nichts mit dem Sozialstaatsgebot, der Sozialstaatlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft zu tun, als wären Bildung und Kultur eine übertriebene Forderung einzelner.

(Peter W. Reuschenbach [SPD]: Ja, so sieht der Waigel das!)

Natürlich weiß ich und wissen alle anderen, die das mit mir fordern, daß sich der Staat nicht um die Wohnung eines jeden einzelnen kümmern kann. Das erwartet auch niemand von ihm; das soll er nicht. Aber der Staat kann und muß für Rahmenbedingungen sorgen, daß der Arbeitsmarkt und die Arbeitsteilung anders gestaltet werden können. Er muß Rahmenbedingungen setzen, die dazu führen, daß Wohnraum in genügender Anzahl und zu bezahlbaren Mieten vorhanden ist, vor allem auch für Familien.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er kann das Staatswesen so gestalten, daß das **Sozialstaatsprinzip** eingehalten wird, und er kann Bildung und Kultur so schützen und fördern, daß jeder und jede gleiche Chancen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage: Wie vereinbaren Sie eigentlich Art. 1 mit der Tatsache, daß es ungefähr 300 000 **obdachlose Kinder und Jugendliche** gibt? Wie vereinbaren Sie es mit den Art. 3 und 6, daß es immer mehr Kinder und Jugendliche gibt, die in Armut leben und auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind?

- (B) **Vizepräsident Hans Klein:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Otto?

Christel Hanewinkel (SPD): Ja, bitte.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (F.D.P.): Frau Kollegin, stimmen Sie mit mir darin überein, daß die **Akzeptanz unseres Grundgesetzes** und auch der hohe Grad der Anteilnahme, die die Bevölkerung in den vergangenen 40 Jahren zu diesem Grundgesetz entwickelt hat, auch etwas damit zu tun haben, daß in unserem Grundgesetz eben nicht Erwartungen und Hoffnungen geweckt werden, die in der Verfassungswirklichkeit dann nicht umgesetzt werden können?

Ich frage Sie: Was nützt uns ein Grundrecht auf Wohnung, ein Grundrecht auf Arbeit, wenn es effektiv in der **Verfassungswirklichkeit** — wer immer die nächste Bundesregierung bilden wird; ich habe da gewisse Hoffnungen und Erwartungen — Leute geben wird, die nicht gemäß dieser Staatszielbestimmung behandelt werden können? Teilen Sie meine Auffassung, oder wie wollen Sie sie widerlegen?

Christel Hanewinkel (SPD): Ich teile Ihre Auffassung nicht, weil ich davon ausgehe, daß in der Verfassung Vereinbarungen festgeschrieben sind, wie wir unser Gemeinwesen, unser Staatswesen gestalten wollen, auf das sich alle verlassen und berufen können. Das heißt, wenn wir neue soziale Ziele, Staatsziele festschreiben, sagt das etwas darüber aus, daß die Verfassungswirklichkeit der Verfassung noch nicht

angemessen umgesetzt worden ist. Ich denke, es ist eine Aufforderung, die Wirklichkeit in der Tat den guten Forderungen und den guten Zielen des Grundgesetzes anzupassen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, 1968 gab es in der DDR eine neue Verfassung. Eine Debatte war in der Bevölkerung nicht nur nicht erwünscht, sondern wir sollten vorher eine Selbstverpflichtung abgeben, bei der Volksabstimmung über diese neue Verfassung mit Ja zu stimmen. Meine Weigerung hat mich damals meinen Arbeitsplatz gekostet, aber nicht die Hoffnung und den Willen, mich einzumischen und Demokratie in Zukunft mitzugestalten. Der konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, der maßgeblich weltweit durch die Initiative von Christinnen und Christen aus der DDR mitgestaltet worden ist, war eine Plattform der direkten Bürgerbeteiligung. Wir waren uns sicher — und das sind wir uns heute noch —, daß es sich lohnt, sich für Verantwortung und Demokratie einzusetzen. Für Deutschland hat es sich gelohnt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die **staatliche Einheit**, aber den Weg zur **inneren Einheit** haben wir noch vor uns.

Doch das geeinte Deutschland hat auch Verantwortung für sich, in Europa und in der einen Welt. Deshalb wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion in der **Präambel** eine Erweiterung, die heißt: als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der einen Welt zu dienen. — Damit unterstreichen wir die Verantwortung, die wir haben und zu übernehmen bereit sind. Verantwortung für die eine Welt heißt auch, deutlich zu machen, daß der Wohlstand in Deutschland nicht nur ein Produkt des Fleißes, der Phantasie und des Engagements der Deutschen ist. Unser Lebensstandard ist auch eine Frage der Nutznießung Deutschlands am ungerechten Welthandel, des Verdienens an Rüstungsexporten, der Ausbeutung der Zweiten und Dritten Welt, des ungezügelter Verbruchs von Rohstoffen und des unbedachten Umgangs mit Tier und Natur. (D)

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, die drängenden Fragen des konziliaren Prozesses, die Werte, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind, sind nicht nur bisher nicht umgesetzt, sondern sind oft sträflich hintangestellt worden. Sie müssen deshalb wieder auf die politische Tagesordnung kommen.

Nach vielen — oft peinlichen — Diskussionen werden wir wohl heute auch über den Satz abstimmen: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Daß das möglich wurde, zeigt, daß Parteilnahme und Einmischen, also direkte Demokratie, Notwendiges möglich machen, und damit z. B. ein Wiederholen des Flensburger Urteils durch eine ver-

Christel Hanewinkel

- (A) änderte Verfassung keine Verfassungswirklichkeit werden wird.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Benachteiligungen gibt es noch viele, teilweise gedeckt durch falsche Interpretation unseres Grundgesetzes, z. B. die Benachteiligung von Menschen wegen ihrer sexuellen Identität; die Benachteiligung derer, die in einer anderen Lebensgemeinschaft als in einer Ehe verantwortlich mit Kindern zusammenleben; die Benachteiligung unehelicher Kinder, die durch die Rechtsprechung und durch die Realität — hier ist die Verfassungswirklichkeit der Formulierung in Art. 6 voraus — nicht mehr gedeckt ist, und die Benachteiligung von Familien. Auch hier war mit der Koalition nicht zu reden. Sie sagen immer: An Art. 6 wollen wir nicht rütteln. Was heißt das denn eigentlich in Verfassungssprache? Das heißt, Sie drücken sich davor, Sie haben Angst, oder Sie sind nicht bereit, sich auf die Verfassungswirklichkeit an dieser Stelle einzulassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Sie entziehen sich der Verantwortung und setzen auf Stagnation statt auf die lebendige, wertvolle Tradition.

- (B) Das alles heißt für mich: Die Verfassungsdebatte ist nicht abgeschlossen. Wir haben die ersten Schritte getan, weitere müssen folgen, wenn wir Verfassungsänderungen nicht nur zugunsten von sogenannten Leistungstarken, sondern für das Gemeinwesen und für die Stärkung des geeinten Deutschlands wollen. Dahin muß unser Weg weiterhin gehen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Beifall bei der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Kollege Hans-Joachim Otto, Sie haben das Wort.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion stellt den Antrag, in Art. 6 eine Ergänzung aufzunehmen, wonach auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften von der staatlichen Ordnung zu achten seien. Ich muß mich aus Zeitgründen darauf beschränken, diesen Antrag hier kurz zu begründen.

Nüchterne Tatsache ist es, daß sich die Zahl der **nichtehelichen Lebensgemeinschaften** in den vergangenen 20 Jahren verzehnfacht hat. Laut Statistischem Jahrbuch gab es 1972 in der Bundesrepublik lediglich 137 000 solcher Lebensgemeinschaften, im Jahre 1991 immerhin bereits 1 393 000, rund 1,4 Mio.

Angesichts dieser Zahlen wird wohl niemand bestreiten können, daß bei sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Bedürfnis nach einem Zusammenleben ohne Trauschein besteht. Die Erscheinungsformen und auch die Motive hierfür sind genauso mannigfaltig wie die Akzeptanz, die die übrigen Mitbürger solchen Lebensgemeinschaften entgegenbringen.

- (C)

In diesem Zusammenhang möchte ich mich jetzt insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen wenden, die aus ihrer christlichen Überzeugung heraus eine Achtsensklausel für nichteheliche Lebensgemeinschaften ablehnen. Es geht uns Liberalen, Herr Bundesminister Kanther, keineswegs darum, Ehe und Familie im traditionellen Sinne zu schwächen oder gar zu beseitigen. Wir wissen um die zentrale Bedeutung, die Ehe und Familie für das Lebensglück sehr vieler Menschen und insbesondere für das Wohlergehen von Kindern und älteren Menschen haben. Die meisten von uns sind selbst verheiratet. Das bedeutet aber, meine Damen und Herren, keineswegs, daß man andere Lebensgemeinschaften nicht auch achten und das nicht auch in die Verfassung hineinschreiben sollte. Hier geht es um die **Freiheitlichkeit und Toleranz unserer Gesellschaft**. Wir dürfen eigene Überzeugungen nicht zur verbindlichen Richtschnur für alle übrigen Mitmenschen machen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht uns aber auch um die **Förderung gesellschaftspolitischer Ziele**, denen wir uns alle gemeinsam verpflichtet fühlen. Der spezifische Schutz auch der kinderlosen Ehe wird nämlich damit begründet, daß das dauerhafte Zusammenleben Fürsorge und wechselseitige Verantwortung der Partner und damit gesellschaftliche Stabilität schafft. Diese segensreiche Wirkung kann sicher nicht vom Vorhandensein eines Trauscheins abhängig gemacht werden;

- (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sie tritt auch bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften ein. Das ist der Grund, weshalb die Verfassung sehr gut daran tut, sie zu achten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dennoch gibt es in der Verfassungswirklichkeit noch immer eine Reihe konkreter **rechtlicher und faktischer Benachteiligungen** für nichteheliche Lebensgemeinschaften. Ich erwähne hier nur beispielhaft das Erbrecht, das Steuerrecht und das Sozialrecht. Besonders beklagenswert finde ich, sind Fälle, in denen nichtehelichen Partnern verwehrt wurde, ihren lebensgefährlich erkrankten Partner im Krankenhaus zu besuchen. Wir halten das nicht nur für einen Ausfluß von spießbürgerlicher Gesinnung, sondern für schlicht unmenschlich.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, gegen unseren Antrag wenden manche ein: Wer die Vorteile einer Ehe wünsche, der solle gefälligst heiraten. — Hiergegen spricht bereits die Tatsache, daß unsere Rechtsordnung homosexuellen Paaren diesen Weg versperrt.

Es gibt aber auch heterosexuelle Paare, die eine Heirat aus durchaus überzeugenden oder zumindest akzeptablen Gründen ablehnen. Ein demokratischer

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

- (A) Rechtsstaat sollte über solche privaten Motive nicht richten.

Meine Damen und Herren, auch in Zukunft wird es rechtliche Unterschiede zwischen Ehe und Familie einerseits und nichtehelichen Lebensgemeinschaften andererseits geben. Dies folgt zwangsläufig aus der höheren Verbindlichkeit und dem größeren Pflichtenkreis von Ehe und Familie. Eine verfassungsrechtliche Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit der Ehe, wie sie beispielsweise von der SPD-Fraktion beantragt wird, verbietet sich meines Erachtens aber auch deshalb, weil es zahlreiche nichteheliche Paare gibt, die eine schützende, fürsorgende Hand des Staates ausdrücklich ablehnen.

Zum Schluß: Die F.D.P.-Fraktion beschreitet einen, wie ich finde, vernünftigen Mittelweg: keine Gleichstellung von Ehe und Nichtehe, wohl aber eine verfassungsrechtliche Achtung der auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften. Wir wollen, daß hiermit ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Pluralität und zur gesellschaftlichen Toleranz abgelegt wird. Das dauerhafte Zusammenleben und Füreinander-Einstehen von Partnern ist allemal besser als das unfreiwillige Alleinleben. Mit unserem Antrag verfolgen wir somit gleichermaßen gesellschaftspolitische Ziele wie liberale Grundvorstellungen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Unterstützung und Zustimmung für diesen sinnvollen Grundgesetzergänzungsantrag bitten.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stolber (Bayern): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Nach zweijähriger Diskussion in der Verfassungskommission der Ministerpräsidenten und nach zusätzlichen zwei Jahren Diskussion in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag möchte ich zum Punkt Föderalismus mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Position der Gemeinsamen Verfassungskommission hinsichtlich der Art. 72, 74, 75 und 93 heute wohl nicht die notwendige Mehrheit finden wird.

Wenn man die Entwicklung der letzten Tage und Wochen und den bisherigen Verlauf der heutigen Debatte realistisch wertet, dann muß man leider sagen: Dies hätte ein großer Tag auch für den Föderalismus werden können. Denn mehrere von den Kompromissen, zu denen sich Bund und Länder sowie die Parteien in dem langen, zähen Ringen in der Verfassungskommission durchgerungen hatten, werden nun kurz vor Ende der Debatte in Frage gestellt.

Herr Kollege Kanther, ich habe sehr wohl vernommen, was Sie hier zum Föderalismus gesagt haben und daß Sie im Prinzip materiell viel weiter gehen wollen. Nur, ich muß natürlich auch deutlich machen,

daß ich schon verwundert war, daß nach insgesamt vierjähriger Diskussion und nach zweijähriger Diskussion in der Gemeinsamen Verfassungskommission am Ende plötzlich die Bundesregierung im Grundsatz jeden der Artikel, die abgestimmt waren, in Frage gestellt hat und daß eben das, was in den langen Verhandlungen behandelt worden ist, plötzlich anscheinend überhaupt nicht mehr gegolten hat. Deswegen ist das natürlich auch ein Maßstab für unser weiteres Handeln.

Der Einigungsvertrag hat keine Generalrevision des Grundgesetzes gefordert, und zwar aus gutem Grund. Über vier Jahrzehnte haben wir das **Grundgesetz** zu Recht als eine **vorbildliche Verfassung** angesehen. Als 1989 das 40jährige Bestehen des Grundgesetzes gefeiert wurde, bestand darüber breiteste Übereinstimmung.

Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb von Anfang an das Ziel verfolgt, das Bewährte zu bewahren und die Verfassung nur dort zu ändern, wo es unabdingbar ist. Wir fühlen uns durch die Entwicklung der letzten Jahre in dieser Auffassung bestätigt. Kein einziges Problem, das sich nach der Wiedervereinigung ergeben hat, wäre mit einer grundlegend anderen Verfassung besser gelöst worden, und in keinem Fall stand unser bisheriges Grundgesetz einer zukunftsgerichteten Lösung im Wege. Unumgänglich ist es allerdings — hier appelliere ich noch einmal an Sie; wir werden uns in diesem Hause sicherlich noch mehrfach darüber unterhalten müssen —, längst fällige Reformen am System des **Föderalismus** durchzuführen.

Wenn ich mich dafür in besonderer Weise engagiere, dann stehe ich in der Tradition aller bayerischen Ministerpräsidenten seit 1945. Für Wilhelm Hoegner war der freiheitliche deutsche Rechtsstaat nach den Katastrophen von 1933 und 1945 nur als föderalistische Ordnung denkbar.

(Dr. Hans de With [SPD]: Ja!)

Aus derselben Überzeugung heraus fürchtete der unvergessene Ministerpräsident Hans Ehard, die Länder würden nach dem Grundgesetz ihre Funktion als lebenstragende Teile des Bundes nicht erfüllen können, das Grundgesetz werde den Zustand einer chronischen Gefährdung des staatsrechtlichen Eigenlebens der Länder heraufbeschwören, so seine Regierungserklärung im Mai des Jahres 1949 im bayerischen Landtag. In einer Rundfunkansprache, ebenfalls im Mai 1945, formulierte er:

Gerade wenn in Bonn das Pendel mehr nach der zentralistischen Seite zum Ausschlagen kommt, ist es notwendig, daß Bayern seine führende Position als föderalistischer Gegenspieler im kommenden Bundestag und Bundesrat intakt hält.

Hanns Seidel, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß und Max Streibl handelten im selben Sinne.

In der Zwischenzeit haben wir ja außerordentliche Verbündete. Sogar der Kollege Rau

(Zuruf von der SPD: Sogar?)

(C)

(D)

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) hat das nun deutlich gemacht, indem er gesagt hat: „Ich betrachte die Bayern als geborene Föderalisten, ich betrachte mich heute als gekorener Föderalist.“ — Insofern hat sich durch die wachsende Anzahl der Ministerpräsidenten, die aus den Reihen der SPD kommen, Erhebliches verändert.

Seit den 40er Jahren wird unablässig um die sinnvolle Ausgestaltung und zeitgerechte Weiterentwicklung des Föderalismus gerungen. Es ist mehr als verständlich, daß der Zentralstaat in einer föderalistisch geprägten Ordnung immer wieder versucht, Zuständigkeiten an sich zu ziehen, während die Gliedstaaten dem entgegenwirken — ein natürliches Spannungsgefüge.

Wie die Gewichte zwischen Bund und Ländern sachgerecht verteilt werden, wurde in den letzten 45 Jahren immer wieder problematisiert. Mein Vorgänger Franz Josef Strauß hat einmal darauf hingewiesen, daß von den 14 Grundgesetzänderungen bis zum Jahre 1965 allein zehn die **Verteilung der Kompetenzen von Bund und Ländern** und die Finanzordnung zwischen ihnen betrafen. Auch die Finanzreform von 1969 sollte nicht nur finanztechnische Probleme lösen, sondern die föderative Ordnung auf eine neue, zeitgerechte Grundlage stellen.

- (B) Schon 1973 hat der Bundestag eine Enquete-Kommission eingesetzt, die zu prüfen hatte, ob und inwieweit es notwendig sei, das Grundgesetz an neue Erfordernisse anzupassen. Parallel dazu, auch personell mit der Enquete-Kommission verzahnt, arbeitete eine Kommission des Bundesrates. Ein Schwerpunkt — das war in den 70er Jahren auch in diesem Hause unbestreitbar — der Beratungen war die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern.

Man war sich einig — im Bundesrat wie im Bundestag —: Es war eine unzulässige Gewichtsverlagerung von den Ländern zum Bund eingetreten. Um die Länder als politische Machtzentren mit eigenverantwortlicher Entscheidungskompetenz zu erhalten, sollten die Befugnisse gemäß Art. 74 nach dem **Votum der Enquete-Kommission** erheblich eingeschränkt werden, und zwar weit stärker, als dies in dem Ihnen jetzt vorliegenden Vorschlag der Gemeinsamen Verfassungskommission vorgesehen ist. Auch die Möglichkeit, in Streitfällen das Bundesverfassungsgericht anzurufen, war schon damals vorgesehen.

Aus der friedlichen Revolution in der früheren DDR hat auch der Föderalismus zusätzliche Kraft geschöpft. Neben den schwarz-rot-goldenen Fahnen waren bei den Montagsdemonstrationen sehr bald auch die alten Landesfarben Thüringens, Sachsens, Sachsen-Anhalts, Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns zu sehen. Mich hat angesichts der bewußten Zerstörung traditioneller Bindungen durch das SED-Regime damals tief beeindruckt, wie sich die **landsmannschaftliche Verbundenheit** wieder sehr schnell Bahn gebrochen hat.

Ob im Osten oder im Westen unseres Vaterlandes: Wer mit offenen Augen durch die Welt geht und mit wachem Sinne wahrnimmt, was die Menschen bewegt, der wird feststellen, wie wichtig, gerade in der

modernen Massendemokratie und wegen der starken (C) Mobilität der Menschen, die Verwurzelung in einem überschaubaren Raum ist. Die Menschen wollen ein Zuhause, eine Heimat, mit deren Geschichte und Kultur sie sich identifizieren können.

So war es kein zufälliges zeitliches Zusammentreffen, daß im Einigungsvertrag die Stärkung des Föderalismus als Auftrag herausgestellt wurde. Diese Aufgabe entsprach und entspricht der historischen Logik.

Soweit das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in unmittelbarem Zusammenhang mit der **europäischen Einigung** betroffen war, ist das Notwendige durch die Einfügung des neuen Art. 23 geschehen. Damit wurde der Föderalismus nach außen gestärkt. Die Grundgesetzänderungen, die den Föderalismus nach innen fortentwickeln sollen, stehen heute zur Debatte.

Ich stehe nicht an, Herr Kollege Vogel, Ihnen meine hohe Anerkennung auszusprechen, nicht nur bezüglich der gesamten Verfassungsdiskussion, sondern in besonderem Maße auch hinsichtlich der Diskussion um den Art. 23. Ich stehe nicht an zu sagen: Als ein Mann, der sowohl die Länderseite, die kommunale Seite und in jahrzehntelangen Erfahrungen auch die Bundesseite mehrfach repräsentiert hat, haben Sie in dieser Debatte eigentlich das entscheidende Wort gesagt. Ohne Ihr engagiertes Eintreten wäre mit Sicherheit der Art. 23, so wie er formuliert worden ist, nicht Grundgesetz geworden und damit auch keine vernünftige Stärkung des Föderalismus erfolgt, wobei ich durchaus darauf hinweise: Ich halte die Entscheidung des Bundesrates für keine gute Entscheidung — um das einmal deutlich zu sagen; das war im übrigen (D) keine politische Entscheidung —, bei der Zustimmung zum Beitritt Österreichs von der Zweidrittelmehrheit auszugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Man kann auch rechtliche Vorschriften im Grunde genommen überdehnen. Aber ich sage: Das ist keine politische Entscheidung gewesen. Ich habe das auch heute bei den Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz so erfahren.

Leider ist nun trotz der Einigung, die in der Gemeinsamen Verfassungskommission erzielt worden ist, erneut der Streit über zwei wichtige Punkte ausgebrochen: über die Einschränkung der Bedürfnisklausel in Art 72 Abs. 2, einschließlich ihrer Justitiabilität, die in Art. 93 verankert werden soll, und über die Einschränkung der Rahmenkompetenz des Bundes zum Hochschulwesen in Art. 75 Nr. 1 a.

Gerade beim Art. 72 handelt es sich um ein fundamentales Anliegen der Länder. In seiner jetzigen Fassung bietet Art. 72 dem Bund die Gelegenheit, nahezu alle Lebensbereiche zentral zu regeln. Damit muß im Interesse der Eigenverantwortlichkeit der Länder meines Erachtens Schluß gemacht werden.

Ein gerüttelt Maß an dieser Entwicklung trägt für mich — ich darf das sagen — auch die sehr weite **Auslegung des Bundesverfassungsgerichtes**, das im Grunde genommen die Einschränkungen, die im Art. 72 heute schon stehen, im Prinzip überhaupt nicht zur

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) Grundlage seiner Entscheidungen machen will, weil es letzten Endes das Ermessen des Gesetzgebers bei Art. 72 außerordentlich hoch ansetzt. Das hat auch die gesamte Diskussion ausgelöst.

Zu allen Zeiten sind die Länderregierungen parteiübergreifend für ihre Rechte eingetreten. Das ist ein allgemeiner Konsens in Deutschland. Gott sei Dank gibt es den. Weder haben SPD-geführte Regierungen die Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt geschont, noch sind unionsgeführte Länderregierungen vor CDU-Kanzlern in die Knie gegangen. Auch als nach der Wiedervereinigung die Diskussion über notwendige Grundgesetzänderungen begann, bildete sich unter den Regierungschefs der Länder ein breiter Konsens über alle Parteigrenzen hinweg.

Ich danke neben dem Kollegen Scholz insbesondere auch dem Kollegen Dr. Voscherau dafür, daß er als damaliger Präsident des Bundesrates und dann als Mitvorsitzender der Gemeinsamen Verfassungskommission stets ein machtvolles und überzeugendes Bekenntnis zu den Grundsätzen des Föderalismus und der Subsidiarität abgelegt hat. Ich danke der CSU-Landesgruppe, aber auch nochmals in besonderer Weise dem Abgeordneten Vogel für seine Initiative, die Forderungen der Länder zu den Art. 72, 75 und 93 aufzugreifen. Im Interesse des Föderalismus wünsche ich mir nur, daß dieser Vorstoß im Bundestag Erfolg hätte.

- (B) Wir müssen der Erosion des Föderalismus Einhalt gebieten. Der Bund hat über die Einfallstore der konkurrierenden Gesetzgebung und der Mischfinanzierung zunehmend Kompetenzen an sich gezogen. Es droht ein Vollzugsföderalismus, der die Eigenstaatlichkeit der Länder aushöhlt. Dieser Weg ist falsch. Deshalb müssen wir die Stärke besitzen, hier umzukehren und Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Hätten wir — was sich historisch so nicht entwickelt hat — weniger Länder, dafür aber mit einer inneren und größeren finanziellen Stärke gehabt — um das deutlich auf den Punkt zu bringen —, dann würden sicherlich auch manche Dinge zwischen Bund und Ländern leichter laufen, als sie es jetzt tun.

Im Hinblick auf die Einschränkung der Rahmenkompetenz des Bundes zum Hochschulwesen sind die Länder dem Bund bereits weit entgegengekommen. Wir haben die ursprüngliche Forderung, diese Rahmenkompetenz vollständig zu streichen, aufgegeben. Harmonisierungen auf Bundesebene, auf europäischer und internationaler Ebene sind somit möglich. Die Länder müssen in den Stand versetzt werden, die innere Struktur ihrer Hochschulen den jeweiligen örtlichen und historischen Gegebenheiten anzupassen und damit den Wettbewerb zu stärken. Warum läßt man in diesem Bereich den Wettbewerb nicht zu, den man sonst in vielen Bereichen so annahmt, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich könnte, wenn ich von der Kompetenz her die Möglichkeit hätte und manche bürokratischen For-

mulierungen nicht vorgegeben worden wären oder vorgegeben werden würden, nicht nur das Hochschulrahmengesetz, das in einer ganz spezifischen Zeit geschaffen worden ist und ohne die 68er Entwicklung so gar nicht vorstellbar gewesen wäre — das aber ist auch Geschichte —, sondern auch die Universitäten in München, Nürnberg — Erlangen oder Würzburg von der inneren Struktur her wesentlich effizienter gestalten. Das muß ich deutlich sagen. Der Angst, die einige haben, daß es dann unterschiedliche innere Strukturen gibt, muß man entgegenhalten: Dafür gibt es auch die **Kulturkompetenz der Länder**. Der Bund kann nicht letzten Endes das Wählerverhalten in den Ländern korrigieren, weil es ihm nicht paßt, wenn dort irgendwelche Entwicklungen stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das Markenzeichen eines lebendigen Föderalismus ist nicht die formale Gleichheit, sondern die aus sachgerechter Vielfalt entspringende Stärke.

Meine Damen und Herren, wenn der Bundestag heute für diese berechtigten Forderungen der Länder kein Verständnis aufbringt, dann wird Bayern alle Möglichkeiten wahrnehmen, über die Behandlung im Bundesrat das Ziel, das ursprünglich Bund und Länder gemeinsam angestrebt haben, doch noch zu erreichen. Bayern wird die Änderung des Grundgesetzes dann insgesamt ablehnen; denn in Art. 5 des Einigungsvertrages wird ausdrücklich die Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa als vorrangiger Auftrag an die gesetzgebenden Organe herausgestellt. Dieser Auftrag wäre ohne die Änderung der Art. 72 und Art. 75 nicht erfüllt.

Mich erfüllt mit großer Freude, Ihnen mitteilen zu können und zu dürfen, daß wir uns in der gerade laufenden Runde der Ministerpräsidenten darüber unterhalten und den einstimmigen Beschluß gefaßt haben, daß alle Länder das Paket wieder zusammenschüren werden und daß alle Länder diesem Paket nur dann ihre Zustimmung erteilen, wenn auch die Vorschläge zu Art. 72, Art. 74, Art. 75 und Art. 93 erfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben uns diese Diskussion nicht leichtgemacht. Natürlich wird uns entgegengehalten: Können Sie es denn verantworten, daß notwendige, unstrittige Bestimmungen wie die Staatszielbestimmung Umweltschutz, die Änderung des Art. 3 oder Änderungen mit Blick auf die Finanzsituation in den Kommunen — ich will das jetzt im einzelnen gar nicht beschreiben — unrealisiert bleiben? Ich meine: ja. Es besteht jetzt eine einmalige Chance, Entwicklungen, die in den letzten Jahren falsch gelaufen sind und über deren Falschheit wir uns alle im Konsens befunden haben — vor zwei Jahren sind überall außerordentlich gute Erklärungen zugunsten des Föderalismus und einer Änderung zumindest von Art. 72, Art. 73 und Art. 74 erfolgt —, aufzuhalten.

Ich habe mich vor zwei, drei Jahren darüber gewundert, von wem und wie oft plötzlich auch die notwendigen Änderungen zugunsten des Föderalismus angemaht worden sind, weil der Föderalismus und

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) auch der Regionalismus in Europa, in Deutschland sowieso, eine außerordentliche Renaissance erfahren haben. Stand Bayern im Jahre 1949 bei der Ablehnung des Grundgesetzes wegen der föderalen Struktur im Grunde genommen irgendwo

(Freimut Duve [SPD]: Irgendwo!)

außerhalb des allgemeinen Konsenses, so ist es doch heute so, daß wir als Lordsiegelbewahrer des Föderalismus enorme Kombattanten gefunden haben. Ich habe heute ernsthaft zu tun, sozusagen noch an der Spitze des Föderalismus zu marschieren.

Auf der anderen Seite höre ich die Kollegen Eichel, Voscherau, Schröder oder auch den Kollegen Rau.

Das sind Aussagen, die ich mir vor 20 Jahren so gar nicht habe vorstellen können und die ich heute mit großer Zufriedenheit und Genuß höre. Ich freue mich, daß alle Ministerpräsidenten die Verantwortung übernehmen und sagen: „Wir wollen das Paket zusammenschnüren, und wir sind nur bereit, allem zuzustimmen, wenn man auch der einvernehmlich getroffenen Entscheidung zu Art. 72, 75 und 93 zustimmt.“ Das ist doch eine außerordentlich positive Entwicklung im Hinblick auf den Föderalismus, wie er sich in den Ländern abspielt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß das alles doch noch seinen Niederschlag finden wird. Sie könnten sich — wenn ich das einmal sagen darf — einiges an Zeit ersparen; denn wir werden uns natürlich hier wiederum treffen, wann auch immer, vielleicht noch in dieser Legislaturperiode oder in der nächsten Legislaturperiode. Ich bedaure das auch, aber ich sage auch hier: Alles, was in der Verfassungskommission vereinbart worden ist, ist materiell beschlossen und wird auch von niemandem mehr in Frage gestellt.

(B)

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Schauen Sie zur rechten Seite des Hauses!)

— Herr Kollege Vogel, ich schaue immer hin. Sie wissen doch, daß wir uns immer bemühen, in den föderalistischen Dingen einen Konsens zu erzielen. Sie wissen auch, daß jedenfalls die CSU-Landesgruppe Ihrem Vorschlag nicht negativ gegenübersteht und ihn nicht ablehnen wird.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Aber in der Fraktion!)

— Gut, das ist eine andere Frage. Zu der möchte ich hier keine Wertung abgeben.

Vielleicht hat es doch noch einen Sinn: Sie könnten ökonomisch handeln, wenn Sie sich heute letzten Endes doch dazu durchringen, dies mitzutragen, wie es einvernehmlich in der Verfassungskommission formuliert worden ist. Dann wären alle Probleme gelöst. Wie Sie es vorschlagen, wird es nicht laufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das heißt, es kommt in den **Vermittlungsausschuß**, und der Vermittlungsausschuß wird sich entweder zu einer Einigung durchringen oder nicht. Ich nehme an, ja. Dann kommt es doch noch einmal in den Bundestag. Dann stehen wir in ein oder zwei Jahren vor der-

selben Situation. Ökonomisch wäre es, jetzt gleich zuzustimmen. (C)

(Beifall des Abg. Gerhard Scheu [CDU/CSU])

In diesem Sinne möchte ich gerade im Interesse Bayerns, aber auch aller Länder eine Lanze für den Föderalismus brechen. Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie zu! Dann tun Sie ein gutes Werk und ersparen sich Arbeit und eine erneute Debatte im Bundestag.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, das Wort.

(Zuruf einer Besucherin von der Tribüne)

— Hier gibt es keine anderen Wortmeldungen als die, die der Präsident erteilt. Von den Tribünen aus gibt es weder Beifalls- noch Mißfallenskundgebungen. Ich bitte, sich an diese Ordnung zu halten.

Frau Bundesministerin, Sie haben das Wort.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben Ihrer Lanze für den Föderalismus hat mich, Herr Ministerpräsident Stoiber, auch Ihr damit abgelegtes Bekenntnis zum Minderheitenschutz sehr gefreut; denn Sie haben sich für die Empfehlung der Verfassungskommission gerade eben deutlich ausgesprochen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Einigungsvertrag hat uns mit seinem Auftrag zur Überprüfung unseres Grundgesetzes im Zusammenhang mit der deutschen Einheit u. a. auch die Chance für eine nationale Debatte über den geistigen Standort Deutschlands, über die Grundorientierung unserer Republik gegeben. Ich hätte mir gewünscht, daß es uns gelungen wäre, neben der sachlichen, natürlich auch kontroversen Aussprache in der Verfassungskommission eine breitere **Diskussion über unsere Verfassung** über die damit befaßten Gremien hinaus in die Bevölkerung zu bringen. Dies wäre auch wichtig in einer Zeit, in der die Frage und Suche nach Werten und auch der Ruf nach mehr nationalistischen Bekenntnissen lauter wird.

Die Reformdebatte kann und sollte auch heute zur Stärkung und Entwicklung einer verfassungspatriotischen Gesinnung verwendet werden. Sie sollte zur Förderung eines **Verfassungspatriotismus** verwendet werden, der sich an unserer lebendigen Verfassung als der sinn- und einheitsstiftenden Spitze unserer nationalen Wert- und Normenhierarchie entzündet, eines Verfassungspatriotismus, der es gut ertragen kann, als Kopfgeburt benannt zu werden, wenn damit zum Ausdruck kommen sollte, daß er vernünftig ist,

Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) daß er der transzendenten Bezüge, die so mancher im Begriff der Nation unbedingt enthalten sehen möchte, nicht bedürftig ist.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Punkt möchte ich die Äußerung von Herrn Kollegen Vogel ausdrücklich unterstützen.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Wir sollten einem nationalen Verfassungspatriotismus das Wort reden, der überhaupt nicht frei von überkommenen Werten und Geschichte ist, sondern durchaus Bezug zum Paulskirchen-Parlament besitzt und der sich auch als Reflex auf Weimar, als Konsequenz des Nazi-Terrors und jetzt auch als eine Konsequenz des SED-Regimes geschichtlich eingebunden und insofern zu erinnern weiß.

Die Grundwerte unserer Verfassung müssen wir mehr vermitteln; Menschenwürde, Toleranz, soziale Verpflichtung, Verantwortung des einzelnen für sich und andere, die Freiheit des einzelnen als unverzichtbare Voraussetzung für unsere demokratische, pluralistische Gesellschaft zeichnen unser Grundgesetz aus. Wir brauchen keine neuen, verordneten Werte, sondern müssen uns für die vorhandenen, in unserer Verfassung verankerten Werte mehr einsetzen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Was am Ende des Weges hin zu einer im Innern vereinigten Bürgergesellschaft übrigbleibt, sind nun einige Änderungsvorschläge, bei denen sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß das Grundgesetz reformbedürftig ist und auf neue Anforderungen und Entwicklungen auch neue Antworten geben muß. Daß es nicht mehr geworden sind, liegt in der für diese Zurückhaltung bemühten Begründung, das Grundgesetz habe sich in den vergangenen 40 Jahren bewährt — das, meine Damen und Herren, trifft ja auch wirklich zu — und deshalb bedürfe es auch nur einer Korrektur in wenigen Bereichen. Ich wünsche mir, daß diese Zurückhaltung auch dann gelten mag, wenn es um die Diskussion über die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, z. B. beim Recht auf Eigentum oder auf Privatsphäre, geht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei den aus meiner Sicht notwendigen Grundgesetzänderungen geht es um die Verwirklichung von Grundrechten und um neue, für die Zukunft wesentliche Wertentscheidungen, die als Staatsziele in der Verfassung verankert werden sollen. Wo im Grundrechtsbereich Defizite sichtbar geworden sind, muß auch — aber natürlich nicht nur — mit den Mitteln des Verfassungsrechts Abhilfe gesucht werden.

Wer sich für ein **Benachteiligungsverbot** zugunsten von **Behinderten** einsetzt — und ich tue dies —, muß der besonderen staatlichen Verantwortung gegenüber behinderten Menschen auch dadurch gerecht werden, daß er beispielsweise die Vollzugsdefizite der einfachen Gesetzgebung zu bereinigen versucht,

die in der Praxis einem effektiven Behindertenschutz manchmal im Wege stehen. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD — Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Da wird es dann unbequemer werden!)

Neue Staatsziele müssen jedermann verdeutlichen, daß das Grundgesetz Wertentscheidungen nicht für aus der Vergangenheit bekannte Probleme enthält, sondern die notwendigen Maßstäbe auch für Fragestellungen festlegt, die erst in neuerer Zeit aufgetreten oder jedenfalls in das allgemeine Bewußtsein gedrungen sind.

Auch dies kann aber nicht bedeuten, es allein bei dem Signal einer **Staatszielbestimmung** zu belassen. Wer sich für eine Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 einsetzt — das tut die breite Mehrheit in diesem Haus —, wird sich letztlich daran messen lassen müssen, mit welchem Erfolg und Einsatz er sich außerdem für die Beseitigung bestehender tatsächlicher Nachteile für Frauen einsetzt.

Aus diesem Grund kann es auch nicht sein Bewenden damit haben, das von den Liberalen seit vielen Jahren geforderte Staatsziel des Umweltschutzes im Grundgesetz zu verankern. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt, an dem seit über zehn Jahren gearbeitet wird. Jetzt wird jedermann die Bedeutung der natürlichen Lebensgrundlagen für unser Zusammenleben vor Augen geführt.

Aber darüber hinaus kommt es auch darauf an, den Schutz unserer Umwelt durch weitere nationale und internationale Maßnahmen tatsächlich und effektiv sicherzustellen. (D)

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist mir aber auch das Thema **Minderheitenschutz**. In den letzten Monaten und Jahren haben wir deutlich und schmerzhaft erleben müssen, wie wichtig ein Schutz für Minderheiten in Deutschland ist, den wir auch für uns Deutsche im Ausland verlangen und in Anspruch nehmen. Mit der Achtensformulierung wollen wir deutlich machen, daß es keinen Assimilationsdruck für in Deutschland lebende ausländische Minderheiten geben soll.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Richtig!)

Wir leben in einer von der Vielfalt von Kulturen getragenen Gesellschaft, und das bekommt uns sehr gut. Dann können wir doch auch die Achtensklausel als Konsens in unserer Verfassung als unser Anliegen zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes und genauso aktuelles Beispiel dafür, daß unser Grundgesetz neue Entwicklungen aufnehmen muß, ist die noch von dem damaligen Außenminister, Herrn Genscher, geforderte Ergänzung der Präambel um das **Staatsziel der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands**. Auch ich trete für eine solche Ergänzung ein. Ich mußte als Justizministerin, der durch die Wiedervereinigung wichtige gesetzgeberi-

Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) sche Aufgaben bei der Bewältigung eigentums- und vermögensrechtlicher Fragen zugefallen waren, erfahren, wie schwierig es ist und wie lange es tatsächlich dauert, bis in diesem Bereich in Umsetzung der mittlerweile auf den Weg gebrachten Regelungen gesicherte Lebensverhältnisse für alle Bürger in den neuen Ländern eingekehrt sein werden. Wer eine solche Ergänzung mit dem Hinweis auf die begrenzte zeitliche Dauer dieser staatlichen Aufgabe ablehnt, verkennet, daß das Zusammenwachsen und das gegenseitige Verständnis Zeit brauchen werden. In dieser Legislaturperiode haben wir in fast allen Bereichen die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen. Aber die Vollendung der inneren Einheit können wir nicht durch Gesetze verordnen; sie fordert uns alle noch viele Jahre. Machen wir diese besondere Herausforderung und die politische Bedeutung der Vollendung der inneren Einheit für die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West durch Ergänzung unserer Präambel deutlich!

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Nicht länger vorbeigehen kann unsere Verfassung auch an der sozialen Wirklichkeit, daß die **Ehe** nicht mehr die einzige gesellschaftlich akzeptierte Form des Zusammenlebens ist. Herr Kollege Otto hat dies eben schon ausführlich und sehr zutreffend begründet. Denn: Wer sich dieser Ergänzung verweigert, der übersieht, daß auch andere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften sehr wohl wichtige soziale Funktionen erfüllen. Sie werden in unserer Gesellschaft zunehmend toleriert, aber durch unser Recht und durch die Praxis heute immer noch teilweise nicht unerheblich benachteiligt. Es geht nicht darum, die Bedeutung der Ehe und Familie und ihren besonderen Schutz, wie er in Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes steht, in Frage zu stellen. Es geht nur um die verfassungsrechtliche **Achtung anderer Lebensgemeinschaften** und damit letztendlich um einen Appell an den einfachen Gesetzgeber und an die, die im Geiste unserer Verfassung leben, Nachteile in den nächsten Jahren abzubauen.

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. R. Werner Schuster [SPD]: Leider hört Herr Kanther nicht zu!)

Ich glaube, gerade dieser Punkt machte deutlich, daß man hier sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein kann. Ich bin froh, daß ein Antrag zu einer solchen Ergänzung des Grundgesetzes eben noch vorgelegt worden ist, der im Lauf der Debatte dann vielleicht noch mehr Befürworter als bisher findet.

Meine Damen und Herren, das ursprüngliche Paket, das vorgelegt worden ist, ist weitgehend aufgeschnürt worden. Öffnen wir das Grundgesetz für neue Entwicklungen, behutsam, aber konsequent! Staat und Verfassung müssen Alltag und **soziale Wirklichkeit** zur Kenntnis nehmen, und die sehen heute eben anders aus als noch vor vierzig Jahren.

Die heutige Debatte beendet die parlamentarische Beratung. Ich fordere unsere Bürgerinnen und Bürger auf, die Diskussion über die Werte in unserer Verfassung weiterzuführen. Vermitteln wir sie mehr als bis-

her unserer Jugend und unseren Kindern; denn diese sind unsere Zukunft. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Franz Möller.

(Dr. Willfried Penner [SPD]: Franz, letzte Rede! Mußt du auch sagen!)

Dr. Franz Möller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der bayerische Ministerpräsident hat in seinem fulminanten Plädoyer für mehr bundesstaatliche Ordnung eben auch die Bedeutung des Art. 23 des Grundgesetzes hervorgehoben. Es ist in der Tat so, daß schon im Dezember 1992 ein wichtiger Eckpunkt unserer Verfassungsreform in Kraft getreten ist, nämlich der **Europa-Artikel**. Die Bedeutung von Art. 23 des Grundgesetzes kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er hat Maastricht und damit die Europäische Union politisch und juristisch erst möglich gemacht.

Die Länder hätten sich ohne die ihnen damit eingeräumten weitgehenden Mitwirkungsrechte nicht in der Lage gesehen, dem Vertragswerk ihre Zustimmung zu geben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wäre ohne Art. 23 auf der Grundlage des alten Art. 24 sicherlich nicht so eindeutig positiv ausgefallen, wie es ausgefallen ist. Somit hat Art. 23 seine erste ganz große Bewährungsprobe bereits bestanden. (D)

Die **Beteiligung des Bundesrates**, die wir damals konkret festgelegt haben, hat aber auch ihre Grenzen. Es ist völlig verfehlt, daß der Bundesrat für sich das Recht reklamiert, dem Gesetz zum Vertrag über den Beitritt der vier neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union mit einer Zweidrittelmehrheit zuzustimmen, wie es der Bundesrat beschlossen hat.

Der Bundesrat kann sich dabei in keiner Weise auf Art. 23 berufen. Das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit gilt nur für die Übertragung von Hoheitsrechten und auch nur für solche, die materiell eine Änderung des Grundgesetzes darstellen. Die Rechtsauffassung des Bundesrates ist deswegen verfassungsrechtlich nicht nachvollziehbar und politisch nicht hinzunehmen. Ich freue mich, daß der bayerische Ministerpräsident, Dr. Stoiber, soeben erklärt hat, daß auch nach seiner Auffassung die Entscheidung des Bundesrates über die Zweidrittelmehrheit nicht glücklich sei.

Meine Damen und Herren, einen zweiten Punkt will ich ausklammern, aber mein Interesse daran bekunden. Ich freue mich, daß wir in Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes eine Klarstellung, eine **Festigung der kommunalen Selbstverwaltung** beschlossen haben. Mein Kollege Dr. Reinartz wird darauf näher eingehen.

Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zu Geist und grundsätzlicher Ausrichtung des Grundgesetzes machen. Ich sage es bewußt hier im Berliner Reichstag: Auch durch das durch unsere Be-

Dr. Franz Möller

- (A) schlüsse geänderte Grundgesetz bleibt das bewährte **Bonner Grundgesetz** natürlich in seiner Kraft bestehen. Trotz der gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der vergangenen Jahre, trotz kritischer Überprüfung zahlreicher Vorschriften des Grundgesetzes sage ich: Die anfangs häufig gestellte Frage „Brauchen wir eine neue Verfassung?“ ist eindeutig zu verneinen. Das Grundgesetz bleibt, was es war: eine Verfassungsurkunde klassisch-liberalen Typs mit bundesstaatlicher Prägung.

Wir haben mit guten Gründen der Versuchung weitgehend widerstanden, das Grundgesetz mit Weltbeglückungsprogrammen in Form von **Staatszielen** und nicht erfüllbaren **sozialen Grundrechten** zu überfrachten. Ich hätte mir in diesem Punkt — das sage ich offen — eher noch mehr Zurückhaltung gewünscht. Denn der in Deutschland gewachsene Verfassungskonsens, die Tatsache, daß unser Grundgesetz von den Deutschen in West und in Ost gleichermaßen akzeptiert wird, beruht nicht zuletzt auf seiner juristischen Redlichkeit. Es verspricht nämlich nichts, was der Staat nicht einlösen und der Bürger nicht einklagen kann.

Mit seiner Ausrichtung auf die Würde des Menschen, seine Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sowie mit der Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte knüpft das Bonner Grundgesetz an die **Kontinuität europäischer Kultur**, ihre Prägung durch Antike, Christentum und Aufklärung an. Die im Bonner Grundgesetz angelegte föderale Staatsstruktur erweist sich nicht nur als eine Garantie kultureller Vielfalt, sie verstärkt zugleich die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe und begrenzt den Machtanspruch des Zentralstaates.

(B)

Der Wille zur Verfassungskontinuität beruht nicht zuletzt darauf, daß das Bonner Grundgesetz eine glückliche Verbindung eingegangen ist mit den Grundentscheidungen deutscher Politik, die ich heute bewußt mit dem Begriff der **Bonner Republik** umschreiben möchte, die nämlich die Verknüpfung von nationaler Einheit und europäischer Einigung, die Einbindung Deutschlands in die Wertegemeinschaft der freien Völker, die Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft und die Freiheit der Person mit dem Anspruch des einzelnen auf soziale Gerechtigkeit verbindet.

Wenn wir heute mit dem Abschluß dieser Diskussion um die wiedervereinigungsbedingten Änderungen des Grundgesetzes zugleich unseren Willen zur Kontinuität des Bonner Grundgesetzes bekräftigen, so verbinde ich damit die Hoffnung, aber auch die Zuversicht, daß dies hier in Berlin auch als Zeichen des Willens zur politischen Kontinuität im Sinne der Grundentscheidungen der Bonner Republik verstanden wird.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir bei meiner letzten Rede zugehört haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile der Kollegin Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink das Wort.

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich werde jetzt zu den Art. 72 und 75 Abs. 1 sprechen, für deren Änderung sich Ministerpräsident Stoiber so vehement eingesetzt hat. (C)

Die F.D.P. begrüßt, daß die gemeinsame Empfehlung der Verfassungskommission, diese beiden Artikel zu ändern, heute nicht beschlossen werden wird. Ihnen, Herr Ministerpräsident — er ist leider nicht da —, werde ich in meinem Beitrag also entschieden widersprechen.

Bei einer Änderung von Art. 72 ergäbe sich national wie international eine ernsthafte Gefahr für den anerkannt hohen **Standard der dualen Berufsausbildung**. Durch den Wegfall einheitlicher Qualifikations- und Prüfungsstandards würde der gut funktionierende Übergang vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem gestört.

Auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt sind für die Auszubildenden in anerkannten Ausbildungsberufen die aus bundeseinheitlichen Ausbildungs- und Prüfungsbedingungen resultierende Freizügigkeit und Mobilität sowie die bundesweite Anerkennung und Verwertbarkeit von Berufsabschlüssen außerordentlich bedeutsam.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die bewährte und mit dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung erreichte **Bundeseinheitlichkeit** in der beruflichen Bildung, um die wir so lange gekämpft haben, würde nachhaltig beeinträchtigt. (D)

Wir sind also anderer Ansicht als Sie, Herr Stoiber, und wir stützen uns da auf die mehrheitliche Meinung der Wirtschaftsorganisationen und Wirtschaftsverbände.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine Änderung von Art. 72 würde eine regionale Zersplitterung in bis zu 16 Länderregelungen beinhalten sowie ein nicht mehr durchschaubares Regelungsdickicht. Das Rad der Geschichte würde gerade in dem Moment zurückgedreht, wo mit Blick auf Europa bundeseinheitliche Standards mehr denn je gefragt sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ein politischer Ermessensspielraum bestünde dann auch nicht mehr, da nämlich das Bedürfnis nach bundeseinheitlicher Regelung künftig der uneingeschränkten Überprüfbarkeit durch das Bundesverfassungsgericht unterliegen würde. Langwierige Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern wären also vorprogrammiert.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: In Bayern würden sie es noch regionalisieren!)

Zu Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 a: Der Bund würde durch die **Einschränkung der Hochschulrahmenkompetenz** die Zuständigkeit für die Bereiche Struktur und Aufgaben der Hochschulen, Hochschulzugang, Lehre, Forschung, Mitgliedschaft und Mitwirkung in der Hochschulselbstverwaltung, Organisation und Verwaltung

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

- (A) der Hochschulen und staatliche Anerkennung von Hochschuleinrichtungen verlieren. Bei einer Änderung von Art. 75 Abs. 1 würden sich die Rahmenkompetenzen des Bundes nur noch auf die Zulassung zum Studium, die Studiengänge, die Prüfungen, die Hochschulgrade und das wissenschaftliche und künstlerische Personal erstrecken.

Meine Damen, meine Herren, verehrter Herr Ministerpräsident, das Hochschulrahmengesetz hat in der Vergangenheit die schlimmsten Auswüchse und Versuche, die Universitäten zu einem Spielball der organisierten Gruppeninteressen zu machen, verhindert, um den größten Vorzug des deutschen Hochschulsystems, nämlich eine relativ **homogene Hochschullandschaft** mit attraktiven Hochschulstandorten in allen Bundesländern, zu sichern. Der von uns allen geforderte Wettbewerb, Herr Ministerpräsident, muß anders zustande kommen als durch die Verteilung innerstaatlicher Gesetzgebungskompetenzen.

Lassen Sie mich die Konsequenzen, die eine Verfassungsänderung gebracht hätte, an einem Beispiel verdeutlichen: Eine effektive und sachgerechte **Vertretung deutscher Interessen** in den Bereichen Forschung und Lehre wäre innerhalb der **Europäischen Union** erheblich gefährdet. Die Zuständigkeit für die Festlegung der inhaltlichen Positionen sowie die Verhandlungsführung in den Gremien der Europäischen Union wäre dann nach Art. 23 Abs. 6 des Grundgesetzes von der innerstaatlichen Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen abhängig. Mit anderen Worten: Permanente Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern wären an der Tagesordnung.

- (B) Lassen Sie mich zusammenfassen: Eine Einschränkung von Art. 75 des Grundgesetzes hätte fatale **Auswirkungen auf die Bildungspolitik**. Die deutsche Hochschullandschaft würde sich auseinanderentwickeln wie jetzt schon die Schullandschaft, die Anerkennung der Hochschulabschlüsse wäre gefährdet, die Interessenvertretung Deutschlands in der EU wäre beeinträchtigt, der Bundesgesetzgeber würde sich aus einem für den Industriestandort Deutschland wichtigen Bereich zurückziehen, und der Bundesgesetzgeber würde im Hinblick auf neue Entwicklungen und Schwierigkeiten einen Verlust an Handlungsfähigkeit erleiden. Dies ist übrigens auch der mehrheitliche Standpunkt der Wirtschafts- und Wissenschaftsorganisationen in Deutschland.

Der Bund wäre also — das ist ganz wichtig — bei einer Änderung der Verfassung nicht mehr in der Lage, die Umsetzung der dringend notwendigen **Hochschulreformen**, die auch in diesem Hause konsensfähig sind, durch Regelungen im Hochschulrahmengesetz voranzutreiben.

Diese Regelungen beabsichtigen: die bundesweite Einführung von Lehrevaluation und Lehrberichterstattung der Hochschulen auch unter Beteiligung der Studierenden, die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung zur Erhöhung der Effizienz der eingesetzten Haushaltsmittel, die Verbesserung der Verantwortungs- und Managementstrukturen der Hochschulen durch eine erhebliche Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Rektoren und Dekane und die Verlagerung bisher staatlicher Zustän-

digkeiten z. B. für Personal, Haushalt, Hochschulbau auf die Hochschulen selbst. (C)

Fazit: Eine Einschränkung der Rahmengesetzgebungskompetenzen des Bundes bei den Art. 72 und 75, also in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft, wäre eine erhebliche Gefahr für die **Rechtseinheit und Rechtsklarheit** im Bildungs- und Ausbildungswesen und für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Ich hoffe auf die Einsicht der Mehrheit des Bundestages und auch des Bundesrates.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile dem thüringischen Ministerpräsidenten, Dr. Bernhard Vogel, das Wort.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Ein Vogel kommt selten allein!)

Ministerpräsident **Dr. Bernhard Vogel** (Thüringen): Das ist wahr! — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich nach Herrn Kollegen Voscherau und nach Herrn Kollegen Stoiber als Ministerpräsident eines jungen Landes und als ein Ministerpräsident, der der CDU angehört, hier ebenfalls das Wort nehme, dann tue ich das, um die **Geschlossenheit aller Ministerpräsidenten** in der hier anstehenden Frage zu unterstreichen und Sie herzlich zu bitten, noch einmal zu überlegen, ob Sie den richtigen Weg gehen. (D)

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD] — Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Bruder im Geiste!)

Verehrte Frau Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger, Sie irren leider, wenn Sie meinen, daß Sie heute zum letztenmal dieses Thema im Deutschen Bundestag behandeln. Das wird ganz sicher nicht der Fall sein.

Dagegen irrt der Bundestagsabgeordnete Möller nicht, wenn er Kritik an der Vorstellung übt, der Bundesrat müsse den **Beitritt Österreichs** zur Europäischen Gemeinschaft mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Ich teile die Auffassung, daß diese Mehrheit notwendig sei, ausdrücklich nicht.

Meine Damen und Herren, als die Menschen in der DDR im **Herbst 1989** auf die Straße gingen, da wollten sie Freiheit, da wollten sie Einheit, und da wollten sie die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland: Sie wollten das Grundgesetz auch für ihren Teil unseres Vaterlandes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie wollten das Grundgesetz, daß die Väter und Mütter des Parlamentarischen Rates unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der NS-Zeit und auf Grund meist sehr persönlicher Erfahrungen mit der Weimarer Republik und mit der Weimarer Verfassung und unter dem Eindruck von Not und Leid formuliert hat-

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (Thüringen)

- (A) ten. Es ist und bleibt die beste Verfassung, die in Deutschland je Gültigkeit hatte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es war klar, daß es Änderungen des Grundgesetzes geben mußte. Das war auch Inhalt des Art. 5 des Einigungsvertrages, in dem eine **Stärkung des Föderalismus** ausdrücklich angeordnet worden ist. Es war berechtigt, daneben zu überprüfen, ob nicht 45 Jahre nach 1949 **Ergänzungen** notwendig sein würden, beispielsweise zum Umweltschutz und zur Gleichberechtigung der Frau. Diesen Änderungen haben wir zugestimmt; aber eine neue Verfassung wollen wir nicht.

Die **Ergebnisse der Gemeinsamen Verfassungskommission** können wir mittragen. Der Bundesrat hat im Dezember einstimmig beschlossen, den Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission zu folgen, zu denen auch die Wiederherstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Bund und Ländern, die diese Bundesrepublik bilden, gehört. Über Jahrzehnte haben zahlreiche Grundgesetzänderungen dazu geführt, daß sich die Gewichte verschoben haben: Die Kompetenz des Bundes nahm zu, die Kompetenz der Länder und vor allem der Länderparlamente — darum geht es — nahm ab.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das **Gleichgewicht** wieder ins Lot zu bringen.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Richtig!)

- (B) Dabei geht es um Art. 72, Art. 75 und in Verbindung damit um Art. 93.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

— Vielen Dank für den willkommenen Beifall.

Die Verfassungskommission wollte eine Neuordnung der Kompetenzen von Bund und Ländern, und sie wollte zurück zu den Intentionen der Väter unserer Verfassung. Dabei sind die Bedürfnisklausel in Art. 72 Abs. 2 und die Möglichkeit der Rahmengesetzgebung des Bundes nach Art. 75 Dreh- und Angelpunkt.

Meine Damen und Herren, der **Verlust originärer Gesetzgebungskompetenz** der Länder muß ausgeglichen werden. Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß die Bedürfnisklausel neu und klar gefaßt wird. Nach dieser Empfehlung hat der Bund selbstverständlich nach wie vor das Gesetzgebungsrecht, solange und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dies erfordert und die Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse liegt.

Die hiergegen erhobenen verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Bedenken können aus der Sicht der Länder nicht geteilt werden. Weder die Handlungsfähigkeit des Gesamtstaats noch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland werden durch die Änderung der Bedürfnisklausel gefährdet.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Richtig!)

Auch die Änderungen zu Art. 75 des Grundgesetzes haben doch lediglich das Ziel, eine schärfere Konzentrierung der **Rahmenkompetenz** und nicht etwa deren Abschaffung zu ermöglichen. (C)

Die Änderungen im Hochschulbereich führen dazu, daß unter den Ländern ein stärkerer **Wettbewerb** stattfinden kann. Der Zustand der deutschen Hochschulen ist doch nicht so, daß man sie alle so lassen muß. Verehrte Frau Abgeordnete Funke-Schmitt-Rink, es wäre doch gut, wenn es zu mehr Wettbewerb käme, damit wir wieder besser werden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der SPD)

und nicht zu noch mehr Einheitlichkeit, damit wir noch schlechter werden.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Ich habe auch einen Bruder!)

Meine Damen und Herren, wir, die Mitglieder des Bundesrates, möchten die **Verfassungsdebatte** gern in dieser Legislaturperiode abschließen, weil es so im Einigungsvertrag vereinbart ist und weil es so der Wunsch der Verfassungskommission war und weil es so auch der Wunsch aller Länder ist. Die Voraussetzung, damit das gelingt, ist aber, daß Bundestag und Bundesrat aufeinander zugehen und einen **Kompromiß** suchen.

Wir werden natürlich über das Ergebnis Ihrer heutigen Beratungen im Bundesrat zu sprechen haben, allerdings nicht schon in der nächsten Woche — ein solcher Termindruck wäre der Materie, die Sie und wir heute behandeln, auch nicht angemessen —, aber zu gegebener Zeit, ich denke, Anfang September. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der SPD)

Wenn Sie — was ich sehr bedauern würde — nicht zu dem Ergebnis der Verfassungskommission zurückkehren, dann werden wir geschlossen, gemeinsam den Vermittlungsausschuß anrufen, um dort in dieser Legislaturperiode des Bundestages — —

Vizepräsident Hans Klein: Herr Ministerpräsident,

— —

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (Thüringen): Ich bin sofort zu Ende.

Vizepräsident Hans Klein: Es geht nur um eine Frage, die die Kollegin Funke-Schmitt-Rink gerne stellen würde.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (Thüringen): Die darf sie stellen. Wenn der Satz zu Ende ist, unterbreche ich.

Wir wollen also, wenn zum Ergebnis der Verfassungskommission nicht zurückgekehrt wird, den **Vermittlungsausschuß** anrufen, um dort noch im September dieses Jahres nach Möglichkeiten zu einem Kompromiß zu suchen.

Entschuldigung, aber jetzt ist der Gedanke fertig.

- (A) **Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink (F.D.P.):** Herr Ministerpräsident, stimmen Sie nicht mit mir darin überein, daß es förderlich wäre, wenn gerade der von uns allen geforderte Wettbewerb — für den ja gerade die F.D.P. steht —

(Widerspruch bei der SPD — Lachen des Abg. Rudolf Bindig [SPD])

nicht durch die Verteilung innerstaatlicher Gesetzeskompetenzen forciert würde, sondern besser durch mehr länderspezifische Regelungen, indem nämlich den Hochschulen mehr Autonomie gegeben wird und indem Regelungen, die gerade die **Hochschulautonomie** betreffen, verändert werden? Das kann schon jetzt in jedem Land geschehen.

Ministerpräsident **Dr. Bernhard Vogel** (Thüringen): Verehrte Frau Kollegin, auch für mehr Autonomie für die Hochschulen bin ich zu haben; aber vor allem bin ich dafür, daß wir begreifen, daß ein Land mit jetzt 80 Millionen Einwohnern und mit nahezu 100 Universitäten keinen Grund mehr hat, von Rostock bis Konstanz alles in gleicher Weise zu regeln. Es ist an der Zeit, das zu lockern und einen Wettbewerb um die besten Hochschulen herzustellen. Denn bisher haben wir nur Gleichmacherei auf niedrigstem Niveau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der SPD)

Wir können das nachher gern noch fortsetzen.

- (B) (Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Meine Damen und Herren, wenn es nicht gelingt, in dieser Periode des Bundestages eine gemeinsame Zustimmung zu dem gesamten Paket zu erreichen, dann müßte die Frage nach dem Oktober neu behandelt werden, und zwar im Bundestag und im Bundesrat.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich sehe ja ein, daß es notfalls keine andere Lösung gibt, aber ich vermag nicht einzusehen, warum man die Anstrengungen, die dann unternommen werden müßten, nicht auch jetzt bis Ende September dieses Jahres unternehmen kann.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bitte ich noch einmal, zu prüfen, ob man nicht zu dem, was wir alle gemeinsam tragen können, zurückkehren kann und ob man es dann, wenn es die Etikette heute nicht erlaubt, nicht wenigstens noch im September dieses Jahres tun kann, damit wir diese Legislaturperiode, die erste nach der Einigung, auch mit der Erfüllung dieses Auftrages des Einigungsvertrages abschließen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Kollege Dr. Ilja Seifert, Sie haben das Wort.

- (C) **Dr. Ilja Seifert (PDS/Linke Liste):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute sind neben uns, den Abgeordneten, Hunderte von **Menschen mit Behinderungen** in diesem Hause. Der Reichstag und seine Umgebung sind von Menschen mit Behinderungen regelrecht bevölkert. Ich finde das sehr gut; denn wir, die Menschen mit Behinderungen, wollen heute unseren Erfolg feiern, daß das **Benachteiligungsverbot** ins Grundgesetz aufgenommen werden soll.

Vor kurzem, heute mittag, haben wir auf der Straße vor dem Reichstag eine **Pressekonferenz** abgehalten, weil wir auch auf der Straße diesen Sieg erfochten haben. Heute wollen wir diesen Teilerfolg feiern. Ich kann Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auffordern, hinzugehen. Unten im Restaurant sitzen die Menschen und verfolgen unsere Beratung über Monitor.

Ich kann Sie auch nur auffordern, anschließend ins Haus der Kulturen der Welt zu gehen. Dort wollen wir feiern.

Aber morgen, morgen werden wir wieder kämpfen, und zwar werden wir um ein bindendes **Nachteilsausgleichsgebot** kämpfen. Wir werden um abgesenkte Bordsteine kämpfen, um zugängliche Gebäude, auch um Besuchertribünen, von denen Menschen mit Behinderungen nicht vertrieben werden müssen. — Für uns sind angeblich keine Plätze da. — Wir werden um Banknoten kämpfen, die in Braille-Schrift zu lesen sind, und um Aufzüge, die ansagen, in welcher Etage sie anhalten.

Wir werden um Arbeitsplätze für uns und für alle anderen kämpfen und um geeignete Wohnungen, auch um Möglichkeiten für betreutes Wohnen, die es bisher nicht gibt. (D)

Wir werden um bezahlbare Schreibtelefone kämpfen, und wir werden um unsere Bürger- und Menschenrechte kämpfen, z. B. darum, daß viel mehr **Menschen mit Behinderungen in den Parlamenten** sind. Wenn beispielsweise hier in diesem Hohen Hause Menschen mit Behinderungen in etwa der gleichen Anzahl vertreten wären, wie sie in der Bevölkerung vorhanden sind, müßten hier mindestens 70 Menschen mit Behinderungen sein. Ich denke, wir haben noch viel zu tun.

Sie, meine Damen und Herren, können uns, den Betroffenen, der Behindertenbewegung dabei behilflich sein, nicht umgekehrt. Deshalb noch einmal zum Abschluß: Laßt uns heute feiern! Morgen werden wir mit frischem Mut erneut ans Werk gehen. Mit uns, den Menschen mit Behinderungen, können Sie in jedem Falle rechnen. Sie werden uns nie wieder los.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste, der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat der Kollege Gerd Poppe.

Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich begrüße die Aufnahme dieses von Herrn Seifert eben

Gerd Poppe

- (A) angesprochenen Passus in das Grundgesetz. Abgesehen davon sehe ich sehr wenig Gründe zum Feiern bei diesem Anlaß.

(Dr. Ilja Seifert [PDS/Linke Liste]: Ich auch, Herr Poppe!)

Wir sollten uns einmal in Erinnerung rufen, wodurch die heutige Debatte, kurz vor dem Ende der ersten Wahlperiode des ersten gesamtdeutschen Parlaments seit der Wiedervereinigung, möglich geworden ist. Sie ist möglich geworden, weil 1989 im Osten Menschen die Straßen mit dem Ziel eroberten, endlich die jahrzehntelange Diktatur abzuschütteln. Sie haben dabei zunächst weniger an den Wohlstand oder an die Übernahme des westlichen Wirtschafts- und Rechtssystems gedacht als an die Durchsetzung elementarer Bürgerrechte und an die Schaffung demokratischer Verhältnisse.

Als am 7. Dezember 1989 der Runde Tisch erstmals mit dem Ziel zusammentrat, die Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen vorzubereiten, lautete der erste Satz seines allerersten Beschlusses:

Die Teilnehmer des Runden Tisches stimmen überein, sofort mit der Erarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung zu beginnen.

- (B) Heute, meine Damen und Herren, beklagen wir die im Osten weitverbreitete Larmoyanz und Nostalgie, die niedrige Wahlbeteiligung und die hohe Stimmenzahl für die Rechtsnachfolger jener Partei, die Bürgerrechte und demokratische Verhältnisse in Ostdeutschland jahrzehntelang verhindert hat. Eine der Ursachen für diese Situation, z. B. in Sachsen-Anhalt, ist die Ignoranz einer großen Zahl von Politikern in den alten Bundesländern gegenüber dem Wunsch der Ostdeutschen, die demokratische Ordnung der neuen Bundesrepublik mitzubestimmen, aktiv mitzugestalten. Frau Hanewinkel hat vorhin dafür Beispiele genannt.

Es geht doch nicht nur um die sozialen Probleme, um die Kosten der Einheit oder um die Irrtümer über die Zeitdauer des erhofften Aufschwungs. Es geht in erheblichem Maße auch um eine Verweigerungshaltung, um die intellektuelle Besitzstandswahrung.

Das Schicksal der Verfassung des Runden Tisches ist bekannt. Der Entwurf gelangte nicht einmal in die Ausschüsse der frei gewählten Volkskammer, gewünscht war der Beitritt ohne Wenn und Aber. Nach Meinung der falschen Berater hätte das angebliche Ausufer einer Demokratie- und Verfassungsdebatte diesen nur verzögert.

Bis heute hören wir hunderte Male, bis zum Überdruß, das Grundgesetz habe sich bewährt, es sei die beste aller Verfassungen, eine Reform sei unnötig. Dabei hat nie jemand die große Leistung des Parlamentarischen Rates von 1949 bestritten. Das Grundgesetz hat zur demokratischen und föderalen Entwicklung in der Bundesrepublik entscheidend beigetragen und ihr zugleich ausreichend Spielraum gegeben. Die Erfahrungen der Menschen in der zweiten deutschen Diktatur und auch ihre Erfahrungen mit deren Überwindung sind bisher jedoch nicht oder unzureichend Bestandteil des Grundgesetzes gewor-

- den. Dies aber war der Auftrag des Parlamentarischen Rates, den er mit der Formulierung des Art. 146 gegeben hat. (C)

Die Gemeinsame Verfassungskommission, von der Abwehrhaltung großer Teile der CDU/CSU-Fraktion gar nicht erst zu reden, hat diesen Auftrag nicht erledigt, ganz im Gegenteil. Sie hat wichtige Vorschläge nicht zur Kenntnis genommen. Den Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder hat sie nicht einmal geprüft. Dabei hat gerade dieser Entwurf, der aus einer gesamtdeutschen Initiative zum 17. Juni 1990 entstand, versucht, die Überlegungen des Runden Tisches wie auch die vieler westdeutscher Verfassungsinitiativen zu berücksichtigen, ohne die Intentionen und die grundsätzliche Struktur des Grundgesetzes zu beschädigen. Die Verfassungsdebatte wurde in Bonn so geführt, als wäre sie ein lästiges Beiwerk, auf Grund des Einigungsvertrags nun einmal formal notwendig geworden.

Die genannten Entwürfe wurden ebenso mit einer Handbewegung abgetan wie die 800 000 Zuschriften aus der Bevölkerung. Der Vorschlag, einen Verfassungsrat zu bilden, wurde ebenso mißachtet wie die vielen Ideen für die Förderung von direkter Demokratie, von Volksinitiativen, von Volksbegehren, von Volksentscheiden. Das Volk bleibt auf der anderen Seite des Bildschirms. Es wird sich weiter enthalten oder falsch wählen, verdrossen sein und auch uns verdrossen machen.

- (D) In der Verfassungsdebatte dominierte leider die kleinkarierte, besserwisserische, vorurteilsbehaftete Verhinderungsstrategie der politischen Mehrheit. Das dürftige Resultat sehen wir heute vor uns: die Herabstufung eines großen Angebots des gesamtgesellschaftlichen Dialogs auf die Ebene einiger unverzichtbarer Anpassungsregelungen. Eine große Chance wurde vertan, die vielleicht nicht wiederkehren wird. Dabei hätte es keine bessere Möglichkeit zur Abwehr von Demagogie und nostalgischer Verklärung sowie für die Konsolidierung der inneren Einheit Deutschlands gegeben als den großzügigen und offenen Dialog über in gutem Sinne konservative und liberale, sozialdemokratische und bürgerbewegt-ökologische Wertvorstellungen auf der Grundlage des jüngst neu formulierten antitotalitären Grundkonsenses.

Wenn wir diese Fleißarbeit heute hinter uns gebracht haben, wird sie schnell vergessen sein. Aber unvergessen und weiter auf der Tagesordnung wird der Art. 146 bleiben, und zwar so lange, bis vom deutschen Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschlossen worden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile der Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, das Wort.

Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen und Jugend: Herr Präsident! Meine Damen und Her-

Bundesministerin Dr. Angela Merkel

(A) ren! In der Tat hat uns die deutsche Einheit heute diese Diskussion über Ergänzungen und Neuformulierungen im Grundgesetz gebracht. Herr Poppe, sie ist aus meiner Sicht und auch in dem Zusammenhang, über den ich sprechen möchte, nicht formal geführt worden; denn ich kann sagen, daß gerade Frauen aus Ostdeutschland, aus der früheren DDR, und aus der alten Bundesrepublik sehr unterschiedliche Lebenserfahrungen in das wiedervereinigte Deutschland eingebracht haben.

Ich habe in den letzten vier Jahren an vielen Stellen erfahren müssen, daß sich die **Biographien der Frauen** in Ost und West sehr viel stärker voneinander unterscheiden, als dies bei Männern in Ost und West der Fall ist. Dennoch kann man sagen, daß die Frauen in der jetzigen Bundesrepublik Deutschland, egal, woher sie kommen, eines eint: Ihre Leistungen, die sie für diese Gesellschaft erbringen, werden nicht in ausreichendem Maße anerkannt. Dazu zählen für mich sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die Arbeit in der Familie, als auch die ehrenamtliche Tätigkeit. Diese einheitliche Tatsache hat uns dazu gebracht, sehr eindeutig auch im Zusammenhang mit der deutschen Einheit die Diskussion über die **Gleichberechtigungspolitik** zu führen. Einen ersten Niederschlag hatte diese Diskussion bereits in Art. 31 des Einigungsvertrags gefunden. Als Ausdruck dieser Diskussion stimmen wir heute über die Ergänzung des Art. 3 des Grundgesetzes ab, wonach es heißen soll: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

(B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, damit ist zum ersten Mal ganz deutlich gesagt worden: Jawohl, es gibt diese Nachteile, und es ist unsere Aufgabe, aktiv am Abbau dieser Nachteile zu arbeiten. Dieser Beschluß ist in der Verfassungskommission einstimmig gefaßt worden, und ich erwarte von diesem Hohen Hause, daß der Vorschlag auch heute einstimmig angenommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Grundgesetzänderung ist das Ergebnis langer und oftmals kontroverser Diskussion. Ich will hier ganz ehrlich sagen: Gerade auch in meiner Partei haben wir darum gerungen, eine tragfähige Formulierung zu finden. Ich möchte mich bei all denen ganz herzlich bedanken, die sich nach vielen Diskussionen für die Sache der Frauen und für die Beschreibung der Aufgabe, diese Nachteile aufzuheben, eingesetzt haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle stellvertretend neben den vielen Frauen, die das gemacht haben, zwei Männer erwähnen: Friedrich-Adolf Jahn und Rupert Scholz, die uns ganz wesentlich geholfen haben, diese Formulierung konsensfähig zu machen. Das war nicht selbstverständlich. Deshalb erwähne ich es hier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ist dies aus meiner Sicht eine historische Stunde; eine Stunde wie die Verankerung der staatsbürgerlichen

(C) Gleichstellung 1919 in der Weimarer Verfassung und wie die Ausweitung der Gleichberechtigung auf alle Rechtsgebiete im Grundgesetz 1949. Diese Schritte sind den Frauen nie geschenkt worden. Sie mußten kämpfen, und wir haben uns auch diesmal einsetzen müssen.

Seit 1843 gehörte die Forderung nach dem **Frauenwahlrecht** zu den wichtigsten Zielen der Frauenbewegung. Kämpfen mußten die Frauen auch 1949. Damals war es so — das war in der Bundesrepublik Deutschland schon immer so, wir haben es auch diesmal erlebt —, daß sich die Bevölkerung natürlich eingesetzt hat. Hunderttausende von Frauen haben 1949 massiv die Aufnahme des Art. 3 gefordert. Auch diesmal waren es Frauenverbände, Frauenbewegungen, Fraueninitiativen und Kirchen über alle Parteigrenzen hinweg, Frau Wiczorek-Zeul, die bewirkt haben, daß der Art. 3 ergänzt wird. Man kann nicht sagen: Das Volk sitzt außen vor, und wir machen hier ferne Politik. Es war sehr wohl ein Miteinander.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Eines wissen wir auch: Obwohl in Art. 3 — ähnlich erging es ja Art. 7 der früheren DDR-Verfassung — die Gleichberechtigung der Frauen beschworen wird, ist sie dennoch noch niemals Realität geworden. Das heißt, wir müssen über den Ergänzungsvorschlag hinaus die **Frauenpolitik** in die Tat umsetzen. Im Kampf um die Formulierung, den wir auch zwischen den Parteien und zwischen den verschiedenen Richtungen hatten, hat sich eines ausgedrückt: Es gibt sehr wohl verschiedene Meinungen darüber, wie die Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft realisiert werden kann. Auch das muß man zur Kenntnis nehmen. Frauen haben verschiedene Wege, Vorstellungen und Ziele.

(D) Für mich ist ganz wichtig: Gleichberechtigung ist die gleichberechtigte Teilhabe an den Ressourcen dieser Gesellschaft, an den Reichtümern, an den Möglichkeiten und natürlich auch an den Pflichten. Sie ist nicht Gleichmacherei, und sie heißt nicht, daß die Wege und Biographien von Männern und Frauen die gleichen werden müssen.

Nachholbedarf in allen Fragen der **Gleichberechtigung** bedeutet auch, daß wir in den nächsten Monaten und Jahren handeln müssen. Die Gerichte haben uns in ihren Entscheidungen, so z. B. das Bundesverfassungsgericht zum Nachtarbeitsverbot, immer wieder klare Richtlinien gegeben.

Ich möchte hervorheben, daß wir als Bundesregierung in dieser Legislaturperiode durch unser **Gleichberechtigungsgesetz** einen wichtigen konkreten Schritt getan haben, um neben einer Ergänzung des Art. 3 des Grundgesetzes tatkräftig voranzukommen.

Lassen Sie mich mit zwei Sätzen von Helene Weber schließen:

Wir stehen nicht mehr in der ersten Periode des Kampfes um ein Recht für die Frau, nicht mehr am Anfang der Formulierungen. Wir stehen jetzt vielmehr in einer zweiten Periode, und das ist die, die Erfüllung verlangt.

Bundesministerin Dr. Angela Merkel

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Konrad Elmer.

Dr. Konrad Elmer (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einvernehmen einer großen Mehrheit dieses Hauses haben wir, „auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend“, einen überfraktionellen Antrag eingebracht. Es handelt sich um einen Änderungsantrag zu unserem ursprünglichen Antrag zu einem neuen Art. 2a, der lautete: „Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen.“

Daß wir unseren eigenen Antrag noch einmal verändern wollen, zeigt, daß wir die vielfältigen Diskussionen unter uns und in der Öffentlichkeit ernst genommen haben und daraus Konsequenzen ziehen möchten.

Die Begriffe **Mitmenschlichkeit** und **Gemeinsinn** sollen nun nicht mehr im Grundrechtsteil, sondern in der Präambel verankert werden. Auch wenn ein Ort in der Nähe des Artikels der individuellen Freiheitsrechte vieles für sich hat, so ist der angemessenere Ort für eine Verständigung über die grundlegenden Voraussetzungen des Zusammenlebens wohl doch die Präambel.

Seit vier Jahren leben Ostdeutsche und Westdeutsche zusammen. Ich habe seitdem viel hinzugelernt und Neues entdeckt, so in Köln eine Schrift an der Wand, die lautet:

(B)

Einzel und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald ist unsere Sehnsucht.

Einzel und frei, ein Stück mehr Individualität — danach haben wir Ostdeutschen uns lange gesehnt. Wir haben nun die Chance, das Bewußtsein eigener Würde stärker als früher zu entwickeln.

Aber die Menschen in Ost und West sollen sich ja nicht nur immer weiter individualisieren, sie sollen doch zusammenfinden und sich also auch an den zweiten Teil der Schrift in Köln an der Wand erinnern. Nur brüderlich, geschwisterlich wie ein Wald können wir auf Dauer bestehen und füreinander, insbesondere für die Schwächeren in Ost und West, eintreten.

Unter diesem Aspekt die Verfassung bedenkend, ergab sich folgendes Problem: Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben, aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur verständlich, die Würde des Menschen vor allem durch **individuelle Freiheitsrechte** abgesichert. Einzel und frei wie ein Baum sollte sich jeder Mensch entfalten können.

Unser Grundgesetz — so könnte man sagen — ist eine große Freiheitsstatue auf europäischem Boden. Das hat vielfältige Entwicklungen möglich gemacht. Aber — so fragen wir heute — ist im Blick auf die Probleme der inneren, der bewußtseinsmäßigen Einheit, insbesondere aber im Blick auf so entsetzliche Ereignisse wie die in Rostock, Magdeburg und Mölln, nicht auch noch etwas anderes vonnöten, nämlich eine Verantwortlichkeitsstatue, eine Art Leuchtturm gleich in

der Präambel, ein Ort, der Mut macht, Freiheit als die vielen Möglichkeiten zu begreifen, Verantwortung für den Nächsten und für das Gemeinsame zu übernehmen und so dem Leben Sinn zu geben? (C)

Schon jetzt finden sich immer mehr Menschen, die ihre **Selbstverwirklichung** nicht zuerst in stärkerem Konsum, sondern im Engagement für die Bewältigung der Überlebensprobleme suchen. Und muß die Mitmenschlichkeit nicht schon deswegen in unsere Verfassung, weil unsere Gesellschaft, weil die Demokratie nichts dringender braucht als Menschen, die anderen helfen, ihre eigene Würde zu entdecken?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es reicht nicht, dies lediglich der grundgesetzlich garantierten Unantastbarkeit der Würde zu überlassen. Ist das Fehlen eigenen Würdebewußtseins, die sinnlose Atomisierung des Lebens, die orientierungslose Freiheit als Beliebigkeit nicht die eigentliche Quelle der Gewalt, die uns so erschüttert?

Insofern ist für viele unser Anliegen eben auch eine Gewissensfrage. Wer sich seiner eigenen Würde bewußt ist, für den wird es selbstverständlich sein, für die Würde anderer einzutreten. Wer sich selber in seiner eigenen Entwicklung gefühlbewußt wahrnimmt, wird auch anderen einfühlsam begegnen, wird mit ihnen leiden, ihre Unsicherheit fühlen und ihre Selbstachtung wieder zum Wachsen bringen wollen, damit auch sie wieder anderen mit Achtung begegnen können.

Bewußt wollen wir auf die emotionale Komponente des Begriffs Mitmenschlichkeit nicht verzichten. Wir wollen diesen Impuls für eine **ganzheitliche Betrachtungsweise** des Menschen, der aus Kopf und Herz, Verstand und Gefühl besteht. Wenn beides auseinanderfällt, ist nicht mehr auszuschließen, daß Menschen unbeteiligt zusehen, wie andere durch die Straßen gejagt werden. Es sind dies Erscheinungen einer rationalistisch geprägten Kultur, in der Empathie, das wechselseitige Einfühlungsvermögen, verkümmert. Wir brauchen nicht nur kluge, wir brauchen besonnene, beherzte Menschen, soll unsere Gesellschaft eine humane bleiben. (D)

Mit Freiheitsrechten vor staatlicher Willkür allein ist eben kein Staat zu machen und schon gar nicht ein humaner. Ohne freisinnige Freiheit zur Entfaltung von Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn könnte der liberale Staat nicht einen Tag lang existieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb trifft der Vorwurf ins Leere, es gehe uns nur um einen der vielen moralischen Appelle. Nein, es geht um sehr viel mehr. Es geht hier um Sein oder Nichtsein unserer Gesellschaft überhaupt und einer demokratischen im besonderen.

„Auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend“, das ist das ethische Fundament, die Beschreibung dessen, worauf ein Gemeinwesen baut, worauf, um existieren zu können, es schlicht vertrauen muß. Nur insofern, als solchem Sein dann auch ein

Dr. Konrad Elmer

- (A) Sollen folgt, ist es in zweiter Hinsicht auch eine Verfassungserwartung, ein ethischer Impuls. Wem Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn in seinem Handeln fremdgeblieben ist, dem wird durch unseren Text eine Art Vertrauensvorschuß zugesprochen, verbunden mit der Erwartung, daß auch er noch einen Zugang dazu findet.

Beide Begriffe sind so grundlegende Haltungen, daß sie nicht mit dem, was man sonst die **Tugenden** nennt, auf eine Stufe gestellt werden können. Sie liegen ihnen weit voraus. Sie sind im Sein, in der Natur des Menschen selber tief verwurzelt. Wo sich Bürgerinnen und Bürger auf diese Grundlage besinnen, werden sie von sich aus das ethisch richtige Handeln in Freiheit finden. Dies bedeutet das Ende von Sinnvorgaben durch weltanschauliche Gesinnungen und den Anfang echter Lebenshilfe als Besinnungshilfe auf Wesentliches, auf aktive, je eigene Sinnfindung.

Eine Diskussion über vielerlei Werte wirkt nicht selten wie keinerlei Wertediskussion. Aber ein Konsens, eine Zweidrittelmehrheit heute für die Aufnahme dieser beiden wesentlichen Grundlagen unserer Demokratie in die Verfassung könnte echte Orientierung schaffen.

(Beifall des Abg. Dr. Jürgen Schmude [SPD])

Lassen Sie uns, „auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend“, tätig sein! Helfen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß am Ende des heutigen Tages beide Begriffe Teil unserer Verfassung werden! Ich appelliere an Ihr Gewissen.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat jetzt der Kollege Professor Dr. Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten.

(Zuruf von der SPD: Der Name geht aber von der Redezeit ab! — Heiterkeit)

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt wieder etwas zur Realität zurückkehren.

Die Verfassungskommission sollte prüfen, ob die eine oder andere Bestimmung des Grundgesetzes zu verbessern, zu ändern oder gar aufzuheben war. In vielen Plenarsitzungen und Hunderten von Gruppengesprächen der Berichterstatter wurden diese Fragen gründlich untersucht, wurden Vorschläge eingehend geprüft und beraten. Vom Grundsatz her hat die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Verfassungskommission festgestellt, daß sich unser Grundgesetz in 45 Jahren bewährt hat und keiner grundlegenden Änderung bedarf — mit Ausnahme derjenigen, die eine neue Verfassung, damit aber wohl auch eine andere Republik wollten.

Für die einen ist, wie die heutige Diskussion zeigt, das Ergebnis zu mager, für die anderen bereits zu weitreichend. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Die unterschiedlichen Meinungen sind auch auf die

unterschiedlichen Interpretationen des derzeitigen Grundgesetzes zurückzuführen. (C)

Als Berichterstatter zum Thema „Stärkung des Föderalismus“ war ich mit den anderen Berichterstattern aus dem Bund, aber auch den Ländern Bayern, Hessen und Hamburg, ein wenig stolz darauf, daß wir quasi als einzige einen kompletten, abgerundeten Vorschlag für die Fragen der Gesetzgebungskompetenzen der Art. 72 ff. vorlegen konnten, der sicher — das war damals so gewollt — die **Rechte der Länder** nicht unbedeutend gestärkt hätte. Das war beabsichtigt und sozusagen der Preis für die Zustimmung der Länder zu dem neuen Art. 23, dem Europaartikel, und der Preis dafür, den Weg für Maastricht freizumachen.

Die Diskussion begann dann von den Hochschulwissenschaftlern, die glaubten, die Anforderungen im **Hochschulbereich** mit der Änderung von Art. 75 Abs. 1 a auseinanderfallen zu sehen. Es kamen die Sorgen der Wirtschaft hinzu, deren Vertreter meinten, die Ausbildungsmöglichkeiten würden dann anders gehandhabt. So entstand die Hauptdiskussion über Art. 72 Abs. 2, über die Befugnis, wer wann die Artikel zur konkurrierenden Gesetzgebung regeln durfte.

(Vorsitz: Vizepräsident Helmuth Becker)

Ich habe, nachdem im April noch einige Nachbesserungen und Klarstellungen vorgenommen wurden, geglaubt, dies sei ein guter Kompromiß, habe aber auch Verständnis für die Haltung der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, die sich in diesem sehr sensiblen Bereich der Gesetzgebungskompetenzen nicht auf Experimente einlassen wollte.

Sie wollte nicht, daß aus einem gefestigten Bundesstaat ein Staatenbund wird. (D)

Herr Stoiber hat es heute sehr klar ausgedrückt, Herr Voscherau etwas weniger klar: Die Länder machen so nicht mit. Es wird also einen Kompromiß geben müssen. Vielleicht würde es genügen, wenn die Länder den Art. 75 Nr. 1 a ließen und der Bund die anderen Artikel schluckte. Ich weiß es nicht.

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, es ist schon erstaunlich, wie Sie sich zu den Hütern des **Föderalismus** aufschwingen. Denken Sie daran: 1949 wurde der Föderalismus überhaupt nur gegen den erbitterten Widerstand der SPD etabliert. Insbesondere Bayern und Baden-Württemberg, damals noch nicht als Süd-West-Staat, waren diejenigen, die den Föderalismus durchsetzten. Deswegen sollte man nicht so tun, als wenn das heute nicht von der CDU oder den Ländern käme.

(Dr. R. Werner Schuster [SPD]: Das nennt man Lernfähigkeit!)

— Das ist schön. Ich freue mich. Auch wir sind wahrscheinlich lernfähig. Dann werden wir vielleicht alle zusammen ein Ergebnis bekommen.

Ich will deswegen nicht auf weitere Kompromißmöglichkeiten eingehen; aber lassen Sie mich eines sagen: Wie jeder hier im Hause hätte auch ich ganz gerne das eine oder andere im Grundgesetz geändert gehabt. So hätte ich gerne die **Wehrgerechtigkeit** durch eine Art **Dienstgerechtigkeit** ersetzt, damit

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten

- (A) nicht die, die morgens gemustert und für untauglich befunden werden, nachmittags wie die Weltmeister Tennis spielen können und nicht dienen müssen. Das ist etwas, was irgendwann einmal kommen muß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hätte auch gerne gehabt — nachdem die Diskussionen über unsere Diäten wieder aufgeflammt sind —, daß im Grundgesetz irgendeine verfassungskonforme Größe steht, damit nicht die jährlichen dämlichen Diätendiskussionen aufkommen. Lassen Sie mich scherzhafterweise sagen — leider sind nicht mehr viele Journalisten da —: Am liebsten hätte ich mich den Tarifen der IG Medien angehängt, denn dann hätten wir nicht die dauernden Vorwürfe der Journalisten über die Erhöhung, denn dann würden wir einmal auf den Tisch legen, was sie verdienen und wie viel sie mehr bekommen. Das wäre eine ganz gute Sache gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

All denen, die für das eine oder andere Staatsziel, für eine Erweiterung oder Änderung der Präambel, für die Aufnahme der Mitmenschlichkeit — so Herr Elmer — engagiert kämpfen, darf ich sagen: Selbst wenn es nicht so kommt, wie Sie es wünschen — diese unsere Verfassung ist mit und ohne solche Änderungen die freiheitlichste, die demokratischste der gesamten westlichen Hemisphäre. Nirgends auf der Welt sind die Grundrechte wie die Würde des Menschen, die Freiheit, die Gleichheit so ausgeprägt wie bei uns. Dies soll ein Trost sein für all diejenigen, die nachher bei den Marathonabstimmungen nicht zum Erfolg kommen. Unsere Verfassung ist trotzdem nach wie vor gut.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile jetzt unserer Frau Kollegin Ulrike Mascher das Wort.

Ulrike Mascher (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Die große Zahl der Eingaben zum Gleichberechtigungsartikel, dem Art. 3, und zum Art. 6, dem Schutz von Ehe und Familie, hat deutlich gemacht, daß sich Frauen viel von dieser Verfassungsdebatte erhofft haben, weil sie wissen, daß der Satz, den wir der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert im Grundgesetz verdanken: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, kein abstrakter Programmsatz war, sondern höchst praktische Auswirkungen im rechtlichen Bereich gebracht hat. Sie haben aber auch erfahren, daß die gesellschaftliche Realität dem hohen Anspruch des Gleichberechtigungsgebotes nicht gerecht wird.

Frauen werden häufig schlechter bezahlt, sie haben geringere berufliche Möglichkeiten, Frauen sind im Alter noch immer von Armut betroffen, und besonders schmerzhaft sind diese Erfahrungen für die Frauen in den neuen Bundesländern. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind weiblich. Ihre Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, sind nicht gut.

(C) Frauen wollen ihren gerechten Anteil bei der Verteilung von Macht und Einfluß in unserem Staat. Deshalb haben sie sich über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg zu gemeinsamen Initiativen zusammengefunden, um ihre Vorstellungen von einer Verfassung durchzusetzen.

Die „Frauen in bester Verfassung“, die Frauen aus dem Verfassungskongreß der Paulskirche, die Frauen vom Runden Tisch, die Frauen, die sich auf Frauenchiemsee zusammengefunden haben, die Gewerkschafterinnen und die Frauen aus den kirchlichen Frauenorganisationen — für sie alle standen drei Forderungen im Zentrum: Erstens die Ergänzung des Art. 3 um den konkreten Handlungsauftrag, die Benachteiligung von Frauen abzubauen, und die klare Festlegung, daß solch ein Nachteilsausgleich zulässig ist.

Es war eine mühsame Arbeit in vielen Berichterstattungen. Wir haben jetzt eine von großer Mehrheit getragene Formulierung gefunden: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Dieser Satz hat leider nicht die sprachliche Kraft der Formulierung von Elisabeth Selbert. Man spürt noch die Mühen der Konsensfindung und die Befürchtungen konservativer Männer, daß ein Mehr bei der Durchsetzung von Gleichberechtigung von Frauen eine Gefährdung traditioneller Männerbastionen bedeuten könnte —

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.])

(D) wobei ich konservative Männer nicht parteipolitisch betrachtet wissen will; auch liberale Männer hatten diese Sorgen.

Dafür, daß wir trotzdem die notwendige Zweidrittelmehrheit geschafft haben, bedanke ich mich besonders bei Jutta Limbach, bei Lore Maria Peschel-Gutzeit, bei Heidi Alm-Merk, bei Gisela Böhrk, bei Christel Hanewinkel, Edith Niehuis, Konstanze Wegner und allen anderen Frauen, die uns dabei unterstützt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie den Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.] und den Abg. Petra Bläss [PDS/Linke Liste])

Ich bedanke mich auch bei den Männern, die dieser zentralen Forderung von Frauen aktiv zur Durchsetzung verholfen haben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.])

Die zweite wichtige Forderung der Frauen war die **Anerkennung von Kindererziehung und der Pflege von Hilfsbedürftigen** nicht nur in Sonntagsreden, sondern durch staatliche Förderung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und der Teilnahme am öffentlichen Leben.

Leider hat es zu diesem Punkt trotz des Engagements kirchlicher Frauenverbände gerade zu dieser Forderung und trotz der Unterstützung durch den

Ulrike Mascher

- (A) Deutschen Frauenrat keine ernsthafte Bemühung um eine Verständigung von Seiten der christlichen Parteien gegeben. Der immer wiederkehrende Refrain war: Das alles realisieren wir durch einfachgesetzliche Regelungen.

Aber auch hier ist das, was Burkhard Hirsch heute morgen zu dem Verhältnis von Grundgesetz und einfachgesetzlicher Regelung gesagt hat, richtig. Was die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie angeht, so zeigt sich noch ein erheblicher einfachgesetzlicher Regelungsbedarf in der Alltagsrealität.

Die Realität unserer Gesellschaft aber hat es in der Debatte der Verfassungskommission überhaupt schwer gehabt. So ist doch z. B. Realität, daß die Ehe nicht mehr die einzige Form ist, in der Menschen auf Dauer zusammenleben. Eine steigende Zahl von Menschen lebt in anderen Formen zusammen: vor der Ehe, nach einer Ehe, in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, in neuen Formen des Zusammenlebens im Alter. Das alles ist weit entfernt von einer „wilden Ehe“ oder der „Zusammenrudelung“, die ein Sachverständiger bei der Anhörung drohend beschworen hat.

Wir wollen die Ehe nicht abwerten, aber den Menschen, die in einer gemeinsam verantworteten Lebensgemeinschaft zusammenleben, Anerkennung und Schutz unserer Verfassung nicht versagen. Es geht dabei eben nicht nur um die Anerkennung, so sehr ich es begrüße, daß die F.D.P. immerhin Schritte zur Annäherung an die gesellschaftliche Realität tun will. Wir wollen auch den Schutz der Lebensgemeinschaften. Wer immer den Zerfall der Familien, die Single-Gesellschaft, beklagt, der sollte in der Verfassung deutlich machen, daß wir neue Formen des Zusammenlebens achten und schützen wollen und diesen Schutz in der Verfassung nicht länger versagen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.] und der Abg. Petra Bläss [PDS/Linke Liste])

Zum dritten haben viele Frauen gefordert, daß Frauen in einer Verfassung ausdrücklich angesprochen werden — nicht nur in einer geschlechtsneutralen Sprache, sondern in einer, die beiden Geschlechtern gerecht wird. Wir sind damit gescheitert. Auch hier aber hat uns die Realität bereits überholt: Es gibt die Bundestagspräsidentin. Es wird die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes geben. Es gibt eine Ministerpräsidentin; es wird hoffentlich bald eine weitere in Bayern geben. Es gibt die Ministerinnen. Ich denke, es ist der Mehrheit der Gemeinsamen Verfassungskommission noch einmal gelungen, diese Realität auszublenden. Auf der Tagesordnung aber bleibt, daß wir eine Muttersprache für unser Vaterland brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.] und der Abg. Petra Bläss [PDS/Linke Liste])

Ich möchte mich zum Schluß bei Hans-Jochen Vogel ganz ausdrücklich bedanken,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

bei dem Politiker, der die Quote in seiner Partei durchgesetzt hat und ohne dessen Ermutigung und Unterstützung wir Frauen nicht soviel erreicht hätten, wie wir in der Verfassungsdebatte trotz aller Enttäuschungen erreicht haben.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.] und der Abg. Petra Bläss [PDS/Linke Liste])

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt dem Kollegen Dr. Christoph Schnittler das Wort.

Dr. Christoph Schnittler (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Deutschen in der ehemaligen DDR das unerwartete Geschenk der Wiedervereinigung bejubelten, wollten wohl die meisten von ihnen für das neue einige Deutschland auch eine neue Verfassung. Der Einigungsvertrag sah weniger vor, Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes. Das ist wohl auch das politisch Machbare, und das ist wohl auch das Vernünftige. Ich jedenfalls bin sehr dankbar dafür, daß wir uns heute an diesem historischen Ort dieser Aufgabe unterziehen können.

Herr Elmer hat schon den Vorschlag begründet, Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn im Grundgesetz zu verankern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich werbe dafür. Ich werbe nicht dafür, weil ich mir davon Wunder verspreche; auch nicht, weil ich meine, daß Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn etwa ausgestorben wären. Nein. Aber ich sehe auch, daß sie nicht mehr selbstverständlich sind, daß sie in gefährlicher Weise durch Individualismus und durch Gruppeninteressen ausgehöhlt werden.

Der Rechtsstaat kann diese Tugenden nicht ersetzen, im Gegenteil: er beruht auf ihnen. Meine Damen und Herren, wir können auch nicht das tägliche Leben in allen seinen Verästelungen rechtlich regeln: nicht das Zusammenleben in den Familien, nicht das Band zwischen den Generationen und, ich glaube, auch nicht das Zusammenleben von Rauchern und Nichtrauchern.

Meine Damen und Herren, es gibt ein Buch, das von uns allen Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn einfordert, das ist die Bibel. Aber sie ist längst nicht mehr für alle Menschen verbindlich. Warum also, so frage ich Sie, sollen wir nicht Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn in unserem Grundgesetz verankern? Ich meine, eine bessere Stelle dafür gibt es nicht. Es genießt höchstes Ansehen, es ist Richtschnur für staatliche und richterliche Entscheidungen und es wird in jeder Schulklasse im Unterricht behandelt.

Natürlich war Widerspruch zu erwarten, hierfür einen neuen Artikel 2 a einzuführen. Verfassungsrichter Dieter Grimm spricht von einem „kostenlosen Zugeständnis an östliche Wünsche“. Abgesehen davon, daß von den 418 Unterzeichnern notwendigerweise

Dr. Christoph Schnittler

- (A) die meisten westdeutsche Kolleginnen und Kollegen waren und das sicher in eigener Entscheidung individuell getan haben, fasse ich das als eine Auszeichnung für die ostdeutschen Abgeordneten auf. Im übrigen hat auch in meiner Fraktion etwa die Hälfte aller Mitglieder zugestimmt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei ihnen dafür.

Natürlich kann man über den geeigneten Platz streiten, wo ein Appell an Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn in unser Grundgesetz aufgenommen werden soll. Wir haben es mit einer Verfassungserwartung zu tun. Sicher ist da die Präambel ein geeigneter Ort. Wir meinen, daß wir mit diesem Änderungsantrag die Bedenken der juristisch geschulten Skeptiker ausräumen können und dennoch unser Grundgesetz mit einem neuen und wesentlichen Inhalt anreichern können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Nicht weniger am Herzen liegt mir eine zweite Ergänzung der Präambel. Herr Genscher und die F.D.P.-Fraktion schlagen Ihnen vor, die **innere Einheit Deutschlands** dort als eine politische Zielfunktion zu verankern. Wir halten das für dringend erforderlich. Meine Damen und Herren, wir Liberalen wollen doch damit überhaupt nicht die Fortschritte bei dem inneren Einigungsprozeß kleinreden, die wir gemeinsam in den neuen Ländern erreicht haben. Aber ich meine: Realpolitik bedarf einer nüchternen Analyse, und Illusionen sind ihr Todfeind. Deshalb sagen wir auch, daß sich viele von uns in dem möglichen Tempo des Einigungsprozesses getäuscht haben.

Meine Damen und Herren, in den neuen Ländern haben wir immer eine Faustregel diskutiert. Sie lautete: Für ein Land, das eine Anzahl von Jahren von einem kommunistischen Regime regiert wurde, bedarf es noch einmal der Hälfte dieser Jahre, um die Folgen dieses Regimes zu überwinden. Mir scheint, diese Regel hat sich bewahrt.

Ich meine damit bei weitem nicht nur den Nachholbedarf im materiellen Bereich; ich meine vor allem die ungleich größeren Schwierigkeiten bei der Erreichung einer geistigen Einheit in unserem Lande.

Meine Damen und Herren, dieser großen Aufgabe müssen wir uns alle stellen. Sie wird die wichtigste politische Aufgabe in den nächsten Jahren in Deutschland sein.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bitte ich sehr herzlich: Lassen Sie uns diese Feststellung bekräftigen, indem wir diese Aufgabe in der Präambel unseres Grundgesetzes verankern.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Wann sie dort wieder gestrichen werden kann — das wird ein neuer Freudentag sein —, ich glaube, die

Entscheidung darüber können wir unseren Kindern überlassen. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nächster Redner ist unser Kollege Dr. Heiner Geißler.

Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Sie sich möglichst bemühen, die vorgesehenen fünf Minuten auch einzuhalten.

Dr. Heiner Geißler (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich mich auch persönlich freue, daß die Bestimmung „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ nunmehr nach dem Votum aller Fraktionen in das Grundgesetz aufgenommen werden soll. Ich weiß, es gibt systematische und verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Bestimmung, weil sich möglicherweise auch andere Gruppen darauf berufen können. Aber die **Behinderten**, die in der NS-Zeit Opfer grausamer Verfolgung waren, sind eben auch heute in besonderer, wenn auch anderer Weise diskriminiert und Vorurteilen und Stigmatisierungen ausgesetzt. Art. 1 in Verbindung mit dem **Sozialstaatsgebot** hat daran leider nicht viel ändern können.

1972, als ich Sozialminister in Rheinland-Pfalz war, wurde die Landesbauordnung mit der Zielsetzung verändert, daß alle öffentlichen Einrichtungen behindertengerecht gebaut werden sollten. Aber dort wie anderswo können bis heute z. B. Rollstuhlfahrer oft keinen ungehinderten Zugang zu Landratsämtern oder zu Hörsälen finden. Daß ein deutsches Gericht Schadensersatzansprüche für Urlauber anerkennt, weil beim Mittagessen Behinderte am Nachbartisch saßen, ist menschlich und gesellschaftspolitisch ein Skandal, aber auch das Ergebnis eines falschen Rechtsbewußtseins. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und der PDS/Linke Liste)

Dasselbe gilt für die Tatsache, daß Behinderte und Schwerbeschädigte als erste Opfer von Entlassungen werden und daß sie, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind, entgegen den gesetzlichen Vorschriften der Pflichtquote schwerer als andere einen Arbeitsplatz finden.

Wir beklagen mit Recht die Zunahme rechtsradikaler Gewalttätigkeiten auch gegen Behinderte. Das sind besonders heimtückische Verbrechen. Aber wer willkürlich, obwohl er es anders könnte, als Arbeitgeber, ob öffentlicher oder privater Arbeitgeber, Behinderte nicht einstellt, begeht zwar kein Verbrechen, aber er verstößt in eklatanter Weise gegen den Geist der Verfassung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Diese Verfassungsbestimmung wird, so hoffe ich, den notwendigen Bewußtseinswandel verstärken,

Dr. Heiner Geißler

- (A) der auch darin bestehen muß, daß wir die Integration von Behinderten nicht falsch verstehen dürfen, nicht als Anpassungsnotwendigkeit der Behinderten an unsere Gesellschaft mißverstehen dürfen. Behinderte können sich in der Regel nicht anpassen. Aber wir, die Gesunden, die Leistungsfähigen, können uns an die Interessen, an die Forderungen und an die Notwendigkeiten der Behinderten anpassen und die Lebensbedingungen so formen und gestalten, daß Behinderte gleichberechtigt in dieser Gesellschaft leben können.

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung noch zu dem **Minderheitenschutz** machen. Mit dem Verfassungsartikel für die Behinderten wird das Individuum geschützt und nicht ein Kollektiv. Insofern unterscheidet sich das Benachteiligungsverbot vom Minderheitenschutz. Ich lehne den Vorschlag für den Minderheitenschutz deswegen persönlich ab, weil der Begriff der „ethnischen Minderheit“ einen anderen Begriff, nämlich den der völkischen Gruppe, in die Verfassung hineinbringt. Das sind Gedanken, die unserer Verfassung fremd sind. Das Individuum wird geschützt, unabhängig von seiner Religion, Kultur, Sprache und Herkunft, aber in den Grenzen eben der Verfassung.

- (B) Sie wissen, daß ich mich immer für ein **gleichberechtigtes Zusammenleben** aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer kulturellen Zugehörigkeit, in diesem Staat eingesetzt habe. Dazu gibt es keine vernünftige humane Alternative. Aber alle, die hier leben, müssen ungeachtet ihrer kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit die immanenten **Schranken unserer Verfassung** achten. Was soll in diesem Zusammenhang der Begriff der „Identität“? Das ist ein sehr schwieriger Begriff. Die Diskriminierung von Frauen, die Beschneidung von Mädchen bleiben Verstöße gegen Art. 3 und Art. 2 des Grundgesetzes, auch wenn sie unter der Überschrift der religiösen Identität vorgenommen werden. Eine solche Identität kann der Staat nicht achten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe mich aus den genannten zwei Gründen nicht in der Lage, der Verfassungsänderung für den Minderheitenschutz die Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nächste Rednerin ist unsere Kollegin Regina Kolbe.

Regina Kolbe (SPD): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Heute soll in namentlicher Abstimmung das Grundgesetz in Art. 3 um den Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ ergänzt werden. An dieser Stelle möchte ich allen Behindertenverbänden ganz herzlich für ihr Engagement danken. Es ist ein bemerkenswerter und wohl auch einmaliger Vorgang, daß sich nahezu alle Behindertenverbände bei dieser Forderung einig waren. Meine Bitte an dieser Stelle ist, diese Erfahrung

nicht so schnell wieder zu vergessen und künftig verstärkt zusammenzuarbeiten. (C)

Die SPD hat diese Forderung der Verbände immer unterstützt. Dabei waren die gesellschaftliche Realität und die tatsächliche **Situation der Menschen mit Behinderung** ausschlaggebend. Die in den letzten zwei Jahren geführte Diskussion hat mich persönlich, aber auch viele behinderte Menschen sowie ihre Angehörigen betroffen gemacht. Verfassungsästhetik, aber auch mögliche Folgen der Verankerung des Benachteiligungsverbots, weil dann auch andere in gewisser Weise benachteiligte Gruppen wie „Linkshänder, Brillenträger, Kleinwüchsige und Glatzköpfige“ entsprechende Forderungen stellen können, waren Argumente für die Ablehnung durch die CDU/CSU und die F.D.P. Ich begrüße es, daß die Kolleginnen und Kollegen ihre Meinung geändert haben. Ich denke, daß dafür nicht allein die Situation der Betroffenen maßgeblich war, sondern auch andere Überlegungen eine Rolle spielten. Auf Grund persönlicher Erfahrungen glaubt ein Kollege dieses Hauses eine Bewertung der Situation von Menschen mit Behinderung vornehmen zu können. Seine persönlichen Erfahrungen entsprechen aber leider nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Daß Menschen mit Behinderungen tagtäglich **Diskriminierungen** erfahren, möchte ich an zwei Beispielen darlegen. Eine besondere Form der Diskriminierung ist z. B., wenn ich Menschen, die mobilitäts- oder sensorisch beeinträchtigt sind, durch Treppen und ähnliches den Zugang zum Wahllokal nicht ermöglichen. Damit werden Menschen mit Behinderung in ihrem Wahlrecht, einem Grundrecht, eingeschränkt. Oder ein anderes Beispiel: die kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Was nutzt es dem Rollstuhlfahrer denn, wenn er diese Verkehrsmittel kostenlos nutzen darf, in den Bus auf Grund vorhandener Barrieren aber nicht einsteigen kann? Auf der einen Seite das Angebot, auf der anderen Seite wird billigend in Kauf genommen, daß dieses Angebot nicht genutzt werden kann. Diskriminierung ist nicht nur ein Tun, Diskriminierung ist auch eine Unterlassung.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Körperliche Schädigungen werden erst dann zur Behinderung, wenn der Betroffene eine Benachteiligung auf Grund seiner Schädigung in der Gesellschaft erfährt. Minderwertigkeitsgefühle entstehen erst durch Erfahrung in der Gesellschaft und nicht durch die Behinderung an sich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz zu verankern ist nur ein erster Schritt. Es ist an der Zeit, daß sich die Politik konzeptionell von der Wohlfahrtsorientierung löst und die Rechte der Menschen mit Behinderung endlich als ein Bürgerrecht versteht. Eine gleiche gesellschaftliche Teilhabe und das Recht auf Selbstbestimmung

(D)

Regina Kolbe

- (A) müssen verwirklicht werden. Das Benachteiligungsverbot wird die materiellen Rechte der Menschen mit Behinderung stärken. Künftig kann Behinderung nicht mehr als Anknüpfungspunkt für eine ungleiche rechtliche Behandlung herangezogen werden.

Auch der Satz „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ wurde bei den Beratungen zum Grundgesetz als unnötig erachtet. Er hat trotzdem Wirkung gezeigt. Dies erwarten auch Menschen mit Behinderung durch die Aufnahme des Benachteiligungsverbotes ins Grundgesetz. Es ist zutiefst meine Überzeugung, daß die Verfassung einer Gemeinschaft auch Orientierung über das Zusammenleben bieten und aufzeigen muß.

In tiefer Sorge habe ich heute zur Kenntnis genommen, daß der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen wird. Ich vertraue aber darauf, daß im Vermittlungsausschuß ein vernünftiger Kompromiß gefunden wird und daß die Verankerung des Benachteiligungsverbotes im Grundgesetz Wirklichkeit wird.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Dr. Gisela Babel, ich erteile jetzt Ihnen das Wort.

- (B) **Dr. Gisela Babel (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verfassung setzt nicht nur den Rechtsrahmen und ordnet die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat, die Verfassung gibt auch Impulse für künftige gesellschaftliche Entwicklungen. Ich spreche zu Art. 3 und der Formulierung: Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Rechtsentwicklung zu dieser Verfassungsnorm blasse und stauige Vergangenheit. Aus dem Bewußtsein ist geschwunden, daß es einmal eine Zeit gab, in der Ehefrauen ohne Zustimmung ihres Mannes keinen Beruf ergreifen konnten, in der der Ehemann gegen den Willen seiner Frau ein bestehendes Arbeitsverhältnis kündigen konnte. Nicht im letzten, im 19. Jahrhundert, nein, noch bis 1958 war das bei uns so. Frauen durften bis 1918 auch nicht wählen. Ihre Vermögensverhältnisse in der Ehe waren so ausgestaltet, daß sie auf Gedeih und Verderb wirtschaftlich auf ihren Mann angewiesen und von ihm abhängig waren.

Es ist ein langer Weg gewesen. Eine wichtige Station war die Verankerung der lapidaren Feststellung im Grundgesetz, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Erst aus diesem Satz entwickelten die Rechtsprechung und die oft nachhinkende Gesetzgebung die notwendigen Rechtsnormen. Die rechtliche Gleichberechtigung ist also nicht mehr so sehr das Problem, das die Frauen heute bedrückt, wenn es um die Entwicklung ihrer Lebenschancen geht. Es sind die tatsächlichen Verhältnisse, die nicht befriedigend

- (C) sind. An den heutigen Einkommensverhältnissen der Frauen, an der Höhe ihrer Renten, an der Anzahl der Geringverdiener, an dem Anteil der Teilzeitbeschäftigten und an dem Anteil der Sozialhilfeempfänger läßt sich das ebenso klar ablesen wie an der Zahl der Alleinerziehenden.

Frauen sind heute erfreulicherweise gut ausgebildet, aber ihre Berufstätigkeit steht unter Druck, wenn sie eine Familie haben. Ihre Chancen auf Beförderung und auf Erwerb einer auskömmlichen Alterssicherung sind geringer. Der wachsende Anteil alleinerziehender Mütter zeigt, daß Familienpflichten von ihnen immer öfter allein getragen werden.

Die Verpflichtung des Staates, die Gleichberechtigung tatsächlich durchzusetzen, ist ein Fanfarenruf an alle Entscheidungsträger. Er ist unüberhörbar an Frauen wie an Männer gerichtet. Frauen sollen sich mit Nachteilen nicht abfinden. Männer sollen sich dieser Nachteile bewußt werden. Beide sollen sich um Abhilfe kümmern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich begrüße diesen Weckruf und kenne schon heute viele Handlungsfelder, in denen der Forderung in Zukunft Nachdruck verliehen werden kann. Ich will eines nennen, weil es vielleicht den wenigsten bewußt ist. **Kinderbetreuung** außerhalb der Familien ist um so eher zu verantworten, je älter und selbständiger das Kind ist. 60 bis 70 % junger Männer und Frauen vertreten die Meinung, daß es richtig und wünschenswert ist, daß ein kleines Kind bis zu drei Jahren in der Familie betreut wird, meist von der Mutter. Dieselben 60 bis 70 % meinen aber, daß es richtig ist, ab dem 6. Lebensjahr den Kindern eine längere Schulbetreuung zu geben und beiden Eltern ein ungestörtes Berufsleben zu ermöglichen.

(D) In eklatanter Weise widerspricht die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland diesen Wünschen, die der **Berufstätigkeit der Frau** größere Möglichkeiten einräumen könnte. Ganztagschulen sind bei uns noch rare Gewächse.

Meine Damen und Herren, die Anforderungen des Art. 3 sollten die Männer nicht erschrecken. Auch sie profitieren von der Gleichberechtigung. Ich will auch anerkennen, daß es viele Männer gibt in allen Schichten und in allen Parteien,

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.):
Und bei der LiMiD! — Heiterkeit bei der F.D.P.)

die sich sehr aktiv für die Gleichberechtigung eingesetzt haben.

Genauso will ich an die Adresse der Frauen sagen: Sie sollten nicht nur von Nachteilen reden, die sie in unserer Gesellschaft haben, sondern vielleicht auch einmal von der großen Bereicherung, die sie durch die Nähe mit ihren Kindern erfahren. Und sie sollten erkennen, daß in dem Maße, in dem der Staat und die Gesellschaft ihnen die Türen öffnet, sie auch beherzt eintreten und ihr Interesse und ihre Verantwortung wahrnehmen sollten.

Dr. Gisela Babel

- (A) Erst ein Viertel der Mitglieder der Parteien sind Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung, sichtbar in einem ausgewogenen Verhältnis von Männern und Frauen in deutschen Parlamenten, wird erst dann erreichbar sein, wenn sie auch zahlenmäßig Power darstellen. Aber ich gebe zu: Bis dahin müssen in der Tat noch Hindernisse beseitigt werden, die heute vor allem ihrer Teilhabe noch im Wege stehen.

Wir sind mit dieser neuen Verfassungsnorm — das sage ich auch für die F.D.P. — als Fanfarenruf für Gleichberechtigung einen Schritt vorangekommen. Ich bin dankbar dafür. Aber es steht uns noch viel Arbeit bevor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Bläss.

Petra Bläss (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine stärkere **Verankerung von Frauenrechten** in einer neuen Verfassung oder bei der Überarbeitung des Grundgesetzes — Initiativen wie „Frauen für eine neue Verfassung“ und „Frauen in bester Verfassung“, die Humanistische Union, die Arbeitsgruppe „Verfassung des zentralen Runden Tisches der DDR“ oder das „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“ haben sie seit langem gefordert.

- (B) Zuschriften mit Forderungen nach besseren grundgesetzlichen Garantien für eine tatsächliche Partizipation von Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen erreichten die Gemeinsame Verfassungskommission waschkübelweise und konnten einfach nicht ignoriert werden.

Denn 44 Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes sind Frauen noch immer strukturell benachteiligt: Sie sind überproportional von Arbeitslosigkeit, Armut und Unterbezahlung, ja sogar Nichtbezahlung geleisteter Arbeit betroffen. Sie fehlen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und werden wegen ihrer Gebärfähigkeit diskriminiert.

Dem insbesondere durch die Regierungskoalition forcierten frauenpolitischen Rollback hierzulande eine deutliche Alternative entgegenzusetzen war Ziel des Verfassungsentwurfs der PDS/Linke Liste, den deshalb Frauenrechte wie ein lila Faden durchziehen.

Grundintention unseres Gesetzentwurfs ist die Anerkennung der **Subjektrolle des Individuums**. Konsequenterweise gehen wir deshalb davon aus, daß die Erfahrungen, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe von Frauen endlich Bestandteil einer Verfassung sein müssen, die den Anspruch erhebt, für alle Bürgerinnen zu gelten.

Wir wollten bewußt grundlegende **feministische Positionen** zur Überwindung der patriarchalen und kapitalistischen Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft in einer solchen Verfassung fixieren.

Dies beginnt bereits damit, daß in unserem Entwurf Frauen endlich sprachlich sichtbar gemacht werden,

indem wir weibliche und männliche Personenbezeichnungen durchgängig verwenden. (C)

Erwähnen will ich weiterhin, daß wir den Schutz von Frauen vor männlicher Gewalt als Staatszielbestimmung fordern;

daß unser Verfassungsentwurf die verfassungsrechtliche Fixierung des Selbstbestimmungsrechts der Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft enthält, die wir bereits in der Debatte um den § 218 eingebracht haben;

daß unser Entwurf eine rechtliche Gleichstellung aller Formen des Zusammen- oder Alleinlebens beinhaltet und staatliche Förderung nur Menschen erhalten sollen, die Kinder aufziehen, ältere Menschen oder Kranke pflegen;

daß Gleichheit für uns auch bedeutet, daß niemand wegen seines **Geschlechts** oder seiner **sexuellen Orientierung** diskriminiert werden darf und daß Menschen, die in anderen Staaten eine solche **Diskriminierung** erfahren, Asyl erhalten;

daß die gesellschaftliche Arbeit so umverteilt und neu bewertet werden soll, daß neue Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden, indem die bisher überwiegend von Frauen geleistete unentgeltliche **Familien- und Erziehungsarbeit** endlich existenzsichernd bezahlt wird;

daß die **politische Partizipation von Frauen** mittels Durchsetzung des Prinzips der Gleichstellung innerhalb der Parteien und der chancengleichen Aufnahme in Wahlvorschlagslisten verbessert werden soll — unser Entwurf schreibt zudem zwingend vor, daß Frauen in Bundesregierung, Verfassungsgericht und obersten Gerichten zu mindestens 50 % vertreten sein müssen —; (D)

daß wir schließlich eine **Frauenkammer** vorschlagen, die ähnlich dem Bundesrat weitgehende Kompetenzen im Gesetzgebungsprozeß haben und der Benachteiligung von Frauen entgegenwirken soll.

Der zentrale Punkt unserer Gesetzesvorlage ist die **neue Definition des Begriffs Gleichheit**. Neben der erforderlichen gleichen Stellung von Frauen und Männern im Recht betrachten wir es als unabdingbar, eine Staatszielbestimmung aufzunehmen, die den Staat bindend verpflichtet, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen und zu sichern. Maßnahmen wie Frauenförderpläne und Quote sind dafür gebotene Hilfsmittel.

Wir gehen noch einen Schritt weiter: Korrespondierend mit unserer Forderung, alle Menschen als Gleichwertige in ihrer Verschiedenartigkeit anzuerkennen, stellt unser Verfassungsentwurf unmißverständlich klar, daß Gleichberechtigung und Gleichstellung für Frauen ohne gleichzeitige Anpassung an männlich geprägte Normen, Werte und Lebensvorstellungen möglich sein muß.

Gleichberechtigung bedeutet für uns, **Frauen als eigenständige gesellschaftliche Subjekte** mit einer von Männern differenzierten Sozialisation, mit einer eigenen Identität, Würde, Geschichte und Kultur zu

Petra Bläss

- (A) begreifen. Frauen sollen nicht länger Fremde im Recht, sondern eigenständige Rechtssubjekte sein.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, jetzt hat unser Kollege Konrad Weiß das Wort.

Konrad Weiß (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der zu Ende gehenden Legislatur war die **Gleichstellung deutscher und nichtdeutscher Bürgerinnen und Bürger** eines der wichtigsten politischen Anliegen der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Leider waren diese vier Jahre mehr durch einen radikalen Rechtsabbau als durch die Erweiterung der Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer gekennzeichnet. Überfällige Reformvorhaben, für die es vermutlich schon längst eine stille Mehrheit in diesem Hause gibt, wurden durch die Koalition immer wieder abgeblockt: Die erleichterte Einbürgerung bei Respektierung der doppelten Staatsangehörigkeit, die Novellierung des Ausländergesetzes und ein Einwanderungsgesetz gehören dazu.

Ob in Hoyerswerda, Rostock oder Magdeburg, ob in Mölln, Lübeck oder Solingen — **rechtsextremistische Gewalttaten** finden dort statt, wo ein Klima der Intoleranz, der nationalen Überheblichkeit und der sozialen Defekte sie begünstigt.

Es hat keinen Sinn, nach jedem Anschlag Betroffenheit zu zeigen, wenn wir nicht bereit sind, politische und verfassungsrechtliche Konsequenzen zu ziehen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ein Staat, dessen Rechtsordnung zwischen Mensch und Bürger unterscheidet und der seine Staatsbürger mit weitreichenden Privilegien ausstattet, diskriminiert zwangsläufig die anderen Bürgerinnen und Bürger und grenzt sie aus. Das fördert die Bereitschaft derer, die diese Trennung mit Gewalt erzwingen wollen.

Die **faktische Abschaffung des Asylrechts** durch eine Mehrheit aus CDU und CSU sowie Teilen von SPD und F.D.P. hat der Demokratie in Deutschland sehr geschadet. Die Agitationskampagne, die der Änderung des Art. 16 Abs. 2 unseres Grundgesetzes vorausging, hat Deutschland tiefgreifender verändert, als viele das wahrhaben wollen.

Gerade anlässlich dieser Verfassungsdebatte muß daran erinnert werden, daß das schreckliche Verbrechen von Solingen unmittelbar nach der Änderung des Asylrechts verübt worden ist. Wer den Zusammenhang leugnet, ist blind oder verantwortungslos.

Inzwischen wissen wir, daß vieles, vor dem wir vor der Änderung des Asylrechts gewarnt haben, trüber Verfassungsalltag in Deutschland geworden ist. Der auch im neuen Art. 16 a postulierte Grundsatz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ ist auf Grund der vorgenommenen Einschränkungen nicht mehr voll wirksam. Das Prinzip der sicheren Drittstaaten, die irrationale Priorität der Reisewege und die oftmals bereits an der Grenze ohne nähere Prüfung vorgenom-

mene Zurückweisung machen das Asylrecht weitgehend unwirksam. Der Rückgang der Asylbewerberzahlen darf niemanden mit Befriedigung erfüllen, denn er erfolgt auch auf Kosten von Menschen, die in Not und Gefahr sind.

Die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zahlreiche Vorschläge in den Deutschen Bundestag eingebracht, die ein besseres Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen ermöglichen sollten. Darunter war ein Gesetzentwurf zur Änderung des Art. 116 des Grundgesetzes, durch den allen Ausländern, die länger als fünf Jahre hier leben, ein **Rechtsanspruch auf Einbürgerung und volle Bürgerrechte** zuerkannt werden sollten. Damit hätte hier ein wirkungsvoller Beitrag zur Integration und gegen Ausländerfeindlichkeit geleistet werden können.

Es ist eine Schande, daß Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und am Wiederaufbau aktiv mitgewirkt haben, nicht einmal wählen dürfen. Selbst die in Deutschland geborenen Kinder werden als Ausländer behandelt, die keine Bürgerrechte haben. Rechtsradikale Verbrechen hingegen sind dank ihres sogenannten deutschen Blutes privilegiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist wahrlich kein Ruhmesblatt der Gemeinsamen Verfassungskommission, daß nun zwar der Tierschutz in das Grundgesetz aufgenommen werden soll, sich für die überfällige Reform des Staatsbürgerrechts und die Gleichstellung der in Deutschland lebenden Ausländer aber keine Mehrheit findet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D)

Für sechseinhalb Millionen ausländische Bürgerinnen und Bürger ist dieser Tag heute ein bitterer Tag.

Ich werde der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz deshalb nicht zustimmen. Ich müßte mich schämen, würde dem Tierschutz ein höherer Verfassungsrang zugestanden als den in Deutschland lebenden und geborenen Ausländern.

Wir müssen endlich die überkommene Trennung von Bürgerrechten und Menschenrechten überwinden, meine Damen und Herren.

Ich will auch in dieser Debatte noch einmal an das Wort von **Martin Luther King** erinnern, der sagte:

Wenn Amerika eine Demokratie erster Klasse sein soll, dann darf es in ihr keine Bürgerinnen und Bürger dritter Klasse geben.

Daran gemessen ist Deutschland eine drittklassige Demokratie. Eine Verfassung der Deutschen, in der die Gleichheit aller kein selbstverständliches Gebot ist, zeugt von der schlechten Verfassung, in der unser Land ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD — Ulrich Imer [F.D.P.]: Das geht zu weit, Herr Weiß!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nächste Rednerin ist unsere Frau Kollegin Erika Steinbach.

(A) **Erika Steinbach** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich den Katalog der Änderungswünsche zu unserem Grundgesetz anschaut, gerät man schon ins Staunen. Nicht kreative, schöpferische Kraft für eine gute, demokratische Zukunft ist bestimmend, sondern teilweise ist geradezu naive oder auch bewußte Geschichtsvergeßlichkeit unverkennbar.

Aber, meine Damen und Herren, unser Grundgesetz ist kein Wunschzettel an den Weihnachtsmann, sondern Fundament unseres demokratischen Staatswesens. Die Frage, ob die ethnischen, ob die kulturellen und sprachlichen **Minderheitengruppen** als jeweilige Einzelgruppe unter den besonderen **Schutz der Verfassung** zu stellen sind, hat allerdings eine andere Qualität und auch weiterreichende Folgen als viele der übrigen Wünsche. Der Wille nach einer anderen Gesellschaft steht dahinter.

Dabei geht es nicht um die Minderheiten mit deutscher Staatsangehörigkeit wie z. B. die Sorben oder Friesen, deren Rechte ohnehin in den jeweiligen Länderverfassungen verankert sind, sondern es geht insbesondere um Minderheitengruppen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Wir stehen in dieser Frage vor einer Grundsatzentscheidung mit weitreichenden Folgen für das Zusammenleben der Menschen hier in Deutschland.

(B) Wir in der CDU/CSU sind der festen Überzeugung, daß für die Zukunft unseres Landes und für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen mit zugezogenen Menschen in allererster Linie **Integration** erforderlich ist. Integrationshemmend aber wirken sich sowohl eine generelle **Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit** als auch der hier beantragte Minderheitenschutz für ethnische, kulturelle und sprachliche Minderheiten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit aus.

(Detlev von Larcher [SPD]: Aber Frau Kollegin, das ist doch Unsinn!)

Dabei ist ja bei uns im Lande niemand daran gehindert, sich als Mensch, als Person frei zu entfalten. Unser Grundgesetz schützt von Anfang an den einzelnen Menschen und seine Rechte, unabhängig von seiner Rasse, seiner Sprache und seiner Kultur. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, und die Würde des Menschen ist unantastbar, postuliert unser Grundgesetz. In internationalen Vereinbarungen hat sich Deutschland darüber hinaus schon lange selbst verpflichtet, mit Minderheitengruppen pfleglich und sorgsam umzugehen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Und wie ist die Realität?)

Wenn ethnische, kulturelle und sprachliche Minderheiten einen verfassungsrechtlichen Schutzraum genießen, über die Rechte der Deutschen selbst hinausgehend, so wird das zu unkalkulierbaren Emotionen führen; darüber müssen Sie sich im klaren sein.

(Detlev von Larcher [SPD]: Ach, ich bitte Sie!)

(C) Wir sind zu der festen Überzeugung gelangt, daß eine solche gesellschaftspolitische Veränderung unserer Verfassung nicht unserem Lande, nicht den Menschen in unserem Lande und nicht dem friedlichen Miteinander der Menschen in Deutschland dient.

Wir werden das ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Detlev von Larcher [SPD]: Weil Sie kurzsichtig sind! — Freimut Duve [SPD]: Es hat auch viele bei Ihnen gegeben, die den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag abgelehnt haben!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nächster Redner ist unser Kollege Hermann Bachmaier.

Hermann Bachmaier (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit über zehn Jahren kämpfen wir Sozialdemokraten darum, den **Umweltschutz als Staatsziel** im Grundgesetz zu verankern. Deshalb ist der Tag, an dem wir dieses Ziel endlich erreichen, für uns und auch für mich, der ich seit nunmehr drei Legislaturperioden Berichterstatter bin, von besonderer Bedeutung. Der hartnäckige Widerstand, den wir erfahren mußten, war für uns immer der deutlichste Beleg dafür, daß eine mit Verfassungsrang ausgestattete Verpflichtung zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ihre Wirkung nicht verfehlen würde. Von diesem Staatsziel wird — dessen sind wir sicher — zumindest mittelfristig eine erhebliche Dynamik zugunsten unserer geschundenen Umwelt ausgehen.

(D) Daß am Ende der Verfassungsberatungen die **informationelle Selbstbestimmung** und der verfassungsrechtlich gewährleistete Informationszugang im Grundgesetz stehen würden, hielten wir für geradezu selbstverständlich angesichts der schlimmen Erfahrungen, die wir Deutschen in diesem Jahrhundert gemacht haben, und der technischen Möglichkeiten, die heute bestehen, Daten zu sammeln und zu horten. Handelt es sich doch um ein Grundelement, ohne das eine moderne freiheitliche Verfassung heute schwerlich auskommen kann. Die anfänglich zügigen Beratungen im Kreise der Berichterstatterinnen und Berichterstatter der Gemeinsamen Verfassungskommission haben diesen Optimismus durchaus gerechtfertigt. Schien es doch nur darum zu gehen, mit welchen Formulierungen und wie weitgehend diese Grundrechte Eingang in die Verfassung finden würden.

Gegen die plötzliche Kehrtwende von CDU und CSU im Herbst 1992 haben auch alle Appelle der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder nichts gefruchtet. Als Konsequenz ihrer Bestandsaufnahme zehn Jahre nach dem Volkszählungsurteil haben die Datenschutzbeauftragten auf ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz wegen der detailliert aufgelisteten gravierenden Defizite eine ausdrückliche Verankerung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung im Grundgesetz gefordert. Die Gefahren durch immer umfassendere Zugriffe und immer modernere Informationstechnologien nehmen zu.

Diskutiert wird heute aber immer weniger über Datenschutz, sondern immer mehr über weitere Zugriffs-

Hermann Bachmeier

- (A) rechte des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem solche der Strafverfolgungsbehörden, die ohnehin in den zurückliegenden Jahren üppig mit Eingriffsermächtigungen ausgestattet worden sind. Das gilt nun auch auf Grund des Verbrechensbekämpfungsgesetzes für den Bundesnachrichtendienst. Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr übersehen können, wer was wann und wo und bei welcher Gelegenheit über sie gespeichert hat, werden durch immer größere Datenbestände eingeschüchtert und verängstigt und sind deshalb auf Dauer schlechte Garanten einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung. Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen transparenten Staat, aber keine transparenten Bürger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir neben dem Recht auf Datenschutz auch ein verfassungsrechtlich abgesichertes **Recht auf Informationszugang**. Die Bürgerinnen und Bürger können ihre demokratischen Entscheidungsrechte nur dann wirksam wahrnehmen, wenn ihnen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Nur informierte Bürger können mündige Bürger sein.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Noch immer aber hat, meine Damen und Herren, bei uns die aus obrigkeitsstaatlichen Zeiten herrührende Amtsverschwiegenheit Vorrang vor der Transparenz des Staates. Geheimniskrämerei und Abschottung sind aber ein gefährlicher Nährboden, nicht nur für Mißtrauen und Ängste, sondern auch eine der Hauptursachen für die schwindende Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen. Eine weitgehende **Transparenz des Staates und seiner Institutionen** ist deshalb nicht nur eine zwingende Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement, z. B. beim Umweltschutz, aber auch in vielen anderen Bereichen, sondern auch der beste Schutz vor Verfälschungen und allen Versuchen, staatliche Institutionen zu korrumpieren. Nur dann, wenn wir das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Informationszugang in der Verfassung unmittelbar verankern, sind diese in einer offenen Demokratie selbstverständlichen Rechte hinreichend wind- und wetterfest und dem beliebigen Zugriff des Gesetzgebers endlich wirksam entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade auch von der F.D.P. hätten wir erwartet, daß sie diesen Anträgen nicht nur zustimmt, sondern innerhalb der Koalitionsparteien für eine breite Mehrheit Sorge trägt.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:
Jetzt auch noch Sippenhaft! — Detlev von
Larcher [SPD]: So ist es schon lange nicht
mehr!)

Darauf warten wir noch immer.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt unser Kollege Ulrich Irmer. (C)

Ulrich Irmer (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:
Sag ihm, daß wir für die Zustimmung nicht
verantwortlich sind!)

Die Gemeinsame Verfassungskommission hatte sich mit Zweidrittelmehrheit darauf geeinigt, in die Verfassung den schlichten Satz hineinzuschreiben: „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“. — Zu unserem großen Bedauern ist das aus dem Konsens wieder herausgefallen, weil unsere Kollegen von der CDU/CSU nicht mehr bereit waren, dieses mitzutragen. Wir haben daraufhin diese Passage im Rechtsausschuß erneut eingebracht, und erfreulicherweise hat sie dort wiederum eine Mehrheit gefunden.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin mir dessen bewußt, daß diese Achtensklausel im Grundgesetz keine großen inhaltlichen Veränderungen bringen wird. Insofern kann ich auch all diejenigen trösten, die damit alle möglichen Befürchtungen verknüpfen. Wir waren uns aber darüber einig, daß die Verfassung eines Landes nicht nur Bestimmungen enthalten muß, die unmittelbare, konkrete Rechtswirkungen entfalten, sondern daß es auch **Symbolwerte** gibt, die man in einer Verfassung zum Ausdruck bringen und formulieren darf, um damit für das Klima und für die Wertvorstellungen, die wir alle gemeinsam haben, Zeichen zu setzen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei
Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Aufnahme dieser Formulierung in das Grundgesetz würde in doppelter Weise Zeichen setzen, einmal nach innen, zum anderen nach außen.

Als Zeichen nach innen würde die Achtung von **Minderheiten**, die ausdrücklich in die Verfassung hineingeschrieben wird, zum Ausdruck bringen, daß wir für friedliches Zusammenleben aller Menschen in unserem Land und für Toleranz eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dieses ausdrücklich zu formulieren stünde wirklich dem Parlament eines Landes, glaube ich, nicht schlecht an, in dem Flüchtlinge sich erneut vor rechtsradikalem Mob auf deutschen Straßen auf der Flucht befinden, die bei uns Zuflucht suchten, und es stünde einem Lande gut an, in dem nach wie vor bedauerlicherweise Ausländerunterkünfte brennen. Meine Damen und Herren, setzen wir dieses Zeichen nach innen, indem wir sagen: Wir achten die Minderheiten.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei
Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Insofern, liebe Kollegen von der SPD, ist Ihr Antrag nicht geeignet. Denken Sie noch einmal darüber nach. Sie wollen nämlich nur die **Achtung vor den Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit** aus-

Ulrich Imer

- (A) drücken. Das ist sowieso selbstverständlich, weil diese auch alle Bürgerrechte genießen. Aber besteht nicht die Gefahr, wenn Sie das so formulieren, daß jemand auf die Idee kommen könnte, im Umkehrschluß zu sagen: „Die Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit werden ausdrücklich geachtet. Daraus folgt dann, daß die Minderheiten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sich einer geringeren Achtung erfreuen.“? Vor dieser Entwicklung warne ich, und ich bitte Sie herzlich, darüber noch einmal nachzudenken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich sprach von dem Zeichen nach außen. Wenn wir dieses in unsere Verfassung hineinschreiben, dann hat das hohe **außenpolitische Relevanz**. Es ist von Herrn Duve durch einen Zwischenruf mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir genau das, was wir jetzt ablehnen, im deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag aufgenommen haben. Die Polen haben sich verpflichtet, genau das zu tun, was jetzt von Seiten der CDU/CSU leider Gottes abgelehnt wird. Wir haben das nicht nur von den Polen verlangt — z. B. gegenüber der deutschsprachigen Minderheit polnischer Staatsangehöriger in Oberschlesien —, wir verlangen auch von den Rumänen und von den Slowaken, daß sie gegenüber ihren ungarischen Minderheiten in ihren Verfassungen und durch internationale Verträge völlig klarstellen, daß diese Minderheiten geachtet werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Zum zweiten, meine Damen und Herren: In der Europäischen Union sind wir alle Minderheiten. Wir wissen, daß in Dänemark die Volksabstimmung über Maastricht so knapp ausging, weil die Dänen, und zwar die in Dänemark, befürchtet haben, daß ihre kulturelle Identität beschädigt werden könnte.

Wir als das volkreichste Land in Europa, in der Europäischen Union, sollten hier das Zeichen nach außen setzen, daß wir alle achten, daß auch in der größeren Europäischen Union niemand Angst um seine Identität haben muß.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir das nach außen deutlich machen, dann sind auch die Chancen größer, daß die Finnen und Norweger, die auch diese Angst umtreibt, ein positives Votum zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union abgeben werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wundert mich schon, daß die Menschen, die der Aufnahme der Minderheitenachtung in das Grundgesetz ablehnend gegenüberstehen, dieselben sind, die von **Angst vor Überfremdung** reden. Was ist überhaupt Angst vor Überfremdung? Als ob die paar Ausländer, die bei uns sind, wirklich in der Lage wären, die kulturelle Identität der Deutschen nachhaltig zu beeinträchtigen.

- (C) Wer hat denn hier Angst? Wer hat denn hier so wenig Zutrauen in seine eigene Kultur, daß er glaubt, Angst vor Überfremdung haben zu müssen? So stark sind wir als Deutsche in unserer kulturellen Identität doch, daß wir damit nun wirklich ganz leicht fertig werden können.

Meine Damen und Herren, ich glaube an die Stärke der eigenen Kultur und bin gerade deshalb dafür, daß wir die Achtung von Minderheiten aussprechen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Meine Damen und Herren, Toleranz zeigt sich im Handeln. Deshalb stimmen Sie bitte unserem Antrag zu!

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin Dr. Barbara Höll, Sie sind jetzt die nächste Rednerin.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenwärtig beschäftigt nichts so sehr die Gemüter der Menschen in diesem Lande wie die ungelösten und sich verschärfenden sozialen Fragen. Für die Bürgerinnen und Bürger im Osten hat der Gewinn wichtiger persönlicher Freiheiten in den letzten fünf Jahren gleichzeitig den **Abbau existentieller sozialer Grundrechte** wie des Rechtes auf Arbeit und Wohnen bedeutet.

In den alten Bundesländern haben derartige soziale Grundrechte nie existiert, obwohl die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 einen von ihnen so bezeichneten „demokratischen Sozialstaat“ deklariert hatten, der allerdings im Laufe von 44 Jahren zum „Sozialstaat“ degenerierte und nicht viel mehr als einen Anspruch des einzelnen auf die öffentliche Hand bedeutet.

Zur Zeit erleben wir einen weitgehenden Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und damit eine permanente Verletzung grundgesetzlich fixierter Pflichten. Die Würde des Menschen wird auf diese Art und Weise für Tausende im Lande täglich gebrochen.

Der **Verfassungsentwurf der PDS/Linke Liste** geht davon aus, daß das Defizit an sozialen Grundrechten behoben werden kann und muß, und beinhaltet deshalb ein Recht auf unentgeltliche Bildung und berufliche Ausbildung mit Mitwirkungsrechten der Schüler und Schülerinnen und Selbstverwaltungsrechten der Schulen, das Recht auf Arbeit zu gerechten, menschenwürdigen Bedingungen und die Verpflichtung des Staates, durch den Ausbau der Arbeitsbereiche Umwelt, Erziehung und Pflege eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung einzuleiten.

Dabei geht es nicht um den illusionserzeugenden Versuch, die Verfassung durch einen Katalog unerfüllbarer Wünsche zu überfordern.

Aber das Grundgesetz steht mitnichten auf der Höhe der Zeit und der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes. Es unterbietet auch die völker-

Dr. Barbara Höll

- (A) rechtlichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Beitritt zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eingegangen ist, denn dieser von den Vereinten Nationen ausgearbeitete Vertrag enthält u. a. das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit und auf Wohnung.

Gewiß wäre es eine Verheißung, daß jeder Mann und jede Frau jeden gewünschten Arbeitsplatz erhält und behält. Das ist eine weder faktisch noch rechtlich einlösbare Verpflichtung. Indem der Antrag jedoch das **Recht auf Arbeit** teilweise als verbindliches Staatsziel und teilweise als ein justitierbares Grundrecht normiert, findet er einen Kompromißweg aus der Zwangslage, Marktwirtschaft mit einem der fundamentalen Menschenrechte vereinbar zu machen.

Wir schlagen ferner das Recht auf eine vorleistungs-unabhängige soziale **Grundsicherung** für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Alter und Geschlecht vor. Es soll eine von Dritten unabhängige Existenz ermöglichen, auch wenn die Teilnahme am Erwerbsleben nicht oder nur eingeschränkt möglich ist.

Das Recht auf eine **angemessene Wohnung** für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen, einkommensgerechte Mieten und einen gesetzlichen Kündigungsschutz formulieren wir ebenfalls. Die unerträgliche Schande der Obdachlosigkeit in einem reichen Industriestaat muß endlich beseitigt werden.

Das Recht auf **gesundheitliche Fürsorge** für jeden Menschen genauso wie das Recht auf Freizeit und einen bezahlten Erholungsurlaub für alle sind unserer

(B) Meinung nach Grundrechte, die Verfassungsrang haben.

Es ist kennzeichnend, daß der Vorschlag der Gemeinsamen Verfassungskommission keine sozialen Grundrechte enthält, obwohl auch dort eine Mehrheit die Position bezogen hat, daß das vorhandene Defizit an sozialen Grundrechten ursächlich mit fehlenden sozialen Staatszielbestimmungen zusammenhängt.

Wer trotz dieser Erkenntnis keine Änderung einleitet, nimmt die Verschärfung sozialer Gegensätze billigend in Kauf. Die PDS/Linke Liste, den Diskriminierten, sozial Benachteiligten und um mehr Gerechtigkeit Bemühten in dieser Gesellschaft verpflichtet, wird sich auch außerhalb der heutigen Debatte dafür einsetzen, daß die von der UNO deklarierten Menschenrechte auch in der Bundesrepublik durchgesetzt werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren! Ich erteile jetzt der Frau Kollegin Maria Michalk das Wort.

Maria Michalk (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr viel ist heute schon über die Frage **Minderheiten- und Volksgruppenschutz** gesprochen worden. Erlauben Sie mir, daß ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf Art. 20 b lenke.

Die heute zur Abstimmung anstehende Formulierung „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ ist nicht das, was ich als Angehörige der Volksgruppe der Sorben in meiner parlamentarischen Arbeit für den notwendigen Schutz und die Förderung der traditionell in Deutschland ansässigen Minderheiten und Volksgruppen erreichen wollte. Alle, die diese auf der Basis des SPD-Antrages gefundene Formulierung bejubeln, muß ich fragen: Glauben Sie wirklich, daß dieser Antrag so die **Erwartungen der Dänen, Friesen und Sorben** erfaßt, oder geben Sie nicht vielmehr zu, daß dies das Ergebnis raffinierten politischen Taktierens ist, um durch die Hintertür die Fragen der Einbürgerungspolitik und der doppelten Staatsangehörigkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Das ist nicht zu glauben! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Regen Sie sich nicht auf, ich komme noch darauf!

Ich fühle mich als Angehörige der Sorben bei so einer taktiererischen Politik nicht sehr verstanden und bedaure zutiefst, daß die Alternativvorschläge, die auch meiner Fraktion auf dem Tisch lagen, heute hier nicht mehr zu finden sind, weil sie nicht die erforderliche Mehrheit fanden. Leider war ja auch meine Fraktion nicht davon zu überzeugen, daß die Formulierung, die ich gern hätte, nämlich

Der Staat schützt und fördert die traditionell in geschlossenen Siedlungsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen nationalen Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit . . .

genau dem entspricht, was die Vertreter des sorbischen Volkes nach dem Fall der Mauer, unter dem Eindruck der erlangten Freiheit, nach breitem Diskussionsprozeß im August 1990 im Memorandum des sorbischen Volkes festgehalten haben. Erlauben Sie mir, daß ich daraus kurz zitiere:

Das sorbische Volk wendet sich an die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere an die Politiker im Osten und im Westen Deutschlands, mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, daß im Grundgesetz des einheitlichen Deutschland die Lebensinteressen der Volksgruppen in gebührender Weise berücksichtigt werden.

Das widerspiegelt die Erwartungshaltung, über die wir heute zu entscheiden haben.

(Zuruf von der SPD: Wo ist Ihr Antrag dazu?)

Immer noch wissen viele nicht, daß das sorbische Volk seit 1400 Jahren in der Lausitz lebt und seit etwa 1000 Jahren innerhalb deutscher Staatlichkeit. Diese Tatsache kann man doch nicht verwischen, indem man die Interessen dieses Volkes mit den Interessen von Gruppen gleichsetzt, die seit 10, 20, 50 Jahren in Deutschland leben.

Ich will auch noch hinzufügen: Der Hinweis auf die Kulturhoheit der Länder ist mir nicht ausreichend.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau!)

(C)

(D)

Maria Michalk

- (A) Minderheitenpolitik ist für mich mehr als nur Kulturpolitik. Das konnte ich am eigenen Leibe erfahren.

Will man der nicht aufzuhaltenden Assimilation begegnen, braucht ein Volk wie das der Sorben, der Friesen und der Dänen einen besonderen Schutz und eine besondere Förderung. Ich habe heute in den Gesprächen am Rande dieser Debatte noch einmal die Gewißheit erlangt, daß es auch in Zukunft diesen Schutz und diese Förderung, sprich Unterstützung, geben wird und daß das Thema mit der heutigen Debatte bei weitem noch nicht beendet ist.

Populistische Formulierungen, wie man sie z. B. in dem Antrag der PDS finden kann, werten das Thema eigentlich nur ab, vielleicht sogar in juristischer Form. Oder stellen Sie von der PDS sich wirklich vor, daß das, was Sie alles schützen und fördern wollen, bezahlbar ist?

(Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste]: Ja!)

Schön wäre es, wenn Sie dann ihr SED-Vermögen dafür zur Verfügung stellen würden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Widerspruch bei der PDS/Linke Liste)

- (B) Nein, mein Signal hier zielt darauf, zu erkennen, daß die Aufnahme eines Artikels in der Form der von uns vorgeschlagenen Formulierung für die **traditionell in Deutschland lebenden Volksgruppen und Minderheiten** auch ein Signal an die Gefühle der betroffenen Menschen gewesen wäre. Es hat bei aller Hochschätzung der Regelungen in den Ländern etwas mit Geborgenheit im vereinten Deutschland zu tun. Deshalb beruft man sich ja auch auf die Verfassungstradition. Ich bedaure sehr, was daraus heute entstanden ist.

Helfen Sie bitte auch nach dem heutigen Tag mit, diesem Anliegen Rechnung zu tragen.

(Zuruf von der SPD: Warum haben Sie keinen Antrag gestellt? — Ottmar Schreiner [SPD]: Wissen Sie überhaupt, was in der Verfassungskommission los war?)

Ich möchte es in meiner sorbischen Sprache bekräftigen: Ja was jara prošu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Sie lehnen es doch ab! — Freimut Duve [SPD]: Für die Blockparteien war das eine tolle Rede!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der nächste Redner ist jetzt unser Kollege Werner Schuster.

Dr. R. Werner Schuster (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab, Frau Kollegin Michalk — würden Sie freundlicherweise zuhören —: Ich muß meine eigene Rede abändern und Sie freundlich darauf hinweisen, daß die SPD in einem Antrag, über den nachher namentlich abgestimmt wird, fordert:

Der Staat schützt und fördert Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit. (C)

Sie brauchen dem nur zuzustimmen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Ihr lehnt doch ab!)

Nach dem unübertroffenen Redebeitrag meines sehr geschätzten Kollegen Hans-Jochen Vogel

(Beifall des Abg. Freimut Duve [SPD])

möchte ich noch einmal versuchen, bei Ihnen, meine Damen und Herren, für die Idee der **globalen Verantwortung Deutschlands** und ihrer Verankerung in der Verfassung zu werben. Wie Sie wissen, beantragt die SPD, in der Präambel die Worte „dem Frieden der Welt zu dienen“ durch die Formulierung zu ersetzen: „dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der einen Welt zu dienen“.

Stellen Sie sich vor, zwischen meinen Händen befände sich eine Erdkugel, symbolisch ein Globus, wie wir ihn aus der Schule kennen. Wir, die Europäer, die Amerikaner und die Japaner, leben hier oben im Norden mit etwa einer Milliarde Menschen. Hier unten im Süden leben vier Fünftel aller Menschen, vier bis fünf Milliarden. Wir im privilegierten Norden verbrauchen trotz nur 20%igen Bevölkerungsanteils 80 % aller Ressourcen, 80 % aller Energien und sind verantwortlich für 75 % aller Emissionen.

Spätestens seit der berühmten Konferenz von Rio wissen auch diejenigen unter Ihnen, die nicht Umwelt- und Entwicklungspolitiker sind, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann dieses Konsumverhalten des Nordens zum **Kollaps unseres Erdballs** führt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste])

Wir, nicht unsere schwarzen Freunde im Süden, bedrohen das Überleben der Menschheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Diese Fakten liegen seit langem, durch zahlreiche internationale Kommissionen belegt, für jedermann offen auf dem Tisch. Strittig ist nur, wann der Kollaps passiert, ob im Jahre 2050, 2100 oder vielleicht 2200.

Aber wir, die Bevorzugten im Norden, waren bei dieser Zerstörung unseres Globus schon sehr erfolgreich. Sie erinnern sich: Wir haben es — Hand in Hand mit den Eliten des Südens — z. B. geschafft, in nur 40 Jahren 50 % des Urwaldes zu schlachten, dessen Entstehung mehrere Millionen Jahre gedauert hat. Meinen Sie nicht auch, daß wir eine **Verantwortung für nachfolgende Generationen**, für unsere eigenen Kinder und Enkelkinder haben?

In dem gerade erschienenen „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, kurz: UNDP 1994, liest sich dieser Zusammenhang u. a. wie folgt — ich darf zitieren —:

Dr. R. Werner Schuster

- (A) Trotz aller technologischen Durchbrüche leben wir immer noch in einer Welt, in der ein Fünftel der Bevölkerung der Entwicklungsländer Tag für Tag hungert, in der ein Viertel nicht einmal seine elementaren Bedürfnisse wie sauberes Trinkwasser decken kann und ein Drittel in einem Zustand äußerster Armut lebt — derartig an den Rand menschlicher Existenz gedrängt, daß die Worte fehlen, um den Zustand dieser

— immerhin 1,5 Milliarden —

Menschen zu beschreiben.

Wir leben auch in einer Welt beunruhigender Gegensätze: Während so viele hungern, werden andererseits viele Nahrungsmittel verschwendet. Während so viele Kinder sich ihrer Kindheit nicht erfreuen können, gibt es andererseits so viele unnötige Waffen. Trotz des zu begrüßenden Rückgangs entsprechen die globalen Militärausgaben immer noch dem zusammengerechneten jährlichen Einkommen einer Hälfte der Menschheit. Die reichste Milliarde Menschen

— das sind wir im Norden —

verfügt über ein 60 mal so hohes Einkommen wie die ärmste Milliarde.

Vor diesem Hintergrund müssen wir nach einem neuen Konzept für die menschliche Sicherheit in den kommenden Jahrzehnten suchen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

- (B) welches sich eben nicht mit den herkömmlichen Kategorien von Krieg und Frieden zufriedengeben darf, sondern den globalen Überlebensfragen Rechnung trägt. Nachhaltige menschliche Entwicklung — das verlangt dieser UNDP-Bericht — muß nach einer neuen Rolle für die Vereinten Nationen suchen, damit diese darangehen können, nicht nur die Agenda für den Frieden, sondern auch eine Agenda für die Entwicklung zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Damit sind die Aufgaben auch deutscher Politik nachdrücklich benannt. Ich empfehle Ihnen allen diesen Bericht als anregende Lektüre für die Sommerpause.

Aus diesen Gründen hat die SPD im Laufe dieser Periode eine Reihe von Anträgen eingebracht mit dem Ziel, die Entwicklungsverträglichkeit als Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns zu begreifen. Wir haben im Ausschuß und im Plenum darum des öfteren hart, aber meist konstruktiv gestritten. Am Ende dieser Periode bietet sich heute die einmalige Chance, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg international ein Signal zu setzen, daß wir, die gewählten Volksvertreter im Deutschen Bundestag, uns der Verantwortung für die eine Welt bewußt sind und dies auch in der Verfassung verankern wollen.

Dieser Schritt sollte Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, doch nicht schwerfallen. Gönnen Sie sich doch einmal die weni-

gen Minuten, in Ihren eigenen Wahlprogrammen nachzulesen! (C)

(Detlev von Larcher [SPD]: Ja!)

Sie werden sich wundern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir uns in den Zielen also offenkundig einig sind, frage ich: Sollte sich dieses notwendige Umdenken nicht auch in der jetzt zu verabschiedenden Verfassung wiederfinden? Die Sicherung des Überlebens durch eine auf Dauer tragfähige Entwicklung und die Schaffung gleicher Lebenschancen weltweit, im Norden und im Süden, das muß ein besonderes Anliegen des Staates und von Ländern und Kommunen gleichermaßen sein.

Die Verabschiedung dieser Verfassung bietet die unwiederbringliche Chance, zu dokumentieren, daß wir in der Lage und willens sind, über den Tellerrand Deutschlands hinauszublicken und die globale Verantwortung Deutschlands auch in der Präambel zu manifestieren.

Ich bitte Sie daher herzlich — eigentlich um unserer selbst willen — um Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Präambeleinschub.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt unser Kollege Heinz Seesing. (D)

Heinrich Seesing (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon in früheren Wahlperioden hat es den Wunsch gegeben, dem Bund Gesetzgebungskompetenzen etwa in den Bereichen Fortpflanzungsmedizin, Gentechnologie und Organtransplantation zu übertragen. Es ist gut, daß heute hierüber befunden werden kann.

Bevor ich mich mit diesen Problemen beschäftige, möchte ich meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, daß die Fragen der Staatshaftung durch die Übertragung auf die Bundeskompetenz eine Lösung gefunden haben, wie meine Freunde und ich sie uns schon lange gewünscht haben.

Meine Damen und Herren, die Fortschritte in Medizin und Technik bringen zunehmend neue schwierige Fragestellungen hervor. Schlaglichtartig deutlich wurde dies im Fall der Erlanger Schwangerschaft. Die Weiterbehandlung einer Toten, um ungeborenes Leben zu erhalten und bis zur Geburt zu fördern, hat besonders deutlich die Probleme der Feststellung des Todeszeitpunktes, der Verletzung des Rechts der Frau auf menschenwürdiges Sterben, des Lebensrechts des Kindes, der Forschungsfreiheit und der Experimente am Menschen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt.

Ähnlich schwerwiegende Fragen stellen sich auch zum Lebensbeginn. Die ethischen Probleme der In-

Heinrich Seesing

- (A) **vitro-Fertilisation und des Embryonentransfers** wurden über Jahre nach innerärztlichen Richtlinien behandelt, bis das Embryonenschutzgesetz in Kraft trat, das einige Probleme durch Anwendung des Strafrechts löste. International gibt es keinen Konsens zu diesen Fragen.

Ein weiteres Problem am Lebensbeginn ist darin zu sehen, daß durch die immer weiter verbesserten Methoden der **pränatalen Diagnostik** die Schere zwischen Diagnose und Therapie immer größer wird. Immer mehr Krankheiten lassen sich mit Hilfe gendiagnostischer Verfahren erkennen. Diese Verfahren werden immer einfacher und aussagekräftiger. Es reichen wenige Körperzellen für einen Test. Jede kleine Hautzelle, jede Haarwurzel und jeder Tropfen Blut wird damit zum Träger von Informationen über die gesundheitlichen Anlagen eines Menschen.

Die Ergebnisse der Humangenetik und der Gentechnologie werden die Medizin wesentlich beeinflussen. Mit dem Fortschritt entsteht allerdings auch allzuleicht der Eindruck, es könnten alle Gesundheitsschädigungen mit Hilfe medizinischer Möglichkeiten wieder rückgängig gemacht werden. Es besteht die Gefahr, daß die Gesundheit zur Pflicht gemacht und als Leistung gefordert wird.

Aber weder der Ausbau der Organtransplantation noch eine zukünftige Genschirurgie werden ewiges Leben garantieren können. In ihnen liegt neben allem medizinischen Fortschritt die Gefahr der Betrachtung des Menschen als reparaturfähige Maschine.

- (B) Ich befürchte, daß auch nach Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven im Gesundheitswesen in Zukunft über die Rationierung von Ressourcen zu entscheiden ist. Ressourcen sind nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch andere Güter z. B. Zeit, menschliche Zuwendung, vorhandene Geräte oder erhältliche Spenderorgane. Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit stellt sich und damit eine ethische Fragestellung, die nicht nur mit Gesetzgebungskompetenz zu beantworten ist. Ich sehe die Notwendigkeit, daß sich der Deutsche Bundestag eine Einrichtung schafft, die ihm eine Entscheidung über die vielen **ethischen Fragen** möglich macht.

Für viele ist auch die Frage des **Tierschutzes** eine solche ethische Frage. Sie wünschen deshalb eine Aufnahme des Tierschutzes in den Katalog der Staatszielbestimmungen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warnt vor einer ausdrücklichen eigenen Formulierung eines solchen Staatszieles. Wir sind der Auffassung, daß die Gefahr besteht, daß andere durch die Verfassung geschützte Bereiche, z. B. die Entfaltung von Forschung und Lehre oder sogar der Schutz des menschlichen Lebens, getroffen werden könnten. Zudem haben wir ein Tierschutzgesetz, in dessen § 1 es wie folgt heißt:

Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: So ist es!)

Da wir der Auffassung sind, daß das **Staatsziel Umweltschutz** wenigstens zum Teil auch den Schutz der

(C) Tiere einschließt, empfehlen wir, daß diese Interpretation in noch zu besprechender Form vom Parlament festgelegt wird.

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Wegen der weiterführenden ethischen Fragen verweise ich auf das von mir schon Gesagte. Ich glaube, der nächste Bundestag hat da eine Aufgabe, die gelöst werden muß.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserer Frau Kollegin Konstanze Wegner das Wort.

Dr. Konstanze Wegner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir einige Worte zu einem Thema, das ursprünglich auf der Tagesordnung der Gemeinsamen Verfassungskommission stand, das dann aber immer wieder aufgeschoben wurde und zuletzt überhaupt nicht mehr behandelt worden ist.

Ich meine die **Reform der Finanzverfassung**. Ich möchte als ursprünglich vorgesehene Berichtstermin der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema einige Worte sagen, weil ich überzeugt bin, daß die Verfassungskommission mit dieser Nichtbehandlung eine Chance vertan hat. Dies zuzugeben gehört auch in eine ehrliche Bilanz der Arbeit dieser Kommission.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Wäre es nicht angebracht gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ehe wir über veränderte Gesetzgebungskompetenzen, über Frauenrechte, über Tierschutz und über neue Staatsziele diskutieren, einmal die Frage nach den finanziellen Grundlagen solcher Regelungen zu stellen? Natürlich hätte die Gemeinsame Verfassungskommission keine neue Finanzverfassung entwerfen können. Damit wäre sie völlig überfordert gewesen; das wäre auch von der Sache her gar nicht notwendig. In einer solchen Grundsatzdebatte hätte man aber doch einige Pflöcke einschlagen können, um die Richtung zu weisen, in die mögliche Reformen gehen könnten. Das schiene mir sinnvoll gerade und auch im Hinblick auf die deutsche Einheit.

Ich bin überzeugt, daß sich jetzt die **Aufgabenzuweisung** und die entsprechende **Finanzausstattung der Gebietskörperschaften**, d. h. von Bund, Ländern und Gemeinden, nicht mehr im Gleichgewicht befinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel aus der Kommunalpolitik nennen, das Ihnen allen vertraut ist. Zu Recht klagen die Kommunen über die Last der **Sozialhilfe**, die in den letzten Jahren explosionsartig in unserer Gesellschaft angestiegen ist, zum einen durch die Fort- und Weiterentwicklung der Armut, zum anderen aber, weil die Sozialhilfe zunehmend mit wesensfremden Aufgaben belastet worden ist, für die sie

Dr. Konstanze Wegner

- (A) gar nicht geschaffen war, nämlich mit den Kosten für Bürgerkriegsflüchtlinge, mit den Kosten für Langzeitarbeitslose und bislang auch mit den Kosten für die Pflege.

Auch die Art und Weise, wie die Regelung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, den wir in der Sache natürlich alle unterstützen, durchgeführt worden ist, ist höchst problematisch. Es kann nicht richtig sein, daß eine Ebene, in diesem Fall der Bund, für eine andere Ebene eine höchst kostenträchtige Reform beschließt, ohne daß zuvor über die Aufteilung der Kosten Klarheit besteht bzw. eine Beteiligung der beschließenden Ebene gesichert ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weshalb ist es nicht zu einer Thematisierung der Finanzverfassungsreform gekommen? Die Antwort ist einfach: Die Bundesregierung und auch die Länder, allerdings aus ganz unterschiedlichen Beweggründen, wollten das nicht. Der Bund hat kein Interesse an einer Reform der Finanzverfassung, weil er fürchten muß, dabei finanziell noch weiter gerupft zu werden. Die Länder — —

(Georg Gallus [F.D.P.]: Haben kein Geld!)

Ich muß mich korrigieren: Der Bund hat versucht, ein Thema in die Verfassungskommission einzubringen. Das war der Vorschlag, die Länder mögen sich an den Kosten für die Europäische Gemeinschaft beteiligen. Wir als Berichterstatter aber waren uns einig, daß dies ein Randthema ist und daß man dies nicht isoliert diskutieren kann, sondern nur im Zusammenhang.

(B)

Die Länder ihrerseits haben die Reform der Finanzverfassung nicht thematisiert, weil sie sich einfach nicht auf eine gemeinsame Marschroute gegenüber dem Bund einigen konnten. Die Unterschiede liegen da nämlich keineswegs darin, ob ein Land rot oder schwarz regiert wird, sondern ausschließlich darin, ob es sich um ein finanzstarkes oder ein finanzschwaches Land handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben ganz unterschiedliche Anforderungen gegenüber dem Zentralstaat.

Die Tatsache, daß die Gemeinsame Verfassungskommission nicht in der Lage gewesen ist, sich mit den zugegebenermaßen prosaischen Fragen der Finanzverfassung zu beschäftigen, können wohlwollende Betrachter als eine besondere Ausprägung des deutschen Idealismus interpretieren.

(Beifall des Abg. Freimut Duve [SPD])

Mir scheint aber eher, daß sich die unmittelbar Beteiligten schlicht vor einem schwierigen Problem gedrückt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Chance zur Reform, eine Chance zum Handeln in einem ganz wichtigen staatlichen Bereich wurde damit vertan. Das ist schade, meine Damen

und Herren, denn die Probleme bleiben uns erhalten und werden uns mit Sicherheit weiter beschäftigen. (C)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, jetzt hat unsere Kollegin Susanne Rahardt-Vahldieck das Wort.

Susanne Rahardt-Vahldieck (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Verlaufe der Debatte habe ich einige mehr oder minder leidenschaftliche Appelle mit den verschiedensten Formulierungsvarianten gehört, die **nichteheliche Lebensgemeinschaft** in Art. 6 des Grundgesetzes aufzunehmen. Ich will noch einmal ganz klarstellen, daß die Nichtaufnahme solcher Lebensgemeinschaften ins Grundgesetz unter gar keinen Umständen eine Diskriminierung derselben bedeuten kann

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und nicht bedeuten soll. Ich selbst — ich glaube, ich kann das ganz offen sagen — habe jahrelang in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gelebt,

(Freimut Duve [SPD]: Hör! Hör!)

die damals nicht im Grundgesetz abgesichert war und es in Zukunft wohl auch nicht sein wird. Ich habe mich nicht diskriminiert gefühlt. Ich gehe davon aus, daß sehr viele derjenigen, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben, dies ganz genauso sehen. Denn Art. 2 unseres Grundgesetzes ermöglicht jedem Menschen, so zu leben, wie er das will: allein, zu zweit, verheiratet, unverheiratet, mit Kindern, ohne Kinder, zu dritt, zu viert, in einer Gemeinschaft auf Dauer angelegt oder nicht auf Dauer angelegt, in Wohngemeinschaften, wie auch immer er das möchte. Wir sind ein freies Land, jeder kann seinen Weg so wählen. (D)

Der **besondere Schutz**, den das Grundgesetz **Ehe und Familie** gewährt, bedeutet ja nicht, daß andere Formen des Zusammenlebens nicht geachtet, akzeptiert, toleriert würden; sie werden nur nicht besonders geschützt.

Nun frage ich mich: Wie soll man denn sonst damit umgehen? Es gibt doch die verschiedensten Varianten. Im Laufe der Verfassungsdiskussion ist an uns auch herangetragen worden, Alleinstehende hätten mit besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen und müßten deswegen in die Verfassung besonders aufgenommen werden. Nun schützen wir in Art. 6 Ehe und Familie besonders, dann schützen wir auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften oder achten sie besonders. Was ist denn übrigens mit den Lebensgemeinschaften, die nicht auf Dauer angelegt sind? Die soll es ja auch geben. Wenn man die nicht aufnimmt, heißt das, die würden diskriminiert? Dann kommen mit einem gewissen Recht die Alleinstehenden und sagen: Wir wollen alleine leben. Wenn wir die auch noch aufnehmen, dann haben wir den ganzen Katalog aller Formen des Zusammenlebens ins Grundgesetz aufgenommen. Was bedeutet dann,

Susanne Rahardt-Vahldieck

- (A) bitte schön, noch der besondere Schutz von Ehe und Familie?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Detlev von Larcher [SPD]: Sie sind sophistisch!)

Der besondere Schutz von Ehe und Familie liegt nicht darin begründet, daß irgend jemand auf dem Umweg ins gemeinsame Bett das Standesamt berührt, sondern darin, daß rechtliche Verpflichtungen zwischen den Partnern, den Ehepartnern, ausgesprochen werden, auch nachgehende rechtliche Verpflichtungen,

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Sie haben nicht begriffen, worum es geht!)

und rechtliche Pflichten zwischen Eltern und Kindern bestehen. Diese rechtlichen Pflichten werden vom Gesetz- und Verfassungsgeber auferlegt. Zum Ausgleich dafür ist es doch nur angemessen, daß eine derart enge verpflichtende Bindung auch einen besonderen Schutz genießt. Das sagt überhaupt nichts darüber aus, daß Leute, die anders zusammenleben wollen, ohne diese Pflichten nicht geachtet würden. Aber diesen besonderen Schutz verdienen sie unserer Auffassung nach nicht.

Deswegen: Nichts gegen alle anderen **Formen des Zusammenlebens**. Was heißt im übrigen „auf Dauer angelegt“ oder „nicht auf Dauer angelegt“? Ich meine, das sind innere Tatsachen, über die man auch einmal nachdenken könnte. — Zu zweit, zu dritt, mit Kind und ohne Kinder — das kann jeder selbst entscheiden, niemand wird diskriminiert, jeder wird geachtet.

(B)

Der einfache Gesetzgeber dürfte da übrigens auch noch etwas tun, das sage ich auch mal dazu. Es gibt durchaus noch rechtliche Schwierigkeiten für Lebensgemeinschaften, die abgebaut werden können.

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Sehr wahr!)

Das ist aber Aufgabe des Gesetzgebers, nicht des Verfassungsgebers. Wir können als Verfassungsgeber nicht jedes Problem, das der Gesetzgeber lösen müßte, durch Verfassungsvorgaben bereits jetzt lösen. Das, meine ich, ist ein Ansatz, den wir nicht verfolgen dürfen.

All die Probleme, die in diesen Lebensgemeinschaften auftauchen können, können durch den einfachen Gesetzgeber geregelt werden und müssen es auch. In der Verfassung haben diese Fragen nichts zu suchen. Das heißt: Keine Aufnahme der Lebensgemeinschaften in die Verfassung! Der besondere Schutz von Ehe und Familie bleibt aus wohlerwogenen Gründen und ohne jede Diskriminierungsabsicht bestehen. — Soweit zu Art. 6.

Jetzt mit von Sozialdemokraten geklauter Zeit noch etwas zur **Mitmenschlichkeit**; das ist ein Antrag, den ich auch unterschrieben habe.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Ist doch nicht geklaut!)

Gerade in meiner Fraktion gibt es, wie ich leider weiß, Widerstände gegen die geplante Lösung, die ich nicht

verstehen kann, denn für mich sind **Mitmenschlichkeit** und **Gemeinsinn** urkonservative, urchristliche Anliegen. Daß gerade meine Fraktion solche Bedenken hat, kann ich nicht ganz begreifen.

(C)

(Beifall bei der SPD — Detlev von Larcher [SPD]: Sind christlich und konservativ dasselbe?)

Ein Argument ist, daß wir Verfassungslyrik nicht brauchen würden. Das ist völlig richtig, Verfassungslyrik brauchen wir nicht. Ich bin im übrigen auch keine Verfassungslyrikerin, wie die meisten unter Ihnen wissen dürften.

Dann heißt es aber, das sei eine neue Grundrechtschranke, die sehr verdächtig sei und deswegen nicht aufgenommen werden dürfte. Was denn nun? Entweder ist es Lyrik, oder es ist eine neue Schranke. Es kann unmöglich beides zugleich sein. Es kann nur eines von beidem sein.

Im übrigen ist es meines Erachtens weder das eine noch das andere. Herr Grimm — der Aufsatz ist schon häufiger zitiert worden — hat ausdrücklich gesagt, diese Grundgedanken einer **Verfassungserwartung** gehörten in die **Präambel**. Dort haben die Antragsteller sie jetzt auch angesiedelt, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. Alle Verfassungserwartungen und alle Verfassungsvoraussetzungen — wie diese — sind in der Präambel zu formulieren, und es scheint mir sehr, sehr wichtig, daß diese beiden Worte im Grundgesetz auftauchen. Wir alle klagen über Vereinsamung, über Gewalttätigkeit, über Individualisierung, über die Atomisierung der Gesellschaft — alles Erscheinungen, über die wir zu Recht klagen.

(D)

Wenn wir auf der anderen Seite eine Verfassung haben, in der immer nur die Worte Freiheit und Gleichheit ausdrücklich auftauchen, aber Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn immer nur herausgelesen werden müssen — ich meine, wenn wir diese beiden Worte dort betonen, wo sie hingehören, nämlich in der Präambel, tun wir wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung. Daß das alles dann nicht sofort unter den Menschen ausbricht, wissen auch wir. Aber es muß in diesem Grundgesetz auch einmal gesagt werden, daß dieses Land nicht nur aus Freien und Gleichen besteht, sondern auch aus Menschen, die sich umeinander und um die Gemeinschaft kümmern.

Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen und Gruppen)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt unsere Kollegin Edith Niehuis.

Dr. Edith Niehuis (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um mein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Mehrheit dieses Parlaments so desinteressiert gewesen ist, den Art. 6 im Sinne der Kinder zu verändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dr. Edith Niehuis

- (A) Dieses Desinteresse geht in vielerlei Hinsicht zu Lasten der **Kinder in der Gesellschaft**, aber damit auch zu Lasten einer wünschenswerten Entwicklung in unserer Gesellschaft.

Sie wissen, daß Art. 6 des Grundgesetzes die Kinder nur als Objekte erwähnt, als Objekte, die von den Eltern erzogen werden, nicht aber als Subjekte, die mit zunehmendem Alter auch Anspruch auf selbständiges und verantwortliches Handeln haben.

Mittlerweile ist vollkommen unbestritten, daß Kinder Träger von Grundrechten sind und daß die elterliche Erziehungsbefugnis — ich zitiere das Bundesverfassungsgericht — „ein Recht im Interesse des Kindes“ ist. Die UN-Kinderrechtskonvention, die wir von deutscher Seite ratifiziert haben, denkt ebenfalls in diesem Sinne vom Kinde her.

Um so unverständlicher finde ich, daß es nicht möglich war, CDU/CSU und F.D.P. zu bewegen, endlich unser Grundgesetz so zu verändern, daß wir der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der UN-Kinderrechtskonvention entsprechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun lehnen Sie so manche Verfassungsänderung mit dem Hinweis ab, man könne dies auch einfachgesetzlich regeln. So richtig dieses Argument in einzelnen Fällen sein mag, hinsichtlich des Art. 6 und der Kinderrechte trifft es nicht zu. Wenn grundsätzliche Fragen des Gemeinwesens — in diesem Fall des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern — angesprochen werden, dann, denke ich, ist das eine Aufgabe der Verfassung. Wohin sollte es denn sonst gehören?

(Beifall bei der SPD)

Aber andererseits frage ich mich, wenn Sie so sehr an die einfachgesetzlichen Regelungen glauben, warum tun Sie sich als Regierung dann eigentlich so schwer, dies dann auch einfachgesetzlich zu regeln?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Bis heute haben Sie es nicht geschafft, das längst überfällige Kindschaftsrecht zu verändern. Sie haben es wohl geschafft — was wichtig ist —, das Erbschaftsrecht von ehelichen und unehelichen Kindern zu regeln. Aber ich frage mich dann: Warum machen Sie dann eine Änderung des Grundgesetzes nicht mit, wo wir den Art. 6 genau so formulieren, daß wir nie mehr eine Unterscheidung zwischen ehelich und unehelich machen müssen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Halbherzig und mißlungen ist die von Ihnen vorgelegte einfachgesetzliche Konkretisierung des Mißhandlungsverbots in der Kindererziehung. Es wäre besser gewesen, Sie wären unserem Vorschlag ge-

folgt, in den Art. 6 GG den Satz aufzunehmen: „Kinder sind gewaltfrei zu erziehen.“ (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch ein Widerspruch, daß im Laufe der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik die Anwendung von Gewalt in der außerfamiliären Erziehung von Kindern verboten wurde — Erzieherinnen und Lehrer können dafür sogar disziplinarrechtlich, strafrechtlich verfolgt werden —, Gewalt in den Familien allerdings weiterhin zulässig sein soll. Sie soll nach dem Willen der CDU/CSU und F.D.P. dort zulässig bleiben, wo sie auf Grund der starken emotionalen Bindung der Menschen, nämlich in der Familie, am ehesten entbehrlich wäre, aber auch entbehrlich sein muß. Wer **gewaltfreie Erziehung** nicht als Norm für unsere Gesellschaft festschreiben will, duldet damit indirekt zugleich Gewalt in der Erziehung — und das in ganz unterschiedlichen Ausprägungen — und bestätigt damit leider das bei Eltern viel zu weit verbreitete Urteil, daß z. B. körperliche Strafe als erlaubtes pädagogisches Mittel angesehen werden kann.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Leider, leider!)

Sie bestätigen damit im Grundsatz das, was abgeschafft wurde, nämlich das alte Züchtigungsrecht der Eltern, und negieren damit das moderne Sorgerecht der Eltern. Das finde ich schade.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Dieses einseitige Verständnis des Elternrechts, dem das Recht des Kindes nicht energisch genug entgegengesetzt wird, kann fatale Folgen für Kinder in unserer Gesellschaft haben, insbesondere für die 400 000 Kinder jährlich, die so brutal geschlagen werden, daß sie körperliche Folgeschäden haben werden, aber auch für alle anderen Kinder, die andere Gewalterfahrungen in der Familie machen müssen. (D)

Die von der Bundesregierung eingesetzte Gewaltkommission, deren Arbeit viel beachtet, von der Bundesregierung allerdings ignoriert wurde, forderte 1990 in ihrem Gutachten, daß Gewalt in der Familie in klarer Weise rechtlich mißbilligt werden sollte, was im übrigen auch die **UN-Kinderrechtskonvention** verlangt. Wer dieser Forderung um der Kinder willen nicht entsprechen will, der sollte es eigentlich aus Verantwortung gegenüber unserem Gemeinwesen tun.

(Beifall bei der SPD)

Viele reden von der Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Das heißt doch so viel, daß die Gesellschaft in der Familie im kleinen erfahren und erlernt wird. Aber was sollen Kinder Ihrer Meinung nach an Grunderfahrungen in dieser Keimzelle der Gesellschaft lernen? Ist es denn wirklich wünschenswert, wenn Kinder lernen: Es ist das Recht des Stärkeren, in dem Fall der Eltern, seine/ihre Interessen notfalls mit Gewalt durchsetzen zu dürfen? — Das ist natürlich nicht wünschenswert.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Edith Niehuis

- (A) Wenn man zudem eine Erkenntnis der Erziehungswissenschaft hinzufügt, die besagt, daß überwiegend strafendes Erwachsenenverhalten eher Disziplinlosigkeit, Aggression und Gewalt hervorbringt, aber nicht selbstdisziplinierte Kinder, dann scheint mir die Frage, welcher **Erziehungsstil** gesellschaftspolitisch wünschenswert wäre, beantwortet. Genausowenig wie in einer Demokratie Gewalt zur Durchsetzung von Interessen legitim ist, ist Gewalt in einem demokratisch verantwortungsbewußten Elternverhalten legitim.

(Beifall bei der SPD)

Darum wäre die Ergänzung des Art. 6 des Grundgesetzes sehr viel mehr als nur eine Stärkung der Kinderrechte. Sie wäre ein wichtiger, qualitativer Fortschritt für unser Gemeinwesen gewesen. Es würde mich freuen, wenn Sie heute trotz anderer Absicht dennoch zustimmen könnten.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nach Frau Dr. Niehuis hat jetzt unser Kollege Dr. Bertold Reinartz das Wort.

- (B) **Dr. Bertold Reinartz (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe soeben mit größter Verwunderung dem Beitrag unserer Kollegin Dr. Höll von der PDS/Linke Liste gelauscht, die ein Seminar über Staatsmonopolkapitalismus gehalten hat — oder besser: halten wollte — und dabei zu bemerkenswerten Äußerungen gekommen ist, die mich veranlassen, von meinem vorgesehenen Beitrag abzuweichen und nicht über die Selbstverwaltungsgarantie und finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen zu sprechen, sondern über die von ihr angesprochenen Staatsziele, die die PDS so sehr wünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU —
Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste]: Nicht nur wir!)

Ich habe dabei gelernt, daß die PDS unsere Bundesrepublik als einen unter dem Grundgesetz degenerierten Sozialstaat ansieht.

(Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste]: Sie müssen den ganzen Satz lesen!)

„Degeneriert zu einem Sozialstaat“? — Diejenigen, die Sozialleistungen in unserem Staat beziehen, werden von Ihnen zu Almosenempfängern gestempelt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist geradezu abenteuerlich.

Sie haben soeben gesagt — ich will das wiederholen —, Sie wollten das Defizit an sozialen Rechten beheben. Ich zitiere einmal den Gesetzentwurf, den Sie uns heute zur Abstimmung vorlegen, zu einer neuen Verfassung. In Art. 46 heißt es:

Der Staat ist verpflichtet, mittels eigener Wirtschaftstätigkeit und Regulierung der privaten Wirtschaft die Erreichung von Vollbeschäftigung,

ökologischer Verträglichkeit der Produktion, (C)
Währungsstabilität ... zu fördern.

Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes, als die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zu einem Volk von Almosenempfängern zu machen. Sie wollen **Individualität** und **Eigenverantwortung** vernichten sowie den Staat zum Regulativ für alles machen. Sie wollen Staatsfunktionäre, die den Wirtschaftsprozess bestimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollen nach dem Bild des Staates, das Ihnen vorschwebt, zu Menschen werden, die auf die zu hören haben, die, ohne daß sie die Kenntnisse dafür besitzen und ohne daß sie die Verantwortung dafür zuge tragen bekommen, über uns bestimmen und sozusagen das Almosen zum Leistungsentgelt machen wollen. Wir setzen einen anderen Staat dagegen.

(Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste]: Sie haben sich drei Jahre lang nicht mit unserer Politik auseinandergesetzt!)

Nur unter diesem Gesichtspunkt ist zu verstehen, daß Staatsziele wie das Recht auf Arbeit und Wohnung oder, wie Sie es soeben formuliert haben, auf gesundheitliche Fürsorge bei Ihnen zum Programm in der Verfassung erhoben werden. Dies geschieht deshalb, weil bei Ihnen der Staat alles reguliert, weil bei Ihnen nicht die freie Verantwortung des Menschen im Mittelpunkt steht, Leistung zu erbringen und dafür ein leistungsbezogenes Entgelt zu erhalten, sondern weil Sie mit Staatszielen den Staat und die Menschen bevormunden wollen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte all denen, die Ihre Ausführungen hier hören, empfehlen, genau zuzuhören und aufzumerken, daß Sie einen anderen Staat haben wollen. Sie wollen diesen Staat verändern. Sie wollen keinen demokratischen, sozialen Rechtsstaat,

(Ulla Jelpke [PDS/Linke Liste]: Sie sollten mal lesen! Das ist wichtig!)

sondern Sie wollen einen Staat haben, der alles bestimmt, in alle Lebensbereiche hineinregiert und der die Verfassung der DDR als richtig angesehen hat. Deswegen kommen Sie zu denselben Staatszielen, wie sie auch in der DDR-Verfassung galten.

(Dr. Barbara Höll [PDS/Linke Liste]: Sie sollten richtig lesen! — Ulla Jelpke [PDS/Linke Liste]: Dann können Sie darüber reden!)

— Sie können soviel dazwischenreden, wie Sie wollen, dadurch wird es nicht richtiger.

Meine Damen und Herren, nach diesem Entwurf kann ich überhaupt erst begreifen, was Sie mit Staatszielen wollen. Sie wollen mit den von Ihnen formulierten Staatszielen die Menschen verführen. Ich kann nur diejenigen warnen, die mit Ihnen zusammenarbeiten wollen oder sich von Ihnen tolerieren lassen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Bertold Reinartz

- (A) Diese politischen Gruppierungen sind gefährdet. Sie wollen den DDR-Staat in die Bundesrepublik transponieren, und dagegen wollen wir uns wehren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, jetzt hat unser Kollege Freimut Duve das Wort.

Freimut Duve (SPD): Herr Präsident! Ich habe mich nach den Ausführungen der beiden Kolleginnen Michalk und Steinbach zu einer Kurzintervention gemeldet.

Wir werden ab Montag in Wien die **zweite Parlamentarierkonferenz der KSZE** haben. Das zentrale Thema der Staaten der KSZE in den neunziger Jahren wird die Frage der **kulturellen und ethnischen Minderheiten** in der Zukunft sein.

Wir Deutschen haben ein großartiges Beispiel durch den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag gegeben, in dem zum erstenmal Minderheitenschutzrechte im Rahmen der KSZE in einer angemessenen Form niedergelegt sind, nämlich in jener Form, die besagt: Zuerst kommt die Zivilgesellschaft, zuerst kommt der individuelle Anspruch des einzelnen auf Staatsbürgerrechte, und dann kommt die Gruppenzugehörigkeit, und sie muß geachtet werden und gefördert werden können. — Das haben wir mit Polen und mit Ungarn gemeinsam erarbeitet und vertraglich vereinbart.

(B)

Ich appelliere noch einmal eindringlich an die Mitglieder der Unionsfraktion, in diesem Punkt die Zustimmung zu einer notwendigen Erweiterung unserer **grundgesetzlichen Verfassung** zu geben. Es ist wichtig, daß ein Staat wie Deutschland, der eine solche Rolle im Rahmen der KSZE spielt und von dem sehr viel erwartet wird, in dieser Frage eine neue, der modernen Zeit entsprechende Position einnimmt. Es wäre gut, wenn Sie — oder jedenfalls einige von Ihnen — heute den Gruppen und Fraktionen, die sich dazu entschlossen haben, zustimmen könnten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Nur für das Protokoll: Das war keine Kurzintervention, sondern ein Redebeitrag.

Meine Damen und Herren, nun hat unser Kollege Horst Eylmann das Wort.

Horst Eylmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da mir als Vorsitzenden des Ausschusses, der die heutigen Vorlagen vorbereitet und beraten hat, nur eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung steht, will ich mich auf zwei Punkte beschränken, die mir persönlich besonders wichtig sind.

Ich nenne zunächst das **Staatsziel Umweltschutz**. Wir haben bereits immer das Sozialstaatsprinzip in unserer Verfassung gehabt. Es hat sich nicht als justitiabel in dem Sinne erwiesen, daß sich darauf individuelle Ansprüche stützen lassen. Aber es hat doch diese Republik geprägt. Der Gesetzgeber, an den sich Staatszielbestimmungen richten, hat es in zahllose Gesetzesbestimmungen umgesetzt, die zu einem der bestentwickelten Sozialsysteme auf der Welt geführt haben.

(C)

Daß die Mütter und Väter der Verfassung die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht zu einem Staatsziel gemacht haben, sollten wir ihnen nicht vorwerfen. Sie hatten andere Sorgen: Deutschland war zerstört; es mußte wieder aufgebaut werden. Sie konnten sich auch nicht vorstellen, daß die Umwelt durch den Menschen so gefährdet werden könnte. Heute wissen wir es besser.

Deshalb weist das Grundgesetz hier eine Lücke auf, die geschlossen werden muß, wenn man es denn als richtig ansieht, daß eine Verfassung besonders wichtige, elementare Ziele staatlichen Handelns nennen soll. Sicherlich wird durch die Aufnahme des neuen Art. 20 a nicht eine ganz neue, bislang nicht beachtete Staatsaufgabe begründet. Ein wirksamer Schutz der Umwelt ist in den letzten Jahren zunehmend zur Richtschnur staatlichen Handelns geworden. Es geht vielmehr darum, die normierte Verfassung in Übereinstimmung mit der Rechts- und Verfassungswirklichkeit unserer Zeit zu bringen. Aber auch dies hat seinen Wert. Denn wenn das Goethe-Wort von der „geprägten Form, die lebend sich entwickelt“ auch auf Verfassungen anwendbar ist, dann gehört eine solche Anpassung zu der organischen Vorentwicklung, die das Leben erzwingt.

(D)

Es war ein langer, mühsamer Weg. Ich weiß davon ein Lied zu singen; denn ich war acht Jahre lang Berichterstatter dieses Themas. Die Formulierung des neuen Art. 20 a hat ihre Schwächen; davon war schon die Rede. Wir sollten darüber hinwegsehen. Der materielle Inhalt zählt, und der ist gut.

Dann ein persönliches Wort — ich kann hier nicht für die Fraktion sprechen — zu dem von mir unterstützten Vorschlag, in die **Präambel** aufzunehmen, daß das durch seine Repräsentanten handelnde deutsche Volk bei der Verfassungsgebung auf **Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn** aller vertraut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieser Satz begründet kein Staatsziel. Er stellt keine Begrenzung der Grundrechte dar. Er ist so wenig justitiabel wie der Satz: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen. . .“ Er drückt aber für die Menschen draußen eine einfache Wahrheit aus, daß nämlich für ein gedeihliches Zusammenleben in einem Gemeinwesen Grundvoraussetzung ist, daß alle Menschen guten Willens bereit sind, im Mitmenschen den Nächsten zu sehen und Gemeinsinn zu üben. Konservative Werte sind es, meine Damen und Herren, die hier angemahnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Horst Ehlmann

- (A) Es gibt zwei Einwendungen, die ich für beachtlich halte: Erstens. Die Präambel sollte in ihrer schlichten Würde unverändert bleiben. Zweitens. Die Verfassung sollte von rechtlich nicht relevanten Sätzen freigehalten werden.

Für mich haben aber zwei andere Überlegungen Vorrang: Nicht nur bei uns, sondern in den meisten westlichen Staaten wird zunehmend die kritische Frage gestellt, was denn nun diese Demokratien zusammenhält, in denen individuelle Selbstverwirklichung und Gruppenegoismen überhandgenommen haben.

Und weiter: Die Menschen in den neuen Ländern, jahrzehntelang durch materielle Beschränkungen und politischen Druck gezwungen, zusammenzuhalten, sich gegenseitig zu stützen, haben verständlicherweise Schwierigkeiten, sich in einer Gesellschaft zurechtzufinden, in der die mitmenschliche Solidarität allzuhäufig zu kurz kommt und das Sankt-Florians-Prinzip Vorrang vor dem Gemeinwohl hat. In dieser Situation, meine Damen und Herren, in der Präambel auszudrücken, daß wir den Menschen draußen elementare Bürgertugenden zutrauen, die unerlässlich für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens sind, und sie gerade durch dieses Vertrauen nicht rechtlich, aber moralisch in die Pflicht zu nehmen, erscheint mir so wichtig, daß ich Bedenken verfassungsästhetischer Art zurückstelle, wofür ich meine Fraktion um Verständnis bitte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, eine Verfassung entfaltet ihren Wert auch durch die **integrative Wirkung auf die Menschen** in unserem Lande. Dieser integrativen Wirkung nützt es nicht, wenn fortlaufend die Erneuerung der Verfassung gefordert wird. Anpassungen an neue Herausforderungen und Gefährdungen: ja — die beiden Beispiele, die ich genannt habe, gehören dazu —, Veränderungen in der Grundstruktur: nein. Und die Einführung des Volksentscheids wäre eine solche Strukturveränderung. Bewahren wir die Verfassung als ein wesentliches Stück Gemeinsamkeit! Wir brauchen es.

Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nächster Redner ist unser Kollege Dr. Ulrich Briefs.

Dr. Ulrich Briefs (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Papier, auch Verfassungspapier, ist geduldig. Dennoch: Die heutige umfangreiche Verfassungsdebatte, die erste und einzige des ersten freigewählten gesamtdeutschen Parlaments nach der Jahrhundert-, nein, Jahrtausendkatastrophe des deutschen Faschismus, muß hohe Erwartungen wecken. Diese Erwartungen werden heute enttäuscht — trotz des sehr fundierten und den richtigen historischen Bezug herstellenden Beitrags des Kollegen Hans-Jochen Vogel.

Wer ihn gehört hat und wer die vorliegenden Anträge der Opposition liest, kann doch wahrhaftig nicht auf die Idee kommen, hier wolle jemand eine andere Republik. Diese Behauptung baut doch nur einen Vorwand auf, um die Schaffung dringend notwendiger sozialer, ökologischer und auch individueller und kollektiver emanzipatorischer Rechte zu verhindern.

Wer sieht und spürt, wie die Mehrheit hier im Hause überfällige Reformen abblockt, der braucht sich über die wachsende Politik- und Staatsverdrossenheit in diesem Lande nicht zu wundern. Letztes Beispiel ist Sachsen-Anhalt mit knapp über 50 % Wahlbeteiligung, die wiederum jede PDS-Stimme doppelt zu Buche schlagen läßt.

Der Reformunwillen in der noch — noch! — größten Partei dieses Landes und in dieser Koalition der Reformverweigerer ist Ausdruck einer Art Staatssklerosse. Sie läßt dieses Gemeinwesen verkalken und unbeweglich, unverständlich werden. Wer so offen wie diese Koalition der Reformverweigerer seine **Reformunwilligkeit**, seine Gleichgültigkeit gegenüber dringenden Problemen der Bürger demonstriert, der treibt diese Menschen noch weiter weg von ihrem Staatswesen. An die Stelle eines nüchternen, interessegeleiteten Verhältnisses der Bürger zu ihrem Staat ein abstruses, transzendentes Nationalverständnis als Surrogat setzen zu wollen, ist womöglich so etwas wie gefährlicher Unfug, zumal in diesem Lande.

Wer die politische Denk- und Handlungsfigur der Nation in diesem Land mit seiner unsäglich blutigen, brutalen und aggressiven nationalen Tradition wiederzubeleben versucht, spielt mit dem Feuer, wie nicht nur die Pogrome und Morde in Hoyerswerda, Mölln, Solingen, Magdeburg und anderswo zeigen.

Vergessen wir nicht: Die Nation Deutschland — wer sich darauf beruft, hat dem Rechnung zu tragen — hat zwei Genozide und zahllose sonstige politische Verbrechen zu verantworten. Schon das muß jedes Spiel mit der Identifikationsfigur Nation verbieten. Dieses Volk mit dieser Vergangenheit kann sich Nationalismus, kann sich diese Wiederbelebung nationaler Vorstellungen einfach nicht erlauben.

Eine große Chance zu nachhaltigen Reformen ist mit dieser Debatte vertan worden, eine gefährliche Entwicklung — das ist es, was ich soeben angesprochen habe — womöglich bestärkt worden. Eine weitere Chance, fürchte ich, wird so schnell nicht wiederkommen.

Herr Präsident, ich danke Ihnen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nun hat unser Kollege Ortwin Lowack das Wort.

Ortwin Lowack (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verfassungsdebatte, die wir heute führen, ist praktisch der Ersatz dafür, daß dem Souverän eine gemeinsame Entscheidung über die Verfassung vorenthalten wurde. Es ist sicher

Ortwin Lowack

- (A) richtig, daß hier eine große Möglichkeit nicht genutzt wurde, um mit dem Souverän in den Wahlkreisen über die Verfassung und die strittigen Fragen zu debattieren und dann das Ergebnis hier in die Debatte einzubringen. Es ist übrigens das gleiche Verfahren, das Sie bei dem Vertrag zu Maastricht gewählt haben, in dem die rechtliche Position unserer Staatsbürger entscheidend geändert wurde, ohne daß das jemals Gegenstand einer Debatte im Deutschen Bundestag oder eines Wahlkampfes gewesen wäre; auch hier wurde der Souverän ausgespart.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hinweis auf Weimar zieht nicht. Wer sich mit der Geschichte befaßt, weiß, daß auch ein Adolf Hitler nicht durch Wahlen an die Macht gekommen ist, sondern durch die Ranküne, das Ränkespiel von Politikern. Auch das sollte man sich erst einmal genau vor Augen führen, bevor man sagt: Dem Volk sollte es nicht überlassen bleiben, eine eigene Verfassung zu beschließen.

Ich lehne auch die Art ab, wie mit Blockbildung und mit der Entscheidung über Blöcke Teile einer notwendigen Diskussion abgewürgt werden. Ohnehin: Die großen Fragen, vor denen wir heute stehen, werden durch diese Verfassungsänderung nicht tangiert: Das ist die Entwicklung von Prinzipien in der Politik zu einer gewissen Prinzipienlosigkeit; das ist die Entwicklung von Verantwortungsbewußtsein in der Politik zu zunehmender Verantwortungslosigkeit und — oft — zu Spielwiesenmentalität und Postenschacherei; das ist die Entwicklung von innerer Stabilität zu Haltlosigkeit, Geistesarmut und Anpassung — leider auch in diesem Parlament —, zu zur Staatskunst hochstilisiertem Schweigen — leider zu oft; das ist die Entwicklung von Sparsamkeit zu Verschleuderung von Steuergeldern; auch dieses Parlament bewilligt sich über 100 Millionen DM pro Jahr allein für seine Fraktionsmitarbeiter; das ist die Entwicklung vom Rechtsstaat zu Rechtsverwirrung und Rechtsverirrung.

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir brauchen, ist eine andere Entwicklung, ist eine Entwicklung weg von einem Staat, der wie eine Krake alle Lebensbereiche erfaßt, weg von Gesetzeschaos, Steuerchaos, Abgabenchaos. Notwendig ist es, den Weg zu einem Rechtsstaat der Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit zurückzufinden, einem Staat, in dem die Freiheit nicht durch einen immer weiter zunehmenden Bürokratismus eingeschränkt wird, in dem sich Eigeninitiative entwickeln kann und in dem nicht die Bevormundung — auch durch den Gesetzgeber — viele Lebensbereiche lähmt, in dem es mehr Sicherheit statt Verunsicherung der Bürger und auch mehr Gemeinsinn, Gemeinschaftsgefühl gibt, das eine starke Motivation auslöst.

Die freien Bürger in diesem Land werden sich gegen schädliche Entwicklungen selbst wehren müssen:

Denn freie Bürger braucht das Land, nicht nur geschröpfte Knechte. Die Freiheit ist das stärkste Band der bürgerlichen Rechte.

Deshalb gilt jetzt für alle Wahlen: Wer nicht begreift, wird es bezahlen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den interfraktionellen Vereinbarungen sind wir — wenn Sie mir zustimmen, daß wir noch die Rede des Kollegen Dr. Norbert Lammert zu Protokoll nehmen*) — damit am Ende dieser zweiten Runde und können mit der Schlußrunde beginnen. — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist diese eine Rede zu Protokoll genommen. (C)

Wir kommen nun zur vereinbarten Schlußrunde. Wir brauchen ab jetzt noch etwa eine Stunde bis zu den ersten Abstimmungen.

Zunächst hat unser Kollege Norbert Geis das Wort.

Norbert Geis (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 1989 waren wir, die großen Parteien, uns alle einig, daß das Grundgesetz die freiheitlichste Verfassung ist, die wir je in unserer Geschichte hatten. Es gab keine Zweifel. Es gab zwar immer Systemveränderer, aber je lauter die geschrien haben, desto mehr kam das Volk zu der Überzeugung, daß wir das beste Grundgesetz haben, das je unser Zusammenleben bestimmt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

In der Phase der Wiedervereinigung haben die Menschen durch die Revolution im Osten unseres Vaterlandes genau diese Grundordnung gesucht, nach der ihre Landsleute im Westen 40 Jahre lang in Frieden und Freiheit und bei wachsendem Wohlstand gelebt haben. Deshalb kam es zum Beitritt nach Art. 23 und zur Ausdehnung unseres Grundgesetzes auf die ehemalige DDR. Das war die Ausgangslage. (D)

Nun kam eine Diskussion auf. Jetzt kam plötzlich die Forderung nach einer neuen Verfassung. Die PDS und vor allem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangten einen Verfassungsrat, wohl ähnlich dem Parlamentarischen Rat. Aber auch die SPD verlangte einen Verfassungsrat und wollte unser Grundgesetz zur neuen Verfassung des gesamten Deutschlands weiterentwickeln.

(Detlev von Larcher [SPD]: Wie es im Grundgesetz steht!)

Die einzige politische Kraft, die sich vehement und mit Erfolg einer solchen neuen Verfassung widersetzt hat, war die Unionsfraktion. Wir haben an dem festgehalten, was wir 1989 gemeinsam festgestellt haben, daß dies nämlich die freiheitlichste Verfassung ist, die wir je hatten, und daß wir es dieser Verfassung zu verdanken haben, 40 Jahre lang in Frieden und Freiheit gelebt zu haben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Detlev von Larcher [SPD]: Na und?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kam nicht zu diesem Verfassungsrat, sondern zur Verfassungskommission. Aber kaum war die Verfassungs-

*) Anlage 2

Norbert Geis

- (A) kommission eingerichtet, da kamen schon Anträge und Anfragen, die natürlich auf eine Gesamtrevision der Verfassung hinielen. Auch dies haben wir abgelehnt, auch dies ist allein Verdienst der Unionsparteien. Das möchte ich heute herausstreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil wir der Meinung waren, daß unsere Verfassung, mit der wir 40 Jahre lang gute Erfahrungen gemacht haben auch für das gesamte Deutschland Bestand haben soll, haben wir **Staatsziele** — die Sie in einem Umfang gefordert haben, daß wir sie niemals hätten billigen können — abgelehnt. Staatsziele, meine sehr verehrten Damen und Herren, bringen Ungewißheit in ein Gesetz. Aber zum Gesetz und vor allen Dingen zum Grundgesetz gehört, daß es berechenbar sein muß. Unsere Verfassung muß berechenbar sein. Es muß klar aus ihr hervorgehen, welche Rechte und welche Pflichten die Bürger haben. Dies ist ein Lebensprinzip des Rechtsstaates. Wenn wir es verletzen — und durch allzu viele Staatsziele würde es verletzt werden —, dann verändern wir unsere Verfassung, dann führen wir unser Volk ins Ungewisse.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn wir dürfen nie übersehen — daran besteht auch kein Zweifel — : Ein Staatsziel ist nur ein Ziel. Es sagt nicht, welche Rechte und welche Pflichten der Bürger hat. Verwaltungsjuristen und vor allem Richter könnten geneigt sein, sich aus solchen Zielen das herauszusuchen, was sie im konkreten Einzelfall gerade für nützlich erachten.

- (B) (Detlev von Larcher [SPD]: Was ist das für eine Argumentation!)

Und genau das wollen wir nicht! Wir wollen, daß unsere Bürger wissen, wohin die Reise geht, welche Rechte und welche Pflichten sie haben. Wir wollen die **Berechenbarkeit unseres Grundgesetzes**.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das war auch Anliegen des Verfassungsrates, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Detlev von Larcher [SPD]: Wohin geht denn die Reise?)

Georg August Zinn und Carlo Schmid haben sich damals in einer langen Debatte im Parlamentarischen Rat eindeutig für ein klar berechenbares Grundgesetz ausgesprochen und die Forderungen — wie Carlo Schmid es nannte — nach Direktiven, nach großen Programmsätzen abgelehnt. Sie wollten ein klares Grundgesetz. Es wäre gut, wenn sich die SPD heute an ihre Vorväter erinnern würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist natürlich Aufgabe des Staates, für **innere Sicherheit** zu sorgen. Aber deswegen kann das doch nicht in einem Staatsziel mit Verfassungsrang erhoben werden.

Es ist natürlich Aufgabe des Staates, für **Arbeit** zu sorgen. Mit Recht heißt es in „*Laborem exercens*“, daß es Aufgabe des Staates ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Menschen Arbeit und Brot haben. Aber des-

wegen muß dieses Ziel doch nicht in die Verfassung aufgenommen werden. (C)

Natürlich ist es auch Aufgabe des Staates, für **Wohnraum** und für **Bildung** zu sorgen. Aber das ist Staatszweck. Wir haben den Staat ja deswegen, daß er solche Zwecke erfüllt. Zum Zweck des Staates gehört, Freiheit, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten. In diesem Zweck sind all diese Staatsziele, wie ich meine, enthalten. Wir brauchen keine weiteren.

Das gilt auch für den **Tierschutz**. Der Tierschutz ist gewiß ein wichtiges Anliegen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Schmidt)

Wir haben großen Respekt vor den Organisationen in unserem Land, die sehr viel dazu beigetragen haben, daß der Tierschutz einen so hohen Stellenwert hat. Aber deswegen muß noch keine Aufnahme in die Verfassung erfolgen. Wir haben schon einen guten Tierschutz, und wir wollen ihn natürlich weiterentwickeln. Dazu brauchen wir aber nicht den Verfassungsrang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für das Vorhaben des Herrn Elmer. Natürlich sind wir genauso wie er von der Sorge erfaßt, daß es in unserem Lande weniger **Gemeinsinn** gibt. Natürlich sind wir für mehr **Mitmenschlichkeit** oder — nehmen wir lieber das alte erprobte Wort, das jetzt schon 2000 Jahre lang Geltung hat — für mehr **Nächstenliebe**.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen nicht, daß **Gemeinsinn** von Verfassungs wegen vorgeschrieben wird. Wir wollen nicht, daß **Nächstenliebe** von Staats wegen, vorgeschrieben wird. Wir wollen, daß die Menschen sich freiwillig dazu entscheiden. Das ist unser Anliegen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und deswegen sind wir gegen die Aufnahme einer solchen Formulierung in das Grundgesetz. Das heißt doch nicht, daß wir das Anliegen nicht achten. Es darf uns doch deswegen niemand vorwerfen, wir hätten nichts für christliches Gedankengut übrig — nein, dafür kämpfen wir —, aber in dem gesellschaftlichen Raum, in dem staatsfreien Raum. Wir sind der Meinung, daß der Staat mit moralischen Appellen nichts zu tun haben darf und daß der Staat es unterlassen muß, Tugendgebote aufzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die kommunistischen Staaten haben ihren Bürgerinnen und Bürgern Tugendgebote vorgeschrieben, und sie haben von ihnen verlangt, daß sie bestimmte sozialistische Gebote einhalten. Die Menschen haben darauf mit Revolution geantwortet. Die **Französische Revolution** hat den Begriff „*fraternité*“ eingeführt. Aber wir wissen doch, daß in dieser Zeit gerade im Namen der Brüderlichkeit viel Blut geflossen ist.

Wir wollen nicht, daß den Menschen von Staats wegen ein bestimmtes moralisches Verhalten vorgeschrieben wird. Wir wollen aber, daß sie **Gemeinsinn** und **Mitmenschlichkeit** üben und daß diese Einstel-

Norbert Geis

- (A) lungen in unserem Land vorherrschen, aber nicht von Staats wegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD und andere Gruppierungen fordern — ich nehme keine Fragen an; ich möchte meinen Vortrag zu Ende bringen — **plebiszitäre Elemente** in die Verfassung aufzunehmen. Dies ist sicherlich eine sehr populäre Forderung und es ist sehr unpopulär, dies zurückzuweisen. Wir haben aber viel zu gewichtige Gründe, als daß wir dieser Forderung nachgeben könnten. Es gibt viele Gründe; sie sind heute hier schon zum Teil genannt worden. Ich möchte noch einmal zwei Gründe herausstellen.

Zum einen würde durch plebiszitäre Entscheidungen der **Föderalismus** beschädigt werden. Gerade die SPD, die sich heute, wie ich meine, in großartiger Weise für den Föderalismus eingesetzt hat, sollte dies doch beherzigen. Durch solche Volksentscheide würde der Föderalismus beschädigt werden.

(Detlev von Larcher [SPD]: Ach, so ein Quatsch!)

- (B) Es nützt auch überhaupt gar nichts, wenn Sie sagen, daß dann dafür Sorge getragen werden müßte, daß in jedem einzelnen Land eine Mehrheit für den beantragten Volksentscheid gefunden werden müsse, damit der Föderalismus nicht beschädigt wird. Ich sage: Das nützt überhaupt nichts. Denn dann würde ja nicht mehr der Volkswille entscheiden, sondern das Veto, und wenn es noch so klein ist, eines kleinen oder auch das eines großen Landes. So würde gegen den Volkswillen entschieden werden. Der Föderalismus würde ganz schnell vorgeführt werden. Wir würden ihn beschädigen; wir würden nicht die Integration leisten, die eigentlich durch solche plebiszitären Elemente geleistet werden sollte. Deswegen lehnen wir es ab.

Wir lehnen es auch aus einem zweiten Grunde ab. Wir sind der Meinung, daß wir in der Demokratie eines 80-Millionen-Volkes mehr **Transparenz** der Verantwortung brauchen. Die Mächtigen, die Entscheidungen treffen, müssen an ihren Entscheidungen festgemacht werden können. Sie müssen dafür hinstehen. Sie müssen dafür die Verantwortung übernehmen und müssen notfalls durch den Wahlzettel zur Verantwortung gezogen werden. Das ist aber bei einem Volksentscheid nicht mehr möglich, weil man das Volk für eine falsche Entscheidung nicht verantwortlich machen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil wir die Transparenz der Verantwortung in einer so großen Demokratie, wie wir sie haben, brauchen, damit sie funktionieren kann, lehnen wir die Aufnahme der plebiszitären Elemente in die Verfassung ab, auch wenn es unpopulär ist. Wir bitten dafür um Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein letzter Gedanke. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses hat die F.D.P. zusammen mit der SPD schnell noch eine Ergänzung von Art. 6 Grund-

- gesetz beschlossen, derzufolge **nichteheliche Lebensgemeinschaften** geachtet werden sollen. (C)

(Detlev von Larcher [SPD]: Unerhört!)

Wenn wir solche Lebensgemeinschaften in den Verfassungsrang heben und ihnen damit einen besonderen Schutz der Verfassung zukommen lassen, zerstören wir auf Dauer gesehen den besonderen **Schutz von Ehe und Familie**, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Unionsfraktion — das darf festgestellt werden; und nicht ohne Stolz stelle ich das fest — hat sich gerade in dieser Verfassungsdebatte, die wir jetzt zwei Jahre geführt haben, als eine verlässliche, als eine zielbewußte, konsequente und glaubwürdige politische Gruppierung erwiesen. Wir wollen dies auch nach dem 16. Oktober so halten, und Deutschland kann gar nicht darauf verzichten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Konrad Elmer.

Dr. Konrad Elmer (SPD): Lieber Kollege Geis! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur darauf hinweisen, daß ich vorhin in meinem Einbringungsvortrag ganz deutlich gemacht habe, daß es sich gerade nicht um einen Moralappell, um etwas, was der Staat vorschreibt, handelt, sondern eine Erinnerung, ein Hinweis auf das, worauf jeder Staat bauen muß und vertrauen muß. Deswegen haben wir den Antrag doch auch geändert und dazugelernt. Wir wollen nicht hineinschreiben: „Jeder ist zur Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen“, sondern: „auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend“. Dieser Vorschlag von Herrn Eylmann soll in die Präambel. Das ist kein Moralappell, sondern viel grundlegender. Dies zur Klarstellung, damit Sie nicht aus falschen Gründen ablehnen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Jürgen Schmude.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Ende dieser Debatte und am Ende der mehr als zweijährigen Arbeit an der Reform des Grundgesetzes gibt es leider gewichtige Gründe, Kritik und Enttäuschung an Verlauf und Ergebnis dieser Arbeit auszudrücken. Daneben aber — und ich sage: erst recht — gibt es Anlaß zur Dankbarkeit und Befriedigung über ernsthafte und interessante Beratungsabschnitte und über zukunftsweisende Ergebnisse, derentwegen sich alle Mühe und aller Ärger gelohnt haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Herrmann Freiherr von Stetten [CDU/CSU])

Dr. Jürgen Schmude

- (A) Mit der Würdigung einer beeindruckenden Überraschung will ich beginnen. Den von unserem Kollegen Konrad Elmer befürworteten **Aufruf zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn** als Bestandteil unserer Verfassung haben anfangs viele, auch ich, mit Distanz und Befremden betrachtet. Wenn es Konrad Elmer gelungen ist, die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für sein Anliegen zu gewinnen, was in über 400 unterstützenden Unterschriften zum Ausdruck kommt, so zeigt das den Rang des Vorhabens, und Herr Eylmann hat uns das heute freundlicherweise noch einmal unterstrichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

In der Tat: Das Grundgesetz stärkt die einzelnen und auch gesellschaftlichen Gruppierungen in ihren Rechten und Chancen. Zur Rücksichtnahme auf andere und zum Eintreten für andere im Gebrauch dieser Möglichkeiten ruft es, abgesehen von den rechtlichen Schranken, nicht auf. Es geht, Herr Geis, nicht darum, hier etwas vorzuschreiben, sondern an diese Grundlage unseres friedlichen, gemeinsamen und geistlichen Zusammenlebens zu erinnern.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich sage: Es ist kein Zufall, daß einer unserer östlichen Kollegen diese Lücke in den ausdrücklichen Wertentscheidungen des Grundgesetzes erkannt und als unerträglich empfunden hat. Mag auch die in der DDR früher verbreitete zwischenmenschliche Verbundenheit enger begrenzt gewesen sein, als es mancher verklärende Blick wahrnimmt, und mag sie überhaupt ihre Existenz den besonderen Nachteilen des damaligen politischen Systems zu verdanken haben: Es hat sie gegeben. Sie hat ihren großen Wert gehabt, der vielen Beteiligten in seiner Tragweite erst nachträglich oder schon bei einer früheren Übersiedlung in den Westen klargeworden ist. Dort nämlich gab und gibt es solche Verbundenheit sehr viel weniger.

Deshalb bitte ich Sie, noch einmal zu überlegen, ob wir nicht doch dem Anliegen von Konrad Elmer und vielen anderen Kolleginnen und Kollegen heute folgen sollten.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Sehr geehrte Damen und Herren, viele berechnete Erwartungen werden am Ende dieses Schritts der Verfassungsreform nicht erfüllt. Daß der Fortschritt eine Schnecke ist, mußten die am Beratungsprozeß Beteiligten mit zuweilen quälender Deutlichkeit erfahren. Wenn sich diese Schnecke dann noch durch das Dickicht einer politischen Grundhaltung hindurchzuarbeiten hat, die von Zufriedenheit mit dem Bestehenden und der Mentalität des „Weiter so“ geprägt ist, sind zusätzliche Schwierigkeiten und Verzögerungen programmiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man braucht wahrlich mit uns Sozialdemokraten nicht darüber zu streiten, daß eine **totale Revision des Grundgesetzes** überhaupt nicht in Frage kommt.

(C) Diese Verfassung hat sich bewährt. Sie ist von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen und mit Leben erfüllt worden. Das ist von Anfang an auch unsere Meinung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Aber der Ablauf von über 40 Jahren und in dieser Zeit gewonnene Erfahrungen haben einen Bedarf an Regelungen gezeigt, die 1949 noch gar nicht gesehen und bedacht werden konnten. So halten wir es für selbstverständlich, daß aus dem Sozialstaatsgebot aus heutiger Sicht und nach langjähriger Praxis die Aufgabe folgt, für **soziale Sicherheit, Wohnraum und Beschäftigungsmöglichkeiten** zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist einer der Anwendungsfälle des Grundsatzes, den uns Herr Eylmann hier vorgeführt hat, nämlich daß die geschriebene Verfassung mit der Verfassungswirklichkeit in Einklang gebracht werden soll. Die Menschen sollen in der Verfassung lesen können, was da gilt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

statt erst Verfassungsgerichtsurteile und dicke Kommentare zu brauchen, um das festzustellen.

Es war schon enttäuschend zu erleben, mit welcher Härte und Uneinsichtigkeit die Koalitionsfraktionen die Aufnahme dieser Staatsziele abgelehnt haben. Sollen die ebenso selbstverständlichen wie grundsätzlichen Ausprägungen der **Fürsorgepflicht des Staates** für die Bürger bloße Auslegungsergebnisse bleiben? Oder will man sich für die Zukunft vorbehalten, unter den erreichten Stand der sozialen Sicherheit, die von allgemeiner Übereinstimmung getragen wird, drastisch herunterzugehen? Das können wir doch alle nicht wollen.

(Beifall bei der SPD)

Auf die gleiche Ablehnung sind wir bei dem Bemühen gestoßen, in der **Präambel** des Grundgesetzes auf die Verpflichtung zum **Dienst an Gerechtigkeit und Solidarität in der einen Welt** hinzuweisen. Die damit angesprochene internationale Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland war 1949 praktisch nicht vorstellbar. Heute steht sie vor aller Augen.

Die Bundesregierung selbst wird nicht müde, mit fast gleichen Worten auf diese Verantwortung hinzuweisen, aber nur im Zusammenhang mit den von ihr angestrebten militärischen Einsätzen. Warum nur da?

(Beifall bei der SPD)

Warum nicht in der Gesamtheit politischen und gesellschaftlichen Handelns, da doch offensichtlich ist, daß dieses vielfältige Auswirkungen auf andere, zumal auf arme und schwache Länder in der Welt hat?

Ob wir es nun aufschreiben oder nicht: Wir können der Verantwortung für die Folgen unseres Tuns und Unterlassens nicht entgehen. Es ist mehr als bedauerlich, daß die Koalition die deutliche Erinne-

Dr. Jürgen Schmude

- (A) rung daran in der Präambel des Grundgesetzes verhindern will.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese und zahlreiche andere Mißerfolge von Reformbemühungen sind durch geringe Anteilnahme der Öffentlichkeit und eine mitunter grob unzulängliche Berichterstattung über die Arbeiten der Gemeinsamen Verfassungskommission begünstigt worden; aber ich sage auf der anderen Seite den Berichterstat- tern ausdrücklich Dank, die Öffentlichkeit hergestellt und so mit dafür gesorgt haben, daß Wichtiges nicht ungesehen unterdrückt werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Korrektur mancher anfänglichen Ablehnungen haben wir nur mit Hilfe aufmerksamer Journalisten und Anteil nehmender Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Und damit bin ich bei den positiven Ergebnissen. Ja, es war sehr schwer, über die bloße rechtliche Fest- stellung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern hinaus entsprechende Verpflichtungen des Staates in den Art. 3 des Grundgesetzes aufzuneh- men. Hier wie beim Umweltschutz und bis zuletzt noch beim Verbot der Diskriminierung von Behinder- ten haben vor allem die Unionspolitiker anhaltenden und fast zermürenden Widerstand geleistet. Sie ha- ben ihn — erfreulicherweise — inzwischen aufgege- ben. Und so sind wir jedenfalls in diesen drei Punkten zu Ergebnissen gelangt, die wegweisende Bedeutung haben und entsprechend wirken werden. Weichen sind dabei gestellt worden, die auf neue menschen- und lebensfreundliche Wege führen werden.

(B)

Mögen diese Fortschritte, etwa bei der gewunden- en Staatszielbestimmung für den Umweltschutz, auch auf den ersten Blick gering erscheinen — sie sind kleine, aber strategische Schritte, die dabei hel- fen werden, unsere Gesellschaft zu menschlicherem und verantwortlicherem Umgang mit ihren Chancen und Möglichkeiten zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Allein diese drei Punkte — **Umweltschutz, Gleich- berechtigung und Schutz der Behinderten** — haben aus meiner Sicht die ganze Arbeit gelohnt und für al- len Ärger entschädigt. Sie haben uns zudem das be- friedigende Erlebnis gebracht, daß wir in Bundestag und Bundesrat bei allen Meinungsverschiedenheiten — etwa mit den eben von mir kritisierten Koalitions- fraktionen — bei lebensnotwendigen und lebensför- dernden Grundentscheidungen zur Gemeinsamkeit der Demokraten sehr wohl fähig sind.

Was wir nicht erreicht haben, obwohl es sehr wün- schenswert gewesen wäre, das mögen sich andere zu anderen Zeiten mit vielleicht besseren Erfolgschan- cen vornehmen. Heute, am Ende dieses Reform- schritts für unser Grundgesetz und übrigens auch am Ende meiner eigenen 25jährigen Arbeit im Bundes- tag, ist für mich die Freude darüber vorherrschend, daß wir auf dem Weg zu einer gerechteren und le-

- bensfreundlicheren Gesellschaft in Deutschland wie- der ein Stück vorwärtskommen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Verlauf der heutigen Debatte gibt leider Anlaß zu einer Nachbe- merkung. Ich sprach davon, daß wir ein Stück vor- wärtskommen, und muß hinzufügen: wenn wir denn vorwärtskommen! Denn die **Gefahr des Mißlingens** ist uns von den Vertretern der Länder sehr deutlich vor Augen geführt worden.

Einige Länderchefs haben uns, bevor die Bundes- ratsbank wieder besenrein geleert wurde,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P. — Dr. Ilja Seifert [PDS/Linke Liste]: Das ist ja zum Heulen!)

die **Ablehnung des Bundesrates** für alle unsere heuti- gen Beschlüsse angedroht und das zum Teil mit der Bemerkung verbunden, da könne man dann ja später weitersehen. Ich warne vor dieser Vorstellung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn wir die Entscheidungen, die jetzt getroffen wer- den müssen, in die nächste Wahlperiode verschieben, werden sich alle Schwierigkeiten wiederholen, und niemand weiß, ob sich die Ergebnisse, die wir jetzt wenigstens erzielt haben, wiederholen werden.

Die Verantwortung dafür muß ich aber leider auch klar benennen. Sie liegt zunächst bei der Fraktion der CDU/CSU, (D)

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

die nach klarer Verabredung der **Kompetenzregelun- gen** der Art. 72 und 75 des Grundgesetzes vor etwa zwei Wochen von dieser Verabredung abgerückt ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch die Chance, das zu korrigieren. Sie haben heute die Chance, das zu korrigieren; denn das, was Ihnen die SPD auf einem Änderungsvor- schlag vorschlägt, ist nichts anderes als das, was wir gemeinsam in der Verfassungskommission verabre- det, was Sie mitgetragen haben, was Sie mit in den Bundestag eingebracht haben und wozu Sie bis vor zwei Wochen gestanden haben.

(Detlev von Larcher [SPD]: Hör! Hör!)

Sie brauchen heute nur zuzustimmen, und die Gefahr ist gebannt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schäuble? — Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der SPD: Herr Schäuble möchte seine Zustimmung mitteilen!)

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Herr Kollege Schmude, haben Sie Verständnis für die Kolleginnen

Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) und Kollegen, die sagen: „Auch wenn wir für viele dieser Grundgesetzänderungen, für die wir hoffentlich eine Mehrheit bekommen, sind, so möchten wir dennoch bei anderen Fragen an unserer Überzeugung festhalten

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Bockigkeit ist das!)

— die bei Art. 72 nicht die meine ist, es nie gewesen ist —, aber wir möchten nicht mit nur dem Argument „wenn ihr dem nicht zustimmt, dann wird alles scheitern!“ in unserer freien Verantwortung für jede einzelne Grundgesetzänderung in einer Weise eingeschränkt werden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

die mit dem Selbstverständnis eines seinem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten schwer vereinbar ist“?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Lieber Herr Kollege Schäuble, ich könnte dieses Verständnis haben, wenn diese Einwendungen zu einer Zeit gekommen wären, als diese Regelungen — unter Beteiligung Ihrer Fraktion und aller anderen Fraktionen, unter Beteiligung des Ministerpräsidenten Stoiber, der heute gesprochen hat, und vieler anderer Ländervertreter — in mühsamen Verhandlungen als Kompromiß erarbeitet worden sind.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Wenn zu dieser Zeit gesagt worden wäre, Sie wollten das nicht mittragen, dann hätte ich Verständnis. Wenn dieses Argument aber erst jetzt kommt, muß ich fast fragen: Haben Sie es denn nicht so gehalten wie Herr Vogel, der unsere Fraktion über jeden Schritt verständigt hat und sich das Ergebnis hat bestätigen lassen, so daß wir nicht im Traum daran denken würden, irgend etwas davon zurückzunehmen?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Schmude, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Kollegen Schäuble? — Bitte, Herr Kollege Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Herr Kollege Schmude, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion in den regelmäßigen Unterrichtungen und Beratungen — durch unsere Vertreter in der Gemeinsamen Verfassungskommission und durch die Vorsitzenden der Fraktion in dieser Legislaturperiode, Alfred Dregger und mich — zu jedem Zeitpunkt zugesagt worden ist, daß über jede einzelne Frage gesondert abgestimmt werde und daß es bei der Zustimmung zu einzelnen Verfassungsänderungen eben nicht die Verpflichtung des sogenannten Paketzuschlages geben werde, bei der man das Ganze nur insgesamt annehmen oder ablehnen kann, sondern daß man in jedem einzelnen Punkt

eine Entscheidung in seiner Verantwortung werde treffen können? (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Diese Darstellung will ich gar nicht bestreiten, Herr Schäuble. Aber ich möchte doch meine Überraschung darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie bei dem geschilderten Kompromiß gleichwohl mit den Ländern eine Verabredung getroffen haben, sehr wohl wissend, daß dies für die Länder eine ganz wichtige — sie meinten sogar, unverzichtbare — Zusage ist. Es hätte doch auch Ihrer Fraktion bewußt sein müssen, daß man sich anschließend nicht die Rosinen aus dem Kuchen heraussuchen kann.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich will nicht alle Bemerkungen Ihrer Verantwortung widmen, sondern auch auf die Länder und deren Verantwortung zu sprechen kommen, in der Hoffnung, daß das irgend jemand — und seien es die anwesenden Kollegen und Kolleginnen, die in führenden Parteigremien stehen — den Ministerpräsidenten mitteilt.

Verständlich ist das Bemühen der Länder, die zugesagten Kompetenzerweiterungen auch zu bekommen. Nicht verständlich ist die Verknüpfung dieser Kompetenzfrage mit wichtigen Sachentscheidungen, die wir gemeinsam erarbeitet haben und die als solche außerhalb jeden Streits sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P., des Abg. Dr. Friedrich Adolf Jahn [Münster] [CDU/CSU] und des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS/Linke Liste]) (D)

Herr Voscherau hat uns heute morgen so schön gesagt, man müsse zu einem Zusammenwirken von Bund und Ländern kommen, bei dem man sich hinterher nicht vergeblich fragen muß, wer nun für was aufzukommen habe.

Ich denke, wenn die Länder dazu beitragen, daß unser heutiges Beratungsergebnis zunichte gemacht wird, dann wird man sich nicht lange fragen müssen. Dann werden die Frauen, für die die Ergänzung des Art. 3 ausbleibt, die Ministerpräsidenten zu fragen haben,

(Beifall bei der SPD)

was denn diese unstreitige Verbesserung mit den Kompetenznormen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Und dann werden natürlich auch die Behinderten, die heute feiern, die Ministerpräsidenten fragen, ob sie vergeblich gefeiert haben, ob sie an der Nase herumgeführt worden sind

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

und was das mit den Kompetenzen zu tun hat

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dr. Jürgen Schmude

- (A) Und die gleiche Frage werden wir alle gemeinsam zum **Umweltschutz** stellen. Deshalb appelliere ich an Sie, an uns alle: Geben wir uns Mühe, daß die Ergebnisse dieser mühseligen Arbeit von über zwei Jahren und die Ergebnisse unserer heutigen ganztägigen Beratung nicht zur Farce gemacht werden! Geben wir uns Mühe, daß die Fortschritte und Verbesserungen, die wir jetzt gemeinsam erzielt haben, auch festgehalten werden, statt daß man sie uns zerschlägt!

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Beifall bei der F.D.P., der PDS/Linke Liste und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Burkhard Zurheide das Wort.

Burkhard Zurheide (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn man am Ende der heutigen Debatte ein Fazit ziehen will, so stehen für uns Freie Demokraten zwei Erkenntnisse am Anfang:

Erstens. Wir saßen nicht hier, wenn nicht die Bürgerinnen und Bürger in der früheren DDR ihr Schicksal in die eigene Hand genommen, eine Diktatur beseitigt und uns so die Chance zu einer Verfassungsdebatte gegeben hätten.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Zweitens. Das Grundgesetz von 1949 war zweifellos ein großer Wurf. Die heute oft zitierten Mütter und Väter des Grundgesetzes haben vor 45 Jahren eine Verfassung entworfen, die trotz der immer kürzer werdenden Halbwertszeiten politischer Ideen und Vorstellungen noch heute als mutig, als offen, als liberal, als modern und als in die Zukunft gerichtet bezeichnet werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es gelang seinerzeit, eine Verfassung ohne Verfallsdatum zu entwickeln. Es gelang aber nicht nur, die innere und äußere Verfassung eines wirklich freiheitlichen Gemeinwesens zu beschreiben; vielmehr wurden die Grundprinzipien einer offenen, vom Recht beherrschten, humanen und sozialen staatlichen, aber auch gesellschaftlichen Ordnung festgeschrieben.

Unser Grundgesetz ist also nicht der Minimalkonsens, auf den sich alle politischen Kräfte verständigen können — nein, das Grundgesetz ist der gesellschaftliche Konsens schlechthin. Eine Verfassung entzieht sich daher der Abänderbarkeit aus tagespolitischer Beliebigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Unser Grundgesetz ist aber als **offene Verfassung** angelegt, und offene Verfassung bedeutet, daß sich der Inhalt einer Verfassungsnorm ändern kann, selbst wenn der Text der gleiche bleibt, aber daß es auch von Verfassungs wegen notwendig sein kann, Änderungen vorzunehmen.

(C) Wir Liberale sind besonders sensibilisiert, wenn Verfassungsfragen diskutiert werden. Eine unserer Wurzeln war zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Kampf für Verfassungen. Die ersten **frühen Verfassungen** begrenzten die Macht der dann nicht mehr absoluten Herrscher. Sie gaben den Bürgern Abwehrrechte gegen staatliche Gewalt. Die zweite Phase in der Entstehungsgeschichte moderner Verfassungen war abgeschlossen, als die Demokratien durch Verfassungen abgesichert wurden. Und mit dem Grundgesetz von 1949 wurde die dritte Phase der Verfassungsentwicklung in Deutschland abgeschlossen. Das Grundgesetz erhielt nicht nur subjektive Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat und ein ausbalanciertes Verhältnis demokratischer Machtausübung; hinzu kamen objektive und soziale Gestaltungsrechte.

Dieser Entwicklung fühlen sich die Freien Demokraten verpflichtet. Auf die gelegentlich gehörte Ansicht, es komme heute nicht mehr so sehr auf die Ausgestaltung der subjektiven Abwehrrechte der Bürger an, erwidern wir Freie Demokraten: Auch in einer modernen demokratischen Ordnung besteht die **latente Gefahr des Machtmißbrauchs** durch staatliche Gewalt. Die Realisierung dieser Gefahr vermindert sich, je klarer die Grundrechte des Bürgers ausgestaltet sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Da die Verfassung eines Staates aber nicht nur die bloße Auflistung von Grundrechten und Grundpflichten ist, sondern in ganz besonderer Weise Aufschluß über die **innere Verfaßtheit**, über die staatliche Ordnung gibt, war die Wiederherstellung der äußeren Einheit Deutschlands der richtige Anlaß, sich die Frage zu stellen, ob unser Grundgesetz die innere Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands zutreffend wiedergab. Die Verfassung ist nichts Statisches, sie ist etwas höchst Dynamisches.

Die F.D.P. hat sich dieser Aufgabe mit dem ihr eigenen Selbstverständnis als Rechtsstaats- und Verfassungspartei gestellt. Wir sind sehr zufrieden mit dem, was der Rechtsausschuß dem Plenum des Bundestages heute an Empfehlungen vorlegt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nochmals den Mitgliedern der Verfassungskommission für ihre Arbeit herzlich danken. Dort wurden nämlich die grundlegenden Vorarbeiten für die heutige Debatte geleistet.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz von 1949 enthielt den Auftrag, die äußere Einheit Deutschlands herzustellen. Dieser Auftrag wurde am 3. Oktober 1990 erfüllt. Es ist daher historisch und politisch folgerichtig, den ausgeführten Auftrag zur Wiederherstellung der äußeren Einheit nunmehr durch einen in der Präambel festgeschriebenen Auftrag zur **Vollendung der inneren Einheit Deutschlands** zu ersetzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieser Prozeß ist nämlich noch längst nicht abgeschlossen. Er wird noch eine ganze Weile andauern.

Burkhard Zurheide

- (A) Es ist daher wichtig, daß die politisch Verantwortlichen, aber auch die Bürger von Verfassungen wegen an diesen Auftrag erinnert werden, damit das Ziel nicht aus den Augen gerät. Unsere ostdeutschen Mitbürger sollen wissen, daß am 3. Oktober 1990 die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt wurde. Sie haben aber auch einen Anspruch darauf, daß wir den Prozeß des sozialen, des ökonomischen und des menschlichen Zusammenwachsens erst als begonnen betrachten.

Da wir Freie Demokraten von der Kraft des Rechtes überzeugt sind, appelliere ich an dieser Stelle nochmals an die Mitglieder des Hauses, diesem F.D.P.-Antrag auf Änderung der Präambel doch noch zuzustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist für uns alle selbstverständlich, daß der Staat die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen **Minderheiten** achtet. Natürlich kann man darüber streiten, ob eine solche Achtsensklausel ausdrücklich in das Grundgesetz eingefügt werden sollte, weil sich ein solches Recht vielleicht bereits aus einem anderen Grundrecht ergibt. Eine Verfassung aber gibt, wie ich vorhin ausgeführt habe, auch Aufschluß über den inneren Zustand einer Gesellschaft. Das schreckliche Aufblühen von Gewalttätigkeiten gegen Minderheiten, die in Deutschland leben, muß nach unserer festen Überzeugung eine Antwort in der Verfassung selber finden.

- (B) Die Aufnahme des Minderheitenschutzes ist für uns Freie Demokraten daher von großer Wichtigkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir waren sehr erfreut darüber, daß die Verfassungskommission einem solchen Antrag mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt hat, und hoffen, daß dieser Antrag heute in der dritten Lesung doch noch eine Zweidrittelmehrheit bekommen wird.

Das Grundgesetz von 1949 stellte der damaligen gesellschaftlichen Realität entsprechend vor allem Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Nach 45 Jahren der Geltung des Grundgesetzes tritt aber heute eine gesellschaftliche Entwicklung zutage, die von der der Jahre 1948 und 1949 erheblich abweicht. Man mag dies begrüßen oder bedauern; man mag dies für sich selber ablehnen oder auch danach leben. Tatsache ist, daß die Zahl der auf Dauer angelegten **nichtehelichen Lebensgemeinschaften** in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen ist. Dieser Entwicklung muß nach unserer Auffassung auch der Verfassungsgesetzgeber Rechnung tragen.

Nach Auffassung der F.D.P. soll und muß es natürlich bei dem Schutz von Ehe und Familie bleiben. Nichteheliche Lebensgemeinschaften, die auf Dauer — ich betone nochmals: auf Dauer — angelegt sind, haben aber zumindest einen Anspruch darauf, daß sie von Verfassungen wegen geachtet werden, d. h. daß der Staat alles unterläßt, was diskriminierend wirken könnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Geis, die nichteheliche Lebensgemeinschaft soll nicht zur Pflicht gemacht werden. Das haben wir mit unserem Antrag in keiner Weise vor. (C)

(Hans-Dietrich Genscher [F.D.P.]: Darauf legen wir Wert!)

— Ja, auf diese Feststellung legen wir wirklich Wert.

Jeder soll nach seiner Fassung glücklich werden und dabei vom Staat nicht behindert werden. Eine ähnliche Einsicht hatte bekanntermaßen schon Friedrich der Große.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Warum schreiben wir eine solche freiheitliche Urkenntnis dann nicht auch in unsere Verfassung?

Schließlich: Der Forderung, den **Tierschutz** ausdrücklich ins Grundgesetz aufzunehmen, kann nicht entgegengehalten werden, ein solcher Schutz ergebe sich bereits jetzt aus dem Grundgesetz. Mit dieser Verfassungsvorschrift beschreiten wir Neuland. Unsere F.D.P.-Formulierung nimmt auch insoweit Bewußtseinsänderungen in der Gesellschaft auf. Tiere werden heute zu Recht als Mitgeschöpfe und nicht als bloße Sachen, die man nach Belieben behandeln kann, betrachtet. Daß sie vor vermeidbaren Leiden zu schützen sind, sollte daher nicht nur im Tierschutzgesetz stehen, sondern auch in unserem vornehmsten Gesetz, dem Grundgesetz, Ausdruck finden.

Die F.D.P.-Bundestagsfraktion hofft noch immer, daß die von uns formulierten und im Rechtsausschuß mehrheitlich angenommenen Anträge zur Achtung auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften, zur Achtung der Identität ethnischer, kultureller, sprachlicher Minderheiten, zum Tierschutz und zur Änderung der Präambel hier angenommen werden. (D)

Daß wir heute diesem Grundgesetz eine Staatszielbestimmung **Umweltschutz** hinzufügen werden, erfüllt uns Liberale mit ganz besonderer Genugtuung.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dies ist nämlich eine der ältesten liberalen Forderungen im Zusammenhang mit Diskussionen zur Verfassungsreform. Der schonende Umgang mit unserer Umwelt nutzt nicht nur den jetzt Lebenden; auch künftige Generationen haben einen Anspruch auf Umweltbedingungen, die ihr Leben erst lebenswert machen.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.] sowie des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD])

Es wird uns auch gelingen — da wird es eine Zweidrittelmehrheit geben —, den Staat zu verpflichten, daß er darauf hinwirkt, die nach wie vor unstrittig bestehenden **Benachteiligungen von Frauen** abzubauen, sie zu minimieren. Auch dies ist ein ganz erheblicher Fortschritt, den wir Liberale begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verfassungen dürfen aber keine **falschen Hoffnungen** wecken. Man darf — ich glaube, auch dies ist ein Ergebnis der heu-

Burkhard Zurheide

- (A) tigen Debatte — Verfassungen nicht überfrachten und Dinge hineinschreiben, die besser und wirksamer durch ein einfaches Gesetz gelöst werden können.

Der Staat soll zur Schaffung und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen und einen hohen Beschäftigungsstand anstreben. Das ist richtig; das steht im Stabilitätsgesetz. Er hat auch die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, so daß angemessener Wohnraum geschaffen werden kann. Auch dies steht im Gesetz. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sollte dies, ja, darf dies eigentlich in eine Verfassung, in unser Grundgesetz aufgenommen werden? Nach meiner Auffassung gibt es nur eine Antwort: eindeutig nein. Stünde dies nämlich im Grundgesetz, würde die Erwartung geweckt, der Staat allein werde schon alles richten. Daß dies in einem freiheitlichen System nicht funktionieren kann, ist klar. Aber es funktioniert eben auch nicht einmal dann, wenn die Gesetze der Marktwirtschaft partiell außer Kraft gesetzt werden, wie der Zusammenbruch und die mangelnde Effizienz sämtlicher planwirtschaftlicher Systeme auf dieser Welt bewiesen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Unser liberaler Gesellschaftsentwurf geht davon aus, daß der einzelne in den Stand versetzt werden muß, sich zunächst selber helfen zu können, und ihm staatliche Hilfe dann — aber dann auch wirklich — zuteil wird, wenn er aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage ist.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die **Soziale Marktwirtschaft**, die die F.D.P. will, ist daher der beste Garant für den größtmöglichen Wohlstand aller. Marktwirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist das am besten geeignete Mittel, Wohlstand für möglichst viele zu schaffen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Aber ist da der Wohlstand für alle verwirklicht?)

Allen Versuchen, dieses grundgesetzlich festgeschriebene Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft zu verwässern, erteilen wir Liberale jedenfalls eine ganz deutliche Absage.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. — Detlev von Larcher [SPD]: Das ist doch wirklich albern!)

Meine Damen und Herren, wir Liberale haben von Beginn der Verfassungsberatungen an keine Angst vor einer Überprüfung des Grundgesetzes an der neuen Wirklichkeit gehabt, da wir von der Qualität und Güte dieser Verfassung überzeugt waren. Es hat sich herausgestellt, daß das Grundgesetz modernen Anforderungen gewachsen war. Gleichwohl sollte es nach unserer Auffassung an einer Reihe von Stellen, die wir heute diskutiert haben, ergänzt, auf den neuesten Stand gebracht und der **gesellschaftlichen Realität** angepaßt werden. Dies, meine Damen und Herren, muß man dann aber auch tun, wenn man Verfassungen als eine dynamische und nicht statische Veranstaltung versteht.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. will eine **freiheitliche, eine wehrhafte, eine selbstbewußte, eine offene, soziale, dem Recht verpflichtete, emanzipatorische, liberale, aufklärerische demokratische Ordnung**, die durch unser Grundgesetz zum Ausdruck kommen soll.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich werbe daher nochmals eindringlich um Unterstützung für die Anträge, die die F.D.P. in die Beratungen zur Änderung der Verfassung eingebracht hat. Minderheitenschutz, Achtung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, Tierschutz und die Änderung der Präambel sollten Teil des von mir eingangs beschriebenen Grundkonsenses werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat Dr. Gregor Gysi das Wort.

Dr. Gregor Gysi (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen zunächst die Nachricht überbringen, daß unsere Abgeordnetengruppe einer Vielzahl der Anträge, über die heute zu entscheiden sein wird, zustimmen wird. Ich weiß nicht, ob Ihnen das recht ist, aber wir sind dann hier in einer ganz großen Volksfront, die in letzter Zeit so stark verteufelt wurde.

(Heiterkeit bei der PDS/Linke Liste und der SPD)

(D)

Die Dinge, die wir verändern, werden sicherlich vorteilhaft sein. Ich sage dennoch: Es sind auch viele Chancen vertan worden.

Das Hauptproblem ist und bleibt nun einmal, daß der Art. 146 des Grundgesetzes vorgesehen hat, daß für den Fall der Vereinigung eine neue Verfassung durch das Volk angenommen wird. Diese Chance ist versäumt worden, ebenso weitere Modernisierungen, die dringend notwendig gewesen wären.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Nun will ich mich, auch wegen der Kürze der Zeit, auf wenige Punkte beschränken, um auch Mißverständnisse auszuräumen. Sie wissen, daß wir u. a. eine **ostdeutsche Kammer** gefordert haben. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, daß eine solche Kammer, die die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer wählen könnten, der Spaltung dienen würde. Ich möchte, daß das ein für allemal aus dem Weg geräumt wird: Eine Kammer, die der besonderen Situation von Menschen Rechnung trägt und diesbezüglich Initiativ- und Einspruchsrechte hat, würde genau zum Abbau von Benachteiligungen dieser Menschen beitragen, bis man von einer wirklichen Gleichberechtigung sprechen kann. Dann wäre sie auch überflüssig. Es ist auch vorgesehen, daß sie zu diesem Zeitpunkt abgeschafft wird. Das heißt, sie würde die innere Einheit forcieren und eben nicht zu einer weiteren Spaltung führen, wie das umgekehrt der Fall ist, wenn man — wie es der Generalsekretär der CDU in

Dr. Gregor Gysi

- (A) einem Fernsehgespräch mit mir getan hat — darauf hinweist, daß das sowieso nur ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler wäre und es deshalb nicht so darauf ankäme. Darin kommt nämlich die Haltung gegenüber den neuen Bundesländern zum Ausdruck. Genau das sollte mit einer solchen Kammer korrigiert werden. Die Stellung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder sollten gestärkt werden. Ich denke, das wäre ganz wichtig gewesen.

Wir sind natürlich auch betrübt darüber, daß soziale Rechte nicht einmal als Staatsziele aufgenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Die Argumentation meines Vorredners kann ich überhaupt nicht akzeptieren. Denn wissen Sie, worum es eigentlich ginge? Es ginge darum, daß die Tätigkeit und die Entscheidungen des Parlaments und der Regierung auch verfassungsrechtlich an Hand dieser Staatsziele geprüft werden könnten. Eine arbeitsmarktfreundliche Politik wäre dann nicht nur schlecht, sie wäre auch verfassungswidrig. Es wäre schon wichtig, daß man dies eindeutig festschreibt und feststellt.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Es würden damit keine Illusionen hinsichtlich irgendwelcher Individualrechte geweckt werden, die gar nicht als Staatsziele formuliert werden können.

- (B) Das dritte, das ich besonders bedauerlich finde, ist, daß wir offensichtlich nicht einmal die Zulässigkeit von **Volksentscheiden und Volksinitiativen** geregelt bekommen. Ich weise darauf hin, daß man sich über die Ausgestaltung — wann es zulässig ist, wie es durchgeführt werden muß, wie die Bedingungen auszuweisen haben — durch ein Bundesgesetz noch verständigen könnte. Heute wäre es erst einmal darum gegangen, festzustellen, daß Volksentscheide und Volksinitiativen möglich sind, daß sie sozusagen in die Verfassung verankert werden und daß man dann gesetzlich regelt, wie sie im einzelnen durchzuführen sind. Aber Sie versagen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ein solches Recht, stützen sich aber immer auf das Volk. Sie wollen sich von den Menschen wählen lassen und bestreiten, daß die Menschen in der Lage wären, Sachfragen zu entscheiden.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Alles andere, was an Argumentationen kommt, sind meines Erachtens Ausreden und wenig überzeugend. Weder wird der Föderalismus damit angegriffen, noch hat es etwas mit Verantwortlichkeit zu tun. Denn wir stehen auch heute vor der Situation, daß Bürgerinnen und Bürger nicht für die Art und Weise, wie sie wählen, zur Verantwortung gezogen werden können, obwohl das viele gerne tun würden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Damit müßten wir uns dann auch bei Sachfragen abfinden. Was glauben Sie denn, was z. B. mit dem § 218 geschehen wäre, wenn wir über ihn durch eine Volksentscheidung hätten entscheiden lassen? Er wäre

re längst im Orkus der Geschichte verschwunden, wo er auch hingehört. (C)

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich will einen vierten Punkt erwähnen: daß es nämlich leider auch nicht gelungen ist, ein republikanisches **Staatsbürgerschaftsrecht** zu regeln, das davon ausgeht, daß Menschen das Recht auf Einbürgerung haben, wenn sie fünf Jahre oder länger ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Das wäre ganz wichtig gewesen, um gerade im Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit durch diesen Bundestag ein gegenteiliges Signal zu setzen und die Stellung derjenigen Ausländerinnen und Ausländer, die die Staatsbürgerschaft — auch als doppelte Staatsbürgerschaft — erwerben wollen, wesentlich zu stärken.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Wenn man sich schon darauf nicht verständigt, dann wäre etwas anderes ganz wichtig gewesen: daß wir nämlich nicht nur auf kommunaler Ebene, wie es die SPD einführen möchte — obwohl wir dem natürlich zustimmen werden, weil es immerhin der erste Schritt ist —, sondern eigentlich auf allen Ebenen ein **Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer** einführen, die fünf Jahre oder länger ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich möchte, daß die Menschen dort, wo sie leben, wirken, arbeiten, auch das Recht haben, politisch Verantwortung in Form von aktivem und passivem Wahlrecht wahrzunehmen. Ich möchte nicht, daß das nach irgendeiner Blutsverwandtschaft geht. Ich sehe auch nicht ein, daß ein Deutscher, der in Argentinien lebt, drei Monate vor der Wahl hierher kommt, hier die Regierung wählt und dann wieder abreist. Nein, er soll die argentinische Regierung wählen, dort, wo er lebt und wirkt. Das ist sein legitimes Recht. (D)

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Alle Gesetze, die wir hier beschließen, wirken sich auf diejenigen aus, die hier leben, und Sie schließen Millionen von Menschen vom Wahlrecht aus. Ich finde, es sagt eine Menge über das Verständnis von Demokratie aus, ob sich das Wahlrecht nämlich an den Menschen richtet oder ob es über die Staatsbürgerschaft, die auch noch an die Blutsverwandtschaft gebunden ist, geregelt ist. Lassen Sie uns hier doch einen Schritt nach vorne gehen! Ich sage Ihnen, die Wirkung wird doppelt positiv sein: Sie trauen sich keine ausländerfeindlichen Äußerungen mehr, und im Ansehen der Bürgerinnen und Bürger würden die ausländischen Nachbarinnen und Nachbarn und Kolleginnen und Kollegen aufsteigen, weil ein Mensch, der mehr Rechte hat, auch gleich mehr Ansehen genießt. Wir hätten im Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit einen ganz wichtigen Schritt nach vorne getan. Bitte überdenken Sie noch einmal, ob Sie diesen Anträgen nicht doch zustimmen wollen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

(A) **Vizepräsidentin Renate Schmidt:** Nun hat der Kollege Werner Schulz das Wort.

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Konkursverfahren zur Verfassungsreform läuft. Die Beschlußempfehlung ist ein Dokument des Scheiterns und der Unfähigkeit der Regierungskoalition, die grundlegenden Herausforderungen der deutschen Einheit zu begreifen. Gescheitert ist neben der Integration der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer auch eine Reform der alten Bundesrepublik. Es wird so getan, als ginge es nur um die Einbindung des Ostens, während im Westen alles in Ordnung sei. Doch Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit — nicht nur der scheidende Bundespräsident hat uns darauf hingewiesen — klaffen in unserem vereinten Land weit auseinander. Eine Verfassungsreform wäre die Möglichkeit gewesen, die Erfahrungen unserer Bürgerbewegung mit den im Westen erarbeiteten Reformansätzen zu verbinden.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD])

Doch die Verfassungsdebatte, die politische Bestandsaufnahme und ernsthafte Behandlung drängender Probleme, wurde von Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nie ernsthaft gewollt. Sie haben uns das Grundgesetz wie ein Fertigericht vorgesetzt, Herr Geis. Sie haben die Verfassungsfrage wie eine aufgedrängte, wie eine lästige Diskussion im Zuge der deutschen Einheit aufgenommen. Auch die Aufmerksamkeit in der heutigen Debatte belegt das in erschreckender Weise. Ich sage es ungern, und ich weiß, Sie hören es auch nicht gern, aber die Atmosphäre heute hier in Berlin — wir sind extra nach Berlin gefahren, um nicht den Zinobor von Bonn aufzuführen — belegt: Wir tun so, als ob wir die Achte Novelle zum Abwassereinleitungsgesetz behandeln und nicht das abschließende Ergebnis der Verfassungskommission. Auch das spricht Bände.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Pfui!)

— Das „Pfui“ können Sie sich ans eigene Revers stecken. — Dabei hätte ein gleichberechtigter und durchdachter Weg zu einer gemeinsamen Verfassung allemal mehr über unsere demokratische Reife gesagt als alle Sonntagsreden, die der Kanzler und die Seinen zur deutschen Einheit halten. Diese neue Republik hat ihre politische Reifeprüfung noch nicht bestanden. Die DDR-Bevölkerung hatte große Erwartungen an den Rechtsstaat. Die Hoffnung hieß Gleichberechtigung; die Erfahrung vernichtet sie im Kern. Nicht die Arroganz des Westens war das Schlimme, sondern die kritiklose Übertragung westlicher Erfahrungswerte und Verhaltensmuster. Offenbar gab es vor der Glasnost/Perestroika aus dem Osten große Ängste. Allmählich verstehe auch ich diese Furcht.

Es ist die Furcht, alte Gewißheiten zu verlieren, die Furcht vor Veränderung. Doch eine andere Republik ist nicht a priori und nicht schon an sich etwas Schlechteres. Wir haben eine andere Republik. Nur, eine konservative Mehrheit im Bundestag verweigert ihr die politische Konstituierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

(C)

Das ist und bleibt eine historische Fehlleistung und politisches Versagen. Es reicht nicht aus, bloß die staatliche Einheit herzustellen, den verfassungsmäßigen Rahmen nicht zu erweitern und die Erfahrungen aus dem totalitären System Ost, wichtige Staatsziele, Grundwerte und Minderheitsrechte, die aus heutiger Sicht anstehen, nicht aufzunehmen.

Ist es denn eine Zumutung, auch dem Westen Veränderungen abzuverlangen? Hätte nicht eine neue Verfassung, die das Grundgesetz im Fall der Einheit schließlich vorschreibt, die Einheit fördern und einen Bund deutscher Länder — die innere Einheit in Vielfalt — zum Verfassungsziel setzen können?

Es bleibt nach wie vor die unerfüllte Verpflichtung des Art. 146, die demokratische Aufgabe, der demokratische Traum, daß sich das deutsche Volk eine Verfassung gibt. Diese Aufgabe — da können wir hier reden, was wir wollen —, diese einmalige historische Chance haben wir nicht erfüllt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Professor Rupert Scholz das Wort.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in diesem Hohen Haus mit dieser Debatte am Ende dessen, was uns der Einigungsvertrag aufgegeben hat: unser Grundgesetz — ich füge hinzu: unser bewährtes Grundgesetz — auf Reformbedürftigkeiten zu überprüfen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Debatte endet mit streitigen Abstimmungen. Das liegt in der Natur der Sache. Diese streitigen Diskussionen haben wir bereits in der Verfassungskommission geführt. Auch dies liegt in der Natur der Sache. Aber Verfassungspolitik ist mit Recht auf Zweidrittelmehrheiten angewiesen. Das heißt, es bedarf eines besonders repräsentativen Konsenses. Deshalb denke ich, niemand sollte es falsch interpretieren, wenn die eine oder andere Entscheidung anders ausgeht, als er sich selbst gewünscht hat.

Ich mache für meine Person keinen Hehl daraus, daß ich ein mögliches Scheitern der Vorschriften zum Föderalismus bedaure. Aber ich möchte dennoch das aufnehmen, was Kollege Schmude hier vorhin gesagt hat. Ich appelliere an die Kollegen im Bundesrat — selbst wenn sie nicht hier sind —, daß sie keine Politik sozusagen der verbrannten Verfassungserde oder des Alles-oder-Nichts fahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Sie haben in der Verfassungskommission mit uns gemeinsam viele wichtige Vorschläge, über die wir heute hier abstimmen werden, mit erarbeitet. Wir haben auch dort gestritten, wir haben Kompromisse gefunden, und wir haben wichtige Entscheidungen vor-

Dr. Rupert Scholz

- (A) bereitet. Diese Entscheidungen sollten nicht daran scheitern, daß es in einem Punkt Dissens gibt.

Meine Damen und Herren, der Prüfungsauftrag aus Art. 5 des Einigungsvertrages lautete: Überprüfung des Grundgesetzes auf seine Reformbedürftigkeit. Natürlich hat sich daraus eine Debatte entwickelt, die in vieler Beziehung an die **Grundlagen unseres Grundgesetzes** rührt. Eine ganze Reihe von Anträgen, die heute zur Abstimmung anstehen, greifen verkappt eben doch an die Grundlage unserer Verfassung.

Dieses Grundgesetz ist mit Recht ein Glücksfall der deutschen Geschichte genannt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum? Weil dieses Grundgesetz eine Gratwanderung bestanden hat wie keine andere Verfassung in der deutschen Geschichte zuvor und weshalb wir — teilweise von viel älteren Demokratien und Rechtsstaaten, als wir selbst es sind — um eben diese Verfassung beneidet werden, eine Gratwanderung, die auf der einen Seite **Stringenz** in den normativen Grundentscheidungen und den Grundwerten Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit heißt und die auf der anderen Seite das nötige Maß an **Offenheit** in die Zeit und in die Verfassungswirklichkeit hinein und gegenüber der jeweils demokratisch legitimierten Politikgestaltung bedeutet.

- (B) Das ist ganz entscheidend in der Bestimmung enthalten, die für mich in diesem Grundgesetz fast die weiseste ist: das **Sozialstaatsprinzip**, das soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fordert und damit offen für Politikgestaltung und für die sich in der Zeit immer wieder verändernden sozialen Probleme, Gestaltungsprobleme und Ordnungsaufgaben ist.

Deshalb ist es falsch, wenn man glaubt — wie es die Sozialdemokraten fordern —, daß dieses Sozialstaatsprinzip — wie Sie gerne scheinbar unauffällig formulieren — durch bestimmte, ganz konkrete sozialpolitische Forderungen „konkretisiert“ oder „präzisiert“ werden müßte.

Meine Damen und Herren, diese sozialpolitischen Forderungen, die Sie aufstellen, sind zeitbedingt. Natürlich ist Arbeitslosigkeit ein Problem, natürlich ist Wohnungsnot ein Problem; das ist völlig unbestreitbar.

Aber eine Verfassung kann überfordert werden, wenn man ihr die Offenheit nimmt oder wenn man sogar so weit geht, daß eine Verfassungsnorm zum Alibi für vielleicht nicht hinlänglich erfolgreiche Politik wird. Jedermann weiß: Ein Recht auf Arbeit, ein Recht auf Vollbeschäftigung schafft keinen einzigen Arbeitsplatz mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das gleiche gilt für ein Recht auf Wohnung.

Diese Verfassung hat eine **Soziale Marktwirtschaft** ermöglicht. Soziale Marktwirtschaft ist ein ausgewogenes System von Freiheit, Eigenverantwortung, Privatautonomie bis hin zur Tarifautonomie einerseits und auf der anderen Seite Sozialität, staatliche Lenkung, aber nur so weit, wie Freiheit, Selbstverantwor-

tung nicht ihrerseits gestaltungs- und leistungsfähig sind. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses ausgewogene Miteinander ist eine entscheidende Leistung dieses Grundgesetzes. Deshalb wehren wir uns gegen jede Überfrachtung und gleichzeitig implizite Aushöhlung dieser freiheitlich-sozialen Grundsubstanz unserer Verfassung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dieses Grundgesetz ist sparsam. Wer es z. B. neben die Weimarer Verfassung legt, wer es neben Landesverfassungen legt, der wird sagen: Da steht so wenig „Schönes“ drin. In der Tat: In der normativen Stringenz liegt auch **Kargheit und Zurückhaltung**. Aber das ist wieder Weisheit, das ist politische Weisheit.

Man kann eine Verfassung nicht zu einem Katechismus alles Guten und Schönen machen. Eine Verfassung ist kein Bilderbuch, eine Verfassung ist kein Wunschkatalog. Eine Verfassung ist ein abstrakter, wertgebender Ordnungsrahmen für eine freiheitlich-soziale Gesellschafts- und Staatsordnung insgesamt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb ist eine Verfassung auch kein Ethikkatalog für innergesellschaftliches Verhalten oder Nichtverhalten.

- Wer eine Verfassung mit solchen Regelungen befrachtet, überfrachtet, der setzt sie und bringt sie in Gefahr, in die Gefahr nämlich, daß sie sich entweder im Utopischen oder im allzu Zeitgebundenen oder letztendlich im rein Kosmetischen verliert. (D)

Was ist die weitere Konsequenz? Die weitere Konsequenz ist, daß **Verfassungsbewußtsein** verlorengeht. Verfassungsbewußtsein heißt: das Vertrauen des Bürgers auf seine Verfassung. Eine Verfassung darf nichts versprechen, was nicht einlösbar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Eine Verfassung ist kein Politikersatz, sondern **Politikermächtigung und Verpflichtung** für den demokratischen Gesetzgeber, das zu leisten, was erforderlich ist. Politik kann niemals durch Verfassungsnormen ersetzt werden.

Wenn sich Politik in scheinbarem politisch-programmatischem Verfassungsvollzug verliert, dann entmündigt sich ein demokratischer Gesetzgeber, und zugleich verflüchtigt sich Verfassungssubstanz in schlechte leere Hülle. Die weitere Konsequenz ist erneut, daß Verfassungsbewußtsein verlorengeht, daß Vertrauen auf eine Verfassung nicht mehr gerechtfertigt ist.

Aus diesem Grunde haben wir uns in entscheidender Weise dagegen gewandt, dieses Grundgesetz mit „Gutem“, mit „Schönem“, mit Ethischem, mit Lyrischem, mit Kosmetischem oder mit nicht erfüllbaren

Dr. Rupert Scholz

- (A) Staatszielbestimmungen zu befrachten. Und daran halten wir fest.

Wir haben uns auch dagegen gewandt, daß Plebiszite in das Grundgesetz aufgenommen werden. Die Debatte will ich nicht neu aufnehmen. Gestatten Sie mir nur zwei Bemerkungen, zu denen mich vor allem die denkwürdige Äußerung des Herrn Gysi eben veranlaßt.

Das muß man sich ja fast auf der Zunge zergehen lassen. Er sagt — wenn ich Sie richtig zitiere, Herr Gysi —, wenn wir die Volksabstimmung gehabt hätten, wäre das Problem des § 218 StGB längst gelöst. Was Sie damit sagen, ist natürlich die Konsequenz einer Volksabstimmung, die offenkundig nicht mehr an die Verfassung gebunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn das Plebiszit das Instrument für die Freizeichnung von der Verfassung ist, dann gute Nacht! Das mag Ihr politisches Verständnis sein, aber es ist nicht unseres.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, als letztes noch einen Aspekt anzusprechen, den ich mit der Bitte überschreiben möchte, keine Legenden zu bilden. In der Diskussion um diese Verfassungsreform, die wir in diesem Hohen Haus heute abschließen, ist immer wieder das Argument gebracht worden, es gehe darum, in dieses Grundgesetz, das über die Einheit zur gesamtdeutschen endgültigen und legitimen Verfassung geworden ist, Traditionen, Empfindungen aus jener großartigen friedlichen Revolution im ehemals anderen Teil Deutschlands aufzunehmen, und dazu gehöre vor allem auch das Plebiszit.

Meine Damen und Herren, „Wir sind ein Volk!“ ist einer der wunderbarsten Sätze der ganzen deutschen Geschichte. Aber dieser Satz hat sich mit Recht gegen ein totalitäres System gerichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dieser Satz läßt sich nicht übertragen. Er läßt sich nicht übertragen, wenn man ihn nicht diskreditieren will —

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. —
Werner Schulz [Berlin] [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: „Wir sind das Volk!“ haben wir
gerufen!)

— Im Rahmen einer repräsentativen, einer stabilen Demokratie, wie unsere sie ist. Ich halte es für eine Diskreditierung dieser wunderbaren friedlichen Revolution, daß hier solche Gleichstellungen vorgenommen werden.

Gestatten Sie mir auch noch folgenden Satz. Als ein Altbundesrepublikaner, als einer, der das Glück hatte, westlich der Elbe aufgewachsen zu sein — wenn ich das einmal sagen darf —, möchte ich feststellen: Ich halte die Entscheidung der ersten frei gewählten Volkskammer, nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch dem Grundgesetz beizutreten, die hier bei Ihnen gefallen ist, für ein großes Geschenk.

Ich halte das für ein Geschenk für uns ehemals Westdeutsche. (C)

Jedermann weiß: Wenn in der Frage der Einheit die Volkskammer gesagt hätte, wir wählen die andere Option des Grundgesetzes, nämlich Wiedervereinigung über eine neue, gesamtdeutsche Verfassung, hätte sich die Mehrheit der Deutschen, aber eben nur die andere Seite, nämlich die alte Bundesrepublik, dem nicht verweigern können. Das scheint mir ganz selbstverständlich zu sein.

Aber sie haben sich für dieses Grundgesetz entschieden. Sie haben sich für dieses Grundgesetz entschieden, weil sie wußten, was es ihnen bringt: Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb meine ich, daß gerade in dieser Frage in diesem Haus, hier im Reichstag, ein Wort des Dankes angebracht ist. Ich bin überzeugt, das Grundgesetz hat die Überprüfung seiner selbst bestanden.

Wir werden es heute an einigen Punkten reformieren, und das ist gut so. Wir werden wichtige Entscheidungen treffen; aber insgesamt geht dieses Grundgesetz bestätigt, gestärkt aus dieser Verfassungsdiskussion hervor. Dieses Grundgesetz ist die richtige, die beste Verfassung auch für unsere Zukunft.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache. (D)

Es liegen eine ganze Reihe von schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung entsprechend § 31 unserer Geschäftsordnung vor. *)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes auf Drucksache 12/6633 in der Ausschlußfassung auf Drucksache 12/8165 Nr. 1.

Dazu liegen sechs Änderungsanträge der Gruppe PDS/Linke Liste vor. Wir stimmen zuerst über diese sechs Änderungsanträge der Gruppe PDS/Linke Liste ab. Wer stimmt für die Änderungsanträge auf Drucksache 12/8176? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit sind die Anträge auf Drucksache 12/8176 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt nun für die Änderungsanträge auf Drucksache 12/8177? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Änderungsanträge sind mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt nun für die Änderungsanträge auf Drucksache 12/8178? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Anträge sind mit großer Mehrheit abgelehnt.

*) Die Erklärungen werden im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) Nun kommen wir zur Drucksache 12/8179. Wer stimmt dafür? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wer stimmt nun für die Drucksache 12/8180? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Nun kommen wir noch zur Drucksache 12/8181. Wer stimmt dafür? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Änderungsanträge sind mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschlußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich weise darauf hin, daß zur Annahme des Gesetzentwurfs nach Art. 79 Abs. 2 des Grundgesetzes die Stimmen von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages erforderlich sind.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Für diese Abstimmung benötigen Sie die gewohnten Abstimmungskarten.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen, und eröffnen die Abstimmung.

- (B) Darf ich fragen, ob es noch jemanden gibt, der seine Stimme bzw. seine Karte abzugeben wünscht. — Dies scheint nicht der Fall zu sein. Damit schließe ich diese Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.12 bis 18.17 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Ich möchte das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben. Es wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 622 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein drei, enthalten haben sich vier. Der Gesetzentwurf ist damit mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Wir kommen nun zu den weiteren Abstimmungen, und zwar zu den vier Gesetzentwürfen, die der Rechtsausschuß aus dem interfraktionellen Gesetzentwurf und dem Gesetzentwurf der SPD abgetrennt hat.

(Unruhe)

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

(C) — Darf ich um etwas Aufmerksamkeit bitten; das Abstimmungsverfahren ist nicht ganz einfach, und wir alle sollten wissen, worüber wir abstimmen.

Es handelt sich dabei um die folgenden Gesetzentwürfe: Nr. 8 der Beschlußempfehlung — dabei geht es um das Thema Tierschutz —, Nr. 4 der Beschlußempfehlung — dabei geht es um die Achtung der Identität von ethnischen, sprachlichen und kulturellen Minderheiten —, Nr. 3 der Beschlußempfehlung — dabei handelt es sich um Gesetzgebungskompetenz und Gesetzgebungsverfahren — sowie Nr. 6 der Beschlußempfehlung — dabei handelt es sich um die Präambel.

Zu den genannten vier Gesetzentwürfen liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor, über die wir zusammengefaßt abstimmen können.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt, die mit dem Ihnen gerade ausgeteilten — oder, wie ich hoffe, in Austeilung befindlichen — blauen Stimmzettel durchgeführt wird. Sie finden dort zu jedem Änderungsantrag die Drucksachenummer, den betroffenen Grundgesetzartikel und ein kennzeichnendes Stichwort. Sie müssen auf dem Stimmzettel unbedingt Ihren Namen, gegebenenfalls den Namenszusatz und selbstverständlich auch noch die Fraktion gut leserlich in Druckbuchstaben eintragen. Stimmzettel, bei denen der Name unlesbar ist, sind ungültig.

Ich wiederhole: Sie brauchen jetzt den blauen Stimmzettel. Ich bitte, soweit es noch nicht geschehen ist, diese blauen Stimmzettel auszuteilen.

(D)

Sie können bei jedem Änderungsantrag ein Kreuz bei Ja, Nein oder Enthaltung anbringen. Wenn Sie bei einem Änderungsantrag mehr als ein Kreuz oder überhaupt kein Kreuz eintragen, ist die Stimme für diesen Antrag, aber nicht für die weiteren, ungültig.

Ich bitte dann die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen, und bitte, darauf zu achten, daß alle Urnen mit jeweils zwei Schriftführerinnen und Schriftführern unterschiedlicher Fraktionen besetzt sind.

Ist jeder im Besitz eines solchen blauen Stimmzettels? Ich stelle fest, daß das der Fall ist, und eröffne die Abstimmung.

Darf ich fragen, ob jeder seinen Stimmzettel abgeben konnte. Wünscht noch jemand, seinen blauen Stimmzettel abzugeben? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.24 Uhr bis 19.00 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) Ich gebe nun das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 12/8172** — dabei handelt es sich um das Thema Tierschutz — bekannt. Es wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt: 221, mit Nein haben gestimmt: 380. Es haben sich 26 Kolleginnen und Kollegen enthalten. Ungültig waren 2 Stimmen, und zwar deshalb, weil der Name nicht auf dem Zettel steht. Es war nämlich eine namentliche Abstimmung. Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn ein Name darauf steht. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Nun das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 12/8173**. Dabei handelt es sich um das Thema Schutz und Förderung nationaler Minderheiten. Es wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 240 gestimmt, mit Nein 369, 18 Kolleginnen und Kollegen haben sich enthalten. Ungültig waren wiederum 2 Stimmzettel. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 12/8174**. Dabei handelt es sich um Gesetzgebungskompetenzen und -verfahren. Auch hier wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 230 gestimmt, mit Nein 348. Enthalten haben sich 48. Ungültig waren 3 Stimmzettel.

- (B) Wir kommen nun zu dem von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 12/8175** zum Thema Gerechtigkeit und Solidarität in der einen Welt. Abgegeben wurden 629 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt: 246, 373 Kolleginnen und Kollegen haben mit Nein gestimmt, 8 haben sich enthalten. Ungültig waren 2 Stimmen. Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

Damit sind diese vier Änderungsanträge abgelehnt. Über die Gesetzentwürfe selbst, zu denen diese Änderungsanträge vorgelegt waren, stimmen wir später ab.

Wir stimmen nun zunächst über den aus dem interfraktionellen Gesetzentwurf abgetrennten Entwurf zu Änderungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, Art. 74 und 125 a des Grundgesetzes, ab. Das ist Nr. 2 der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Wir kommen deshalb sofort zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich weise darauf hin, daß auch hier zur Annahme wieder eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Die Abstimmung erfolgt in dem üblichen Verfahren mit Abstimmungskarten. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die Abstimmung. —

Darf ich fragen, ob noch jemand seine Stimmkarte einzuwerfen wünscht. — Aber bitte ein bißchen schneller, Frau Wiczorek-Zeul.

Wünscht noch jemand seine Stimme abzugeben? — Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Die Sitzung ist bis zum Vorliegen des Ergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 19.08 Uhr bis 19.12 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich möchte das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 12/8165 Nr. 2** bekanntgeben: Es wurden 633 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 630 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein einer oder eine, und zwei haben sich enthalten. Der Gesetzentwurf ist damit mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 12/8197. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit bei vielen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem aus dem interfraktionellen Gesetzentwurf abgetrennten Entwurf auf der Drucksache 12/8165 Nr. 3. Dabei handelt es sich um die Rahmengesetzgebung des Bundes und Gesetzgebungsverfahren.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/8205 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Änderungsantrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung, wenn ich das richtig gesehen habe, einstimmig angenommen.

(C)

(D)

Vizepräsidentin Renate Schmidt

(A) Wir kommen nun zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Auch hier ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Die Abstimmung erfolgt mit Abstimmungskarten. Ich bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen wiederum, ihre Plätze einzunehmen, und eröffne die Abstimmung. —

Darf ich fragen, ob alle Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit hatten, in dieser Abstimmung ihre Stimme abzugeben. Gibt es noch jemanden, der seine Stimme abzugeben wünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.17 Uhr bis 19.21 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/8165 Nr. 3 bekannt. Es wurden 630 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 624 Kollegen und Kolleginnen gestimmt, mit Nein 2; enthalten haben sich 4. Damit ist der Gesetzentwurf mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(B) Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD auf Drucksache 12/6323, und zwar in der Fassung der Nr. 5 der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch, Wolfgang Lüder, Gerhart Baum und Cornelia Schmalz-Jacobsen vor.

Der Änderungsantrag auf Drucksache 12/8200 (neu) — Volksinitiative — ist wortgleich mit Art. 1 Nr. 14 des soeben aufgerufenen Gesetzentwurfs der SPD. Wir können deshalb über den Änderungsantrag und den SPD-Entwurf zu diesem Thema gemeinsam abstimmen.

Wer dem SPD-Entwurf insoweit zustimmt, stimmt damit auch dem Antrag der Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch, Wolfgang Lüder, Gerhart Baum und Cornelia Schmalz-Jacobsen zu; wer den SPD-Entwurf insoweit ablehnt, lehnt damit auch diesen Antrag ab.

Der zweite Änderungsantrag auf Drucksache 12/8199 (neu) bezieht sich auf das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Diese Materie ist — allerdings in einer anderen Konzeption — in Nr. 12 der Abstimmungsliste zum SPD-Gesetzentwurf enthalten.

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung der SPD-Fraktion zur Geschäftsordnung vor. Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Jochen Vogel.

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnungsfrage ist in bezug auf diesen Antrag etwas kompliziert. Um das Verfahren aber zu beschleunigen, erkläre ich für meine Fraktion Einverständnis damit, daß jetzt darüber abgestimmt wird, und bitte — das darf ich vielleicht in dieser Weise tun — meine Fraktion, dem zuzustimmen. (C)

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es würde noch viel umständlicher, wenn wir eine Unterbrechung der Sitzung beantragen würden. Der guten Ordnung halber sollte auch über den Antrag der F.D.P.-Kollegen namentlich abgestimmt werden. Das wären dann mehr als 34 Abgeordnete, die das wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich rufe nun den Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch, Wolfgang Lüder, Gerhart Baum und Cornelia Schmalz-Jacobsen auf der Drucksache 12/8199 (neu) zum Kommunalwahlrecht auf.

Dazu ist namentliche Abstimmung verlangt. Wir stimmen wieder mit Stimmkarten ab.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, die Plätze wieder einzunehmen. —

Darf ich fragen, ob noch ein Mitglied des Hauses seine Stimmkarte einzuwerfen wünscht. Hatten alle Gelegenheit, abzustimmen? — Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. (D)

Ich unterbreche die Sitzung wiederum bis zum Vorliegen des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 19.27 Uhr bis 19.33 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich möchte das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 12/8199 (neu) bekanntgeben. Es wurden 630 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 275 Kollegen und Kolleginnen gestimmt, mit Nein haben 353 gestimmt, enthalten haben sich 2. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD. Die Fraktion der SPD verlangt zu allen Einzelvorschriften namentliche Abstimmung. All diese Einzelvorschriften sind auf dem Ihnen bereits ausgeteilten gelben Stimmzettel aufgeführt. Darf ich fragen, ob jeder und jede, die abzustimmen wünschen, im Besitz eines solchen gelben Stimmzettels sind. — Ich darf bitten, die Stimmzettel noch nicht einzuwerfen, damit Sie noch all das mitbekommen, was ich zu sagen habe.

Wenn Sie für alle Einzelvorschriften ein einheitliches Votum abgeben wollen, erleichtern Sie es den

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) **Schriftführerinnen und Schriftführern** — das bedeutet, daß wir weniger lange hier sitzen müssen —, wenn Sie in der Kopfzeile entsprechend angeben, ob Sie für alle Einzelvorschriften mit Ja oder mit Nein stimmen oder sich enthalten wollen. Wenn Sie zu den Einzelabstimmungen verschieden abstimmen wollen, dürfen Sie diese Kopfzeile nicht beschriften, weil dann Ihr Stimmzettel ungültig wäre. Sie müssen dann für jede Einzelabstimmung einzeln Ihr Kreuz machen.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß der Stimmzettel ungültig ist, wenn Sie Ihren Namen darauf nicht eintragen. Es handelt sich hierbei zwar um ein verkürztes Verfahren, aber um eine namentliche Abstimmung.

Ist das alles klar? — Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen, und bitte, die Schriftführer und Schriftführerinnen ihre Plätze einzunehmen. —

Darf ich fragen, ob jeder oder jede die Gelegenheit hatte, ihren gelben Stimmzettel abzugeben. — Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 19.39 Uhr bis 19.47 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

- (B) Die Schriftführer haben bei der Auszählung zwischenzeitlich festgestellt, daß mehr als 351 Abgeordnete pauschal alle Einzelbestimmungen abgelehnt haben. Keine der Einzelabstimmungen hat also bisher die einfache Mehrheit gefunden. Damit ist der Gesetzentwurf unter Nr. 5 der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 insgesamt abgelehnt. Somit entfällt die dritte Beratung.

Sind Sie damit einverstanden, daß ich das genaue Abstimmungsergebnis jetzt nicht bekanntgebe, sondern Sie es dem Stenographischen Bericht entnehmen? *)

(Beifall)

Dazu erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die vier übrigen Gesetzentwürfe auf Drucksache 12/8165 Nrn. 4, 6, 7 und 8, die vom Rechtsausschuß aus dem interfraktionellen und aus dem SPD-Gesetzentwurf abgetrennt worden sind. Es handelt sich dabei um Anträge zu den Themen Achtung ethnischer Minderheiten — Art. 20 b —, Vollendung der inneren Einheit — Präambel —, Achtung anderer auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften — Art. 6 — und Tierschutz — Art. 20 a Abs. 2.

Über die Änderungsanträge, die die SPD zu diesen Themen vorgelegt hatte, haben wir bereits nament-

lich abgestimmt. Sie wurden abgelehnt. Das genaue Ergebnis wird dann dem Stenographischen Bericht zu entnehmen sein. (C)

Zu zwei der vier Gesetzentwürfe, und zwar zu den Nrn. 4 und 6 der Beschlußempfehlung, liegen Änderungsanträge der Gruppe PDS/Linke Liste vor. Die Änderungsanträge betreffen die nationalen Minderheiten und die Lebensgemeinschaften. Wir stimmen zuerst über diese Änderungsanträge ab.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 12/8182? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Antrag auf Drucksache 12/8182 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für die Änderungsanträge auf Drucksache 12/8183? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit sind auch diese Änderungsanträge mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die vier Gesetzentwürfe in der Ausschußfassung ab. Es ist wiederum namentliche Abstimmung verlangt, die jetzt mit den **grauen Stimmzetteln** durchgeführt wird.

Zunächst bitte ich, die grauen Stimmzettel auszuverteilen. Denjenigen, die dafür zuständig sind, wird die Arbeit erleichtert, wenn Sie an Ihrem Platz sitzenbleiben. —

Da ich jetzt davon ausgehen kann, daß jeder einen grauen Stimmzettel hat, kann ich die Abstimmung eröffnen. Das Verfahren ist bekannt. Es müssen wiederum der Name und die Fraktion eingetragen werden. Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben. — (D)

Darf ich fragen, ob noch irgend jemand seinen grauen Stimmzettel nicht abgeben konnte. — Das ist ja wunderbar. Dann darf ich die Abstimmung schließen.

Ich bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.56 Uhr bis 20.20 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung nur ganz kurz — das Ergebnis liegt noch nicht vor —, um Sie über den Geschäftsgang zu informieren.

Es zeichnet sich ab, daß von den eingebrachten Anträgen einige die einfache Mehrheit haben. Aber wir wissen noch nicht, ob dies bei allen der Fall ist. Ich bitte, die **orangefarbenen Stimmzettel**, die wir deshalb für die namentliche Abstimmung brauchen, noch nicht auszufüllen, weil ich noch nicht weiß, welche von den vier Anträgen eine einfache Mehrheit gefunden haben. Sie müssen diejenigen, die keine einfache Mehrheit gefunden haben, streichen. Daher bitte ich inständig darum, die Abstimmungszettel noch nicht auszufüllen und maximal Ihren Namen und Ihre Fraktion darauf einzutragen.

Damit ist die gerade eröffnete Sitzung schon wieder unterbrochen.

(Unterbrechung von 20.21 Uhr bis 20.24 Uhr)

*) Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im zweiten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

- (A) **Vizepräsidentin Renate Schmidt:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/8165 I Nr. 4, Achtung ethnischer Minderheiten**, bekannt. Es wurden 635 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt: 315. Mit Nein haben gestimmt: 308. Enthalten haben sich acht Kolleginnen und Kollegen, und ungültig waren vier Stimmen. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Wir müssen also die Nr. 1 auf dem orangefarbenen Zettel beibehalten und darüber noch namentlich abstimmen.

Dann gebe ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis zu Nr. 6, Ergänzung der Präambel im Hinblick auf die Vollendung der inneren Einheit**, bekannt. Hier haben 633 Kollegen ihre Stimme abgegeben. Mit Ja haben 311 gestimmt, mit Nein haben 310 gestimmt, 8 haben sich enthalten, und 4 Stimmen waren ungültig. Damit bleibt auch diese Nr. 2 auf dem orangefarbenen Zettel bestehen.

Nun gebe ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Abstimmung zu Nr. 7, der Achtung anderer auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften**, bekannt. Hier wurden ebenfalls 633 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 285 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 325, enthalten haben sich 18, ungültig waren 5 Stimmen. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt. Die Nr. 3 auf dem orangefarbenen Zettel ist bitte zu streichen und darüber nicht neu abzustimmen.

(B)

Nun gebe ich noch das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis zu Nr. 8** bekannt. Dabei handelt es sich um das Thema **Tierschutz**. Hier haben wieder 633 Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben. Mit Ja haben 300, mit Nein 315 gestimmt, 14 haben sich enthalten, ungültig waren 4 Stimmen. Damit ist auch dieser Gesetzentwurf abgelehnt. Es muß also die Nr. 4 auf dem orangefarbenen Zettel gestrichen werden.

Wir haben jetzt also in

dritter Beratung

noch über die laufende Nr. 1 auf dem Stimmzettel, zum Art. 20 b, und über die laufende Nr. 2, zur Präambel, abzustimmen.

Haben alle den **orangefarbenen Stimmzettel**? Oder hat ihn jemand noch nicht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, wieder den Namen und die Fraktion einzutragen und mit der Abstimmung zu beginnen. —

Darf ich fragen, ob alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben haben? — Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Ich unterbreche die Sitzung.

(C)

(Unterbrechung von 20.31 Uhr bis 20.50 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/8165 I Nr. 4 zum Thema „Achtung ethnischer Minderheiten“** bekannt. Es wurden 630 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 323 Kollegen und Kolleginnen gestimmt, mit Nein 299, 8 haben sich enthalten, 1 Stimme war ungültig. Damit hat der Gesetzentwurf die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gefunden und ist somit abgelehnt.

Ich gebe nun das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/8165 I Nr. 6** bekannt. Dabei handelt es sich um einen Gesetzentwurf zur Vollendung der inneren Einheit. Es wurden 630 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 319 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 308, enthalten haben sich 2, ungültig war 1 Stimme. Damit hat auch dieser Gesetzentwurf die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gefunden und ist somit abgelehnt.

Es ist nun ein Entschließungsantrag von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung vorgelegt worden. Nachdem er Ihnen gerade erst ausgeteilt worden ist, werde ich über diesen Entschließungsantrag am Schluß abstimmen lassen.

(D)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/6570. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 9, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/6570 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit in zweiter Beratung abgelehnt worden. Eine dritte Beratung entfällt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/6686. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 10, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/6686 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung abgelehnt. Nach unserer Geschäftsordnung entfällt die weitere Beratung.

Wir kommen nun zur Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Verfassungsreferendums. Das finden Sie auf der Drucksache 12/8165 Nr. 11. Der Ausschuß empfiehlt,

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) den Antrag auf Drucksache 12/6716 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/6105. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 12, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/6105 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung abgelehnt. Eine dritte Beratung entfällt damit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/5695. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 13, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung abgelehnt, und die weitere Beratung entfällt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 12/3826. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 14, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 12/3826 abstimmen und bitte diejenigen, die ihm zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung abgelehnt. Die weitere Beratung entfällt.

(B)

Wir kommen nun zum Gesetzentwurf des Bundesrates auf der Drucksache 12/7109. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 15, den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission auf der Drucksache 12/6000. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/8165 unter Nr. 16, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist auch diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck, Dr. Christoph Schnittler und weiterer Abgeordneter zu „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ auf der Drucksache 12/6708. Dazu hat der Rechtsausschuß keine Empfehlung abgegeben. Interfraktionell wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf jetzt in zweiter Beratung zu behandeln. Gibt es dazu Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

(C) Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ in zweiter Beratung. Dazu liegt ein Änderungsantrag der gerade genannten Kolleginnen und Kollegen vor, über den wir zuerst abstimmen. Dabei handelt es sich darum, daß der Inhalt des Art. 2 a GG in die Präambel aufgenommen werden soll. Es geht also noch nicht um den Inhalt, sondern nur darum, wo das Ganze stehen soll.

Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? — Oh, das wird schwierig. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Weil uns ein Hammelsprung wesentlich mehr Zeit kostet, empfehle ich, in meiner Zuständigkeit, daß wir auch in zweiter Beratung namentlich abstimmen. Ich bin beim besten Willen nicht in der Lage, hier zu entscheiden, was die Mehrheit war.

Gibt es anderweitige Vorschläge? Herr Kollege Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Es ist leider nicht so, daß es nur um die Frage geht, wo dieser Punkt im Grundgesetz normiert werden soll, sondern es gibt einen inhaltlichen Unterschied zwischen dem Änderungsantrag und dem eigentlichen Gesetzentwurf.

Wenn wir den Hammelsprung nicht machen, schlage ich, wenn die Kolleginnen und Kollegen einverstanden sind, vor, daß wir diese Abstimmung — das können wir gegebenenfalls auch namentlich machen — wiederholen. Wir müssen schon wissen, ob der Antrag eine Mehrheit bekommen hat oder nicht.

(D) **Vizepräsidentin Renate Schmidt:** Das hatte ich ja gerade vorgeschlagen.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU/CSU): Nein. Entschuldigen Sie bitte, Frau Präsidentin, Sie müssen einmal freundlicher zuhören.

Ich habe vorgeschlagen, die Abstimmung über den Änderungsantrag zu wiederholen, und zwar namentlich,

(Lachen bei der SPD)

und nicht bereits in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes einzutreten; denn dafür müßten wir zuerst wissen, ob dieser Änderungsantrag angenommen worden ist oder nicht, damit wir den Text kennen.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Struck.

Dr. Peter Struck (SPD): Frau Präsidentin! Ich kann dem Vorschlag des Kollegen Rüttgers nicht folgen. Wir sind in der zweiten Beratung, Herr Kollege Rüttgers. Es geht um einen Änderungsantrag. Deshalb beantrage ich, daß wir eine namentliche Abstimmung über den gerade eben vorgelegten Antrag durchführen, und zwar jetzt sofort.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nur damit wir uns über die Geschäftslage klar sind: Es ist vollkommen richtig, wir sind in der zweiten Beratung.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) Herr Kollege Rüttgers, alles, was wir drei vorschlagen, ist vollkommen identisch. Wir wollen jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Das habe ich von Anfang an gesagt. Es war vollkommen identisch. Alles klar.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir stimmen jetzt noch nicht über den Inhalt ab, sondern über den Änderungsantrag zu diesem Gesetzesantrag. Ich bitte jetzt in die namentliche Abstimmung einzutreten. —

Gibt es noch jemanden, der seine Stimmkarte abzugeben wünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit der Auszählung zu beginnen. —

Ich habe die Sitzung nicht unterbrochen. Vielleicht könnten wir in der Zwischenzeit über den Entschließungsantrag abstimmen. Was halten Sie davon?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Es geht dann nämlich für uns alle schneller, und die meisten von uns möchten heute Abend noch etwas anderes tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 12/8211 zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. auf den Drucksachen 12/6683 und 12/8165. Es handelt sich dabei um den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. Ich brauche Ihnen die betroffenen Artikel nicht noch einmal zu nennen, der Entschließungsantrag ist ja verteilt worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein, nicht bei allen! — Weitere anhaltende Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

— Dann darf ich bitten, noch weitere Exemplare dieses Entschließungsantrages auszuteilen. —

Kann ich nun davon ausgehen, daß alle Kolleginnen und Kollegen diesen Entschließungsantrag kennen? — Nein, immer noch nicht.

Um jetzt nicht weiter warten zu müssen, bis der Entschließungsantrag auch dem letzten Kollegen und der letzten Kollegin vorliegt, werde ich diesen Antrag verlesen:

In der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages und in der Sitzung des Bundestages vom 30.06.1994 ist die Frage streitig geblieben, ob der Tierschutz in selbständiger Form in das Grundgesetz aufgenommen werden sollte oder ob es einer solchen ge-

sonderten Gewährleistung in der Verfassung (C) nicht bedarf.

Bei diesem Streit ging es jedoch weniger um das grundsätzliche Schutzbedürfnis der Tiere als solches. Es ging mehr um die Frage, ob nicht schon die einfach-gesetzlichen Grundlagen der deutschen Tierschutzgesetzgebung, die in der Welt als vorbildlich gelten, ausreichend sind und ob nicht die Vielfalt von zu schützenden Tieren und Tierhaltungen einerseits sowie die hohe Komplexität der vielfältigen Schutzgüterabwägungen andererseits, in die sich auch jeder Tierschutz eingebunden sieht, eine gesonderte Verfassungsgewährleistung nicht ausschließen. Weitgehende Einigkeit besteht jedoch in der grundsätzlichen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit auch der Tiere als Teil der Schöpfung, deren grundlegende Achtung und Bewahrung allen Menschen aufgegeben ist.

Mit der heute vom Bundestag verabschiedeten Aufnahme der Staatszielbestimmung Umweltschutz in das Grundgesetz ist ein grundlegender Schritt zur auch verfassungsrechtlichen Verfestigung der Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Achtung und Bewahrung der „natürlichen Lebensgrundlagen“ vollzogen worden. Zu den „natürlichen Lebensgrundlagen“ gehören nicht nur Pflanzenwelt, Luft, Boden und Wasser, sondern hierzu gehört die gesamte Schöpfung, also auch das Tier und alles organische Leben auf dieser Erde. In diesem Sinne bekräftigen wir, daß die Staatszielbestimmung Umweltschutz auch den Tierschutz prinzipiell mit umfaßt. Auch der Schutz der Tiere ist im Rahmen des Schutzes der „natürlichen Lebensgrundlagen“ Staat und Gesellschaft im Rahmen ihrer jetzt auch verfassungsrechtlich bekräftigten ökologischen Grundverantwortung mit aufzugeben. (D)

So, jetzt kennt es jeder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Nun gibt es zur Begründung des Abstimmungsverhaltens eine Wortmeldung des Kollegen Jürgen Schmude und eine Wortmeldung des Kollegen Professor Dr. Rupert Scholz. — Bitte, der Kollege Dr. Jürgen Schmude hat das Wort. — Ich habe diese Wortmeldung zuerst bekommen.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Der Antrag ist gar nicht begründet! — Hermann Bachmaier [SPD]: Der Antragsteller muß begründen!)

— Herr Kollege Schmude, einen kleinen Moment. — Mir ist gesagt worden, es wäre eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten, oder war die Meldung vom Kollegen Scholz eine Begründung des Antrags? — Zum Abstimmungsverhalten.

Also, Kollege Schmude.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde mich freuen, einem Text zustimmen zu können, der die eben er-

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Dr. Jürgen Schmude

- (A) folgte Ablehnung der Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung wieder aufhebt und ausgleicht. Der hier vorliegende Entschließungsantrag leistet das nicht. Er führt in die Irre.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wird in den letzten Sätzen besonders deutlich.

Dort, wo es um Tiere geht, die in der Verantwortung des Menschen leben, die von Menschen wirtschaftlich genutzt werden, lassen sie sich unter die natürlichen Lebensgrundlagen und ihren Schutz nicht subsumieren. Somit läuft das auf ein Täuschungsmanöver hinaus.

(Beifall bei der SPD, bei der PDS/Linke Liste und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wer den Tierschutz will und ihn weiter verfolgt, kann das nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD, bei der PDS/Linke Liste und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Professor Dr. Rupert Scholz das Wort.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stimme für diesen Antrag

- (B) (Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU] — Lachen bei der SPD)

— Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie lachen.

Ich gehe direkt erst einmal kurz auf das ein, Herr Schmude, was Sie eben gesagt haben. Sie haben von einer Täuschung gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ganz das Gegenteil gilt. Sie haben eben nichts anderes gesagt, als daß das, was aufgenommen worden ist, streitig ist, schon in der Verfassungskommission streitig gewesen ist: ob der Begriff der **natürlichen Lebensgrundlagen** auch die Tiere umfaßt, und zwar die Tiere in ihrer Gesamtheit.

Wir stellen mit dieser Resolution klar — wir handeln hier als Verfassungsgesetzgeber, und an diese Interpretation sind künftig Gerichte genauso wie Exekutiven gebunden —, daß die Tiere in ihrer Gesamtheit, auch die Tiere, die von Menschen gehalten werden, unter den Schutzbereich der natürlichen Lebensgrundlagen fallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

— Wenn Sie mich bitte ausreden lassen wollen: Wir stellen auf der anderen Seite aber auch klar, daß den Tierschutz — und das war für einen Großteil dieses Hauses entscheidend —, nicht in Gestalt einer selbständigen Schutzgewährleistung ins Grundgesetz aufzunehmen ein derartig komplexer Gewährlei-

- stungs- und Abwägungsgegenstand ist, daß es richtig ist, ihn im Rahmen des allgemeinen Umweltschutzes zu schützen. (C)

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist der Sinn dieser Resolution, und deshalb stimme ich dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Zu einer weiteren Erklärung zur Abstimmung der Kollege Manfred Richter.

Manfred Richter (Bremerhaven) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war dafür und bin nach wie vor der Meinung, daß es besser gewesen wäre, Art. 20 a zu ändern. Dies haben wir beantragt; ich habe in der zweiten Lesung dafür gestimmt. Ich muß zur Kenntnis nehmen, daß dieses berechtigte Anliegen, das gut begründet war, in diesem Hause keine Mehrheit gefunden hat; ich bedaure das sehr.

Nun geht es aber darum, daß von dieser Entscheidung keine falschen Signale ausgehen.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muß deutlich werden, daß das **Anliegen des Tierschutzes** Unterstützung findet. Das muß dieses Haus klarstellen. Dem dient dieser Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Zu einer weiteren Erklärung der Kollege Dr. Burkhard Hirsch. (D)

Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Eine Reihe von Kollegen und ich werden diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Gründe dafür hat Herr Schmude eben in hervorragender Weise dargestellt.

Wir sind für die **Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung**. Ich erinnere daran, daß die Formel, die wir beantragt hatten, nur noch auf den Kern reduziert war: Tiere werden im Rahmen der Gesetze vor unnötigen Leiden geschützt. Es gibt keinen Grund, einen solchen Satz nicht in die Verfassung aufzunehmen. Wer sich weigert, das zu tun, soll dies offen tun und nicht versuchen, diesen Tatbestand mit einer Entschließung zu verkleistern.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der SPD)

Wir lehnen diesen Entschließungsantrag ab, weil wir unverändert dafür kämpfen werden, den Tierschutz in die Verfassung aufzunehmen.

Dr. Burkhard Hirsch

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor vom Kollegen Otto Schilly. Ich gehe davon aus, daß es sich um eine Erklärung zur Abstimmung handelt.

Otto Schilly (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich stimme den Ausführungen der Kollegen Schmude und Hirsch zu und werde in diesem Sinne abstimmen.

Ich bin aber doch einigermaßen verwundert, daß der Kronjurist der CDU/CSU-Fraktion erklärt hat, daß eine Entschließung mit einfacher Mehrheit die **Verfassungsinterpretation des Bundesverfassungsgerichts** bindet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist allerdings ein Lapsus, den Sie sich heute hier nicht hätten leisten sollen, Herr Scholz.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der F.D.P., der PDS/Linke Liste und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Eine weitere Erklärung: vom Kollegen Jan Oostergetelo.

(B)

Jan Oostergetelo (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe, auch wenn ich diesen Schlagabtausch sehe, davon aus, daß Tierschutz eigentlich eine Sache ist, über die wir nicht leichtfertig reden dürfen; das sind Geschöpfe. Damit es nicht nach Täuschung aussieht und nicht die eine oder andere Seite hier hingestellt wird, als sei sie gegen Tierschutz, möchte ich darum bitten, diesen Antrag zurückzuziehen. Er trägt mehr zur Verwirrung als zur Klärung bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Die nächste Wortmeldung vom Kollegen Dr. Jürgen Meyer. — Sie ist zurückgezogen.

Dann liegt mir noch eine Meldung vom Kollegen Gerster vor.

Johannes Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Es ist selbstverständliche Praxis der deutschen Gerichtsbarkeit, vom Bundesverfassungsgericht bis zum Amtsgericht, daß die Motive für ein Gesetz, d. h. die Beratungen z. B. in den Ausschüssen der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes oder Landes, zur Interpretation — —

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Darf ich um Ruhe bitten. (C)

Übrigens, Kollege Gerster, wenn ich es richtig sehe, sprechen Sie zur Abstimmung. Sie wollen also dem Entschließungsantrag zustimmen.

Johannes Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Ja. Frau Präsidentin, lassen Sie mich das bitte ausführen. Es spricht für Ihre Nervosität, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie noch nicht einmal Argumenten zuhören können.

Es gehört zur Praxis der Gerichtsbarkeit — ich sage es noch einmal, daß die Motive — das sind die Beratungsunterlagen der gesetzgebenden Körperschaften — zur **Interpretation von Rechtsvorschriften** herangezogen werden.

(Zurufe von der SPD und der PDS/Linke Liste)

Wenn der Deutsche Bundestag mit Mehrheit hier deutlich macht, daß beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen selbstverständlich auch Tiere gemeint sind, dann ist dies eine Klarstellung dessen, was der Deutsche Bundestag unter dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen meint. Insofern ist ein derartiger Beschluß die Klarstellung einer Verfassungsbestimmung, die nicht nur zulässig ist — —

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Darf ich darum bitten, daß der Kollege Gerster in Ruhe ausreden kann. (D)

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

— Wie das im einzelnen bewertet wird, ist Ihre Sache, aber der Kollege Gerster hat das Recht, hier in Ruhe zu reden. — Kollege Gerster, Sie haben das Wort.

Johannes Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Er ist eine Klarstellung, die nicht nur zulässig ist, sondern die Rechtsklarheit schafft. Deswegen werde ich dieser Entschließung zustimmen und empfehle Ihnen dasselbe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich darf übrigens sagen, daß wir nicht in einer Debatte sind. Die Erklärung des Kollegen Meyer ist die letzte.

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Gerster treffen für den Bereich zu, den er benannt hat, nämlich die Gesetzesauslegungen durch Amtsgerichte. Hier geht es aber um die **Auslegung der Verfassung**.

Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, insbesondere der CDU/CSU-Fraktion, haben keine Zweidrittelmehrheit, und Sie können nicht das, was dieses Parlament mit Zweidrittelmehrheit

Dr. Jürgen Meyer

- (A) beschlossen hat, mit einfacher Mehrheit verfälschen. Darum geht Ihr Entschließungsantrag ins Leere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen, Erklärungen und ähnliches liegen mir nicht mehr vor.

Dann können wir zur Abstimmung über diesen Entschließungsantrag auf Drucksache 12/8211 kommen. Ich bitte diejenigen, die dem Entschließungsantrag zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der SPD: Auszählen!)

— Ich würde es gerne noch mal sehen, weil ich alles vermeiden möchte, um noch eine zusätzliche Abstimmung zu machen. Darf ich noch einmal darum bitten, daß diejenigen die Hand heben, die diesem Entschließungsantrag zustimmen wollen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Nein!)

Wir machen jetzt in der ursprünglichen Reihenfolge weiter.

- (B) Das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Abstimmungsergebnis liegt vor; ich darf es hiermit bekanntgeben. Es geht um den **Änderungsantrag der Kollegen Konrad Elmer u. a.** Hierzu wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 337 gestimmt, mit Nein haben 269 gestimmt, enthalten haben sich 23 Kollegen und Kolleginnen. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen damit zur zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs, jetzt in der soeben beschlossenen geänderten Form.

Ich darf diejenigen, die dieser geänderten Form in zweiter Beratung zustimmen wollen, bitten, ihre Hand zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Das erste war die Mehrheit.

Wir kommen nun zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich weise darauf hin, daß zur Annahme des Gesetzentwurfs eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wir stimmen namentlich ab: mit Stimmkarten. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Die Abstimmung ist eröffnet. —

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind noch nicht am Ende unserer Tagesordnung angekommen, sondern wir haben noch eine ganze Reihe von Ab-

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

- (C) stimmungen über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses und ähnliches durchzuführen. Ich bitte also darum, diesen Saal nicht postwendend zu verlassen. —

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? — Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich habe auf meinem Sprechzettel zwar stehen, daß ich die Sitzung unterbrechen soll, ich mache das aber nicht.

(Beifall bei der Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich weise außerdem darauf hin, daß auch zu diesem Punkt noch eine ganze Reihe von Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung abgegeben worden sind *).

Bis wir das Abstimmungsergebnis bekanntgeben können, rufe ich den Zusatzpunkt 10 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (**Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz — EALG**)

— Drucksachen 12/4887, 12/5108, 12/5190, 12/7588, 12/7593, 12/7875, 12/7832 — (D)

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Heribert Blens

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? — Wird das Wort zu Erklärungen gewünscht? —

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Vermittlungsausschuß hat gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drucksache 12/7832? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 11 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem **Fünften Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes**

— Drucksachen 12/6480, 12/7554, 12/7572, 12/7874, 12/8015, 12/7996 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Paul Hoffacker

*) Die Erklärungen werden im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

- (A) Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zu Erklärungen gewünscht? — Dies ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Vermittlungsausschuß hat zu diesem Punkt dasselbe wie zum vorigen beschlossen, nämlich daß gemeinsam abzustimmen ist. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drucksache 12/7996? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist diese Beschlußempfehlung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Zusatzpunkt 12 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen (Sachenrechtsänderungsgesetz — Sachen-RÄndG)

— Drucksachen 12/5992, 12/7425, 12/7668, 12/8204 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Jürgen Rüttgers

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? — Auch hier nicht. Wird das Wort zu Erklärungen gewünscht? — Auch das ist nicht der Fall.

- (B) Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Vermittlungsausschuß hat auch hier wieder entsprechend seiner Geschäftsordnung beschlossen, gemeinsam abzustimmen. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Auch diese Beschlußempfehlung ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 s auf:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der finanziellen Voraussetzungen für die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg

— Drucksache 12/7818 —

(Erste Beratung 235. Sitzung)

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

— Drucksache 12/8212 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Nils Diederich (Berlin)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Hermann Rind

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 12/8213 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Dieter Pützhofer
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Helmut Wieczorek (Duisburg)

(C) Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschlußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat Frau Kollegin Dr. Barbara Höll eine Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung abgegeben *).

Zur Abwechslung unterbreche ich die Sitzung dann wieder, weil wir jetzt auf das Abstimmungsergebnis warten müssen. Es gibt keine weiteren Abstimmungen mehr.

(Unterbrechung von 21.32 bis 21.35 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich darf die unterbrochene Sitzung wieder eröffnen und das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/6708 mit der in der zweiten Beratung angenommenen Änderung bekanntgeben. Es wurden 628 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 345 Kollegen und Kolleginnen und mit Nein 261 gestimmt. Enthalten haben sich 22. Damit hat der Gesetzentwurf die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gefunden. (D)

Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Ich danke allen, insbesondere den Schriftführerinnen und Schriftführern sowie den Saaldienern, daß sie uns unterstützt haben. Ich darf mich bei Ihnen als Vizepräsidentin in der Sitzungsleitung verabschieden. Es ist nach menschlichem Ermessen die letzte Sitzung, die ich hier geleitet habe. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Beifall im ganzen Hause)

— Danke.

Ich berufe den Deutschen Bundestag zur Gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesrat anläßlich der Verteidigung des Herrn Bundespräsidenten nach Art. 56 des Grundgesetzes auf morgen, Freitag, den 1. Juli 1994, 9.30 Uhr ein. Die Sitzung findet ebenfalls hier im Reichstagsgebäude statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 21.36 Uhr)

*) Die Erklärung wird im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten im ersten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

(A)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Antretter, Robert	SPD	30. 6. 94 *
Dr. Blank, Joseph-Theodor	CDU/CSU	30. 6. 94
Blunck (Uetersen), Lieselott	SPD	30. 6. 94 *
Böhm (Melsungen), Wilfried	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Dr. Böhme (Unna), Ulrich	SPD	30. 6. 94
Brähmig, Klaus	CDU/CSU	30. 6. 94
Bühler (Bruchsal), Klaus	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Daubertshäuser, Klaus	SPD	30. 6. 94
Dr. Enkelmann, Dagmar	PDS/Linke Liste	30. 6. 94
Dr. Fischer, Ursula	PDS/Linke Liste	30. 6. 94
Fischer (Unna), Leni	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Fuchs (Verl), Katrin	SPD	30. 6. 94
Großmann, Achim	SPD	30. 6. 94
Grünbeck, Josef	F.D.P.	30. 6. 94
Dr. Haussmann, Helmut	F.D.P.	30. 6. 94
Koschnick, Hans	SPD	30. 6. 94
Dr. Krause (Bonese), Rudolf Karl	fraktionslos	30. 6. 94
(B) Dr. Lehr, Ursula	CDU/CSU	30. 6. 94
Leidinger, Robert	SPD	30. 6. 94
Louven, Julius	CDU/CSU	30. 6. 94
Dr. Mattered, Dietmar	SPD	30. 6. 94
Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Möllemann, Jürgen W.	F.D.P.	30. 6. 94
Dr. Müller, Günther	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Müller (Pleisweiler), Albrecht	SPD	30. 6. 94
Niggemeier, Horst	SPD	30. 6. 94
Ostertag, Adolf	SPD	30. 6. 94
Dr. Pfaff, Martin	SPD	30. 6. 94
Pfuhl, Albert	SPD	30. 6. 94 *
Dr. Probst, Albert	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Purps, Rudolf	SPD	30. 6. 94
Roitzsch (Quickborn), Ingrid	CDU/CSU	30. 6. 94
Dr. Scheer, Hermann	SPD	30. 6. 94 *
von Schmude, Michael	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Simm, Erika	SPD	30. 6. 94
Dr. Wiczorek, Norbert	SPD	30. 6. 94
Wohlrabe, Jürgen	CDU/CSU	30. 6. 94
Wolfgang (Göttingen), Torsten	F.D.P.	30. 6. 94 *
Würfel, Uta	F.D.P.	30. 6. 94
Zierer, Benno	CDU/CSU	30. 6. 94 *
Zurheide, Burkhard	F.D.P.	30. 6. 94

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede
zu Tagesordnungspunkt 17 (Verfassungsdebatte)

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Wer das Grundgesetz für eine gelungene, bewährte und funktionsfähige Verfassung hält, kann sich durch die im Umfang bescheidenen Veränderungsvorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nicht beschwert fühlen, wohl aber durch die Substanz und die absehbaren Folgen einiger weniger gewichtiger Änderungsabsichten, die durchaus die Statik des Verfassungsgefüges der Bundesrepublik Deutschland gefährden können.

„Auf dem Weg in eine andere Republik“ sah der renommierte Freiburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis schon vor Monaten die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mit ihren Beratungen und Empfehlungen zur Änderung des Grundgesetzes — „FAZ“ vom 26. Februar 1993 —, die in den monatelangen Beratungen der Gemeinsamen Kommission und schließlich in den Beratungen der Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages zu Recht modifiziert worden sind.

Neben manchen marginalen und deklaratorischen Ergänzungen, die ich bereit bin zu unterstützen, obwohl ich persönlich die meisten dieser Ergänzungen für nicht erforderlich halte, ist der eigentliche Kristallisationspunkt und strategische Hebel zur Veränderung der bestehenden Kompetenzverteilung aus der Sicht der Länder, der im übrigen nach Auskunft prominenter Ländervertreter allein ihr Interesse an einer Verfassungsreform definiert, die Neubestimmung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern. Die Koalitionsfraktionen haben mit großen Mehrheiten beschlossen, diese Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission nicht zu unterstützen; sie werden gleichwohl in die abschließenden Beratungen und Abstimmungen eingebracht und müssen vom Bundestag als Verfassungsgesetzgeber so ernstgenommen werden, wie sie insbesondere von den Ländern gemeint sind. Das Anliegen, den Föderalismus zu stärken, ist durchaus berechtigt, die dazu eingebrachten Verfassungsänderungen sind dagegen nach meiner Überzeugung weder geeignet noch praktikabel.

Dabei geht es zum einen um die Einschränkung der Rahmengesetzgebungskompetenzen des Bundes im allgemeinen und insbesondere im Bereich der Bildungspolitik, mit der gegen die ausdrückliche Empfehlung aller Spitzenverbände der Wissenschaft wie der Wirtschaft der Bund die Zuständigkeit für die Bereiche Struktur und Aufgaben der Hochschulen, Hochschulzugang, Lehre, Forschung, Mitgliedschaft und Mitwirkung in der Hochschulelbstverwaltung, Organisation und Verwaltung der Hochschulen sowie die staatliche Anerkennung von Hochschuleinrichtungen verliere. Der Bund gäbe damit seine Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in wichtigen Bereichen des Hochschulwesens auf, darunter solchen, in denen nach Auffassung der Bundesregierung ein dringender Reformbedarf besteht, dessen Erledigung nach einer solchen Verfassungsänderung mit Blick

(D)

- (A) auf Zeitpunkt, Art und Reichweite möglicher Reformen gänzlich der Initiative der 16 Länder überlassen bliebe. Wie und warum unter dieser Voraussetzung die Finanzverpflichtungen des Bundes für das Hochschulsystem über die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in einer Größenordnung von jährlich mindestens 2 Milliarden DM nach dem Willen der Länder und des Wissenschaftsrates aufrechterhalten werden können, wird nicht nur dem Finanzminister in Zukunft noch schwerer zu vermitteln sein.

Von noch größerer Bedeutung sind die vorgeschlagenen Änderungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, die ihrerseits die Voraussetzungen darstellen, nach denen in Zukunft die verbleibenden Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder durch den Bund erlassen werden können. Die vorgeschlagene Neufassung des Art. 72, der grundsätzlich den Ländern das Recht zur Gesetzgebung gibt, „solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat“, beinhaltet nicht nur eine zeitliche Präzisierung der Sperrwirkung von Bundesrecht, sondern enthält mit dem Zusatz „durch Gesetz“ auch eine Formalisierung, die in ihrer rechtlichen Bedeutung unklar und deshalb entweder unnötig oder unsinnig ist. Lediglich in der Begründung — warum eigentlich? — soll klargestellt werden, daß es sich hier um materielles Recht auch im Sinne von Verordnungen handeln soll. Zusätzlich sollen auch die inhaltlichen Hürden für die Zulässigkeit bundesgesetzlicher Regelungen erheblich erhöht werden: „Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“, — Art. 72 Abs. 2.

- (B) Die „Erforderlichkeit“ einer bundesgesetzlichen Regelung wird im Grundsatz und in der Reichweite vom „gesamtstaatlichen Interesse“, dieses wiederum von der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ oder der „Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit“ abhängig gemacht und damit weniger konkretisiert als kompliziert mit unbestimmten Rechtsbegriffen, bei denen der Streit um ihre Auslegung vorprogrammiert ist. Die eigentliche qualitative Veränderung der bisherigen Kompetenzverteilung ergibt sich durch das neu eingeführte Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a GG, dessen Wortlaut ausdrücklich auf Art. 72 Abs. 2 GG Bezug nimmt und darauf abzielt, daß die Entscheidung des Bundesgesetzgebers zur Wahrnehmung seiner Gesetzeskompetenz voll justitiabel wird. Nach diesem Vorschlag der Gemeinsamen Verfassungskommission, den der Rechtsausschuß des Bundestages nach den Voten der Koalitionsfraktionen nicht zur Beschlußfassung empfiehlt, soll damit das Bundesverfassungsgericht veranlaßt werden, seine bisherige Rechtsprechung aufzugeben, nach der die Frage, ob ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, eine Frage pflichtgemäßen Ermessens des Bundesgesetzgebers darstellt, die ihrer Natur nach grundsätzlich nicht justitiabel ist. Damit würde die Gesetzgebungstätigkeit und damit auch die Handlungsfähigkeit des

Bundes in vielen wichtigen Rechtsgebieten berührt und möglicherweise erheblich eingeschränkt; dazu gehören fast alle bedeutenden Gesetzesregelungen wie z. B. das Bürgerliche Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Aktiengesetz, Börsengesetz, Atomgesetz, Bundes-Immissionsschutzgesetz, Sozialgesetzbuch, Baugesetzbuch, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung, Zivilprozeßordnung und das Berufsbildungsgesetz. (C)

Die originäre politische Entscheidungsfunktion, ob ein Bedürfnis nach bundesrechtlicher Regelung besteht, muß nach meiner festen Überzeugung in einem funktionsfähigen Bundesstaat dem demokratisch gewählten Bundesgesetzgeber zukommen. Mit der Neufassung des Art. 72 Abs. 2 GG würden die Kompetenzen des Bundestages als Gesetzgebungsorgan des Bundes erheblich eingeschränkt und das Bundesverfassungsgericht in eine politische Schiedsrichterrolle gedrängt, für die es nicht geeignet ist und der es sich mit der ausdrücklichen Nachprüfungsklausel des neuen Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a GG auch durch richterliche Selbstbeschränkung in Zukunft kaum entziehen könnte.

Dies ist weder vernünftig noch praktikabel. Es erzeugt beachtliche Rechtsunsicherheit über die Fortgeltung bestehenden Bundesrechts bzw. die Formulierung künftigen Landesrechts — mit unabsehbaren Folgen für das Entscheidungs- und Investitionsverhalten privater und öffentlicher Stellen. Diese Bedenken sind mit der neuerdings vorgesehenen Klarstellung in Art. 72 Abs. 3, nach der „durch Bundesgesetz“ bestimmt werden kann, „daß eine bundesgesetzliche Regelung, für die wegen nachträglicher Änderung dieses Grundgesetzes oder wegen Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse eine Erforderlichkeit im Sinne von Abs. 2 nicht mehr besteht, durch Landesrecht ersetzt werden kann“, gemildert, aber keineswegs ausgeräumt. Mit dem Rückzug des Bundes aus zentralen politischen Gestaltungsfeldern, die wesentlich über die Wettbewerbsbedingungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland mitentscheiden, würde im Ergebnis die Regelungsdichte verstärkt statt abgebaut und der Kompetenz- und Regelungsaufwand vergrößert statt verringert. (D)

Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu den Verfassungsänderungsvorschlägen des Bundesrates aus guten Gründen sowohl verfassungspolitische wie verfassungsrechtliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Neufassung des Art. 72 erhoben, für die nach ihrer Auffassung „kein Bedürfnis für eine weitere Präzisierung der inhaltlichen Reichweite des Artikel 72 Abs. 1 GG, wie sie in der Begründung des Gesetzentwurfes angestrebt wird“, besteht. Dabei wird meist übersehen, daß die Verteilung der Gesetzgebungsrechte zwischen Bund und Ländern durch die Art. 72ff. GG gemäß Art. 23 Abs. 5 GG, der im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Maastrichter Verträge neu ins Grundgesetz eingefügt worden ist, zugleich darüber entscheidet, inwieweit künftig der Bund oder die Länder die deutsche Willensbildung für Entscheidungen der Europäischen Union maßgeblich gestalten können.

Die Verfassungsänderung zu Art. 72 GG überträgt im Ergebnis die Vertretung nationaler Interessen in Gremien der Europäischen Union zunehmend an

- (A) Ländervertreter, die weder in ihrer Bestellung noch in ihrer Verhandlungsführung der Legitimation und Kontrolle des Bundestages — im übrigen auch nicht der Länderparlamenten — unterliegen; sie gefährdet nicht nur die Handlungsfähigkeit des Bundes in seinem originären Aufgabenbereich, sie beeinträchtigt zugleich die effektive und kontinuierliche Wahrnehmung deutscher Interessen bei der Vereinbarung europäischer Regelungen, Konzepte und Programme. Schon bei den ersten Programmanschlägen der Kommission der Europäischen Union nach Ratifizierung der Maastrichter Verträge hat es den ersten Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern gegeben. In Zukunft wird es — mit oder ohne Befassung des Bundesverfassungsgerichts — in europäischen Ministerräten immer häufiger ein peinliches Stühlerücken zwischen Bundes- und Ländervertretern geben, das weder dem Ansehen noch dem Durchsetzungsvermögen Deutschlands dient.

Die originäre Aufgabe jeder Verfassung, die nationale Einheit zu wahren und die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern auf der Basis verbindlicher und verlässlicher demokratischer Regeln und rechtsstaatlicher Verfahren, wird mit den vorgeschlagenen Änderungen nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Kein anderes Mitgliedsland der Europäischen Union käme auf die Idee, die eigene nationale Handlungsfähigkeit zu schwächen ausgerechnet im Kontext verstärkter europäischer Zusammenarbeit in einer Europäischen Union, die kein Bundesstaat im klassischen Sinne sein wird, aber mehr sein will als ein Staatenbund.

- (B) „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ — Art. 20, Abs. 1 GG. Wer den verfassungsrechtlichen Charakter und die politische Handlungsfähigkeit der freiheitlichsten und leistungsfähigsten staatlichen Ordnung der deutschen Geschichte erhalten will, muß solche Verfassungsänderungen verweigern, deren Wirkungen mit diesem Ziel unvereinbar sind.

Anlage 3

Ämliche Mitteilungen

Folgende Abgeordnete haben den Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a, Mitmenschlichkeit/Gemeinsinn) auf Drucksache 12/6708 nachträglich unterschrieben:

Dietrich Austermann
Dr. Wolf Bauer
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Erler (Waldbrunn)
Jochen Feilcke
Georg Gallus
Sissy Geiger
Josef Grünbeck
Carl-Delev Freiherr v. Hammerstein
Bernd Henn
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Dr. Werner Hoyer
Dr. Egon Jüttner
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Hans-Ulrich Köhler (Hainpitz)

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Immo Lieberoth
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Günter Marlen
Dr. Bruno Menzel
Meinolf Michels
Thomas Molnar
Jürgen W. Möllemann
Engelbert Nelle
Erhard Niedenthal
Johannes Nitsch
Günter Friedrich Nolting
Johann Paintner
Hans-Wilhelm Pesch
Ulrich Petzold
Ronald Pofalla
Dr. Albert Probst
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Helmut Schäfer (Mainz)
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Ulrich Schmalz
Andreas Schmidt (Mühlheim)
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Christa Schmidt
Gerhard Schüller
Heinrich Seesing
Karl-Heinz Spilker
Dr. Jürgen Starnick
Dr. Hans Stercken
Egon Susset
Doris Szwed
Dr. Cornelia v. Teichman
Wolfgang Vogt (Düren)
Hans-Peter Voigt (Northeim)
Vera Wollenberger
Michael Wonneberger

(C)

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

(D)

Petitionsausschuß

Drucksache 12/5464

Auswärtiger Ausschuß

Drucksache 12/6985
Drucksache 12/7070
Drucksache 12/7072
Drucksache 12/7075
Drucksache 12/7163
Drucksache 12/7174
Drucksache 12/7283
Drucksache 12/7360
Drucksache 12/7797
Drucksache 12/7798
Drucksache 12/7799
Drucksache 12/7800
Drucksache 12/7801

Innenausschuß

Drucksache 12/1773

Ausschuß für Wirtschaft

Drucksache 12/7175
Drucksache 12/7193

Ausschuß für Verkehr

Drucksache 12/6841

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 12/3900
Drucksache 12/5812
Drucksache 12/5403

(A)

Ausschuß für Post und Telekommunikation

Drucksache 12/4975

Drucksache 12/7508

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Drucksache 12/7344

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen hat:

Ausschuß für Wirtschaft

Drucksache 12/7654 Nm. 3.4–3.7

Drucksache 12/7741 Nm. 2.4–2.11

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 12/210 Nm. 196, 197

Drucksache 12/1681 Nr. 3.11

Drucksache 12/6649 Nr. 2.38

Drucksache 12/7741 Nr. 2.24

Ausschuß für Post und Telekommunikation

Drucksache 12/6155 Nr. 3.18

Drucksache 12/7741 Nr. 2.25

Drucksache 12/8004 Nr. 2.12

Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 12/7741 Nr. 2.26

Drucksache 12/7741 Nr. 2.28

(C)

(B)

(D)

(A) Anlage 4

**Erklärungen nach § 31 GO
zur Abstimmung über die unter Tagesordnungs-
punkt 17 aufgeführten Vorlagen
(Änderung des Grundgesetzes)**

Angelika Barbe (SPD): Die Auseinandersetzungen um die Verfassung eines geeinten Deutschland begann für mich im Mai 1990, als die Verfassung des Runden Tisches nicht einmal in die Ausschüsse der ersten frei gewählten Volkskammer überwiesen wurde. Aus Empörung über diese mir völlig unverständliche Verhaltensweise der damaligen Mehrheit gehörte ich zu den Gründern des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, um eine Diskussion in der Gesellschaft über Änderungen des 40jährigen Grundgesetzes zu fördern. Die dann in Potsdam, in der Frankfurter Paulskirche, in Berlin und Bonn öffentlich vorgestellten Änderungsvorschläge fanden ein breites Echo und führten dazu, daß sich Hunderttausende mit Petitionen an die später eingerichtete Verfassungskommission wandten, um ihren Forderungen nach mehr Rechten für Frauen und Umwelt, für Menschen mit Behinderungen, für den Tiererschutz Gehör zu verschaffen.

Nach den bitteren Jahren der Unfreiheit im NS-Staat hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 bei der Beratung den Freiheitsrechten einen herausragenden Platz im Grundgesetz eingeräumt.

(B) Wir, die wir aus dem Osten Deutschlands kommen und soziale Rechte selbstverständlich erlebten, halten eine soziale Grundsicherung, das Recht auf Arbeit und menschenwürdiges Wohnen für notwendige Ergänzungen. Gerade weil wir die lange ersehnten Freiheitsrechte nicht mehr entbehren müssen, beobachten wir mit Sorge, wie schnell Menschen durch soziale Ungerechtigkeiten an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Freiheit erhält einen bitteren Beigeschmack, wenn dem Obdachlosen nur die Freiheit bleibt, unter Brücken zu schlafen. 1 Million Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, sind ebenso wie die 4 Millionen Arbeitslosen der wohlhabenden Bundesrepublik unwürdig.

Der Satz von Gustav Heinemann sollte uns allen Vermächtnis und Aufforderung zum Handeln sein, daß nämlich „das geschriebene Recht die Magna Charta des kleinen Mannes“ sei.

Mein Bedauern ist umso größer, als sich bis zur Stunde keine Mehrheiten fanden, den Art. 6 in folgender Weise zu ergänzen: „Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder notwendige Pflege leistet, ist durch die staatliche Ordnung zu schützen und zu fördern. Der Staat schafft die Möglichkeit für Frauen und Männer, Familienaufgaben mit Erwerbstätigkeit und Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.“

Schon 1992 entschied das Bundesverfassungsgericht, daß das geltende Rentenrecht ungerecht ist, denn es führe „im Ergebnis zu einer Benachteiligung der Familie mit mehreren Kindern“. Und: Kinderer-

ziehung gilt als Privatsache, die Alterssicherung aber als gesellschaftliche Aufgabe. (C)

Mit den Worten des Nationalökonomen Friedrich List gesagt, gilt folgendes: Wer Schweine züchtet, ist nach ökonomischer Beleuchtung ein produktives, wer Kinder erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. So kann und darf es nicht bleiben.

Die Benachteiligung von kinderbetreuenden Eltern muß abgebaut werden — und dies nicht nur im Rentenrecht. Kinder- und Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung und Steuerrecht gehören außerdem zu den Rahmenbedingungen, die für Familien existentiell sind.

„Wenn nicht endlich beides bedacht und politisch gewollt wird, Familie und Arbeit, Kinder und Beruf, dann wird das stille Sterben der Familie weitergehen“, beschwört Warnfried Dettling uns Verantwortliche in einem „Zeit“-Artikel.

Mehr als 13 Millionen Frauen — die im Deutschen Frauenrat organisiert sind — fordern die Ergänzung des Art. 6 in oben beschriebener Form und finden hier bei der CDU/CSU-FDP-Koalition kein Gehör.

Wenn Kinderlose — im Gegensatz zu früheren Zeiten — um so viel besser leben können als Kinderreiche, dann kann es niemanden wundern, wenn der Nachwuchs ausbleibt.

Nach der Wende 1989 konfrontierten uns westdeutsche Frauen mit der typisch westdeutschen Alternative: Familie oder Beruf, während wir ostdeutschen Frauen mit einem breitgefächerten Sozial- und Kinderbetreuungssystem in der DDR niemals vor dieser Frage standen, sondern selbstverständlich beides miteinander vereinbaren konnten. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie mit Nachdruck, die Ergänzung des Art. 6 zu unterstützen.

Wolfgang Börsen (Bönstrup) (CDU/CSU): Die furchtbaren Kriege unserer Gegenwart haben durchweg ungelöste Minderheitenkonflikte zur Ursache. Ob die menschenverachtenden Verfolgungen und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien, in Ruanda oder in Teilen der ehemaligen Sowjetunion, stets fehlt es an Freiheit, Unabhängigkeit und Toleranz einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit. Ihre Eigenart, Andersartigkeit und Identitätssicherung wird nicht respektiert. Wer diese Quelle von Krisen- und Gewalttätigkeiten nicht schließt, löst Wanderungsbewegungen, ob in Ost- oder Mitteleuropa, in Afrika oder auf anderen Kontinenten, von einem Ausmaß aus, wie sie diese Erde noch nicht erlebt hat. Deshalb haben Minderheitenschutz, Minderheitenachtung und Minderheitenförderung einen besonderen Stellenwert einzunehmen, sowohl national wie international.

Bereits in der weitsichtigen Paulskirchenverfassung unseres Landes hat die Gleichberechtigung „nicht deutsch redender Volksstämme“ ihre Berücksichtigung gefunden. Die Weimarer Verfassung von 1919 betonte im Art. 113 die Notwendigkeit einer freien volkstümlichen Entwicklung fremdsprachiger Volksteile. Unser Grundgesetz stellt in Art. 3 auf die

- (A) gleiche Behandlung aller Menschen ab. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Auch wenn in einem modernen Sozialstaat die Gleichbehandlung, wie sie noch einmal in Art. 20 unterstrichen wird, selbstverständlich ist, sehe ich das Fehlen des Gruppenschutzes und der Gruppenförderung als Defizite unserer Verfassung.

Auch wenn die UN-Charta in Art. 27 alle Beitrittsstaaten auf ein Minderheitenrecht verpflichtet, im KSZE-Prozeß 1990 dieser Grundsatz eine Verstärkung erfahren hat und die Europäische Menschenrechtskonvention in ihrem Zusatzprotokoll vom 1. Februar 1993 hier die gleiche Zielbestimmung angibt, wäre es ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit deutscher Minderheitenpolitik gewesen, jetzt im Grundgesetz den Schutz der Identität und die Förderung ihrer Tätigkeit denen zuzugestehen, die bei deutscher Staatsangehörigkeit seit Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten in traditionellen Siedlungsgebieten ihre Heimat in unserem Land haben.

- (B) Die Minderheitenregelung in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein garantieren zwar kulturelle Eigenständigkeit und staatliche Hilfen, doch sie schließen eine bundesstaatliche Regelung nicht aus. Die von Sozial- und Freien Demokraten eingebrachte Achtungsklausel eröffnet einen kollektivrechtlichen Schutz, sie ist aber nur eine halbherzige und zugleich problematische Verfassungsformel, weil Förderansprüche gleich welcher Art ausgeschlossen und die traditionellen Minderheiten in ihrer Besonderheit mit anderen ethnischen Gruppen gleichgestellt werden.

Ungelöst bleibt bei diesem offenen Minderheitenbegriff die Problematik: Was dient mehr dem inneren Frieden, der Toleranz und Menschenwürde: das Modell eines Nebeneinander von eigenständigen Kulturen oder das Integrationsmodell? Kulturelle Vielfalt ist auf jeden Fall eine Bereicherung für alle, und ein Staat, der jetzt in das zweite Jahrtausend aufbricht, täte gut daran, beide Prinzipien zu gewährleisten, Integration und Eigenständigkeit.

Wer die Brückenfunktion von Minderheiten will, wie wir sie im Norden Schleswig-Holsteins durch die dänische Volksgruppe mit den Ländern Skandinaviens vorbildlich und hilfreich erfahren, der sollte Schutz und Förderung sicherstellen. Wer wie im deutsch-polnischen Vertrag Minderheitenschutz offensiv und detailliert vertritt, sollte in seiner eigenen Verfassung für eine entsprechende Garantieregelung sorgen. Wer in internationalen Abkommen vehement für Menschen- und Bürgerrechte ficht, der sollte auch konsequent in seinem eigenen Land handeln. Daß sich der Bundesinnenminister dafür ausgesprochen hat, begrüße ich. Das gilt auch für die entsprechenden Passagen im Grundsatzprogramm meiner Partei. Doch daß im Rechtsausschuß der Versuch meiner Fraktion einer Minderheitengarantie im Grundgesetz in bezug auf die traditionellen Volksgruppen mit der Mehrheit von SPD und F.D.P. abgeblockt wurde, be-

- dauere ich sehr, wohl wissend, daß auch damit noch keine Ideallösung geschaffen worden wäre. (C)

Da nach meinem Demokratieverständnis aber eine Minderheitenklausel in die Verfassung gehört, eine Rechtssicherheit zu garantieren ist, stimme ich als gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 1, Flensburg-Schleswig, wenn auch mit den angeführten Vorbehalten, für einen neuen Art. 20b, den Minderheitenschutz, geprägt durch Erfahrungen in einer Grenzregion, wo die deutsche Minderheit im Königreich Dänemark und die dänische Volksgruppe in unserem Land ein Beispiel geben für praktizierte Toleranz, kulturelle Bereicherung und politische Kooperationsfähigkeit.

Freimut Duve (SPD): In den vergangenen Jahren habe ich mich auf den verschiedensten Ebenen um die Minderheitenschutzrechte gekümmert: im Rahmen der KSZE-Parlamentarierkonferenz, als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als Vorsitzender einer Arbeitsgruppe der Sozialistischen Internationale in London.

Darum begrüße und unterstütze ich die Bemühungen von Mitgliedern der Verfassungskommission um die Verankerung eines Minderheitenschutzes im Grundgesetz (Art. 20b). Den Antrag meiner Fraktion trage ich im Grundsätzlichen mit, und ich werde ihm zustimmen. Allerdings habe ich erhebliche Bedenken gegen die Übernahme des Begriffs „Volksgruppe“ in unsere Verfassung.

Mein Vorbehalt gründet sich auf zwei Gesichtspunkte:

1. Der Begriff ist im wesentlichen aus der österreichisch-ungarischen Staats- und Völkerrechtsdiskussion übernommen. Er findet keine Anwendung in der jüngeren völkerrechtlichen Diskussion um Minderheitenrechte in der UNO und der KSZE. Der Begriff der „Minderheit“ hat sich weitgehend durchgesetzt. Ich räume ein, daß beide Begriffe in der Regel synonym verwandt werden, aber gerade deswegen hätte ich eine Formulierung vorgezogen, die auf diese Doppelung durch das Wort „Volksgruppe“ verzichtet hätte. Mir ist bewußt, daß etwa die „Goppel-Initiative“ im Europäischen Parlament und der Völkerrechtler Otto Kimminich ganz dezidiert sich dafür einsetzen, den Begriff der „Minderheit“ durch den Begriff „Volksgruppe“ zu ersetzen. (Vgl. O. Kimminich, „Minderheiten und Volksgruppenrecht im Spiegel der Völkerrechtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg“, in Bayer. Verwaltungsblätter 11, 1. Juni 1993) Aber gerade von dieser Schule wird der Minderheitenbegriff der UNO und der KSZE immer wieder zum „Volksgruppenbegriff“ umgedeutet.

2. Das Wort „Volksgruppe“ signalisiert, wie E. J. von Studnitz vom Auswärtigen Amt zutreffend feststellt, den kollektiven Aspekt: „Vom Wortsinn her betonen beide Begriffe unterschiedliche Aspekte desselben Problems: ‚Minderheit‘ legt den Akzent stärker auf den individuellen Aspekt. ‚Volksgruppe‘ stärker auf den kollektiven.“

Ich halte — auch im Zusammenhang mit der Diskussion über das überholte Verständnis in Deutsch-

(D)

- (A) land vom abstammungsbestimmten Staatsbürgerrecht die völkische Betonung der Minderheit für problematisch. Die individuellen Rechte, auch dasjenige, die eigene Gruppe jederzeit wieder verlassen zu können, werden durch den Begriff „kulturelle Minderheit“ deutlicher als durch den Begriff „Volksgruppe“.

Ich verkenne nicht das große emotionale Gewicht, das insbesondere die Vertriebenen und die Aussiedler aus Osteuropa bei dem Begriff „Volksgruppe“ empfinden. Das achte und respektiere ich. Die moderne zivile Gesellschaft muß sich aber bei aller Anerkennung kultureller Minderheiten um die Gemeinsamkeit der staatsbürgerlichen Rechte, der Werte der gemeinsamen Zivilität, bemühen. Ihr kommt das größere Gewicht zu.

Michael Glos (CDU/CSU): Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag tritt für die Stärkung der Länderrechte ein, denn im Laufe von vier Jahrzehnten hat sich die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern in der Praxis zu Lasten der Länder verschoben. In seiner jetzigen Fassung bietet der Art. 72 Grundgesetz dem Bund die Gelegenheit, in der konkurrierenden Gesetzgebung nahezu alle Lebensbereiche zentral zu regeln. Die Bedürfnisklausel des bisherigen Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz ist durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu einem Ermessenstatbestand reduziert worden, der dem Bundesgesetzgeber einen weiten Gestaltungsraum läßt. Der Schutzzweck der Bedürfnisklausel ist dadurch geschwächt.

- (B) Die CSU-Landesgruppe will deshalb die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz durch den Bund enger fassen und präzisieren. Eine bundeseinheitliche Regelung soll nur erfolgen können, wenn dies im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich ist, also nicht allein aus der Sicht des Bundes für nützlich gehalten wird. Das Bundesverfassungsgericht soll künftig nachprüfen können, ob die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Kompetenz durch den Bund tatsächlich vorliegen. Dies soll durch die Einführung einer neuen verfassungsgerichtlichen Verfahrensart abgesichert werden, die es auch den Landesparlamenten ermöglicht, zu klagen.

Die CSU-Landesgruppe strebt die Stärkung der Länderkompetenzen im Hochschulbereich in Art. 75 des Grundgesetzes an, damit die Länder die innere Struktur ihrer Hochschulen den jeweiligen örtlichen und historischen Gegebenheiten besser anpassen können. Die heute bundesrechtlich vorgegebenen Einheitsmodelle für Organisation und Verwaltung der Hochschulen werden dem Wettbewerb in Europa nicht mehr gerecht. Außerdem wollen wir die Länder im für sie zentralen Bildungsbereich stärken. Das ist kein — wie manche befürchten — drohender Rückfall in Kleinstaaterei, sondern hat im Gegenteil Leitbildfunktion für Europa.

Die Gemeinsame Verfassungskommission hat zur Stärkung des Föderalismus und der Länderrechte sachgerechte und den Interessen des Bundes wie der Länder gleichermaßen gerecht werdende Vorschläge vorgelegt. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe im

Deutschen Bundestag bedauern, daß derzeit für diese abgewogene Lösung keine ausreichende Mehrheit auf parlamentarischer Ebene gefunden werden konnte.

Die CSU-Landesgruppe wird sich weiter intensiv dafür einsetzen, daß zur Stärkung der Länderrechte im Deutschen Bundestag die notwendige Mehrheit zustande kommen wird. Die CSU-Landesgruppe begrüßt daher den Entschließungsantrag der Fraktion von CDU/CSU und F.D.P., daß der nächste Deutsche Bundestag die Frage der Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten nochmals aufgreifen soll.

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe werden sich deshalb beim Änderungsantrag der SPD heute der Stimme enthalten.

Klaus-Jürgen Hedrich (CDU/CSU): Die Verfassung einer Nation ist die Willensbekundung der Bürger, nach welchen Prinzipien und Überzeugungen sie die Formen ihres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gestalten wollen.

Das Grundgesetz ist Ausdruck der kulturellen, religiösen und soziologischen Vielfalt unseres Volkes. Es war und ist der geistige und moralische Neuanfang nach den Erfahrungen der Hitlerdiktatur.

Verfassungen sind durchaus historischen Wandlungen unterworfen. Dies macht es erforderlich, daß das Grundgesetz neuen Gegebenheiten und Notwendigkeiten (jüngstes Beispiel: Postreform) angepaßt wird.

Dennoch muß die Frage aufgeworfen werden, ob Artikel ersetzt, geändert oder ergänzt werden sollen, bei denen dies nicht zwingend ist.

Dabei räume ich ein, daß es kaum einen geeigneteren Anlaß als die Vereinigung Deutschlands gibt, über eine Neugestaltung des Grundgesetzes nachzudenken.

Die Prinzipien und Visionen unserer Verfassung waren zugleich die geistige Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit totalitären Weltanschauungen, besonders des Marxismus-Leninismus. Der moralische und physische Zusammenbruch kommunistischer Systeme ist nicht zuletzt Ausweis der Überlegenheit freiheitlich-demokratischer Staats- und Lebensformen.

Eine Verfassungsdiskussion muß sich deshalb auf substantielle Überlegungen beschränken. Die Arbeit der Verfassungskommission wird von mir gewürdigt, ihren Vorschlägen vermag ich die Notwendigkeit jedoch nicht zuzusprechen. Vor allem gilt dies aber für darüber hinausgehende Änderungsanträge, denen der Charakter unangemessener Willkürlichkeit nicht abgesprochen werden kann.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Die PDS/Linke Liste ist der Auffassung, daß Berlin und Brandenburg nach der Fusion nicht schlechter gestellt werden dürfen, und das heißt: die Zuwendungen, die Berlin und Brandenburg heute aus dem Länderfinanzausgleich und vom Bund erhalten, müssen für eine gewisse Übergangszeit unter Berücksichtigung der Sonderla-

- (A) ge und der Sonderbelastung des dann neuen Bundeslandes weiter gewährt werden.

Wir hielten den Vorschlag der Staatskanzleien Berlins und Brandenburgs, die von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene und im Bundesrat zu Protokoll gegebene Revisionsklausel für die Übergangsregelungen, also die Prüfung einer einvernehmlichen Veränderung der Übergangsregelungen fünf Jahre nach der Vereinigung und mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Einführung der Degressionsphase ab dem Jahr 2005, in den Gesetzentwurf aufzunehmen, für vernünftig, tragfähig und akzeptabel und hätten ihm zugestimmt.

Für die ursprüngliche Haltung der Bundesregierung, diese Fusion zwar zu befürworten, zugleich aber verfassungsrechtliche Bedenken bei der Gewährung der dafür notwendigen finanziellen Mittel anzumelden, fehlte uns allerdings jedes Verständnis. Hinter dieser Verweigerungshaltung der Bundesregierung verbarg sich offenbar folgendes Motiv:

Die Bundesregierung befürchtete, daß die Debatte zum Verhältnis Bund/Länder nicht nur in bezug auf die Finanzen, sondern auch in bezug auf eine Kompetenzverlagerung vom Bund zurück auf die Länder angeheizt werden könnte, die auch im Zusammenhang mit der Verfassungsdebatte eine Rolle gespielt hatte, weil in den vergangenen 40 Jahren immer mehr Kompetenzen von den Ländern auf den Bund verlagert worden sind.

- (B) Die Bundesregierung wollte konservative Strukturen offenbar deshalb festschreiben, weil aus ihrer Sicht der sogenannte Wirtschaftsstandort „Deutschland“ Stabilität und nicht Veränderung braucht, schon gar nicht im Rahmen eines föderalen Systems. Vielleicht war sie aber auch deshalb eher bremsend denn konsensfördernd tätig gewesen, weil sie nicht unbedingt daran interessiert war, in ein Bundesland umzuziehen, in dem das politische Kräfteverhältnis nicht gerade zu ihren Gunsten sprechen wird.

Obwohl der Gesetzentwurf des Bundesrates im Finanzausschuß des Bundestages geändert wurde, stimmt ihm die PDS/Linke Liste deshalb zu, weil auch der heute gefundene Kompromiß den berechtigten Interessen der Länder Berlin und Brandenburg eher Rechnung trägt als alle Alternativvorschläge der Bundesregierung.

Ulrich Klinkert (CDU/CSU): Als Wahlkreisabgeordneter eines Wahlkreises, in dem ein großer Teil des sorbischen Volkes beheimatet ist, fühle ich mich in besonderer Weise auch den Interessen der Sorben verpflichtet. So sehe ich die Notwendigkeit und teile den Wunsch der Sorben, daß der Staat die Rahmenbedingungen schafft, die es ermöglichen, die Wahrung der Identität und Eigenständigkeit des sorbischen Volkes dauerhaft zu sichern. Eine ausdrücklich darauf ausgerichtete Grundgesetzänderung hätte ich gern unterstützt.

Für Verfassungsänderungen sind bekanntlich Zweidrittelmehrheiten erforderlich — also immer im Konsens zwischen Regierungsparteien und Opposition. Leider war die SPD nicht bereit, eine Position zu

- (C) verlassen, die wesentlich über die Interessenvertretung für Sorben, Friesen und Dänen hinausgeht.

Mit der von der SPD vorgesehenen Verfassungsänderung wären die Interessen der Sorben, Friesen und Dänen zum Teil denen jedes in Deutschland lebenden oder hinzukommenden Ausländers gleichgesetzt worden. Damit aber würden die Möglichkeiten, die traditionell auf dem Staatsgebiet Deutschlands lebenden Volksgruppen wirksam zu unterstützen, eher eingeschränkt.

Mit meinem Stimmverhalten — Enthaltung — möchte ich ausdrücken, daß ich sehr wohl für einen Minderheitenschutz im Grundgesetz eintrete, gleichzeitig aber die SPD bewegen will, im angesprochenen Sinn erneut in Verhandlungen zu treten.

Regina Kolbe (SPD): Die Ergebnisse der Gemeinsamen Verfassungskommission sind für mich als Bundestagsabgeordnete aus den neuen Bundesländern unbefriedigend. Auf die neuen Herausforderungen, die sich vor allem durch die Deutsche Einheit, den Beitrag Deutschlands für eine gerechtere und friedlichere Weltordnung, die Umweltzerstörung und durch das Bedürfnis der Menschen nach Gerechtigkeit und Demokratie ergeben haben, kann unsere Gesellschaft nur durch eine Weiterentwicklung der Verfassung reagieren.

Ich habe die Intention der Verfassungsreform so verstanden, daß das in seinen wesentlichen Elementen bewährte Grundgesetz, im Einklang mit der in Art. 146 gegebenen Orientierung, so erneuert wird, daß sich die identitätsstiftende und integrierende Wirkung im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses voll entfaltet und der Bevölkerung in Zeiten tiefgreifender Veränderungen konkrete Orientierungen gegeben werden.

Leider hat sich die Regierungskoalition einer zukunftsorientierten Veränderung der Verfassung weitgehend verweigert.

Mit dieser weitgehenden Ablehnung der Verfassungsreform wurde verhindert, daß die Erfahrungen, die wir 16 Millionen Ostdeutschen mit unserer DDR-Verfassung gemacht haben, in der Verfassung des geeinten Deutschland zum Tragen kommen. Den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer wurde damit die Chance verwehrt, die wesentlichen Inhalte der gesamtdeutschen Verfassung mitzubeeinflussen.

Es ist zutiefst meine Überzeugung, daß die Verfassung einer Gemeinschaft auch Orientierungen über das Zusammenleben bieten und aufzeigen muß.

Aus diesem Grunde habe ich mich auch intensiv für die Verankerung des Benachteiligungsverbotes in Art. 3 Abs. 3 GG eingesetzt. Ich bedauere es sehr, daß die Ergänzung der Freiheitsrechte des Art. 2 um die Aspekte Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn keine ausreichende Mehrheit fand und auch in der Präambel keinen Platz finden wird.

Auch die Aufnahme der unmittelbaren Bürgerbeteiligung sowie von sozialen Staatszielen ins Grundgesetz wurde von der Regierungsmehrheit verhindert. Ich halte die Aufnahme sozialer Staatsziele für

(D)

- (A) notwendig, da durch sie auf zukünftig zu gestaltende soziale Fragen hingewiesen wird, staatlichen Handlungen die Richtung aufgezeigt wird und Prioritäten gesetzt werden. Dies würde die Exekutive sowie die Rechtsprechung beeinflussen und insgesamt den politischen Konsens sichern.

Ob es gelingen wird, mit dieser Verweigerungshaltung der Regierungskoalition die Symbol- und Integrationswirkung der Verfassung auf die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer zu übertragen, wird die Zukunft zeigen müssen.

Herbert Lattmann (CDU/CSU): Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit seiner Verabschiedung in überzeugender Weise bewährt und als Garant für den Bestand und die Fortentwicklung des freiheitlichsten und sozialsten Rechtsstaats erwiesen, den es jemals auf deutschem Boden gab.

Notwendige Aktualisierungen beispielsweise im Zusammenhang mit der deutschen und der europäischen Einigung wurden vorgenommen, ohne das Wertesystem unserer Verfassung zu verändern, die Klarheit ihrer Festlegungen zu beeinträchtigen und ihre Qualität zu mindern.

Die heute vorgelegten Anträge zur Änderung des Grundgesetzes führen demgegenüber in ihrer Mehrzahl aus meiner Sicht nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verwässerung.

- (B) Sie sind meiner Überzeugung nach zu einem erheblichen Teil auch nicht von langfristigen Überzeugungen, Überlegungen und Notwendigkeiten, sondern vielfach von Tagesopportunitäten geprägt, die nicht für die Verfassungsgebung taugen.

Deshalb kann ich ihnen nicht zustimmen.

Maria Michalk (CDU/CSU): Die zur Abstimmung anstehende Formulierung des Art. 20b geht in ihrer jetzigen Form über das hinaus, was ich an Ergänzung des Grundgesetzes zum Fortbestehen des sorbischen Volkes, dem ich angehöre, für notwendig halte.

Der Änderungsantrag der SPD ergänzt die Beschlussempfehlung um den Schutz- und Förderungsaspekt traditionell in Deutschland lebender Minderheiten und Volksgruppen. Dies entspricht meiner tiefen Überzeugung. Daher stimme ich dem SPD-Antrag zu. Nicht zuletzt ist damit die Formulierung des Art. 20b gegeben, für die sich das Kabinett im Freistaat Sachsen und der Sächsische Landtag ausgesprochen haben.

Ohne Frage enthalten die jeweiligen Landesverfassungen Minderheitenschutzartikel zugunsten der Sorben, Dänen und Friesen. Dessen ungeachtet bleibt ein Bedürfnis nach einem Minderheitenschutz auf der Ebene der Bundesverfassung.

Dieses kann durch die im Ausschußbericht wiedergegebene Auffassung meiner Fraktion, für Regelungen des Minderheitenschutzes seien die Landesverfassungen zuständig und systematisch der richtige

- (C) Ort, weil es insoweit um einen Regelungsgegenstand aus dem Bereich der Kulturhoheit gehe, nicht ausgeräumt werden.

Minderheitenschutz bedeutet mehr als die bloße Respektierung der Existenz und der Besonderheiten von Minderheiten. Minderheiten sind einem erheblichen natürlichen Assimilierungsdruck ausgesetzt. Das Volk der Sorben spürt das sehr.

Ein sich zum Minderheitenschutz bekennender Staat darf nicht tatenlos zusehen. Kompensatorische Maßnahmen sind erforderlich, ja auch schon gegeben. Auch aus der Verfassungstradition heraus bin ich zutiefst davon überzeugt, daß der Schutz und die Förderung von Minderheiten und Volksgruppen den Staat besonders würdigt. Die Vorbildwirkung Deutschlands ist auch nach juristischer Argumentation unbestritten.

Doris Odendahl, Ursula Schmidt (Aachen), Christa Lörcher, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Eckart Kuhlwein, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Günter Rixe, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Peter Glotz, Hildegard Wester, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Ernst Kastning, Siegfried Vergin (alle SPD): Wir lehnen die in der Gemeinsamen Verfassungskommission entwickelten Änderungen von Art. 72 und Art. 75 Nr. 1a GG ab. Wir unterstützen grundsätzlich eine Stärkung des Föderalismus. Wir befürchten jedoch, daß die Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission im Bereich Gesetzgebungszuständigkeiten die notwendige Einheitlichkeit der Rechtsgrundlagen für die berufliche Bildung und den Hochschulbereich gefährden, auch im Hinblick auf europäische Entwicklungen. Dies erfordert in manchen Bereichen auch eine Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen auf bundesgesetzlicher Ebene (z. B. Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, bundeseinheitliche Rahmenbestimmungen für die Weiterbildung, Gleichstellung von Frauen im Hochschulbereich). Notwendig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den 16 Ländern und dem Bund im Interesse der Jugendlichen und Erwachsenen in Ausbildung und Beruf und im Interesse der Sicherung eines hohen Qualifikationsniveaus als wichtigen Standortvorteils der Bundesrepublik.

Wir fordern daher alle Beteiligten auf, nach Kompromißmöglichkeiten im Bereich der Gesetzgebungszuständigkeiten zu suchen. Wir wollen nicht jenen Kräften Vorschub leisten, die die gesamte Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission ablehnen und die — wenigen — substantiellen Verbesserungen im Bereich der Grundrechte und der Staatsziele verhindern wollen, die die Gemeinsame Verfassungskommission mit Zweidrittelmehrheit erarbeitet hat. Solche Kompromißmöglichkeiten sehen wir auf folgenden Feldern:

In Art. 72 Absatz 1 GG neu sollten entweder die Worte „durch Gesetz“ ersatzlich gestrichen werden, oder aber der Änderungsvorschlag sollte lauten „durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes“, um die sogenannte Sperrwirkung von Verordnungsermächtigungen aufrecht zu erhalten und so die Einheitlichkeit des Berufsbildungsrechts zu sichern.

(D)

- (A) Dies ist im besonderen Interesse der Auszubildenden und der Fachkräfte im Hinblick auf ihre Mobilität und die Anerkennung von in einem Bundesland erworbenen Berufsbildungsabschlüssen. Es vermeidet auch eine Zersplitterung der noch rund 350 Ausbildungsordnungen und von Auszubildereignungsanforderungen. — In Art. 72 Absatz 2 GG neu sollten die Worte „und soweit“ gestrichen werden, um zu verhindern, daß der Bund künftig nicht nur bei der Inanspruchnahme eines ganzen Regelungsbereichs, sondern auch hinsichtlich jedes einzelnen Teilbereichs mehr als erforderlich eingeeengt wird. Dies würde auch die aufgrund der Änderungsvorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission künftig verstärkten Möglichkeiten der Klage auf Überprüfung der Voraussetzungen für die Ausübung der Gesetzgebungskompetenz durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Absatz 1 Nummer 2a GG neu) auf ganze Regelungsbereiche konzentrieren. Es würde weiter dazu beitragen, daß Rechtsunsicherheit und ständige Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern aufgrund von Art. 125a GG neu — und damit ein „Gesetzgebungswettkampf“ mit allen damit verbundenen Bürokratisierungen zwischen Bund und Ländern — vermieden werden.

Sofern die erforderlichen Mehrheiten im Deutschen Bundestag und im Bundesrat für die oben genannten Klarstellungen in Art. 72 GG nicht durchsetzbar sind, empfehlen wir, die außerschulische berufliche Bildung in dem Katalog der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes in Art. 73 GG zu verankern, um das von allen an der Berufsbildung Beteiligten angestrebte Ziel der Bundeseinheitlichkeit zu erreichen. Ohnehin ist die bisherige Ableitung der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes für diesen Bereich aus dem Recht der Wirtschaft (Art. 74 Nr. 11 GG) unbefriedigend und wird dem Bildungsanspruch auch der beruflichen Bildung nicht gerecht. Einen entsprechenden Vorschlag hat der viertelparitätisch mit Beauftragten der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder zusammengesetzte Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung in seiner Sitzung am 24./25. Februar 1994 einstimmig beschlossen.

Wir empfehlen, es in Art. 75 GG bei der bisherigen Formulierung der Hochschulrahmengesetzgebungszuständigkeit („die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens“) zu belassen und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zu beauftragen, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum 31. Dezember 1995 einen Bericht vorzulegen, wie das Hochschulrahmengesetz verändert werden kann, um den Ländern bei Wahrung der Einheitlichkeit des Hochschulwesens mehr Freiraum für landesgesetzliche Bestimmungen und den Hochschulen mehr Autonomie — unter Ausschöpfung bzw. Wahrung der Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Gruppen von Hochschulangehörigen — einzuräumen. Zugleich soll die BLK Vorschläge machen, wie das Hochschulrahmengesetz zukünftigen Anforderungen entsprechend novelliert werden könnte.

- (C) Wir halten im übrigen daran fest, daß nach Art. 20 GG u. a. ein Staatsziel „Bildung und Kultur“ eingefügt werden sollte.

Christian Müller (Zittau) (SPD): Dem von den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes stimme ich trotz einiger Bedenken zu. Ich befürworte die in dem Gesetzentwurf angestrebten Änderungen des Grundgesetzes, obwohl sie lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner im Hinblick auf das ursprüngliche Projekt einer mit der Vollendung der Einheit Deutschlands verbundenen umfassenden Verfassungsreform darstellen.

Das Grundgesetz ist ohne Zweifel die gute Basis unseres demokratischen Rechtsstaates. Für die Menschen im Osten Deutschlands standen die in den 146 Artikeln getroffenen Aussagen und insbesondere das Wissen um die Garantie ihrer Einlösbarkeit in einem Rechtsstaat für die Freiheit, die ihnen nicht gewährt wurde.

Dennoch waren aus gutem Grunde mit dem Erreichen der Gesamtstaatlichkeit auch aus dem Osten bedeutende Stimmen zu vernehmen, die einen Wandel des Grundgesetzes der Bonner Republik hin zu einer Verfassung aller Deutschen forderten. Hier sollten gerade auch die Erfahrungen und Wünsche der Bürgerrechtler Gehör finden.

Ich kann meine Enttäuschung nicht verhehlen, daß die Arbeit der Unabhängigen Verfassungskommission nicht zu der Qualität von Grundgesetzänderungen und -erweiterungen geführt hat, die in überzeugender Weise zu einer Transformation der Verfassung des westlichen Teils unseres Landes in eine Verfassung des gesamten Deutschlands geführt hätte.

Die heute lediglich erfolgende Abstimmung über Änderungen des Grundgesetzes steht meinem Verständnis von Art. 146 GG entgegen. Der Schlußartikel des Grundgesetzes verlangt, daß nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird. Die Arbeit an der Verfassungsreform kann folglich erst dann beendet sein, wenn eine solche Abstimmung unter Beteiligung des gesamten deutschen Volkes über die Nachfolge des Grundgesetzes stattgefunden hat.

Zu einem letzten Punkt möchte ich meine Bedenken äußern. Die Präambel des Grundgesetzes enthält nach wie vor die Formel von dem „Bewußtsein seiner“ (des deutschen Volkes) „Verantwortung vor Gott“. Diese Formel widerspiegelt eine Realität, die so nicht gegeben ist. Nicht nur im Osten Deutschlands bekennt sich ein großer Teil der Menschen zu keiner Religionsgemeinschaft. Ebenso gehören in unserem Lande viele Menschen nicht-christlichen Religionsgemeinschaften an. Alle diese Menschen werden in der Präambel nicht erwähnt, scheinen also nicht zu dem deutschen Volk zu gehören, das sich dieses Grundgesetz gegeben hat. Ihr Ausschluß muß durch Streichung dieser Formel aufgehoben werden.

(A) **Heinz Schemken und Hans Wilhelm Pesch** (beide CDU/CSU): Dem ursprünglichen Vorhaben, das Grundgesetz um einen Art. 2a über „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ zu ergänzen, haben wir unsere Unterstützung gegeben. Nun wird aus dieser Initiative mittlerweile ein Anspruch entwickelt, der dahin geht, daß diese Forderung auf „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ aller vertrauend in die Präambel des Grundgesetzes aufgenommen werden soll.

Zum Zeitpunkt der Unterschrift haben wir eine solche Bewertung dieses sicherlich als Appell anzusehenden Anliegens nicht gesehen.

Das Grundgesetz sagt ausdrücklich in seiner Präambel „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“. Dieser hohe Anspruch kann nicht durch eine weitere Beschreibung wie z. B. „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ in gleichem Zusammenhang genannt werden.

Wer nach dem Grundgesetz in „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ handelt, würde diesen hohen Anspruch unterlaufen, wenn in der gleichen Präambel weitere Zielsetzungen, die diesem hohen Anspruch in keinsten Weise gerecht werden, hinzugefügt würden.

Nachdem nun diese Veränderung mit dieser Initiative eingetreten ist, können wir unsere Unterschrift nicht mehr aufrechterhalten. Wir sind der Meinung, daß die Präambel durch keine weiteren Attribute belastet werden sollte, wenn nicht der hohe Anspruch „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ abgewertet werden soll.

(B)

Wir halten es deshalb für erforderlich, mit der Präambel auch zugleich festzustellen, daß unter diesem hohen Anspruch „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ und auch weitere Attribute wie Liebe, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit dort selbstverständlich unter dem hohen Anspruch „vor Gott und den Menschen“ erfaßt sind.

Wir werden deshalb der Ergänzung der Präambel um die Worte „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ nicht zustimmen.

Wilhelm Schmidt (Salzgitter) (SPD): Nur fassungslos kann man die aus der Arbeit der Verfassungskommission herauskommenden Ergebnisse betrachten, die in der abschließenden Beratung des Bundestages nun Verfassungsrang erhalten. Neben manchen anderen Mängeln wird die künftige gesamtdeutsche Verfassung keine speziellen Rechte für Kinder enthalten; auch der Kinderschutz und die gewaltfreie Erziehung werden nicht in den Verfassungsrang erhoben. Entsprechende Anträge der SPD-Bundestagsfraktion (und Vorschläge der Jugendministerkonferenz von Bund und Ländern) hatten nach anfänglich wohlwollender Behandlung schließlich keine Chance zur Umsetzung mehr, weil konservative Ideologie mit ihrem hilflos übersteigerten Familienbild es verhindert.

In diesem Zusammenhang ist an vollmundige Erklärungen von Politikerinnen und Politikern der Re-

gierungsfractionen (u. a. der Ministerinnen Merkel und Leutheusser-Schnarrenberger) zu erinnern, die nun wie Seifenblasen zerplatzen und wieder einen Beitrag zur Politikverdrossenheit leisten. (C)

Daß dagegen vor den wilden öffentlichen Attacken von Tierschützern gemeinschaftlich „in die Knie“ gegangen wird, ist für mich ein Skandal. Ich werde deshalb der Aufnahme des Tierschutzes in die deutsche Verfassung nicht zustimmen, solange die Kinder und ihre Rechte so sehr vernachlässigt werden.

Diese Haltung wird genährt dadurch, daß die Mehrheit des Bundestages mit dieser Haltung eindeutig auch gegen die von ihr ratifizierte und seit 5. April 1992 in Deutschland geltende UNO-Konvention über die Rechte des Kindes verstößt. Aber das überrascht niemanden unter denjenigen, die die Interessen von Kindern in unserem Lande noch ernsthaft wahrnehmen. Denn die Berichtspflicht Deutschlands gegenüber den Vereinten Nationen über die Verwirklichung der Bestimmungen der UNO-Konvention wird seit mehreren Monaten versäumt. Die Initiative zur Abschaffung des Zuchtungsrechts als Erziehungsmittel im BGB wird in den Ausschüssen des Bundestages verschleppt. Ein verbessertes Kindschaftsrecht (oft angekündigt) wird nicht einmal in groben Konturen vorgelegt. Familien mit Kindern werden finanziell von seiten des Staates bestraft und in die Armut getrieben. Und so weiter, und so weiter.

Bei so viel Kinderfeindlichkeit kann es kaum verwundern, wenn die Lage der Kinder in Deutschland immer problematischer wird und wenn sich junge Paare immer seltener entschließen, Kinder haben zu wollen. Hier wird durch politische Mehrheitsentscheidungen ein wichtiges Stück Zukunft verspielt. (D)

Gunter Weißgerber (SPD): Ich stimme dem von den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zu. Allerdings vermisse ich schmerzlich die Einlösung des Art. 146 GG. Die Einheit Deutschlands ist nicht zuletzt durch den Mut der Deutschen in der ehemaligen DDR und den früheren Art. 23 GG im Jahre 1990 möglich geworden. Im Vereinigten Deutschland besteht endlich die Chance, eine Verfassung in Kraft treten zu lassen, welche vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen werden kann. Dieser Akt steht leider noch aus.

Nicht für einen Mangel, wohl aber für des intensiven Nachdenkens wert, halte ich die Formel in der Präambel des Grundgesetzes „... Bewußtsein seiner“ (des deutschen Volkes) „Verantwortung vor Gott ...“.

Das Grundgesetz hat Verfassungsrang für alle deutschen Staatsbürger, unabhängig von ihrer Religion. Dies gilt selbstverständlich auch für die vielen nichtgläubigen Menschen in unserem Land.

Ich trage Bedenken in mir, inwiefern Deutsche nicht-christlicher Religionszugehörigkeit oder auch deutsche Atheisten infolge einer möglichen Nichtwiedererkennung in der Präambel das Grundgesetz auch wirklich als ihr Grundgesetz verinnerlichen können.

(A) Anlage 5

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a) (Drucksache 12/6633, 12/8165)*)

Abgegebene Stimmen: 626; davon:

ja:	619
nein:	3
enthalten:	4

*) Vgl. Seite 21029 A

Ja**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer

(B)

Erlar (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Fellcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Gelger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul

Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmart
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Rainer
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha

Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie

(D)

- (A) Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
(B) Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmade, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Schulhoff, Wolfgang
Dr. Schulte (Schwäbisch
Gmünd), Dieter
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
- Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlraabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
- Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Eike
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Helstermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
- Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Wilfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim),
Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schlotter, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmade, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaß, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelie
- (C)
- (D)

- | | | | | |
|-----|--|--|---|--|
| (A) | <p>Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weller, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek (Duisburg),
Helmut
Wieczorek-Zeul, Heldemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph</p> | <p>F.D.P.</p> <p>Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Elmer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hirschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Immer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa</p> | <p>Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüller, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner</p> <p>PDS/Linke Liste</p> <p>Bläss, Petra
Dr. Gysi, Gregor
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid</p> | <p>(C)</p> <p>Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera</p> <p>Fraktionslos</p> <p>Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Stachowa, Angela</p> <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Hedrich, Klaus-Jürgen
Lattmann, Herbert</p> <p>Fraktionslos</p> <p>Lowack, Ortwin</p> <p>Enthalten</p> <p>PDS/Linke Liste</p> <p>Dr. Fuchs, Ruth
Henn, Bernd
Dr. Modrow, Hans</p> <p>Fraktionslos</p> <p>Schenk, Christa</p> |
| (B) | | | | (D) |

(A) Anlage 6

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8172 *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	219
nein:	384
enthalten:	26
ungültig:	2

*) Vgl. Seite 21029 C

Ja**CDU/CSU**

Francke (Hamburg), Klaus
Göttsching, Martin
Kriedner, Arnulf

SPD

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
(B) Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Blindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Elke
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin

Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Gillges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinckel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Kuessner, Heinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard-Schmid, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus

Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter

Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaß, Horst
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelie
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek (Duisburg),
Helmut
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans

(D)

- | | | | |
|--|---|--|--|
| (A) Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph | Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Gels, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götz, Peter
Dr. Götzner, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael | Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmann
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschik, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lammers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderoog, Rolf | Ost, Friedrich
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Ulrich
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützchen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Scharzt (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Dr. Schulte (Schwabisch
Gmünd), Dieter |
| (B) | | | (D) |

(A) Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor	Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang SPD Dr. Gautier, Fritz Haack (Extertal), Karl Hermann Heistermann, Dieter Jungmann (Wittmoldt), Horst Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz Waltemathe, Ernst F.D.P. Albowitz, Ina Baum, Gerhart Rudolf Dr. Blunk (Lübeck), Michaela Bredehorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Guttmacher, Karlheinz Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hitschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Immer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang	Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Türk, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgang (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner	Enthalten CDU/CSU Eylmann, Horst Dr. Mahlo, Dietrich Michels, Meinolf Reddemann, Gerhard Dr. Süßmuth, Rita SPD Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Koschnick, Hans Rappe (Hildesheim), Hermann Schmidt (Salzgitter), Wilhelm Dr. Thalheim, Gerald Dr. Wernitz, Axel Wettig-Danielmeier, Inge F.D.P. Dr. Babel, Gisela Schüßler, Gerhard PDS/Linke Liste Bläss, Petra Dr. Fuchs, Ruth Henn, Bernd Dr. Höll, Barbara Jeipke, Ulla Lederer, Andrea Dr. Seifert, Ilja	(C)
(B) Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia		PDS/Linke Liste Dr. Heuer, Uwe-Jens Dr. Keller, Dietmar Dr. Modrow, Hans Philipp, Ingeborg Dr. Schumann (Kroppenstedt), Fritz Fraktionslos Lowack, Ortwin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Weiß (Berlin), Konrad Wollenberger, Vera Fraktionslos Schenk, Christina Stachowa, Angela	(D)

(A) Anlage 7

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8173 *)

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	239
nein:	371
enthalten:	18
ungültig:	2

*) Vgl. Seite 21030 A

Ja**CDU/CSU**

Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Michalk, Maria
Dr. Wittmann, Fritz

SPD

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke

Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Kuessner, Hinrich

Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim),
Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter

Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaß, Horst
Dr. Skarpeis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelie
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetmeyer, Hans-Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert

(B)

(D)

- (A) Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek (Duisburg),
Helmut
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- E.D.P.**
- Kleinert (Hannover), Detlef
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- (B)
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
- Schulz (Berlin), Werner
Weiß (Berlin), Konrad
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
- Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudiewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Gelger (Darmstadt), Sissy
Gelger, Michaela
Gels, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
- Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmart
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
- Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurg, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmann, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
- (C)
- (D)

(A) Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Dr. Scholz, Rupert Fhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dieter Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Fhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha	Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northheim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Wittmann (Tannesberg), Simon Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang SPD Müller (Schweinfurt), Rudolf F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Baum, Gerhart Rudolf Dr. Blunk (Lübeck), Michaela Bredehorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg	Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Guttmacher, Karlheinz Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hitschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordans, Jens Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schüßler, Gerhard Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen	Türk, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgramm (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten CDU/CSU Bierling, Hans-Dirk Jäger, Klaus Klinkert, Ulrich Koschyk, Hartmut Dr. Päselt, Gerhard Dr. Ruck, Christian Schmidt (Fürth), Christian Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim SPD Berger, Hans Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Wartenberg (Berlin), Gerd Dr. Wernitz, Axel BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Dr. Feige, Klaus-Dieter Köppe, Ingrid Poppe, Gerd Dr. Ullmann, Wolfgang Wollenberger, Vera	(C) (D)
---	---	--	---	-----------------------

(A) Anlage 8

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8174 *)

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	229
nein:	348
enthalten:	50
ungültig:	3

*) Vgl. Seite 21030 A

(B)	Ja				
	CDU/CSU				
	Dr. Faltlhauser, Kurt	Fuhrmann, Arne	Maaß (Herne), Dieter	Schröter, Karl-Heinz	
	Dr. Friedrich, Gerhard	Ganseforth, Monika	Marx, Dorle	Schütz, Dietmar	
	Scheu, Gerhard	Gansel, Norbert	Mascher, Ulrike	Dr. Schuster, R. Werner	
	Wittmann (Tännesberg), Simon	Dr. Gautier, Fritz	Matschie, Christoph	Schwanhold, Ernst	
		Gilges, Konrad	Matthäus-Maier, Ingrid	Schwanitz, Rolf	
		Gleicke, Iris	Mattischeck, Heide	Seidenthal, Bodo	
		Graf, Günter	Mehl, Ulrike	Seuster, Lisa	
		Haack (Extertal), Karl Hermann	Meißner, Herbert	Sielaff, Horst	
		Habermann, Michael	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
		Hacker, Hans-Joachim	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Soell, Hartmut	
		Hämmerle, Gerlinde	Müller (Düsseldorf), Michael	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
		Hampel, Manfred	Müller (Schweinfurt), Rudolf	Sorge, Wieland	
		Hanewinkel, Christel	Müller (Völklingen), Jutta	Dr. Sperling, Dietrich	
		Dr. Hartenstein, Liesel	Müller (Zittau), Christian	Steen, Antje-Marie	
		Hasenfratz, Klaus	Neumann (Bramsche), Volker	Steiner, Heinz-Alfred	
		Dr. Hauchler, Ingomar	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Struck, Peter	
		Helstermann, Dieter	Dr. Niehuis, Edith	Tappe, Joachim	
		Heyenn, Günther	Dr. Niese, Rolf	Terborg, Margitta	
		Hiller (Lübeck), Reinhold	Oesinghaus, Günter	Thierse, Wolfgang	
		Dr. Holtz, Uwe	Oostergetelo, Jan	Titze-Stecher, Uta	
		Horn, Erwin	Opel, Manfred	Toetemeyer, Hans-Günther	
		Huonker, Gunter	Dr. Otto, Helga	Urbaniak, Hans-Eberhard	
		Ibrügger, Lothar	Palis, Kurt	Verheugen, Günter	
		Iwersen, Gabriele	Paterna, Peter	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
		Jäger, Renate	Dr. Penner, Willfried	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
		Janz, Ilse	Dr. Pick, Eckhart	Vosen, Josef	
		Dr. Janzen, Ulrich	Poß, Joachim	Wagner, Hans Georg	
		Jaunich, Horst	Rappe (Hildesheim), Hermann	Wallow, Hans	
		Dr. Jens, Uwe	Reimann, Manfred	Waltemathe, Ernst	
		Jung (Düsseldorf), Volker	von Renesse, Margot	Walter (Cochem), Ralf	
		Jungmann (Wittmoldt), Horst	Rennebach, Renate	Wartenberg (Berlin), Gerd	
		Kastner, Susanne	Reschke, Otto	Dr. Wegner, Konstanze	
		Kemper, Hans-Peter	Reuschenbach, Peter W.	Weiermann, Wolfgang	
		Kirschner, Klaus	Reuter, Bernd	Weiler, Barbara	
		Klappert, Marianne	Schaich-Walch, Gudrun	Weis (Stendal), Reinhard	
		Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Schanz, Dieter	Weisheit, Matthias	
		Klemmer, Siegrun	Dr. Scheer, Hermann	Weißgerber, Gunter	
		Klose, Hans-Ulrich	Scheffler, Siegfried	Weisskirchen (Wiesloch), Gert	
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Schilly, Otto	Welt, Jochen	
		Körper, Fritz Rudolf	Schlöten, Dieter	Dr. Wernitz, Axel	
		Kolbe, Regina	Schluckebier, Günter	Wester, Hildegard	
		Kolbow, Walter	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	Westrich, Lydia	
		Koltzsch, Rolf	Schmidt (Aachen), Ursula	Wettig-Danielmeier, Inge	
		Koschnick, Hans	Schmidt (Nürnberg), Renate	Dr. Wetzlar, Margrit	
		Kretkowski, Volkmar	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	Weyel, Gudrun	
		Kubatschka, Horst	Schmidt-Zadel, Regina	Wieczorek (Duisburg), Helmut	
		Kuessner, Hinrich	Dr. Schmude, Jürgen	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	
		Dr. Küster, Uwe	Dr. Schnell, Emil	Wiefelspütz, Dieter	
		Lambinus, Uwe	Dr. Schöfberger, Rudolf	Wimmer (Neuötting), Hermann	
		Lange, Brigitte	Schöler, Walter	Dr. de With, Hans	
		von Larcher, Detlev	Schreiner, Ottmar	Wittich, Berthold	
		Lennartz, Klaus	Schröter, Gisela	Wohlleben, Verena	
		Dr. Leonhard, Elke			
		Lohmann (Witten), Klaus			

(A) Wolf, Hanna
Dr. Zöpel, Christoph

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
Kroppenstedt, Fritz
Dr. Seifert, Ija

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

(B)

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus

Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Gels, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Dr. Göhner, Reinhard
Götttsching, Martin
Götz, Peter
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kampeter, Steffen

Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Kossendey, Thomas
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Noite, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero

Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Pützhausen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schockenhoff, Andreas
Fhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Dr. Schulte (Schwäbisch
Gmünd), Dieter
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus

(C)

(D)

(A) Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Graf von Waldburg-Zeil,
Alois
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Wonneberger, Michael
Wülfing, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zierer, Benno

SPD

Antretter, Robert
Blunck (Uetersen), Lieselott
Catenhusen, Wolf-Michael
Dr. Eckardt, Peter
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
(B) Dr. Glotz, Peter
Hilsberg, Stephan
Kastning, Ernst
Kuhlwein, Eckart
Lörcher, Christa
Meckel, Markus
Mosdorf, Siegmars
Odendahl, Doris
Rixe, Günter
Dr. Thalheim, Gerald
Vergin, Siegfried
Walther (Zierenberg), Rudi

F.D.P.

Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Elmer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Dr. Hitschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr. -Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva

Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thoma, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywiets, Werner

Fraktionslos

Lowack, Ortwin

Enthalten

CDU/CSU

Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Dr. Bötsch, Wolfgang
Deß, Albert
Eichhorn, Maria
Feilcke, Jochen
Frankenhauser, Herbert
Geiger, Michaela

Glos, Michael
Dr. Götzer, Wolfgang
Gröbl, Wolfgang
Hasselfeldt, Gerda
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hinsken, Ernst
Hollerith, Josef
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Dr. Jobst, Dionys
Kalb, Bartholomäus
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Klein (München), Hans
Koschyk, Hartmut
Kraus, Rudolf
Lintner, Eduard
Männle, Ursula
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Oswald, Eduard
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Dr. Ramsauer, Peter
Regenspurger, Otto
Dr. Riedl (München), Erich
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Dr. Ruck, Christian
Schmidt (Fürth), Christian
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Seehofer, Horst
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Dr. Waigel, Theodor
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Wittmann, Fritz
Zöller, Wolfgang

SPD

Dr. Lucyga, Christine
Schulte (Hameln), Brigitte
Zapf, Uta

(C)

(D)

(A) Anlage 9

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8175 *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	244
nein:	377
enthalten:	8
ungültig:	2

*) Vgl. Seite 21030 B

(B)	Ja	Fuhrmann, Arne	Dr. Leonhard, Elke	Dr. Schnell, Emil	(D)
		Ganseforth, Monika	Lörcher, Christa	Dr. Schöffberger, Rudolf	
	CDU/CSU	Gansel, Norbert	Lohmann (Witten), Klaus	Schöler, Walter	
		Dr. Gautier, Fritz	Dr. Lucyga, Christine	Schröner, Ottmar	
	Dr. Pinger, Winfried	Gilges, Konrad	Maaß (Herne), Dieter	Schröter, Gisela	
		Gleicke, Iris	Marx, Dorle	Schröter, Karl-Heinz	
		Dr. Glotz, Peter	Mascher, Ulrike	Schütz, Dietmar	
	SPD	Graf, Günter	Matschie, Christoph	Schulte (Hameln), Brigitte	
		Haack (Extertal),	Matthäus-Maier, Ingrid	Dr. Schuster, R. Werner	
		Karl Hermann	Mattischeck, Heide	Schwanhold, Ernst	
	Adler, Brigitte	Habermann, Michael	Meckel, Markus	Schwanitz, Rolf	
	Andres, Gerd	Hacker, Hans-Joachim	Mehl, Ulrike	Seidenthal, Bodo	
	Antretter, Robert	Hämmerle, Gerlinde	Meißner, Herbert	Seuster, Lisa	
	Bachmaier, Hermann	Hampel, Manfred	Dr. Mertens (Bottrop),	Sielaß, Horst	
	Barbe, Angelika	Hanewinkel, Christel	Franz-Josef	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
	Bartsch, Holger	Dr. Hartenstein, Liesel	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Soell, Hartmut	
	Becker (Nienberge), Helmuth	Hasenfratz, Klaus	Mosdorf, Siegmär	Dr. Sonntag-Wolgast,	
	Becker-Inglaß, Ingrid	Dr. Hauchler, Ingomar	Müller (Düsseldorf), Michael	Cornelie	
	Berger, Hans	Heistermann, Dieter	Müller (Völklingen), Jutta	Sorge, Wieland	
	Bernrath, Hans Gottfried	Heyenn, Günther	Müller (Zittau), Christian	Dr. Sperling, Dietrich	
	Beucher, Friedhelm Julius	Hiller (Lübeck), Reinhold	Neumann (Bramsche), Volker	Steen, Antje-Marie	
	Bindig, Rudolf	Hilsberg, Stephan	Neumann (Gotha), Gerhard	Steiner, Heinz-Alfred	
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Dr. Holtz, Uwe	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Struck, Peter	
	Bock, Thea	Horn, Erwin	Dr. Niese, Rolf	Tappe, Joachim	
	Börsen (Ritterhude), Arne	Huonker, Gunter	Odendahl, Doris	Terborg, Margitta	
	Brandt-Elsweiler, Anni	Ibrügger, Lothar	Oesinghaus, Günter	Dr. Thalheim, Gerald	
	Dr. Brecht, Eberhard	Iwersen, Gabriele	Oostergetelo, Jan	Thierse, Wolfgang	
	Büchler (Hof), Hans	Jäger, Renate	Opel, Manfred	Titze-Stecher, Uta	
	Büchner (Speyer), Peter	Janz, Ilse	Dr. Otto, Helga	Toetemeyer, Hans-Günther	
	Dr. von Bülow, Andreas	Dr. Janzen, Ulrich	Palis, Kurt	Urbaniak, Hans-Eberhard	
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Jaunich, Horst	Paterna, Peter	Vergin, Siegfried	
	Bulmahn, Edelgard	Dr. Jens, Uwe	Dr. Penner, Willfried	Verheugen, Günter	
	Burchardt, Ursula	Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Pick, Eckhart	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
	Bury, Hans Martin	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Poß, Joachim	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
	Caspers-Merk, Marion	Kastner, Susanne	Rappe (Hildesheim),	Vosen, Josef	
	Catenhusen, Wolf-Michael	Kastning, Ernst	Hermann	Wagner, Hans Georg	
	Conradi, Peter	Kemper, Hans-Peter	Reimann, Manfred	Wallow, Hans	
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Kirschner, Klaus	von Renesse, Margot	Waltemathe, Ernst	
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Klappert, Marianne	Rennebach, Renate	Walter (Cochem), Ralf	
	Diller, Karl	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Reschke, Otto	Walther (Zierenberg), Rudi	
	Dr. Dobberthien, Marliese	Klemmer, Siegrun	Reuschenbach, Peter W.	Wartenberg (Berlin), Gerd	
	Dreßler, Rudolf	Klose, Hans-Ulrich	Reuter, Bernd	Dr. Wegner, Konstanze	
	Duve, Freimut	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rixe, Günter	Weiermann, Wolfgang	
	Ebert, Eike	Körper, Fritz Rudolf	Schaich-Walch, Gudrun	Weiler, Barbara	
	Dr. Eckardt, Peter	Kolbe, Regina	Schanz, Dieter	Weis (Stendal), Reinhard	
	Dr. Ehmke (Bonn), Horst	Kolbow, Walter	Dr. Scheer, Hermann	Weisheit, Matthias	
	Eich, Ludwig	Koltzsch, Rolf	Scheffler, Siegfried	Weißgerber, Gunter	
	Dr. Elmer, Konrad	Koschnick, Hans	Schilly, Otto	Weisskirchen (Wiesloch), Gert	
	Erler, Gernot	Kretkowski, Volkmar	Schloten, Dieter	Welt, Jochen	
	Esters, Helmut	Kubatschka, Horst	Schluckebier, Günter	Dr. Wernitz, Axel	
	Ewen, Carl	Kuessner, Hinrich	Schmidbauer (Nürnberg),	Wester, Hildegard	
	Ferner, Elke	Dr. Küster, Uwe	Horst	Westrich, Lydia	
	Fischer (Gräfenhainichen),	Kuhlwein, Eckart	Schmidt (Aachen), Ursula	Wettig-Danielmeier, Inge	
	Evelin	Lambinus, Uwe	Schmidt (Nürnberg), Renate	Dr. Wetzel, Margrit	
	Fischer (Homburg), Lothar	Lange, Brigitte	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	Weyel, Gudrun	
	Formanski, Norbert	von Larcher, Detlev	Schmidt-Zadel, Regina	Wieczorek (Duisburg),	
	Fuchs (Köln), Anke	Lennartz, Klaus	Dr. Schmude, Jürgen	Helmut	

(A) Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad

(B)

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Hans-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria

Börnßen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzler, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred

Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Marienfeld, Claire

Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmann, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich

(C)

(D)

- (A) Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Dr. Schulte (Schwäbisch
 Gmünd), Dieter
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seitzers, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
- Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Northeim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzel, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Wissmann, Matthias
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tännesberg),
 Simon
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang
- SPD**
 Müller (Schweinfurth), Rudolf
- F.D.P.**
 Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisela
 Baum, Gerhart Rudolf
 Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Elmer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
- Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hitschler, Walter
 Homburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Immer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann
 Parr, Detlef
 Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schüller, Gerhard
- Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Semper, Sigrid
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Türk, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfram (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywiets, Werner
- Fraktionslos**
 Lowack, Ortwin
- Enthalten**
- CDU/CSU**
 Dr. Hornhues, Karl-Heinz
 Kolbe, Manfred
 Dr. Mahlo, Dietrich
 Dr. Pflüger, Friedbert
 Rother, Heinz
 Dr.-Ing. H. Schmidt
 (Halsbrücke), Joachim
 Graf von Schönburg-
 Glochau, Joachim
- BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN**
 Wollenberger, Vera
- (C)
- (D)

(A) Anlage 10

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 2
(Art. 74 und 125 a GG) der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
auf Drucksache 12/8165 *)**

Abgegebene Stimmen: 632; davon:

ja:	629
nein:	1
enthalten:	2

*) Vgl. Seite 21030 B, C

Ja

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eymann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse

Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne

Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich

Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold

(B)

(D)

- (A) Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schnelder (Nürnberg),
Oscar
(B) Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
- Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northheim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zell, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrickoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlrahe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglaß, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dressler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
- Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
- Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Wilfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim),
Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
(D) Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielfaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
- (C)

(A) Thierse, Wolfgang
 Titze-Stecher, Uta
 Toetemeyer, Hans-Günther
 Urbaniak, Hans-Eberhard
 Vergin, Siegfried
 Verheugen, Günter
 Dr. Vogel, Hans-Jochen
 Voigt (Frankfurt), Karsten D.
 Vosen, Josef
 Wagner, Hans Georg
 Wallow, Hans
 Waltemathe, Ernst
 Walter (Cochem), Ralf
 Walther (Zierenberg), Rudi
 Wartenberg (Berlin), Gerd
 Dr. Wegner, Konstanze
 Wetermann, Wolfgang
 Weller, Barbara
 Weis (Stendal), Reinhard
 Weisheit, Matthias
 Weißgerber, Gunter
 Weisskirchen (Wiesloch), Gert
 Welt, Jochen
 Dr. Wernitz, Axel
 Wester, Hildegard
 Westrich, Lydia
 Wettig-Danielmeier, Inge
 Dr. Wetzel, Margrit
 Weyel, Gudrun
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Wiefelspütz, Dieter
 Wimmer (Neuötting),
 Hermann
 Dr. de With, Hans
 Wittich, Berthold
 Wohlleben, Verena
 Wolf, Hanna
 Zapf, Uta
 Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisela
 Baum, Gerhart Rudolf

Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Elmer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hirschler, Walter
 Homburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann

Parr, Detlef
 Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schüller, Gerhard
 Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Semper, Sigrid
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Türk, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfgramm (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywiets, Werner

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
 Dr. Fuchs, Ruth
 Dr. Gysi, Gregor
 Henn, Bernd
 Dr. Heuer, Uwe-Jens
 Dr. Höll, Barbara
 Jelpke, Ulla
 Dr. Keller, Dietmar
 Lederer, Andrea
 Dr. Modrow, Hans

Philipp, Ingeborg
 Dr. Schumann
 (Kroppenstedt), Fritz
 Dr. Seifert, Ilja

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Dr. Feige, Klaus-Dieter
 Köppe, Ingrid
 Poppe, Gerd
 Schulz (Berlin), Werner
 Dr. Ullmann, Wolfgang
 Weiß (Berlin), Konrad
 Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
 Hackel, Heinz-Dieter
 Schenk, Christina
 Stachowa, Angela

Nein**Fraktionslos**

Lowack, Ortwin

Enthalten**CDU/CSU**

Hedrich, Klaus-Jürgen
 Lattmann, Herbert

(C)

(D)

(A) Anlage 11

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 3
(Art. 75, 76, 77, 80 und 125 b GG) der Beschlußempfehlung des Rechts-
ausschusses auf Drucksache 12/8165 *)**

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	624
nein:	2
enthalten:	4

*) Vgl. Seiten 21030 D, 21031 A

(B)	Ja	Eymer, Anke	Hornung, Siegfried	Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W.
	CDU/CSU	Falk, Ilse	Hüppe, Hubert	Klaus W.
		Dr. Falthäuser, Kurt	Jäger, Claus	Dr. Lischewski, Manfred
		Feilcke, Jochen	Jaffke, Susanne	Löwisch, Sigrun
		Dr. Fell, Karl H.	Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf	Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang
		Fischer (Hamburg), Dirk	Janovsky, Georg	Lummer, Heinrich
		Fockenberg, Winfried	Jeltsch, Karin	Dr. Luther, Michael
		Francke (Hamburg), Klaus	Dr. Jobst, Dionys	Maaß (Wilhelmshaven), Erich
		Frankenhauser, Herbert	Dr.-Ing. Jork, Rainer	Männle, Ursula
		Dr. Friedrich, Gerhard	Dr. Jüttner, Egon	Magin, Theo
		Fritz, Erich G.	Jung (Limburg), Michael	Dr. Mahlo, Dietrich
		Fuchtel, Hans-Joachim	Junghanns, Ulrich	Marienfeld, Claire
		Ganz (St. Wendel), Johannes	Dr. Kahl, Harald	Marschewski, Erwin
		Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy	Kalb, Bartholomäus	Marten, Günter
		Geiger, Michaela	Kampeter, Steffen	Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin
		Geis, Norbert	Dr.-Ing. Kansy, Dietmar	Meckelburg, Wolfgang
		Dr. Geißler, Heiner	Karwatzki, Irmgard	Meinl, Rudolf
		Dr. von Geldern, Wolfgang	Kauder, Volker	Dr. Merkel, Angela
		Gerster (Mainz), Johannes	Keller, Peter	Michalk, Maria
		Gibtnier, Horst	Kiechle, Ignaz	Michels, Meinolf
		Glos, Michael	Kittelmann, Peter	Dr. Mildner, Klaus
		Dr. Göhner, Reinhard	Klein (Bremen), Günter	Dr. Möller, Franz
		Göttsching, Martin	Klein (München), Hans	Molnar, Thomas
		Götz, Peter	Klinkert, Ulrich	Müller (Kirchheim), Elmar
		Dr. Götzner, Wolfgang	Köhler (Hainzspitz), Hans-Ulrich	Müller (Wadern), Hans-Werner
		Gres, Joachim	Dr. Köhler (Wolfsburg), Volkmarr	Müller (Wesseling), Alfons
		Grochtmann, Elisabeth	Dr. Kohl, Helmut	Nelle, Engelbert
		Gröhl, Wolfgang	Kolbe, Manfred	Dr. Neuling, Christian
		Grotz, Claus-Peter	Kors, Eva-Maria	Neumann (Bremen), Bernd
		Dr. Grünwald, Joachim	Koschyk, Hartmut	Niedenthal, Erhard
		Günther (Duisburg), Horst	Kossendey, Thomas	Nitsch, Johannes
		Frhr. von Hammerstein, Carl-Deflev	Kraus, Rudolf	Nolte, Claudia
		Harries, Klaus	Dr. Krause (Börgerende), Günther	Dr. Olderog, Rolf
		Haschke (Großhennersdorf), Gottfried	Krause (Dessau), Wolfgang	Ost, Friedhelm
		Haschke (Jena), Udo	Krey, Franz Heinrich	Oswald, Eduard
		Hasselfeldt, Gerda	Kriedner, Arnulf	Otto (Erfurt), Norbert
		Haungs, Rainer	Kronberg, Heinz-Jürgen	Dr. Päselt, Gerhard
		Hauser (Esslingen), Otto	Dr.-Ing. Krüger, Paul	Dr. Paziorek, Peter
		Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg	Krziskewitz, Reiner	Pesch, Hans-Wilhelm
		Hedrich, Klaus-Jürgen	Lamers, Karl	Petzold, Ulrich
		Heise, Manfred	Dr. Lammert, Norbert	Pfeifer, Anton
		Dr. Hellwig, Renate	Lamp, Helmut	Pfeiffer, Angelika
		Dr. h. c. Herkenrath, Adolf	Latmann, Herbert	Dr. Pfennig, Gero
		Dr. Herr, Norbert	Dr. Laufs, Paul	Dr. Pflüger, Friedbert
		Hiebing, Maria Anna	Laumann, Karl-Josef	Dr. Pinger, Winfried
		Hinsken, Ernst	Lehne, Klaus-Heiner	Pofalla, Ronald
		Hintze, Peter	Lenzer, Christian	Dr. Pohler, Hermann
		Hörsken, Heinz-Adolf	Dr. Lieberoth, Immo	Priebus, Rosemarie
		Hörster, Joachim	Limbach, Editha	Dr. Probst, Albert
		Dr. Hoffacker, Paul	Link (Diepholz), Walter	Dr. Protzner, Bernd
		Hollerith, Josef	Lintner, Eduard	Pützhofen, Dieter
		Dr. Hornhues, Karl-Heinz		Rahardt-Vahldieck, Susanne

- (A) Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
(B) Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Fhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Fhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
- Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tännenberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
- Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilles, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
- Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschke, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Wilfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim),
Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrd
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
- (C)
- (D)

- (D)

(A) Anlage 12

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch und weiteren Abgeordneten auf Drucksache 12/8199 (neu)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	276
nein:	353
enthalten:	2

*) Vgl. Seite 21031 C, D

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris

Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard-Schmid, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle

Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Niggemeier, Horst
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Pallis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar

Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaß, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting), Hermann
Dr. de With, Hans

(B)

(D)

(A) Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Albowitz, Ina
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Friedhoff, Paul K.
Funke, Rainer
Genscher, Hans-Dietrich
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Gutmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Dr. Hirsch, Burkhard
Homburger, Birgit
Dr. Jordan, Jens
Koppelin, Jürgen
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Ortleb, Rainer
Peters, Lisa
Dr. Röhl, Klaus
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolffgramm (Göttingen),
Torsten
Zywietz, Werner

PDS/Link e Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

**Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Pope, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera**

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Meisungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Böhl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Elchhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Fellicke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus

Frankenhauser, Herbert
 Dr. Friedrich, Gerhard
 Fritz, Erich G.
 Fuchtel, Hans-Joachim
 Ganz (St. Wendel), Johannes
 Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
 Gelger, Michaela
 Gels, Norbert
 Dr. Geißler, Heiner
 Dr. von Geldern, Wolfgang
 Gerster (Mainz), Johannes
 Gibtner, Horst
 Glos, Michael
 Dr. Göhner, Reinhard
 Götttsching, Martin
 Götz, Peter
 Dr. Götzter, Wolfgang
 Gres, Joachim
 Grochtmann, Elisabeth
 Gröbl, Wolfgang
 Grotz, Claus-Peter
 Dr. Grünewald, Joachim
 Günther (Duisburg), Horst
 Frhr. von Hammerstein,
 Carl-Detlev
 Harries, Klaus
 Haschke (Großhennersdorf),
 Gottfried
 Haschke (Jena), Udo
 Hasselfeldt, Gerda
 Haungs, Rainer
 Hauser (Esslingen), Otto
 Hauser (Rednitzhembach),
 Hansgeorg
 Hedrich, Klaus-Jürgen
 Heise, Manfred
 Dr. Hellwig, Renate
 Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
 Dr. Herr, Norbert
 Hiebing, Maria Anna
 Hinsken, Ernst
 Hintze, Peter
 Hörsken, Heinz-Adolf
 Hörster, Joachim
 Dr. Hoffacker, Paul
 Hollerith, Josef
 Dr. Hornhues, Karl-Heinz
 Hormung, Siegfried
 Hüppe, Hubert
 Jäger, Claus
 Jaffke, Susanne
 Dr. Jahn (Münster),
 Friedrich-Adolf
 Janovsky, Georg
 Jeltsch, Karin
 Dr. Jobst, Dionys
 Dr.-Ing. Jork, Rainer
 Dr. Jüttner, Egon
 Jung (Limburg), Michael
 Junghanns, Ulrich
 Dr. Kahl, Harald
 Kalb, Bartholomäus
 Kampeter, Steffen
 Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
 Karwatzki, Irmgard
 Kauder, Volker
 Keller, Peter
 Klechle, Ignaz
 Kittelmann, Peter
 Klein (Bremen), Günter
 Klein (München), Hans
 Klinkert, Ulrich
 Köhler (Hainspitz),
 Hans-Ulrich
 Dr. Köhler (Wolfsburg),
 Volkmar

Dr. Kohl, Helmut
Koibe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheld),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Noite, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann

(C)

(D)

- (A) Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roltzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
(B) Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöllner, Wolfgang
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Immer, Ulrich
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Schäfer (Mainz), Helmut
Dr. Schnittler, Christoph
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Solms, Hermann Otto
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
(C)

SPD
Blunck (Uetersen), Lieselott
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Müller (Schweinfurt), Rudolf

F.D.P.
Dr. Babel, Gisela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedrich, Horst
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Heinrich, Ulrich
Dr. Hitschler, Walter

Fraktionslos
Lowack, Ortwin

Enthalten
(D)
SPD
Dr. Wernitz, Axel

F.D.P.
Zurheide, Burkhard

(A) Anlage 13

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 4
(behr. Art. 20 b GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses
auf Drucksache 12/8165 (Zweite Beratung) *)**

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	314
nein:	305
enthalten:	8
ungültig:	5

*) Vgl. Seiten 21032 D, 21033 A

(B)	Ja	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Dr. Küster, Uwe	Schmidbauer (Nürnberg), Horst
	CDU/CSU	Fischer (Homburg), Lothar	Kuhlwein, Eckart	Schmidt (Aachen), Ursula
		Formanski, Norbert	Lambinus, Uwe	Schmidt (Nürnberg), Renate
	Börnsen (Bönstrup), Wolfgang	Fuchs (Köln), Anke	Lange, Brigitte	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
	Carstensen (Nordstrand), Peter Harry	Fuhrmann, Arne	von Larcher, Detlev	Schmidt-Zadel, Regina
	Haschke (Großhennersdorf), Gottfried	Ganeforth, Monika	Lennartz, Klaus	Dr. Schmude, Jürgen
	Michalk, Maria	Gansel, Norbert	Dr. Leonhard, Elke	Dr. Schnell, Emil
	Dr. Wittmann, Fritz	Dr. Gautier, Fritz	Lörcher, Christa	Dr. Schöffberger, Rudolf
		Gilges, Konrad	Lohmann (Witten), Klaus	Schöler, Walter
		Gleicke, Iris	Dr. Lucyga, Christine	Schreiner, Ottmar
		Graf, Günter	Maaß (Herne), Dieter	Schröter, Gisela
		Haack (Extertal), Karl Hermann	Marx, Dorle	Schröter, Karl-Heinz
	SPD	Habermann, Michael	Mascher, Ulrike	Schütz, Dietmar
		Hacker, Hans-Joachim	Matschie, Christoph	Schulte (Hameln), Brigitte
	Adler, Brigitte	Hämmerle, Gerlinde	Matthäus-Maier, Ingrid	Dr. Schuster, R. Werner
	Andres, Gerd	Hampel, Manfred	Mattischeck, Heide	Schwanhold, Ernst
	Bachmaier, Hermann	Hanewinkel, Christel	Meckel, Markus	Schwanitz, Rolf
	Barbe, Angelika	Dr. Hartenstein, Liesel	Mehl, Ulrike	Seidenthal, Bodo
	Bartsch, Holger	Hasenfratz, Klaus	Meißner, Herbert	Seuster, Lisa
	Becker (Nienberge), Helmuth	Dr. Hauchler, Ingomar	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Sielaff, Horst
	Becker-Ingau, Ingrid	Heistermann, Dieter	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Singer, Johannes
	Berger, Hans	Heyenn, Günther	Mosdorf, Siegmund	Dr. Skarpeles-Sperk, Sigrid
	Bernrath, Hans Gottfried	Hiller (Lübeck), Reinhold	Müller (Düsseldorf), Michael	Dr. Soell, Hartmut
	Beucher, Friedhelm Julius	Hilsberg, Stephan	Müller (Schweinfurt), Rudolf	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelie
	Bindig, Rudolf	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Völklingen), Jutta	Sorge, Wieland
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Horn, Erwin	Müller (Zittau), Christian	Dr. Sperling, Dietrich
	Bock, Thea	Huonker, Gunter	Neumann (Bramsche), Volker	Steen, Antje-Marie
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Ibrügger, Lothar	Dr. Niehuis, Edith	Steiner, Heinz-Alfred
	Brandt-Elsweiler, Anni	Iwersen, Gabriele	Dr. Niese, Rolf	Stiegler, Ludwig
	Dr. Brecht, Eberhard	Jäger, Renate	Oesinghaus, Günter	Dr. Struck, Peter
	Büchler (Hof), Hans	Janz, Ilse	Oostergetelo, Jan	Tappe, Joachim
	Büchner (Speyer), Peter	Dr. Janzen, Ulrich	Opel, Manfred	Terborg, Margitta
	Dr. von Bülow, Andreas	Jaunich, Horst	Dr. Otto, Helga	Dr. Thalheim, Gerald
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Dr. Jens, Uwe	Palis, Kurt	Thierse, Wolfgang
	Bulmahn, Edelgard	Jung (Düsseldorf), Volker	Patis, Peter	Titze-Stecher, Uta
	Burchardt, Ursula	Kastner, Susanne	Paterna, Peter	Toetemeyer, Hans-Günther
	Bury, Hans Martin	Kastning, Ernst	Dr. Penner, Willfried	Urbanik, Hans-Eberhard
	Caspers-Merk, Marion	Kemper, Hans-Peter	Peter (Kassel), Horst	Vergin, Siegfried
	Catenhusen, Wolf-Michael	Kirschner, Klaus	Dr. Pick, Eckhart	Verheugen, Günter
	Conradi, Peter	Klappert, Marianne	Poß, Joachim	Dr. Vogel, Hans-Jochen
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Reimann, Manfred	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Klemmer, Siegrun	von Renesse, Margot	Vosen, Josef
	Diller, Karl	Klose, Hans-Ulrich	Rennebach, Renate	Wagner, Hans Georg
	Dr. Dobberthien, Marliese	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Reschke, Otto	Wallow, Hans
	Dreßler, Rudolf	Körper, Fritz Rudolf	Reuschenbach, Peter W.	Waltemathe, Ernst
	Duve, Freimut	Kolbe, Regina	Reuter, Bernd	Walter (Cochern), Ralf
	Ebert, Eike	Kolbow, Walter	Rixe, Günter	Walther (Zierenberg), Rudi
	Eich, Ludwig	Koltzsch, Rolf	Schaich-Walch, Gudrun	Wartenberg (Berlin), Gerd
	Dr. Elmer, Konrad	Koschnick, Hans	Schanz, Dieter	Dr. Wegner, Konstanze
	Erler, Gernot	Kretkowski, Volkmar	Dr. Scheer, Hermann	Weiermann, Wolfgang
	Esters, Helmut	Kubatschka, Horst	Scheffler, Siegfried	Weiler, Barbara
	Ewen, Carl	Dr. Kübler, Klaus	Schilly, Otto	Weis (Stendal), Reinhard
	Ferner, Elke	Kuessner, Hinrich	Schlöten, Dieter	Weisheit, Matthias
			Schluckebier, Günter	

(A) Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Ganschow, Jörg
Genschler, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hirschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia

Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen

Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Dr. Bötsch, Wolfgang
Böhl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbraun), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Jena), Udo

Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Köhler (Hainzspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun

(C)

(D)

(A) Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Lummer, Heinrich Dr. Luther, Michael Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich Marienfeld, Claire Marschewski, Erwin Marten, Günter Dr. Mayer (Siegertsbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Molnar, Thomas Müller (Kirchheim), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Niedenthal, Erhard Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard Otto (Erfurt), Norbert Dr. Päselt, Gerhard Dr. Paziorek, Peter Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich (B) Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pflüger, Friedbert Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Priebus, Rosemarie Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützhofer, Dieter Rahardt-Vahldieck, Susanne Raidel, Hans	Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Dr. Scholz, Rupert	Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy	Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Wittmann (Tännesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfig, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang F.D.P. Bredenhorn, Günther Gallus, Georg Paintner, Johann Dr. Schnittler, Christoph Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten CDU/CSU Göttsching, Martin Jäger, Claus Klinkert, Ulrich Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim SPD Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Jungmann (Wittmoldt), Horst F.D.P. Dr. Hoth, Sigrid	(C) (D)
--	---	---	---	-----------------------

(A) Anlage 14

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 6
(Präambel) der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf
Drucksache 12/8165 (Zweite Beratung *)**

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	318
nein:	310
enthalten:	2

*) Vgl. Seite 21033 A

Ja**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Brudlewsky, Monika
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Kolbe, Manfred
Dr. Lieberoth, Immo
Dr. Schmidt, Christa
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim

SPD

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaler, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglaup, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elswiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Elch, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl

Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus

Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Helde
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Pallis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim),
Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter

Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert

(B)

(D)

- (A) Welt, Jochen
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Dr. Hirsch, Burkhard
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
- Dr. Schnittler, Christoph
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- PDS/Linke Liste**
Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jeipke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
- Fraktionslos**
Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
- Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnson (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzler, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
- Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheld),
Wolfgang
- (C)
- (D)

(A) Anlage 15

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I, Nr. 7
(Art. 6 GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf
Drucksache 12/8165 *)**

Abgegebene Stimmen: 632; davon:

ja:	282
nein:	324
enthalten:	20
ungültig:	6

*) Vgl. Seite 21033 A

(B)	Ja	Habermann, Michael	Mattischeck, Heide	Singer, Johannes
	SPD	Hacker, Hans-Joachim	Meckel, Markus	Dr. Skarpeis-Sperk, Sigrid
		Hämmerle, Gerlinde	Mehl, Ulrike	Dr. Soell, Hartmut
		Hampel, Manfred	Meißner, Herbert	Dr. Sonntag-Wolgast,
		Hanewinkel, Christel	Dr. Mertens (Bottrop),	Cornelie
		Hasenfratz, Klaus	Franz-Josef	Sorge, Wieland
		Dr. Hauchler, Ingomar	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Sperling, Dietrich
		Heistermann, Dieter	Mosdorf, Siegmund	Steen, Antje-Marie
		Heyenn, Günther	Müller (Düsseldorf), Michael	Steiner, Heinz-Alfred
		Hiller (Lübeck), Reinhold	Müller (Völklingen), Jutta	Stiegler, Ludwig
		Hilsberg, Stephan	Müller (Zittau), Christian	Dr. Struck, Peter
		Dr. Holtz, Uwe	Neumann (Bramsche), Volker	Tappe, Joachim
		Horn, Erwin	Dr. Niehuis, Edith	Terborg, Margitta
		Huonker, Gunter	Dr. Niese, Rolf	Dr. Thalheim, Gerald
		Ibrügger, Lothar	Odendahl, Doris	Thierse, Wolfgang
		Iwersen, Gabriele	Oesinghaus, Günter	Titze-Stecher, Uta
		Jäger, Renate	Dr. Otto, Helga	Toemeyer, Hans-Günther
		Janz, Ilse	Palis, Kurt	Urbanik, Hans-Eberhard
		Dr. Janzen, Ulrich	Paterna, Peter	Vergin, Siegfried
		Jaunich, Horst	Dr. Penner, Willfried	Verheugen, Günter
		Dr. Jens, Uwe	Peter (Kassel), Horst	Dr. Vogel, Hans-Jochen
		Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Pick, Eckhart	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
		Jungmann (Wittmoeldt), Horst	Poß, Joachim	Vosen, Josef
		Kastner, Susanne	Reimann, Manfred	Wagner, Hans Georg
		Kastning, Ernst	von Renesse, Margot	Wallow, Hans
		Kemper, Hans-Peter	Rennebach, Renate	Walter (Cochem), Ralf
		Kirschner, Klaus	Reschke, Otto	Walther (Zierenberg), Rudi
		Klappert, Marianne	Reuschenbach, Peter W.	Wartenberg (Berlin), Gerd
		Klemmer, Siegrun	Reuter, Bernd	Dr. Wegner, Konstanze
		Klose, Hans-Ulrich	Rixe, Günter	Wettermann, Wolfgang
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Schaich-Walch, Gudrun	Weller, Barbara
		Körper, Fritz Rudolf	Schanz, Dieter	Weis (Stendal), Reinhard
		Kolbe, Regina	Dr. Scheer, Hermann	Weisheit, Matthias
		Kolbow, Walter	Scheffler, Siegfried	Weißgerber, Gunter
		Koltzsch, Rolf	Schlöten, Dieter	Weisskirchen (Wiesloch), Gert
		Koschnick, Hans	Schluckebier, Günter	Wester, Hildegard
		Kretkowski, Volkmar	Schmidbauer (Nürnberg),	Westrich, Lydia
		Kubatschka, Horst	Horst	Wettig-Danielmeier, Inge
		Dr. Kübler, Klaus	Schmidt (Aachen), Ursula	Dr. Wetzel, Margrit
		Kuessner, Hinrich	Schmidt (Nürnberg), Renate	Weyel, Gudrun
		Dr. Küster, Uwe	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	Wieczorek-Zeul, Heidemarie
		Kuhlwein, Eckart	Schmidt-Zadel, Regina	Wiefelspütz, Dieter
		Lambinus, Uwe	Dr. Schmude, Jürgen	Wimmer (Neuötting),
		Lange, Brigitte	Dr. Schnell, Emil	Hermann
		von Lärcher, Detlev	Dr. Schöffberger, Rudolf	Dr. de With, Hans
		Lennartz, Klaus	Schöler, Walter	Wittich, Berthold
		Dr. Leonhard, Elke	Schröter, Gisela	Wohlleben, Verena
		Lörcher, Christa	Schröter, Karl-Heinz	Wolf, Hanna
		Lohmann (Witten), Klaus	Schütz, Dietmar	Zapf, Uta
		Dr. Lucyga, Christine	Schulte (Hameln), Brigitte	
		Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schuster, R. Werner	
		Marx, Dorle	Schwanhold, Ernst	F.D.P.
		Mascher, Ulrike	Schwanitz, Rolf	Albowitz, Ina
		Matschie, Christoph	Seidenthal, Bodo	Baum, Gerhart Rudolf
		Matthäus-Maier, Ingrid	Seuster, Lisa	

(A) Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Friedhoff, Paul K.
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hitschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Nolting, Günther Friedrich
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
(B) Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schübler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg

Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ija

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowicz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang

Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Gels, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus

Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Dr. Luther, Michael
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marchewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Müller (Kirchheim), Eimar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm

(C)

(D)

(A)	Oswald, Eduard Otto (Erfurt), Norbert Dr. Päselt, Gerhard Dr. Paziorek, Peter Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pflüger, Friedbert Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Priebus, Rosemarie Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützhofer, Dieter Rahardt-Vahldieck, Susanne Raidel, Hans Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz	Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Selters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha	Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tännenberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöllner, Wolfgang	Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten CDU/CSU Molnar, Thomas SPD Blunck (Uetersen), Lieselott Büchler (Hof), Hans Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Dr. Hartenstein, Liesel Opel, Manfred Schily, Otto Sielaif, Horst Steiner, Heinz-Alfred Waltemathe, Ernst Dr. Zöpel, Christoph SPD Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz Müller (Schweinfurt), Rudolf Schreiner, Ottmar Dr. Wernitz, Axel F.D.P. Breddehorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Friedrich, Horst Gallus, Georg Mischnick, Wolfgang Dr. Ortleb, Rainer Paintner, Johann Thiele, Carl-Ludwig Timm, Jürgen Zywietz, Werner	Fraktionslos Enthalten CDU/CSU Molnar, Thomas SPD Blunck (Uetersen), Lieselott Büchler (Hof), Hans Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Dr. Hartenstein, Liesel Opel, Manfred Schily, Otto Sielaif, Horst Steiner, Heinz-Alfred Waltemathe, Ernst Dr. Zöpel, Christoph F.D.P. Dr. Babel, Gisela Dr. Feldmann, Olaf Dr. Hoth, Sigrid Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Seiler-Abring, Ursula Dr. Thomae, Dieter BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Wollenberger, Vera Fraktionslos Stachowa, Angela	(C)
(B)					(D)	

(A) Anlage 16

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 8
(Art. 20 a Abs. 2 GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses
auf Drucksache 12/8165 *)**

Abgegebene Stimmen: 632; davon:

ja:	299
nein:	313
enthalten:	15
ungültig:	5

*) Vgl. Seite 21033 B

(B)	Ja	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Lange, Brigitte	Schmidt (Nürnberg), Renate
	CDU/CSU	Fischer (Homburg), Lothar	von Larcher, Detlev	Schmidt-Zadel, Regina
		Formanski, Norbert	Lennartz, Klaus	Dr. Schmude, Jürgen
		Fuchs (Köln), Anke	Dr. Leonhard, Elke	Dr. Schnell, Emil
		Fuhrmann, Arne	Lörcher, Christa	Dr. Schöffberger, Rudolf
		Ganseforth, Monika	Lohmann (Witten), Klaus	Schöler, Walter
		Gansel, Norbert	Dr. Lucyga, Christine	Schreiner, Ottmar
		Dr. Gautier, Fritz	Maaß (Herne), Dieter	Schröter, Gisela
		Gilges, Konrad	Marx, Dorle	Schröter, Karl-Heinz
		Gleicke, Iris	Mascher, Ulrike	Schütz, Dietmar
		Graf, Günter	Matschie, Christoph	Schulte (Hamel), Brigitte
		Habermann, Michael	Matthäus-Maier, Ingrid	Dr. Schuster, R. Werner
		Hacker, Hans-Joachim	Mattischeck, Heide	Schwanhold, Ernst
		Hämmerle, Gerlinde	Meckel, Markus	Schwanitz, Rolf
		Hampel, Manfred	Mehl, Ulrike	Seidenthal, Bodo
		Hanewinkel, Christel	Meißner, Herbert	Seuster, Lisa
		Dr. Hartenstein, Liesel	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Sielaff, Horst
		Hasenfratz, Klaus	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Singer, Johannes
		Dr. Hauchler, Ingomar	Mosdorf, Siegmар	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
		Heistermann, Dieter	Müller (Düsseldorf), Michael	Dr. Soell, Hartmut
		Heyenn, Günther	Müller (Schweinfurt), Rudolf	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
		Hüller (Lübeck), Reinhold	Müller (Völklingen), Jutta	Sorge, Wieland
		Hilsberg, Stephan	Müller (Zittau), Christian	Dr. Sperling, Dietrich
		Dr. Holtz, Uwe	Neumann (Bramsche), Volker	Steen, Antje-Marie
		Horn, Erwin	Dr. Niehuis, Edith	Steiner, Heinz-Alfred
		Huonker, Gunter	Dr. Niese, Rolf	Stiegler, Ludwig
		Ibrügger, Lothar	Odendahl, Doris	Dr. Struck, Peter
		Iwersen, Gabriele	Oesinghaus, Günter	Tappe, Joachim
		Jäger, Renate	Oostergetelo, Jan	Terborg, Margitta
		Janz, Ilse	Opel, Manfred	Dr. Thalheim, Gerald
		Dr. Janzen, Ulrich	Dr. Otto, Helga	Thierse, Wolfgang
		Jaunich, Horst	Palis, Kurt	Titze-Stecher, Uta
		Dr. Jens, Uwe	Paterna, Peter	Toetemeyer, Hans-Günther
		Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Penner, Willfried	Urbaniak, Hans-Eberhard
		Jungmann (Wittmoldt), Horst	Peter (Kassel), Horst	Vergin, Siegfried
		Kastner, Susanne	Dr. Pick, Eckhart	Verheugen, Günter
		Kastning, Ernst	Poß, Joachim	Dr. Vogel, Hans-Jochen
		Kemper, Hans-Peter	Reimann, Manfred	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
		Kirschner, Klaus	von Renesse, Margot	Vosen, Josef
		Klappert, Marianne	Rennebach, Renate	Wagner, Hans Georg
		Klemmer, Siegrun	Reschke, Otto	Wallow, Hans
		Klose, Hans-Ulrich	Reuschenbach, Peter W.	Walter (Cochem), Ralf
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Reuter, Bernd	Walther (Zierenberg), Rudi
		Körper, Fritz Rudolf	Rixe, Günter	Wartenberg (Berlin), Gerd
		Kolbe, Regina	Schach-Walch, Gudrun	Dr. Wegner, Konstanze
		Kolbow, Walter	Schanz, Dieter	Weiermann, Wolfgang
		Koltzsch, Rolf	Dr. Scheer, Hermann	Weiler, Barbara
		Kretkowski, Volkmar	Scheffler, Siegfried	Weis (Stendal), Reinhard
		Kubatschka, Horst	Schily, Otto	Weisheit, Matthias
		Dr. Kübler, Klaus	Schlöten, Dieter	Weißgerber, Gunter
		Kuessner, Hinrich	Schluckebier, Günter	Weisskirchen (Wiesloch), Gert
		Dr. Küster, Uwe	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	Dr. Wernitz, Axel
		Kuhlwein, Eckart	Schmidt (Aachen), Ursula	Wester, Hildegard
		Lambinus, Uwe		Westrich, Lydia

(A)	Dr. Wetzel, Margrit Weyel, Gudrun Wieczorek-Zeul, Heidemarie Wiefelspütz, Dieter Wimmer (Neuötting), Hermann Dr. de With, Hans Wittich, Berthold Wohlleben, Verena Wolf, Hanna Zapf, Uta	Türk, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgramm (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard	Bühler (Bruchsal), Klaus Büttner (Schönebeck), Hartmut Buwitt, Dankward Carstens (Emstek), Manfred Carstensen (Nordstrand), Peter Harry Clemens, Joachim Dehnel, Wolfgang Dempwolf, Gertrud Deres, Karl Deß, Albert Diemers, Renate Dörflinger, Werner Doss, Hansjürgen Dr. Dregger, Alfred Echternach, Jürgen Ehlers, Wolfgang Ehrbar, Udo Eichhorn, Maria Engelmann, Wolfgang Eppelmann, Rainer Erler (Waldbrunn), Wolfgang Eymer, Anke Falk, Ilse Dr. Falthäuser, Kurt Feilcke, Jochen Dr. Fell, Karl H. Fischer (Hamburg), Dirk Fockenberg, Winfried Frankenhauser, Herbert Dr. Friedrich, Gerhard Fritz, Erich G. Fuchtel, Hans-Joachim Ganz (St. Wendel), Johannes Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy Geiger, Michaela Geis, Norbert Dr. Geißler, Heiner Dr. von Geldern, Wolfgang Gerster (Mainz), Johannes Gibtner, Horst Glos, Michael Dr. Göhner, Reinhard Götz, Peter Dr. Götzler, Wolfgang Gres, Joachim Grochtmann, Elisabeth Gröbl, Wolfgang Grotz, Claus-Peter Dr. Grünewald, Joachim Günther (Duisburg), Horst Fhr. von Hammerstein, Carl-Detlev Harries, Klaus Haschke (Großhennersdorf), Gottfried Haschke (Jena), Udo Hasselfeldt, Gerda Haungs, Rainer Hauser (Esslingen), Otto Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg Hedrich, Klaus-Jürgen Heise, Manfred Dr. Hellwig, Renate Dr. h. c. Herkenrath, Adolf Dr. Herr, Norbert Hiebing, Maria Anna Hinsken, Ernst Hintze, Peter Hörksen, Heinz-Adolf Hörster, Joachim Dr. Hoffacker, Paul Hollerith, Josef Dr. Hornhues, Karl-Heinz	Hornung, Siegfried Hüppe, Hubert Jäger, Claus Jaffke, Susanne Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf Janovsky, Georg Jeltsch, Karin Dr. Jobst, Dionys Dr.-Ing. Jork, Rainer Dr. Jüttner, Egon Jung (Limburg), Michael Junghanns, Ulrich Dr. Kahl, Harald Kalb, Bartholomäus Kampeter, Steffen Dr.-Ing. Kansy, Dietmar Karwatzki, Irmgard Kauder, Volker Keller, Peter Kiechle, Ignaz Kittelmann, Peter Klein (Bremen), Günter Klein (München), Hans Klinkert, Ulrich Köhler (Hainspitz), Hans-Ulrich Dr. Köhler (Wolfsburg), Volkmär Dr. Kohl, Helmut Kolbe, Manfred Kors, Eva-Maria Koschyk, Hartmut Kossendey, Thomas Kraus, Rudolf Dr. Krause (Börgerende), Günther Krause (Dessau), Wolfgang Krey, Franz Heinrich Kronberg, Heinz-Jürgen Dr.-Ing. Krüger, Paul Krziskewitz, Reiner Lamers, Karl Dr. Lammert, Norbert Lamp, Helmut Lattmann, Herbert Dr. Laufs, Paul Laumann, Karl-Josef Lehne, Klaus-Heiner Lenzer, Christian Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Link (Diepholz), Walter Lintner, Eduard Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W. Dr. Lischewski, Manfred Löwisch, Sigrun Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Louven, Julius Dr. Luther, Michael Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Marienfeld, Claire Marchewski, Erwin Marten, Günter Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Michalk, Maria Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus	(C)
	R.D.P. Albowitz, Ina Baum, Gerhart Rudolf Dr. Blunk (Lübeck), Michaela Bredehorn, Günther Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hirschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoth, Sigrid Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolling, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Schußler, Gerhard Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Seller-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter	PDS/Linke Liste Bläss, Petra Dr. Fuchs, Ruth Dr. Gysi, Gregor Henn, Bernd Dr. Heuer, Uwe-Jens Dr. Höll, Barbara Jelpke, Ulla Dr. Keller, Dietmar Lederer, Andrea Dr. Modrow, Hans Philipp, Ingeborg Dr. Schumann (Kroppenstedt), Fritz Dr. Seifert, Ilja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Poppe, Gerd Schulz (Berlin), Werner Dr. Ullmann, Wolfgang Fraktionslos Dr. Briefs, Ulrich Hackel, Heinz-Dieter Schenk, Christina Nein CDU/CSU Adam, Ulrich Dr. Altherr, Walter Franz Augustin, Anneliese Augustinowitz, Jürgen Austermann, Dietrich Bargfrede, Heinz-Günter Dr. Bauer, Wolf Baumeister, Brigitte Belle, Melnrad Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Bierling, Hans-Dirk Blank, Renate Dr. Blens, Heribert Bleser, Peter Dr. Blüm, Norbert Böhm (Melsungen), Wilfried Dr. Böhmer, Maria Börnsen (Bönstrup), Wolfgang Dr. Bötsch, Wolfgang Bohl, Friedrich Bohlson, Wilfried Borchert, Jochen Breuer, Paul Brudlewsky, Monika Brunnhuber, Georg			
(B)	Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolling, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Schußler, Gerhard Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Seller-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter				(D)

- (A) Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
(B) Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
- Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt
(Halsbrücke), Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
- Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northeim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Witz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Wissmann, Matthias
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfing, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- (C) Dr. Schnittler, Christoph
Sehn, Marita
Dr. Starnick, Jürgen
Timm, Jürgen
Zywietz, Werner
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
- Dr. Feige, Klaus-Dieter
- Fraktionslos**
- Lowack, Ortwin
- Enthalten**
- CDU/CSU**
- Eylmann, Horst
Dr. Süßmuth, Rita
- SPD**
- Dr. Glotz, Peter
Koschnick, Hans
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Waltemathe, Ernst
Wettig-Danielmeyer, Inge
Dr. Zöpel, Christoph
- (D)
- F.D.P.**
- Dr. Babel, Gisela
Hansen, Dirk
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
- Köppe, Ingrid
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

(A) Anlage 17

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 4
(betr. Art. 20b GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses
auf Drucksache 12/8165 *)**

Abgegebene Stimmen: 630; davon:

ja:	322
nein:	300
enthalten:	8

*) Vgl. Seite 21033 C

(A)	Ja	Esters, Helmut	Koltzsch, Rolf	Reuschenbach, Peter W.
		Ewen, Carl	Koschnick, Hans	Reuter, Bernd
	CDU/CSU	Ferner, Elke	Kretkowski, Volkmar	Rixe, Günter
		Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Kubatschka, Horst	Schaich-Walch, Gudrun
	Börnsen (Bönstrup), Wolfgang	Fischer (Homburg), Lothar	Dr. Kübler, Klaus	Schanz, Dieter
	Carstensen (Nordstrand), Peter Harry	Formanski, Norbert	Kuessner, Hinrich	Dr. Scheer, Hermann
	Haschke (Großhennersdorf), Gottfried	Fuchs (Köln), Anke	Dr. Küster, Uwe	Scheffler, Siegfried
	Michalk, Maria	Fuhrmann, Arne	Kuhlwein, Eckart	Schily, Otto
	Dr. Schmidt, Christa	Ganseforth, Monika	Lambinus, Uwe	Schlöten, Dieter
	Dr. Wittmann, Fritz	Gansel, Norbert	Lange, Brigitte	Schluckebier, Günter
		Dr. Gautier, Fritz	von Larcher, Detlev	Schmidbauer (Nürnberg), Horst
		Gilges, Konrad	Lennartz, Klaus	Schmidt (Aachen), Ursula
	SPD	Gleicke, Iris	Dr. Leonhard, Elke	Schmidt (Nürnberg), Renate
		Dr. Glotz, Peter	Lörcher, Christa	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
		Graf, Günter	Lohmann (Witten), Klaus	Schmidt-Zadel, Regina
		Haack (Extertal), Karl Hermann	Dr. Lucyga, Christine	Schmude, Jürgen
(B)	Adler, Brigitte	Habermann, Michael	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schnell, Emil
	Andres, Gerd	Hacker, Hans-Joachim	Marx, Dorle	Dr. Schöffberger, Rudolf
	Antretter, Robert	Hämmerle, Gerlinde	Mascher, Ulrike	Schöler, Walter
	Bachmaier, Hermann	Hampel, Manfred	Matschie, Christoph	Schreiner, Ottmar
	Barbe, Angelika	Hanewinkel, Christel	Matthäus-Maier, Ingrid	Schröter, Glsela
	Bartsch, Holger	Dr. Hartenstein, Liesel	Mattischeck, Heide	Schröter, Karl-Heinz
	Becker (Nienberge), Helmuth	Hasenfratz, Klaus	Meckel, Markus	Schütz, Dietmar
	Becker-Inglau, Ingrid	Dr. Hauchler, Ingomar	Mehl, Ulrike	Schulte (Hameln), Brigitte
	Berger, Hans	Heistermann, Dieter	Meißner, Herbert	Dr. Schuster, R. Werner
	Bernrath, Hans Gottfried	Heyenn, Günther	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Schwanhold, Ernst
	Beucher, Friedhelm Julius	Hiller (Lübeck), Reinhold	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Schwanzitz, Rolf
	Bindig, Rudolf	Hilsberg, Stephan	Mosdorf, Siegmur	Seidenthal, Bodo
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Düsseldorf), Michael	Seuster, Lisa
	Bock, Thea	Horn, Erwin	Müller (Schweinfurt), Rudolf	Sielaff, Horst
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Huonker, Gunter	Müller (Völklingen), Jutta	Singer, Johannes
	Brandt-Elsweiler, Anni	Ibrügger, Lothar	Müller (Zittau), Christian	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrd
	Dr. Brecht, Eberhard	Iwersen, Gabriele	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Soell, Hartmut
	Büchler (Hof), Hans	Jäger, Renate	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
	Büchner (Speyer), Peter	Janz, Ilse	Dr. Niehu, Edith	Sorge, Wieland
	Dr. von Bülow, Andreas	Dr. Janzen, Ulrich	Dr. Niese, Rolf	Dr. Sperling, Dietrich
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Jaunich, Horst	Odendahl, Doris	Steen, Antje-Marie
	Bulmahn, Edelgard	Dr. Jens, Uwe	Oesinghaus, Günter	Steiner, Heinz-Alfred
	Burchardt, Ursula	Jung (Düsseldorf), Volker	Oostergetelo, Jan	Stiegler, Ludwig
	Bury, Hans Martin	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Opel, Manfred	Dr. Struck, Peter
	Caspers-Merk, Marion	Kastner, Susanne	Dr. Otto, Helga	Tappe, Joachim
	Catenhusen, Wolf-Michael	Kastning, Ernst	Palis, Kurt	Terborg, Margitta
	Conradi, Peter	Kemper, Hans-Peter	Paterna, Peter	Dr. Thalheim, Gerald
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Kirschner, Klaus	Dr. Penner, Willfried	Thierse, Wolfgang
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Klappert, Marianne	Peter (Kassel), Horst	Titze-Stecher, Uta
	Diller, Karl	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Dr. Pick, Eckhart	Toetemeyer, Hans-Günther
	Dr. Dobberthien, Marliese	Klemmer, Siegrun	Poß, Joachim	Urbanak, Hans-Eberhard
	Dreßler, Rudolf	Klose, Hans-Ulrich	Rappe (Hildesheim), Hermann	Vergin, Siegfried
	Duve, Freimut	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Reimann, Manfred	Verheugen, Günter
	Ebert, Eike	Körper, Fritz Rudolf	von Renesse, Margot	Dr. Vogel, Hans-Jochen
	Dr. Eckardt, Peter	Kolbe, Regina	Rennebach, Renate	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
	Eich, Ludwig	Kolbow, Walter	Reschke, Otto	Vosen, Josef
	Dr. Elmer, Konrad			
	Erler, Gernot			

(D)

(A) Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochern), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Wels (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
(B) Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Elmer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hirschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang

Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Schlüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallhäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götz, Peter

Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Heilwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef

(C)

(D)

(A) Anlage 18

(C)

**Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 6
(Präambel des G) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf
Drucksache 12/8165 (Dritte Beratung) *)**

Abgegebene Stimmen: 632; davon:

ja:	310
nein:	309
enthalten:	8
ungültig:	5

*) Vgl. Seite 21033 C

(B)	Ja	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Kuessner, Hinrich	Schmidbauer (Nürnberg), Horst
	CDU/CSU	Fischer (Homburg), Lothar	Dr. Küster, Uwe	Schmidt (Aachen), Ursula
		Formanski, Norbert	Kuhlwein, Eckart	Schmidt (Nürnberg), Renate
		Fuchs (Köln), Anke	Lambinus, Uwe	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
	Dr. Ackermann, Else	Fuhrmann, Arne	Lange, Brigitte	Schmidt-Zadel, Regina
	Brudlewsky, Monika	Ganseforth, Monika	von Larcher, Detlev	Dr. Schmude, Jürgen
	Dr.-Ing. Jork, Rainer	Gansel, Norbert	Lennartz, Klaus	Dr. Schnell, Emil
	Kolbe, Manfred	Dr. Gautier, Fritz	Dr. Leonhard, Elke	Dr. Schöffberger, Rudolf
	Dr.-Ing. Schmidt	Gilges, Konrad	Lörcher, Christa	Schöler, Walter
	(Halsbrücke), Joachim	Gleicke, Iris	Lohmann (Witten), Klaus	Schreiner, Ottmar
		Dr. Glotz, Peter	Dr. Lucyga, Christine	Schröter, Gisela
		Graf, Günter	Maaß (Herne), Dieter	Schröter, Karl-Heinz
	SPD	Haack (Extertal), Karl Hermann	Marx, Dorle	Schröter, Dietmar
		Habermann, Michael	Mascher, Ulrike	Schütz, Dietmar
	Adler, Brigitte	Hacker, Hans-Joachim	Matschie, Christoph	Schulte (Hameln), Brigitte
	Andres, Gerd	Hämmerle, Gerlinde	Matthäus-Maier, Ingrid	Dr. Schuster, R. Werner
	Bachmaier, Hermann	Hampel, Manfred	Mattischeck, Heide	Schwanhold, Ernst
	Barbe, Angelika	Hanewinkel, Christel	Meckel, Markus	Schwanitz, Rolf
	Bartsch, Holger	Dr. Hartenstein, Liesel	Mehl, Ulrike	Seidenthal, Bodo
	Becker (Nienberge), Helmuth	Hasenfratz, Klaus	Meißner, Herbert	Seuster, Lisa
	Becker-Inglau, Ingrid	Dr. Hauchler, Ingomar	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Singer, Johannes
	Berger, Hans	Heistermann, Dieter	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
	Bernrath, Hans Gottfried	Heyenn, Günther	Mosdorf, Siegmair	Dr. Soell, Hartmut
	Beucher, Friedhelm Julius	Hiller (Lübeck), Reinhold	Müller (Düsseldorf), Michael	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelle
	Blindig, Rudolf	Hilsberg, Stephan	Müller (Völklingen), Jutta	Sorge, Wieland
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Zittau), Christian	Dr. Sperling, Dietrich
	Bock, Thea	Horn, Erwin	Neumann (Bramsche), Volker	Steen, Antje-Marie
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Huonker, Gunter	Dr. Niehuis, Edith	Steiner, Heinz-Alfred
	Brandt-Elsweiler, Anni	Ibrügger, Lothar	Dr. Niese, Rolf	Stiegler, Ludwig
	Dr. Brecht, Eberhard	Iwersen, Gabriele	Odendahl, Doris	Dr. Struck, Peter
	Büchler (Hof), Hans	Jäger, Renate	Oesinghaus, Günter	Tappe, Joachim
	Büchner (Speyer), Peter	Janz, Ilse	Oostergetelo, Jan	Terborg, Margitta
	Dr. von Bülow, Andreas	Dr. Janzen, Ulrich	Opel, Manfred	Dr. Thalheim, Gerald
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Jaunich, Horst	Dr. Otto, Helga	Thierse, Wolfgang
	Bulmahn, Edelgard	Dr. Jens, Uwe	Palis, Kurt	Titze-Stecher, Uta
	Burchardt, Ursula	Jung (Düsseldorf), Volker	Paterna, Peter	Toetemeyer, Hans-Günther
	Bury, Hans Martin	Kastner, Susanne	Dr. Penner, Willfried	Urbaniak, Hans-Eberhard
	Caspers-Merk, Marion	Kastning, Ernst	Peter (Kassel), Horst	Vergin, Siegfried
	Catenhusen, Wolf-Michael	Kemper, Hans-Peter	Dr. Pick, Eckhart	Verheugen, Günter
	Conrad, Peter	Kirschner, Klaus	Poß, Joachim	Dr. Vogel, Hans-Jochen
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Klappert, Marianne	Reimann, Manfred	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	von Renesse, Margot	Vosen, Josef
	Diller, Karl	Klemmer, Siegrun	Rennebach, Renate	Wagner, Hans Georg
	Dr. Dobberthien, Marliese	Klose, Hans-Ulrich	Reschke, Otto	Wallow, Hans
	Dreßler, Rudolf	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Reuschenbach, Peter W.	Waltemathe, Ernst
	Duve, Freimut	Körper, Fritz Rudolf	Reuter, Bernd	Walter (Cochem), Ralf
	Ebert, Elke	Kolbe, Regina	Rixe, Günter	Walther (Zierenberg), Rudi
	Dr. Ehmke (Bonn), Horst	Kolbow, Walter	Schach-Walch, Gudrun	Wartenberg (Berlin), Gerd
	Elch, Ludwig	Koltzsch, Rolf	Schanz, Dieter	Dr. Wegner, Konstanze
	Dr. Elmer, Konrad	Koschnick, Hans	Dr. Scheer, Hermann	Weiermann, Wolfgang
	Erlar, Gernot	Kretkowski, Volkmar	Scheffler, Siegfried	Weiler, Barbara
	Esters, Helmut	Kubatschka, Horst	Schily, Otto	Weis (Stendal), Reinhard
	Ewen, Carl	Dr. Kübler, Klaus	Schlöten, Dieter	Weisheit, Matthias
	Ferner, Elke		Schluckebier, Günter	Weißgerber, Gunter

(D)

- (A) Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
- F.D.P.**
- Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
- (B) Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Dr. Hirsch, Burkhard
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
- Dr. Schnittler, Christoph
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
- Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
- Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
- Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Homung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
- (C)
- (D)

(A)	Dr. Luther, Michael Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich Marienfeld, Claire Marschewski, Erwin Marten, Günter Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Michalk, Maria Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Molnar, Thomas Müller (Kirchhelm), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Niedenthal, Erhard Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard Otto (Erfurt), Norbert Dr. Päselt, Gerhard Dr. Paziorek, Peter Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pflüger, Friedbert Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Priebus, Rosemarie Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützhofer, Dieter Rahardt-Vahldieck, Susanne Raidel, Hans Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto	Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Replik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Schöu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich	Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrickoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang	SPD Dr. Zöpel, Christoph F.D.P. Gallus, Georg Dr. Hitschler, Walter Paintner, Johann BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Dr. Feige, Klaus-Dieter Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten CDU/CSU Dr. Lieberoth, Immo SPD Jungmann (Wittmoldt), Horst Müller (Schweinfurt), Rudolf Sielaff, Horst F.D.P. Heinrich, Ulrich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Köppe, Ingrid Poppe, Gerd Wollenberger, Vera	(C)
(B)				(D)	

(A) Anlage 19

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Konrad Elmer und weiteren Abgeordneten auf Drucksache 12/8171 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Drucksache 12/6708) *)

Abgegebene Stimmen: 629; davon:

ja: 337
nein: 269
enthalten: 23

*) Vgl. Seite 21034 Bf. und Seite 21038 A

Ja	Dr. Vondran, Ruprecht Wetzel, Kersten	Graf, Günter Haack (Extertal), Karl Hermann Habermann, Michael Hacker, Hans-Joachim Hämmerle, Gerlinde Hampel, Manfred Hanewinkel, Christel Dr. Hartenstein, Liesel Hasenfratz, Klaus Dr. Hauchler, Ingomar Heistermann, Dieter Heyenn, Günther Hiller (Lübeck), Reinhold Hilsberg, Stephan Dr. Holtz, Uwe Horn, Erwin Huonker, Gunter Ibrügger, Lothar Iwersen, Gabriele Jäger, Renate Janz, Ilse Dr. Janzen, Ulrich Jaunich, Horst Dr. Jens, Uwe Jung (Düsseldorf), Volker Jungmann (Wittmoldt), Horst Kastner, Susanne Kastning, Ernst Kemper, Hans-Peter Kirschner, Klaus Klappert, Marianne Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz Klemmer, Siegrun Klose, Hans-Ulrich Dr. Knaape, Hans-Hinrich Körper, Fritz Rudolf Kolbe, Regina Kolbow, Walter Koltzsch, Rolf Kretkowski, Volkmar Kubatschka, Horst Dr. Kübler, Klaus Kuessner, Hinrich Dr. Küster, Uwe Kuhlwein, Eckart Lambinus, Uwe Lange, Brigitte von Larcher, Detlev Lennartz, Klaus Dr. Leonhard, Elke Lörcher, Christa Lohmann (Witten), Klaus Dr. Lucyga, Christine Maaß (Herne), Dieter	Marx, Dorle Mascher, Ulrike Matschie, Christoph Matthäus-Maier, Ingrid Mattischeck, Heide Meckel, Markus Mehl, Ulrike Meißner, Herbert Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef Dr. Meyer (Ulm), Jürgen Mosdorf, Siegmund Müller (Düsseldorf), Michael Müller (Völklingen), Jutta Müller (Zittau), Christian Neumann (Bramsche), Volker Neumann (Gotha), Gerhard Dr. Niehuis, Edith Dr. Niese, Rolf Odendahl, Doris Oesinghaus, Günter Oostergetelo, Jan Opel, Manfred Dr. Otto, Helga Palis, Kurt Paterna, Peter Peter (Kassel), Horst Dr. Pick, Eckhart Poß, Joachim Rappe (Hildesheim), Hermann Reimann, Manfred von Renesse, Margot Rennebach, Renate Reschke, Otto Reuschenbach, Peter W. Reuter, Bernd Rixe, Günter Schaich-Walch, Gudrun Schanz, Dieter Dr. Scheer, Hermann Scheffler, Siegfried Schilly, Otto Schloten, Dieter Schluckebier, Günter Schmidbauer (Nürnberg), Horst Schmidt (Aachen), Ursula Schmidt (Nürnberg), Renate Schmidt (Salzgitter), Wilhelm Schmidt-Zadel, Regina Dr. Schmude, Jürgen Dr. Schnell, Emil Dr. Schöffberger, Rudolf Schöler, Walter
CDU/CSU	SPD		
Dr. Ackermann, Else Augustinowitz, Jürgen Dr. Böhmer, Maria Börsen (Bönstrup), Wolfgang Bühler (Bruchsal), Klaus Dehnel, Wolfgang Ehlers, Wolfgang Engelmann, Wolfgang Eylmann, Horst Dr. Geißler, Heiner Gibtnier, Horst Grotz, Claus-Peter Haschke (Jena), Udo Dr.-Ing. Jork, Rainer Kampeter, Steffen Kolbe, Manfred Kors, Eva-Maria Krey, Franz Heinrich Kriedner, Arnulf Krziskewitz, Reiner Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Lumner, Heinrich Magin, Theo Marten, Günter Meinl, Rudolf Michalk, Maria Molnar, Thomas Otto (Erfurt), Norbert Dr. Paziorek, Peter Dr. Pflüger, Friedbert Priebus, Rosemarie Rahardt-Vahldieck, Susanne Rode (Wietzen), Helmut Rother, Heinz Dr. Schmidt, Christa Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Spiesen), Trudi Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Schwarz, Stefan Dr. Stercken, Hans Dr. Süßmuth, Rita Szwed, Dorothea Vogel (Ennepetal), Friedrich Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter	Adler, Brigitte Andres, Gerd Antretter, Robert Bachmaier, Hermann Barbe, Angelika Bartsch, Holger Becker (Nienberge), Helmuth Becker-Inglaß, Ingrid Berger, Hans Bernrath, Hans Gottfried Beucher, Friedhelm Julius Bindig, Rudolf Bock, Thea Brandt-Elsweyer, Anni Dr. Brecht, Eberhard Büchler (Hof), Hans Büchner (Speyer), Peter Dr. von Bülow, Andreas Büttner (Ingolstadt), Hans Bulmahn, Edelgard Burchardt, Ursula Bury, Hans Martin Caspers-Merk, Marion Catenhusen, Wolf-Michael Conradi, Peter Dr. Däubler-Gmelin, Herta Dr. Diederich (Berlin), Nils Dr. Dobberthien, Marliese Dreßler, Rudolf Duve, Freimut Ebert, Eike Dr. Eckardt, Peter Dr. Ehmke (Bonn), Horst Eich, Ludwig Dr. Elmer, Konrad Erler, Gernot Ewen, Carl Ferner, Elke Fischer (Gräfenhainichen), Evelin Fischer (Homburg), Lothar Formanski, Norbert Fuchs (Köln), Anke Fuhrmann, Arne Ganseforth, Monika Gansel, Norbert Dr. Gautier, Fritz Gilges, Konrad Gleicke, Iris Dr. Glotz, Peter		

(B)

(D)

- (A) Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seldenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelie
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weller, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wleczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.

Friedrich, Horst
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Callus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guftmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schübler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Lowack, Ortwin
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein**CDU/CSU**

Adam, Ulrich
Augustin, Anneliese
Austermann, Dietrich
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Blank, Renate
Dr. Biens, Heribert
Bieser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brunnhuber, Georg
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Felcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götz, Peter
Dr. Götzner, Wolfgang

Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun

(C)

(D)

(A) Dr. Luther, Michael Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Marienfeld, Claire Marschewski, Erwin Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Dr. Merkel, Angela Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Müller (Kirchheim), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Niedenthal, Erhard Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard Dr. Päselt, Gerhard Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützhofer, Dieter Raidel, Hans (B) Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner	Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Schmidt (Fürth), Christian Schmidt (Mülheim), Andreas Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Dr. Scholz, Rupert Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Susset, Egon Tillmann, Ferdi	Dr. Töpfer, Klaus Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Wissmann, Matthias Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tännenberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfig, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöllner, Wolfgang SPD Blünc (Uetersen), Lieselott Börnsen (Ritterhude), Arne Dr. Penner, Wilfried Singer, Johannes F.D.P. Funke, Rainer Gries, Ekkehard Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hirschler, Walter Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Schmalz-Jacobsen, Cornelia Sehn, Marita	Seiler-Albring, Ursula Dr. Solms, Hermann Otto Timm, Jürgen Zywietz, Werner Enthalten CDU/CSU Dr. Altherr, Walter Franz Bargfrede, Heinz-Günter Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Bierling, Hans-Dirk Brudlewsky, Monika Eppelmann, Rainer Göttsching, Martin Junghanns, Ulrich Dr. Mahlo, Dietrich Freiherr von Schorlemer, Reinhard Skowron, Werner H. Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter SPD Diller, Karl Esters, Helmut Müller (Schweinfurt), Rudolf Schulte (Hamein), Brigitte Waltemathe, Ernst F.D.P. Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Richter (Bremerhaven), Manfred BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Dr. Feige, Klaus-Dieter Weiß (Berlin), Konrad Wollenberger, Vera	(C) (D)
---	---	---	---	-----------------------

(A) Anlage 20

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von dem Abgeordneten Dr. Konrad Elmer und weiteren Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a) Drucksache 12/6708 *)

Abgegebene Stimmen: 627; davon:

ja:	344
nein:	261
enthalten:	22

*) Vgl. Seiten 21038 B und 21039 C

Ja	Dr. Voigt (Northheim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Wetzel, Kersten	Dr. Gautier, Fritz Gilges, Konrad Gleicke, Iris Dr. Glotz, Peter Graf, Günter Haack (Extertal), Karl Hermann Habermann, Michael Hacker, Hans-Joachim Hämmerle, Gerlinde Hampel, Manfred Hanewinkel, Christel Dr. Hartenstein, Liesel Hasenfratz, Klaus Dr. Hauchler, Ingomar Heistermann, Dieter Heyenn, Günther Hiller (Lübeck), Reinhold Hilsberg, Stephan Dr. Holtz, Uwe Horn, Erwin Huonker, Gunter Ibrügger, Lothar Iwersen, Gabriele Jäger, Renate Janz, Ilse Dr. Janzen, Ulrich Jaunich, Horst Dr. Jens, Uwe Jung (Düsseldorf), Volker Jungmann (Wittmoldt), Horst Kastner, Susanne Kastning, Ernst Kemper, Hans-Peter Kirschner, Klaus Klappert, Marianne Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz Klemmer, Siegrun Klose, Hans-Ulrich Dr. Knaape, Hans-Hinrich Körper, Fritz Rudolf Kolbe, Regina Kolbow, Walter Koltzsch, Rolf Kretkowski, Volkmar Kubatschka, Horst Dr. Kübler, Klaus Kuessner, Hinrich Dr. Küster, Uwe Kuhlwein, Eckart Lambinus, Uwe Lange, Brigitte von Larcher, Detlev Lennartz, Klaus Dr. Leonhard, Elke	Lörcher, Christa Lohmann (Witten), Klaus Dr. Lucyga, Christine Maaß (Herne), Dieter Marx, Dorle Mascher, Ulrike Matschie, Christoph Matthäus-Maier, Ingrid Mattischeck, Heide Meckel, Markus Mehl, Ulrike Meißner, Herbert Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef Dr. Meyer (Ulm), Jürgen Mosdorf, Siegmund Müller (Düsseldorf), Michael Müller (Schweinfurt), Rudolf Müller (Völklingen), Jutta Müller (Zittau), Christian Neumann (Bramsche), Volker Neumann (Gotha), Gerhard Dr. Niehuis, Edith Dr. Niese, Rolf Odendahl, Doris Oesinghaus, Günter Oostergetelo, Jan Opel, Manfred Dr. Otto, Helga Palis, Kurt Paterna, Peter Peter (Kassel), Horst Dr. Pick, Eckhart Poß, Joachim Rappe (Hildesheim), Hermann Reimann, Manfred von Renesse, Margot Rennebach, Renate Reschke, Otto Reuschenbach, Peter W. Reuter, Bernd Rixe, Günter Schaich-Walch, Gudrun Schanz, Dieter Dr. Scheer, Hermann Scheffler, Siegfried Schloten, Dieter Schluckebier, Günter Schmidbauer (Nürnberg), Horst Schmidt (Aachen), Ursula Schmidt (Nürnberg), Renate Schmidt (Salzgitter), Wilhelm Schmidt-Zadel, Regina
CDU/CSU	SPD		
Dr. Ackermann, Else Austermann, Dietrich Bierling, Hans-Dirk Dr. Böhmer, Maria Börnsen (Bönstrup), Wolfgang Bühler (Bruchsal), Klaus Dehnel, Wolfgang Ehlers, Wolfgang Engelmann, Wolfgang Eylmann, Horst Dr. Geißler, Heiner Gibtner, Horst Grotz, Claus-Peter Haschke (Jena), Udo Dr.-Ing. Jork, Rainer Kampeter, Steffen Kolbe, Manfred Kors, Eva-Maria Krey, Franz Heinrich Kriedner, Arnulf Krziskewitz, Reiner Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Lummer, Heinrich Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich Marten, Günter Meinl, Rudolf Michalk, Maria Molnar, Thomas Dr. Olderog, Rolf Otto (Erfurt), Norbert Dr. Paziorek, Peter Dr. Pflüger, Friedbert Priebus, Rosemarie Rahardt-Vahldieck, Susanne Reinhardt, Erika Rode (Wietzen), Helmut Rother, Heinz Dr. Schmidt, Christa Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Spiesen), Trudi Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Schwarz, Stefan Dr. Stercken, Hans Dr. Süßmuth, Rita Szwed, Dorothea Vogel (Ennepetal), Friedrich	Adler, Brigitte Andres, Gerd Antretter, Robert Barbe, Angelika Bartsch, Holger Becker (Nienberge), Helmuth Becker-Inglau, Ingrid Berger, Hans Bernrath, Hans Gottfried Beucher, Friedhelm Julius Bindig, Rudolf Bock, Thea Börnsen (Ritterhude), Arne Brandt-Elsweiler, Anni Dr. Brecht, Eberhard Büchler (Hof), Hans Büchner (Speyer), Peter Dr. von Bülow, Andreas Büttner (Ingolstadt), Hans Bulmahn, Edelgard Burchardt, Ursula Bury, Hans Martin Caspers-Merk, Marion Catenhusen, Wolf-Michael Conradi, Peter Dr. Däubler-Gmelin, Herta Dr. Diederich (Berlin), Nils Diller, Karl Dr. Dobberthien, Marliese Dressler, Rudolf Duve, Freimut Ebert, Eike Dr. Eckardt, Peter Dr. Ehmke (Bonn), Horst Eich, Ludwig Dr. Elmer, Konrad Erler, Gernot Esters, Helmut Ewen, Carl Ferner, Elke Fischer (Gräfenhainichen), Evelin Fischer (Homburg), Lothar Formanski, Norbert Fuchs (Köln), Anke Fuhrmann, Arne Ganseforth, Monika Gansel, Norbert		

- (A) Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast,
Cornelie
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marte
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Dr. Wernitz, Axel
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- F.D.P.
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
- Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Kleinert (Hannover), Detlef
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüsler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Würfel, Uta
Zurheide, Burkhard
- PDS/Linke Liste
Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann
(Kroppenstedt), Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
- Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos
Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Lowack, Ortwin
Stachowa, Angela
- Nein
- CDU/CSU
Adam, Ulrich
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brunnhuber, Georg
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götz, Peter
- Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Gröbl, Wolfgang
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Homung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainpitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Krause (Dessau), Wolfgang
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwis, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
- (C)
- (D)

(A) Dr. Luther, Michael
 Maaß (Wilhelmshaven), Erich
 Männle, Ursula
 Marienfeld, Claire
 Marschewski, Erwin
 Dr. Mayer (Siegersbrunn),
 Martin
 Meckelburg, Wolfgang
 Dr. Merkel, Angela
 Dr. Mildner, Klaus
 Dr. Möller, Franz
 Müller (Kirchheim), Elmar
 Müller (Wadern),
 Hans-Werner
 Müller (Wesseling), Alfons
 Nelle, Engelbert
 Dr. Neuling, Christian
 Neumann (Bremen), Bernd
 Niedenthal, Erhard
 Nitsch, Johannes
 Nolte, Claudia
 Ost, Friedhelm
 Oswald, Eduard
 Dr. Päselt, Gerhard
 Pesch, Hans-Wilhelm
 Petzold, Ulrich
 Pfeifer, Anton
 Pfeiffer, Angelika
 Dr. Pfennig, Gero
 Dr. Pinger, Winfried
 Pofalla, Ronald
 Dr. Pohler, Hermann
 Dr. Probst, Albert
 Dr. Protzner, Bernd
 Pützhofen, Dieter
 Raidel, Hans
 Dr. Ramsauer, Peter
 Rauen, Peter Harald
 Rawe, Wilhelm
 (B) Reddemann, Gerhard
 Regenspurger, Otto
 Dr. Reinartz, Bertold
 Repnik, Hans-Peter
 Dr. Rieder, Norbert
 Dr. Riedl (München), Erich
 Riegert, Klaus
 Dr. Riesenhuber, Heinz
 Ringkamp, Werner
 Rönsch (Wiesbaden),
 Hannelore
 Roitzsch (Quickborn), Ingrid

Romer, Franz
 Dr. Rose, Klaus
 Rossmann, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Dr. Ruck, Christian
 Rühe, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharitz (Trier), Günther
 Schell, Manfred
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Schmidt (Fürth), Christian
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Dr. Scholz, Rupert
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Setters, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach, Erika
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Susset, Egon
 Tillmann, Ferdi

Dr. Töpfer, Klaus
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Wissmann, Matthias
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tännenberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang

SPD

Blunck (Uetersen), Lieselott
 Dr. Penner, Willfried
 Singer, Johannes

F.D.P.

Eimer (Fürth), Norbert
 Funke, Rainer
 Gries, Ekkehard
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hirschler, Walter
 Dr. Jordan, Jens
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang

Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Sehn, Marita
 Sells-Albring, Ursula
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Timm, Jürgen

(C)

Enthalten

CDU/CSU

Dr. Altherr, Walter Franz
 Bargfrede, Heinz-Günter
 Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
 Brudlewsky, Monika
 Eppelmann, Rainer
 Feilcke, Jochen
 Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
 Götsching, Martin
 Grochtmann, Elisabeth
 Junghanns, Ulrich
 Michels, Meinolf
 Rau, Rolf
 Reichenbach, Klaus
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter

SPD

Schily, Otto
 Schulte (Hameln), Brigitte
 Waltemathe, Ernst
 Weyel, Gudrun

F.D.P.

Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred

Fraktionslos

Schenk, Christina

(D)

Berichtigung

238. Sitzung, Seite 20954 A, 1. bis 3. Zeile: Die Worte „der religiösen Transzendenz als mögliche Ersatzalternative gegenübergestellt“ sind ohne Anführungszeichen zu lesen.

21 100

(A) Anlage 21

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a, Artikel 5 Abs. 2a, Artikel 45 d) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 2, 5, 12 und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	247
nein:	375
enthalten:	8
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(B)

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elswiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne

Ganeforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart

Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmard
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Heiga
Pallis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter

Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Singer, Johannes
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Slecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara

(D)

(A) Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch),
Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul,
Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Baum, Gerhart Rudolf
Genscher, Hans-Dietrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Dr. Semper, Sigrid

PDS/Linke Liste

(B)

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Pöppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymmer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst

Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großshennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen

Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Neile, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebs, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus

(C)

(D)

- (A) Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Saizgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mühlheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
(B) von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesting, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süssmuth, Rita
Susset, Egon
Sauer (Saizgitter), Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northheim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tännesberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfing, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- F.D.P.
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisele
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Brädehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Elmer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirschler, Walter
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmidt (Dresden), Arno
- (C) Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüssler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thome, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- Fraktionslos
Lowack, Ortwin
- Enthalten
- SPD
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Dr. Glotz, Peter
Dr. Leonhard, Elke
Dr. Scheer, Hermann
Schily, Otto
Dr. Wernitz, Axel
- (D)
- F.D.P.
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Homburger, Birgit

(A) Anlage 22

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Abs. 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 3a und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	245
nein:	378
enthalten:	7
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradl, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Eike
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika

Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gülges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev

Lennartz, Klaus
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschke, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schalch-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate

Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hamel), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochern), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard

(B)

(D)

- (A) Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- F.D.P.**
- Dr. Blunck (Lübeck),
Michaela
van Essen, Jörg
Koppelin, Jürgen
Schäfer (Mainz), Helmut
Schüßler, Gerhard
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- (B)
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
- Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt),
Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Glos, Michael
Dr. Göbner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götz, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
- Führ. von Hammerstein,
Carl-Deflev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörcken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
- Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Oiderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
- (C)
- (D)

(A) Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Scharitz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mühlheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard (B) Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf	Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wiczorek (Auerbach), Bertram Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tännesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang SPD Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz Steiner, Heinz-Alfred	F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Baum, Gerhart Rudolf Bredelhorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Guttmacher, Karlheinz Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hirschler, Walter Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann	(C) Dr. Röhl, Klaus Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Türk, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgang (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten SPD Dr. Ehnke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Dr. Leonhard, Elke Müller (Schweinfurt), Rudolf Schily, Otto Dr. Wernitz, Axel (D) F.D.P. Homburger, Birgit
--	---	---	---

(A) Anlage 23

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 4 Abs. 3, Artikel 12 a Abs. 1, 2) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 4, 7a, 7b und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	232
nein:	394
enthalten:	4
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(B)	Ja				
	SPD				
(B)	Adler, Brigitte	Fuhrmann, Arne	Kuhlwein, Eckart	Scheffler, Siegfried	(D)
	Andres, Gerd	Ganseforth, Monika	Lambinus, Uwe	Schily, Otto	
	Antretter, Robert	Gansel, Norbert	Lange, Brigitte	Schloten, Dieter	
	Bachmaier, Hermann	Dr. Gautier, Fritz	von Larcher, Detlev	Schluckebier, Günter	
	Barbe, Angelika	Gilges, Konrad	Lennartz, Klaus	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	
	Bartsch, Holger	Gleicke, Iris	Dr. Leonhard-Schmid, Elke	Schmidt (Aachen), Ursula	
	Becker (Nienberge), Helmuth	Dr. Glotz, Peter	Lörcher, Christa	Schmidt (Nürnberg), Renate	
	Becker-Inglau, Ingrid	Graf, Günter	Lohmann (Witten), Klaus	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	
	Berger, Hans	Haack (Extertal), Karl Hermann	Dr. Lucyga, Christine	Schmidt-Zadel, Regina	
	Bernrath, Hans Gottfried	Habermann, Michael	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schmude, Jürgen	
	Beucher, Friedhelm Julius	Hacker, Hans-Joachim	Marx, Dorle	Dr. Schnell, Emil	
	Bindig, Rudolf	Hämmerle, Gerlinde	Mascher, Ulrike	Dr. Schöffberger, Rudolf	
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Hampel, Manfred	Matthäus-Maier, Ingrid	Schöler, Walter	
	Bock, Thea	Hanewinkel, Christel	Mattischeck, Heide	Schreiner, Ottmar	
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Dr. Hartenstein, Liesel	Meckel, Markus	Schröter, Gisela	
	Brandt-Elsweiler, Anni	Hasenfratz, Klaus	Mehl, Ulrike	Schröter, Karl-Heinz	
	Dr. Brecht, Eberhard	Dr. Hauchler, Ingomar	Meißner, Herbert	Schütz, Dietmar	
	Büchler (Hof), Hans	Heistermann, Dieter	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Schulte (Hameln), Brigitte	
	Büchner (Speyer), Peter	Heyenn, Günther	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Schuster, R. Werner	
	Dr. von Bülow, Andreas	Hiller (Lübeck), Reinhold	Mosdorf, Siegmар	Schwanhold, Ernst	
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Hilsberg, Stephan	Müller (Düsseldorff), Michael	Schwanitz, Rolf	
	Bulmahn, Edelgard	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Schweinfurt), Rudolf	Seidenthal, Bodo	
	Burchardt, Ursula	Horn, Erwin	Müller (Völklingen), Jutta	Seuster, Lisa	
	Bury, Hans Martin	Huonker, Gunter	Müller (Zittau), Christian	Sielaff, Horst	
	Caspers-Merk, Marion	Ibrügger, Lothar	Neumann (Bramsche), Volker	Singer, Johannes	
	Catenhusen, Wolf-Michael	Iwersen, Gabriele	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrild	
	Conradi, Peter	Jäger, Renate	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Soell, Hartmut	
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Janz, Ilse	Dr. Niesen, Rolf	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Dr. Janzen, Ulrich	Odendahl, Doris	Sorge, Wieland	
	Dillier, Karl	Jaunich, Horst	Oesinghaus, Günter	Dr. Sperling, Dietrich	
	Dr. Dobberthien, Marliese	Dr. Jens, Uwe	Oostergetelo, Jan	Steen, Antje-Marie	
	Dreßler, Rudolf	Jung (Düsseldorff), Volker	Opel, Manfred	Stiegler, Ludwig	
	Duve, Freimut	Kastner, Susanne	Dr. Otto, Helga	Dr. Struck, Peter	
	Ebert, Eike	Kastning, Ernst	Palis, Kurt	Tappe, Joachim	
	Dr. Eckardt, Peter	Kemper, Hans-Peter	Paterna, Peter	Terborg, Margitta	
	Dr. Ehmke (Bonn), Horst	Kirschner, Klaus	Dr. Penner, Willfried	Dr. Thalheim, Gerald	
	Eich, Ludwig	Klappert, Marianne	Peter (Kassel), Horst	Thierse, Wolfgang	
	Dr. Elmer, Konrad	Klemmer, Siegrun	Dr. Pick, Eckhart	Titze-Stecher, Uta	
	Erler, Gernot	Klose, Hans-Ulrich	Poß, Joachim	Toetemeyer, Hans-Günther	
	Esters, Helmut	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rappe (Hildesheim), Hermann	Urbanik, Hans-Eberhard	
	Ewen, Carl	Körper, Fritz Rudolf	Reimann, Manfred	Vergin, Siegfried	
	Ferner, Elke	Kolbe, Regina	von Renesse, Margot	Verheugen, Günter	
	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Kolbow, Walter	Rennebach, Renate	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
	Fischer (Homburg), Lothar	Koltzsch, Rolf	Reschke, Otto	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
	Formanski, Norbert	Koschnick, Hans	Reuschenbach, Peter W.	Vosen, Josef	
	Fuchs (Köln), Anke	Kretkowski, Volkmar	Reuter, Bernd	Wagner, Hans Georg	
		Kubatschka, Horst	Rixe, Günter	Wallow, Hans	
		Dr. Kübler, Klaus	Schaich-Walch, Gudrun	Waltemathe, Ernst	
		Kuessner, Hinrich	Schanz, Dieter	Walter (Cochern), Ralf	
		Dr. Küster, Uwe	Dr. Scheer, Hermann	Wartenberg (Berlin), Gerd	
				Dr. Wegner, Konstanze	

(A)	Weiermann, Wolfgang Weiler, Barbara Weis (Stendal), Reinhard Weisheit, Matthias Weißgerber, Gunter Weisskirchen (Wiesloch), Gert Welt, Jochen Wester, Hildegard Westrich, Lydia Wettig-Danielmeier, Inge Dr. Wetzel, Margrit Weyel, Gudrun Wieczorek-Zeul, Heidemarie Wiefelspütz, Dieter Wimmer (Neuötting), Hermann Dr. de With, Hans Wittich, Berthold Wohlleben, Verena Wolf, Hanna Zapf, Uta Dr. Zöpel, Christoph PDS/Linke Liste Henn, Bernd Dr. Heuer, Uwe-Jens Dr. Schumann (Kroppenstedt), Fritz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Feige, Klaus-Dieter Köppe, Ingrid Pöppe, Gerd Schulz (Berlin), Werner Dr. Ullmann, Wolfgang Weiß (Berlin), Konrad Wollenberger, Vera Fraktionslos Dr. Briefs, Ulrich Hackel, Heinz-Dieter Nein CDU/CSU Dr. Ackermann, Else Adam, Ulrich Dr. Altherr, Walter Franz Augustin, Anneliese Augustinowitz, Jürgen Austermann, Dietrich Bargfrede, Heinz-Günter Dr. Bauer, Wolf Baumeister, Brigitte Belle, Meinrad Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Bierling, Hans-Dirk Blank, Renate Dr. Blens, Heribert Bleser, Peter Dr. Blüm, Norbert Böhm (Melsungen), Wilfried Dr. Böhmer, Maria Bömsen (Bönstrup), Wolfgang	Dr. Bötsch, Wolfgang Bohl, Friedrich Bohlsen, Wilfried Borchert, Jochen Breuer, Paul Brudlewsky, Monika Brunnhuber, Georg Bühler (Bruchsal), Klaus Büttner (Schönebeck), Hartmut Buwitt, Dankward Carstens (Emstek), Manfred Carstensen (Nordstrand), Peter Harry Clemens, Joachim Dehnel, Wolfgang Dempwolf, Gertrud Deres, Karl Deß, Albert Diemers, Renate Dörflinger, Werner Doss, Hans-Jürgen Dr. Dregger, Alfred Echternach, Jürgen Ehlers, Wolfgang Ehrbar, Udo Eichhorn, Maria Engelmann, Wolfgang Eppelmann, Rainer Erler (Waldbrunn), Wolfgang Eylmann, Horst Eymer, Anke Falk, Ilse Dr. Falthäuser, Kurt Fellke, Jochen Dr. Fell, Karl H. Fischer (Hamburg), Dirk Fockenberg, Winfried Franke (Hamburg), Klaus Frankenhauser, Herbert Dr. Friedrich, Gerhard Fritz, Erich G. Fuchtel, Hans-Joachim Ganz (St. Wendel), Johannes Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy Geiger, Michaela Gels, Norbert Dr. Geißler, Heiner Dr. von Geldern, Wolfgang Gerster (Mainz), Johannes Gibtnier, Horst Glos, Michael Dr. Göhner, Reinhard Götttsching, Martin Götz, Peter Dr. Götzer, Wolfgang Gres, Joachim Grochtmann, Elisabeth Gröbl, Wolfgang Grotz, Claus-Peter Dr. Grünewald, Joachim Günther (Duisburg), Horst Frhr. von Hammerstein, Carl-Delev Harries, Klaus Haschke (Großhennersdorf), Gottfried Haschke (Jena), Udo Hasselfeldt, Gerda Haungs, Rainer Hauser (Esslingen), Otto Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg Hedrich, Klaus-Jürgen Heise, Manfred Dr. Hellwig, Renate	Dr. h. c. Herkenrath, Adolf Dr. Herr, Norbert Hiebing, Maria Anna Hinsken, Ernst Hintze, Peter Hörsken, Heinz-Adolf Hörster, Joachim Dr. Hoffacker, Paul Hollerith, Josef Dr. Hornhues, Karl-Heinz Hornung, Siegfried Hüppe, Hubert Jäger, Claus Jaffke, Susanne Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf Janovsky, Georg Jeltsch, Karin Dr. Jobst, Dionys Dr.-Ing. Jork, Rainer Dr. Jüttner, Egon Jung (Limburg), Michael Junghanns, Ulrich Dr. Kahl, Harald Kalb, Bartholomäus Kampeter, Steffen Dr.-Ing. Kansy, Dietmar Karwatzki, Irmgard Kauder, Volker Keller, Peter Kiechle, Ignaz Kittelmann, Peter Klein (Bremen), Günter Klein (München), Hans Klinkert, Ulrich Köhler (Hainspitz), Hans-Ulrich Dr. Köhler (Wolfsburg), Volkmar Dr. Kohl, Helmut Kolbe, Manfred Kors, Eva-Maria Koschyk, Hartmut Kossendey, Thomas Kraus, Rudolf Dr. Krause (Börgerende), Günther Krause (Dessau), Wolfgang Krey, Franz Heinrich Kriedner, Arnulf Kronberg, Heinz-Jürgen Dr.-Ing. Krüger, Paul Krziskewitz, Reiner Lamers, Karl Dr. Lammert, Norbert Lamp, Helmut Lattmann, Herbert Dr. Laufs, Paul Laumann, Karl-Josef Lehne, Klaus-Heiner Lenzer, Christian Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Link (Diepholz), Walter Lintner, Eduard Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W. Dr. Lischewski, Manfred Löwisch, Sigrun Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Lummer, Heinrich Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich	Mariensfeld, Claire Marschewski, Erwin Marten, Günter Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Michalk, Maria Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Molnar, Thomas Müller (Kirchheim), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Niedenthal, Erhard Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard Otto (Erfurt), Norbert Dr. Päselt, Gerhard Dr. Paziorek, Peter Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pflüger, Friedbert Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Priebus, Rosemarie Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützchen, Dieter Rahardt-Vahldieck, Susanne Raldel, Hans Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossinanth, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schauble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther	(C)
(B)					(D)

- (A) Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
(B) Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Udall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
- Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northheim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil,
Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Steiner, Heinz-Alfred
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
- Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Güttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hirschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüller, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
- Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- PDS/Linke Liste**
Bläss, Petra
Dr. Gysi, Gregor
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Seifert, Ilja
- Fraktionslos**
Lowack, Ortwin
Schenk, Christina
- Enthalten**
- SPD**
Walther (Zierenberg),
Rudi
Dr. Wernitz, Axel
- PDS/Linke Liste**
Dr. Fuchs, Ruth
- Fraktionslos**
Stachowa, Angela
- (C)
- (D)

(A) Anlage 24

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 2 [neu]) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 b und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	245
nein:	380
enthalten:	5
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweyer, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingoistadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Dillier, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Elke
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika

Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Güges, Konrad
Gleicke, Iris
Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Helstermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe

Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmär
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter

Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiener, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard

(B)

(D)

(A) Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Well, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Selfert, Ilja

(B)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad

Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bieser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnelt, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Flischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried

Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Harlmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krzykewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.

(C) Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheld),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Moinar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmann, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf

(D)

- (A) Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Scharltz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans

Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stollenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süsmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northheim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warrkoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Witz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfling, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang

F.D.P.
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela

Bredemorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Grtes, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hitschler, Walter
Homburger, Birgit
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus

Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüßler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seller-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolffgramm (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner

Fraktionslos
Lowack, Ortwin

Enthalten

SPD

(D) Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Dr. Wernitz, Axel

F.D.P.

Dr. Guttmacher, Karlheinz
Dr. Hoth, Sigrid

(A) Anlage 25

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 3 [neu]) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 c und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	243
nein:	381
enthalten:	6
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(B)	Ja	Fischer (Homburg), Lothar	Kuessner, Hinrich	Schlöten, Dieter	(D)
		Formanski, Norbert	Dr. Küster, Uwe	Schluckebier, Günter	
	CDU/CSU	Fuchs (Köln), Anke	Kuhlwein, Eckart	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	
		Fuhrmann, Arne	Lambinus, Uwe	Schmidt (Aachen), Ursula	
	Kronberg, Heinz-Jürgen	Ganseforth, Monika	Lange, Brigitte	Schmidt (Nürnberg), Renate	
		Gansel, Norbert	von Larcher, Detlev	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	
	SPD	Dr. Gautier, Fritz	Lennartz, Klaus	Schmidt-Zadel, Regina	
		Gilges, Konrad	Lörcher, Christa	Dr. Schmude, Jürgen	
		Gleicke, Iris	Lohmann (Witten), Klaus	Dr. Schnell, Emil	
		Graf, Günter	Dr. Lucyga, Christine	Dr. Schöffberger, Rudolf	
	Adler, Brigitte	Haack (Extertal), Karl Hermann	Maaß (Herne), Dieter	Schöler, Walter	
	Andres, Gerd	Habermann, Michael	Marx, Dorle	Schreiner, Ottmar	
	Antretter, Robert	Hacker, Hans-Joachim	Mascher, Ulrike	Schröter, Gisela	
	Bachmaier, Hermann	Hämmerle, Gerlinde	Matschie, Christoph	Schröter, Karl-Heinz	
	Barbe, Angelika	Hampel, Manfred	Matthäus-Maier, Ingrid	Schütz, Dietmar	
	Bartsch, Holger	Hanewinkel, Christel	Mattischeck, Heide	Schulte (Hameln), Brigitte	
	Becker (Nienberge), Helmuth	Dr. Hartenstein, Liesel	Meckel, Markus	Dr. Schuster, R. Werner	
	Becker-Inglau, Ingrid	Hasenfratz, Klaus	Mehl, Ulrike	Schwanhold, Ernst	
	Berger, Hans	Dr. Hauchler, Ingomar	Meißner, Herbert	Schwanz, Rolf	
	Bernrath, Hans Gottfried	Heistermann, Dieter	Dr. Mertens (Botrop), Franz-Josef	Schwanitz, Rolf	
	Beucher, Friedhelm Julius	Heyenn, Günther	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Seidenthal, Bodo	
	Bindig, Rudolf	Hiller (Lübeck), Reinhold	Mosdorf, Siegmund	Seuster, Lisa	
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Hilsberg, Stephan	Müller (Düsseldorf), Michael	Sielaff, Horst	
	Bock, Thea	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Völklingen), Jutta	Singer, Johannes	
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Horn, Erwin	Müller (Zittau), Christian	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
	Brandt-Elsweiler, Anni	Huonker, Gunter	Neumann (Brämsche), Volker	Dr. Soell, Hartmut	
	Dr. Brecht, Eberhard	Ibrügger, Lothar	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
	Büchler (Hof), Hans	Iwersen, Gabriele	Dr. Niehuis, Edith	Sorge, Wieland	
	Büchner (Speyer), Peter	Jäger, Renate	Dr. Niese, Rolf	Dr. Sperling, Dietrich	
	Dr. von Bülow, Andreas	Janz, Ilse	Odendahl, Doris	Steen, Antje-Marie	
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Dr. Janzen, Ulrich	Oesinghaus, Günter	Steiner, Heinz-Alfred	
	Bulmahn, Edelgard	Jaunich, Horst	Oostergetelo, Jan	Stiegler, Ludwig	
	Burchardt, Ursula	Dr. Jens, Uwe	Opel, Manfred	Dr. Struck, Peter	
	Bury, Hans Martin	Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Otto, Helga	Tappe, Joachim	
	Caspers-Merk, Marion	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Palis, Kurt	Terborg, Margitta	
	Catenhusen, Wolf-Michael	Kastner, Susanne	Paterna, Peter	Dr. Thalheim, Gerald	
	Conradi, Peter	Kastning, Ernst	Dr. Penner, Willfried	Thierse, Wolfgang	
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Kemper, Hans-Peter	Peter (Kassel), Horst	Titze-Stecher, Uta	
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Kirschner, Klaus	Dr. Pick, Eckhart	Toetmeyer, Hans-Günther	
	Diller, Karl	Klappert, Marianne	Poß, Joachim	Urbanik, Hans-Eberhard	
	Dr. Dobberthien, Marliese	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Rappe (Hildesheim), Hermann	Vergin, Siegfried	
	Dreßler, Rudolf	Klemmer, Siegrun	Reimann, Manfred	Verheugen, Günter	
	Duve, Freimut	Klose, Hans-Ulrich	von Renesse, Margot	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
	Ebert, Eike	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rennebach, Renate	Volgt (Frankfurt), Karsten D.	
	Dr. Eckardt, Peter	Körper, Fritz Rudolf	Reschke, Otto	Vosen, Josef	
	Eich, Ludwig	Kolbe, Regina	Reuschenbach, Peter W.	Wagner, Hans Georg	
	Dr. Elmer, Konrad	Kolbow, Walter	Reuter, Bernd	Wallow, Hans	
	Erler, Gernot	Koltzsch, Rolf	Rixe, Günter	Waltemathe, Ernst	
	Esters, Helmut	Koschnick, Hans	Schaich-Walch, Gudrun	Walter (Cochem), Ralf	
	Ewen, Carl	Kretkowski, Volkmar	Schanz, Dieter	Walther (Zierenberg), Rudi	
	Ferner, Elke	Kubatschka, Horst	Dr. Scheer, Hermann	Wartenberg (Berlin), Gerd	
	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Dr. Kübler, Klaus	Scheffler, Siegfried	Dr. Wegner, Konstanze	
				Weiermann, Wolfgang	

- (A) Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzels, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
(B) Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
- Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Bömsen (Bönstrup),
Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Gelger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götz, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Führ. von Hammerstein,
Carl-Detlev
- Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haugs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Homung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
- Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützshofen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Riedel, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
- (C)
- (D)

- (A) Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Scharitz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi
Schmitz (Baesweiler),
Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg),
Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-
Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer,
Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling,
Christian
(B) Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Setters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
- Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten,
Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Uldall, Gunnar
Verhüllsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northheim),
Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warmke, Jürgen
Dr. Warrickoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg),
Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfig, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitlmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöllner, Wolfgang
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Dr. Babel, Gisela
- Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredenhorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg),
Dieter-Julius
Eimer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink,
Margret
Callus, Georg
Ganschow, Jörg
Genschler, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hitschler, Walter
Hömburger, Birgit
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt),
Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
- Richter (Bremerhaven),
Manfred
Rind, Hermann
Dr. Röhl, Klaus
Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schübler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen),
Wolfgang
Wolfgang (Göttingen),
Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- Fraktionslos**
Lowack, Ortwin
- Enthalten**
SPD
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Dr. Glotz, Peter
Dr. Leonhard, Elke
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Schily, Otto
Dr. Wernitz, Axel
- (C)
- (D)

(A) Anlage 26

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 4 bis 6) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 d bis g und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	243
nein:	377
enthalten:	10
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja	Dr. Gautier, Fritz	Lennartz, Klaus	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
	Gilges, Konrad	Lörcher, Christa	Schmidt-Zadel, Regina
	Gleicke, Iris	Lohmann (Witten), Klaus	Dr. Schmude, Jürgen
SPD	Graf, Günter	Dr. Lucyga, Christine	Dr. Schnell, Emil
	Haack (Extertal),	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schöfberger, Rudolf
	Karl Hermann	Marx, Dorle	Schöler, Walter
Adler, Brigitte	Habermann, Michael	Mascher, Ulrike	Schreiner, Ottmar
Andres, Gerd	Hacker, Hans-Joachim	Matschie, Christoph	Schröter, Gisela
Antretter, Robert	Hämmerle, Gerlinde	Matthäus-Maier, Ingrid	Schröter, Karl-Heinz
Bachmaier, Hermann	Hampel, Manfred	Mattischeck, Heide	Schütz, Dietmar
Barbe, Angelika	Hanewinkel, Christel	Meckel, Markus	Schulte (Hamel), Brigitte
Bartsch, Holger	Dr. Hartenstein, Liesel	Mehl, Ulrike	Dr. Schuster, R. Werner
Becker (Nienberge), Helmuth	Hasenfratz, Klaus	Meißner, Herbert	Schwanhold, Ernst
Becker-Inglau, Ingrid	Dr. Hauchler, Ingomar	Dr. Mertens (Bottrop),	Schwanitz, Rolf
Berger, Hans	Heistermann, Dieter	Franz-Josef	Seidenthal, Bodo
Bernrath, Hans Gottfried	Heyern, Günther	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Seuster, Lisa
Beucher, Friedhelm Julius	Hiller (Lübeck), Reinhold	Mosdorf, Siegmund	Sielaff, Horst
(B) Bindig, Rudolf	Hilsberg, Stephan	Müller (Düsseldorf), Michael	Singer, Johannes
Blunck (Uetersen), Lieselott	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Völklingen), Jutta	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Bock, Thea	Horn, Erwin	Müller (Zittau), Christian	Dr. Soell, Hartmut
Börsen (Ritterhude), Arne	Huonker, Gunter	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Brandt-Elsweiler, Anni	Ibrügger, Lothar	Neumann (Gotha), Gerhard	Sorge, Wieland
Dr. Brecht, Eberhard	Iwersen, Gabriele	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Sperling, Dietrich
Büchler (Hof), Hans	Jäger, Renate	Dr. Niese, Rolf	Steen, Antje-Marie
Büchner (Speyer), Peter	Janz, Ilse	Odendahl, Doris	Steiner, Heinz-Alfred
Dr. von Bülow, Andreas	Dr. Janzen, Ulrich	Oesinghaus, Günter	Stiegler, Ludwig
Büttner (Ingolstadt), Hans	Jaunich, Horst	Oostergetelo, Jan	Dr. Struck, Peter
Bulmahn, Edelgard	Dr. Jens, Uwe	Opel, Manfred	Tappe, Joachim
Burchardt, Ursula	Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Otto, Helga	Terborg, Margitta
Bury, Hans Martin	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Palis, Kurt	Dr. Thalheim, Gerald
Caspers-Merk, Marion	Kastner, Susanne	Paterna, Peter	Thierse, Wolfgang
Catenhusen, Wolf-Michael	Kastning, Ernst	Dr. Penner, Willfried	Titze-Stecher, Uta
Conradi, Peter	Kemper, Hans-Peter	Peter (Kassel), Horst	Toetemeyer, Hans-Günther
Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Kirschner, Klaus	Dr. Pick, Eckhart	Urbanik, Hans-Eberhard
Diller, Karl	Klappert, Marianne	Poß, Joachim	Vergin, Siegfried
Dr. Dobberthien, Marliese	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Rappe (Hildesheim), Hermann	Verheugen, Günter
Dreßler, Rudolf	Klemmer, Siegrun	Reimann, Manfred	Dr. Vogel, Hans-Jochen
Duve, Freimut	Klose, Hans-Ulrich	von Renesse, Margot	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Ebert, Eike	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rennebach, Renate	Vosen, Josef
Dr. Eckardt, Peter	Körper, Fritz Rudolf	Reschke, Otto	Wagner, Hans Georg
Eich, Ludwig	Kolbe, Regina	Reuschenbach, Peter W.	Wallow, Hans
Dr. Elmer, Konrad	Kolbow, Walter	Reuter, Bernd	Waltemathe, Ernst
Erlar, Gernot	Koltzsch, Rolf	Rixe, Günter	Walter (Cochem), Ralf
Esters, Helmut	Koschnick, Hans	Schaich-Walch, Gudrun	Walther (Zierenberg), Rudi
Ewen, Carl	Kretkowski, Volkmar	Schanz, Dieter	Wartenberg (Berlin), Gerd
Ferner, Elke	Kubatschka, Horst	Dr. Scheer, Hermann	Dr. Wegner, Konstanze
Fischer (Gräfenhainichen),	Dr. Kübler, Klaus	Scheffler, Siegfried	Weiermann, Wolfgang
Evelin	Kuessner, Hinrich	Schloten, Dieter	Weiler, Barbara
Fischer (Homburg), Lothar	Dr. Küster, Uwe	Schluckebier, Günter	Weis (Stendal), Reinhard
Formanski, Norbert	Kuhlwein, Eckart	Schmidbauer (Nürnberg),	Weisheit, Matthias
Fuchs (Köln), Anke	Lambinus, Uwe	Horst	Weißgerber, Gunter
Fuhrmann, Arne	Lange, Brigitte	Schmidt (Aachen), Ursula	Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Ganseforth, Monika	von Larcher, Detlev	Schmidt (Nürnberg), Renate	Welt, Jochen

- (A) Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- F.D.P.**
- Dr. Babel, Gisela
Walz, Ingrid
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowicz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
- Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Biens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlson, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
- Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
- Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalik, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Eimar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
- (C)
- (D)

(A) Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian (B) Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika	Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süsmuth, Rita Susset, Egon Swed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northheim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zeil, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Witz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang F.D.P. Albowitz, Ina Baum, Gerhart Rudolf Dr. Blunk (Lübeck), Michaela Bredehorn, Günther	Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Elmer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genschow, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Gutmacher, Karlheinz Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hirschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia	Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Türk, Jürgen Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgang (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywiets, Werner Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten SPD Dr. Diederich (Berlin), Nils Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Dr. Leonhard, Elke Müller (Schweinfurt), Rudolf Schily, Otto Dr. Wernitz, Axel F.D.P. Dr. Hoth, Sigrid Lühr, Uwe Schußler, Gerhard (C) (D)
---	---	--	---

(A) Anlage 27

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20b) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8b und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	242
nein:	382
enthalten:	6
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(B)	Ja	Dr. Gautier, Fritz	Lennartz, Klaus	Schmidt (Nürnberg), Renate	(D)
	SPD	Gilges, Konrad	Dr. Leonhard, Elke	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	
		Gleicke, Iris	Lörcher, Christa	Schmidt-Zadel, Regina	
		Graf, Günter	Lohmann (Witten), Klaus	Dr. Schmude, Jürgen	
		Haack (Extertal),	Dr. Lucyga, Christine	Dr. Schnell, Emil	
		Karl Hermann	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schöfberger, Rudolf	
		Habermann, Michael	Marx, Dorle	Schöler, Walter	
		Hacker, Hans-Joachim	Mascher, Ulrike	Schreiner, Ottmar	
		Hämmerle, Gerlinde	Matschie, Christoph	Schröter, Gisela	
		Hampel, Manfred	Matthäus-Maier, Ingrid	Schröter, Karl-Heinz	
		Harwinckel, Christel	Mattischeck, Heide	Schütz, Dietmar	
		Dr. Hartenstein, Liesel	Meckel, Markus	Schulte (Hameln), Brigitte	
		Hasenfratz, Klaus	Mehl, Ulrike	Dr. Schuster, R. Werner	
		Dr. Hauchler, Ingomar	Meißner, Herbert	Schwanhold, Ernst	
		Heistermann, Dieter	Dr. Mertens (Bottrop),	Schwanitz, Rolf	
		Heyenn, Günther	Franz-Josef	Seidenhal, Bodo	
		Hiller (Lübeck), Reinhold	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Seuster, Lisa	
		Hillsberg, Stephan	Mosdorf, Siegmund	Sielaff, Horst	
		Dr. Holtz, Uwe	Müller (Düsseldorf), Michael	Singer, Johannes	
		Horn, Erwin	Müller (Völklingen), Jutta	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
		Huonker, Gunter	Müller (Zittau), Christian	Dr. Soell, Hartmut	
		Ibrügger, Lothar	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
		Iwersen, Gabriele	Neumann (Gotha), Gerhard	Sorge, Wieland	
		Jäger, Renate	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Sperling, Dietrich	
		Janz, Ilse	Dr. Niese, Rolf	Steen, Antje-Marie	
		Dr. Janzen, Ulrich	Odendahl, Doris	Steiner, Heinz-Alfred	
		Jaunich, Horst	Oesinghaus, Günter	Stiegler, Ludwig	
		Dr. Jens, Uwe	Oostergetelo, Jan	Dr. Struck, Peter	
		Jung (Düsseldorf), Volker	Opel, Manfred	Tappe, Joachim	
		Jungmann (Wittmoldt), Horst	Dr. Otto, Helga	Terborg, Margitta	
		Kastner, Susanne	Palis, Kurt	Dr. Thalheim, Gerald	
		Kastning, Ernst	Palerna, Peter	Thierse, Wolfgang	
		Kemper, Hans-Peter	Dr. Penner, Willfried	Titze-Stecher, Uta	
		Kirschner, Klaus	Peter (Kassel), Horst	Toetmeyer, Hans-Günther	
		Klappert, Marianne	Dr. Pick, Eckhart	Urbanik, Hans-Eberhard	
		Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Poß, Joachim	Vergin, Siegfried	
		Klemmer, Siegrun	Rappe (Hildesheim), Hermann	Verheugen, Günter	
		Klose, Hans-Ulrich	Reimann, Manfred	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	von Renesse, Margot	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
		Körper, Fritz Rudolf	Rennebach, Renate	Vosen, Josef	
		Kolbe, Regina	Reschke, Otto	Wagner, Hans Georg	
		Kolbow, Walter	Reuschenbach, Peter W.	Wallow, Hans	
		Koltzsch, Rolf	Reuter, Bernd	Waltemathe, Ernst	
		Koschnick, Hans	Rixe, Günter	Walter (Cochem), Ralf	
		Kretkowski, Volkmar	Schäich-Walch, Gudrun	Wartenberg (Berlin), Gerd	
		Kubatschka, Horst	Schanz, Dieter	Dr. Wegner, Konstanze	
		Dr. Kübler, Klaus	Dr. Scheer, Hermann	Weiermann, Wolfgang	
		Kuessner, Hinrich	Scheffler, Siegfried	Weller, Barbara	
		Dr. Küster, Uwe	Schlöten, Dieter	Weis (Stendal), Reinhard	
		Kuhlwein, Eckart	Schluckebier, Günter	Weisheit, Matthias	
		Lambinus, Uwe	Schmidbauer (Nürnberg),	Weißgerber, Gunter	
		Lange, Brigitte	Horst	Weisskirchen (Wiesloch), Gert	
		von Larcher, Detlev	Schmidt (Aachen), Ursula	Weit, Jochen	

- | | | | |
|--|---|---|--|
| (A) Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph | Belle, Meirad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Herbert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Ernstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt),
Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus | Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Heilwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard | Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegerl, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Komer, Franz
Dr. Rose, Klaus |
| (B) | F.D.P. | PDS/Linke Liste | |
| Türk, Jürgen | Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysl, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja | Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard | Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegerl, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Komer, Franz
Dr. Rose, Klaus |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera | Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard | Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegerl, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Komer, Franz
Dr. Rose, Klaus |

- (A) Rossmanith, Kurt J.
 Roth (Cieffen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
 Rühe, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharzt (Trier), Günther
 Schell, Manfred
 Schemken, Hetnz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 (B) Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seiters, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans

- Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Nörtheim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzel, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tännesberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöller, Wolfgang

SPD

Schily, Otto

F.D.P.

- Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisela
 Baum, Gerhart Rudolf
 Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Elmer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hitschler, Walter
 Homburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann
 Parr, Detlef

- Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schüssler, Gerhard
 Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Semper, Sigrid
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfgramm (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywiets, Werner

Fraktionslos

Lowack, Ortwin

Enthalten**SPD**

- Dr. Diederich (Berlin), Nils
 Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Dr. Glotz, Peter
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Walther (Zierenberg), Rudi
 Dr. Wernitz, Axel

(C)

(D)

(A) Anlage 28

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20c) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8c und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	242
nein:	381
enthalten:	7
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja**SPD**

(B) Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert

Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev

Lennartz, Klaus
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate

Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen

(D)

- (A) Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzels, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- F.D.P.**
Türk, Jürgen
- PDS/Linke Liste**
Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- (B) **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos**
Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
- Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtnier, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzler, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Dellev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
- Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschik, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
- Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheld),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegerl, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmann, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
- (C)
- (D)

(A)	Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Orlun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann (B) Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans	Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northelm), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Walgel, Theodor Graf von Waldburg-Zell, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrkoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Witz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfig, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitlmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Baum, Gerhart Rudolf Dr. Blunk (Lübeck), Michaela	Bredenhorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Genscher, Hans-Dietrich Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Dr. Guttmacher, Karlheinz Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirsch, Burkhard Dr. Hirschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolling, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred	Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmalz-Jacobsen, Cornelia Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schüller, Gerhard Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Semper, Sigrid Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgramm (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten SPD (D) Dr. Diederich (Berlin), Nils Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Peter Glotz Dr. Leonhard, Elke Müller (Schweinfurt), Rudolf Dr. Schily, Otto Dr. Wemitz, Axel	(C)
-----	---	---	---	---	-----

(A) Anlage 29

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20d) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8d und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	242
nein:	379
enthalten:	9
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(B)	Ja	Dr. Gautier, Fritz	Lennartz, Klaus	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
	SPD	Güges, Konrad	Lörcher, Christa	Schmidt-Zadel, Regina
		Gleicke, Iris	Lohmann (Witten), Klaus	Dr. Schmude, Jürgen
		Graf, Günter	Dr. Lucyga, Christine	Dr. Schnell, Emil
		Haack (Extertal),	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schöfberger, Rudolf
		Karl Hermann	Marx, Dorle	Schöler, Walter
		Habermann, Michael	Mascher, Ulrike	Schreiner, Ottmar
		Hacker, Hans-Joachim	Matschie, Christoph	Schröter, Gisela
		Hämmerle, Gerlinde	Matthäus-Maier, Ingrid	Schröter, Karl-Heinz
		Hampel, Manfred	Mattischeck, Heide	Schütz, Dietmar
		Hanewinkel, Christel	Meckel, Markus	Schulte (Hamein), Brigitte
		Dr. Hartenstein, Liesel	Mehl, Ulrike	Dr. Schuster, R. Werner
		Hasenfratz, Klaus	Meißner, Herbert	Schwanhold, Ernst
		Dr. Hauchler, Ingomar	Dr. Mertens (Bottrop),	Schwanitz, Rolf
		Heistermann, Dieter	Franz-Josef	Seidenthal, Bodo
		Heyenn, Günther	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Seuster, Lisa
		Hiller (Lübeck), Reinhold	Mosdorf, Siegmur	Sielaß, Horst
		Hilsberg, Stephan	Müller (Düsseldorf), Michael	Singer, Johannes
		Dr. Holtz, Uwe	Müller (Völklingen), Jutta	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
		Horn, Erwin	Müller (Zittau), Christian	Dr. Soell, Hartmut
		Huonker, Gunter	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
		Ibrügger, Lothar	Neumann (Gotha), Gerhard	Sorge, Wieland
		Iwersen, Gabriele	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Sperling, Dietrich
		Jäger, Renate	Dr. Niese, Rolf	Steen, Antje-Marie
		Janz, Ilse	Odendahl, Doris	Steiner, Heinz-Alfred
		Dr. Janzen, Ulrich	Oesinghaus, Günter	Stiegler, Ludwig
		Jaunich, Horst	Oostergetelo, Jan	Dr. Struck, Peter
		Dr. Jens, Uwe	Opel, Manfred	Tappe, Joachim
		Jung (Düsseldorf), Volker	Dr. Otto, Helga	Terborg, Margitta
		Jungmann (Wittmoldt), Horst	Palis, Kurt	Dr. Thalheim, Gerald
		Kastner, Susanne	Paterna, Peter	Thierse, Wolfgang
		Kastning, Ernst	Dr. Penner, Willfried	Titze-Stecher, Uta
		Kemper, Hans-Peter	Peter (Kassel), Horst	Toetemeyer, Hans-Günther
		Kirschner, Klaus	Dr. Pick, Eckhart	Urbaniak, Hans-Eberhard
		Klappert, Marianne	Poß, Joachim	Vergin, Siegfried
		Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Rappe (Hildesheim), Hermann	Verheugen, Günter
		Klemmer, Siegrun	Reimann, Manfred	Dr. Vogel, Hans-Jochen
		Klose, Hans-Ulrich	von Renesse, Margot	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rennebach, Renate	Vosen, Josef
		Körper, Fritz Rudolf	Reschke, Otto	Wagner, Hans Georg
		Kolbe, Regina	Reuschenbach, Peter W.	Wallow, Hans
		Kolbow, Walter	Reuter, Bernd	Waltemathe, Ernst
		Koltzsch, Rolf	Rixe, Günter	Walter (Cochem), Ralf
		Koschnick, Hans	Schaich-Walch, Gudrun	Walther (Zierenberg), Rudi
		Kretkowski, Volkmar	Schanz, Dieter	Wartenberg (Berlin), Gerd
		Kubatschka, Horst	Dr. Scheer, Hermann	Dr. Wegner, Konstanze
		Dr. Kübler, Klaus	Scheffler, Siegfried	Weiermann, Wolfgang
		Kuessner, Heinrich	Schlöten, Dieter	Weiler, Barbara
		Dr. Küster, Uwe	Schluckebier, Günter	Weis (Stendal), Reinhard
		Kuhlwein, Eckart	Schmidbauer (Nürnberg),	Weisheit, Matthias
		Lambinus, Uwe	Horst	Weißgerber, Gunter
		Lange, Brigitte	Schmidt (Aachen), Ursula	Weisskirchen (Wiesloch), Gert
		von Larcher, Detlev	Schmidt (Nürnberg), Renate	Welt, Jochen

(A)	Wester, Hildegard Westrich, Lydia Wettig-Danielmeier, Inge Dr. Wetzels, Margrit Weyel, Gudrun Wieczorek-Zeul, Heidemarie Wiefelspütz, Dieter Wimmer (Neuötting), Hermann Dr. de With, Hans Wittich, Berthold Wohlleben, Verena Wolf, Hanna Zapf, Uta Dr. Zöpel, Christoph	Belle, Meinrad Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Bierling, Hans-Dirk Blank, Renate Dr. Blens, Heribert Bleser, Peter Dr. Blüm, Norbert Böhm (Melsungen), Wilfried Dr. Böhmer, Maria Börnsen (Bönstrup), Wolfgang Dr. Bötsch, Wolfgang Bohl, Friedrich Bohlsen, Wilfried Borchert, Jochen Breuer, Paul Brudlewsky, Monika Brunnhuber, Georg Bühler (Bruchsal), Klaus Büttner (Schönebeck), Hartmut Buwitt, Dankward Carstens (Emstek), Manfred Carstensen (Nordstrand), Peter Harry Clemens, Joachim Dehnel, Wolfgang Dempwolf, Gertrud Deres, Karl Deß, Albert Diemers, Renate Dörflinger, Werner Doss, Hansjürgen Dr. Dregger, Alfred Echternach, Jürgen Ehlers, Wolfgang Ehrbar, Udo Eichhorn, Maria Engelmann, Wolfgang Eppelmann, Rainer Erler (Waldbrunn), Wolfgang Eylmann, Horst Eymer, Anke Falk, Ilse Dr. Falthäuser, Kurt Feilcke, Jochen Dr. Fell, Karl H. Fischer (Hamburg), Dirk Fockenberg, Winfried Francke (Hamburg), Klaus Frankenhauser, Herbert Dr. Friedrich, Gerhard Fritz, Erich G. Fuchtel, Hans-Joachim Ganz (St. Wendel), Johannes Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy Geiger, Michaela Gels, Norbert Dr. Geißler, Heiner Dr. von Geldern, Wolfgang Gerster (Mainz), Johannes Gibtner, Horst Glos, Michael Dr. Göhner, Reinhard Götttsching, Martin Götz, Peter Dr. Götzler, Wolfgang Gres, Joachim Grochtmann, Elisabeth Gröbl, Wolfgang Grotz, Claus-Peter Dr. Grünewald, Joachim Günther (Duisburg), Horst Frhr. von Hammerstein, Carl-Detlev Harries, Klaus	Haschke (Großhennersdorf), Gottfried Haschke (Jena), Udo Hasselfeldt, Gerda Haungs, Rainer Hauser (Esslingen), Otto Hauser (Rednitzhembach), Hansgeorg Hedrich, Klaus-Jürgen Heise, Manfred Dr. Hellwig, Renate Dr. h. c. Herkenrath, Adolf Dr. Herr, Norbert Hiebing, Maria Anna Hinsken, Ernst Hintze, Peter Hörken, Heinz-Adolf Hörster, Joachim Dr. Hoffacker, Paul Hollerith, Josef Dr. Hornhues, Karl-Heinz Hornung, Siegfried Hüppe, Hubert Jäger, Claus Jaffke, Susanne Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf Janovsky, Georg Jeltsch, Karin Dr. Jobst, Dionys Dr.-Ing. Jork, Rainer Dr. Jüttner, Egon Jung (Limburg), Michael Junghanns, Ulrich Dr. Kahl, Harald Kalb, Bartholomäus Kampeter, Steffen Dr.-Ing. Kansy, Dietmar Karwatzki, Irmgard Kauder, Volker Keller, Peter Kiechle, Ignaz Kittelmann, Peter Klein (Bremen), Günter Klein (München), Hans Klinkert, Ulrich Köhler (Hainspitz), Hans-Ulrich Dr. Köhler (Wolfsburg), Volkmar Dr. Kohl, Helmut Kolbe, Manfred Kors, Eva-Maria Koschyk, Hartmut Kossendey, Thomas Kraus, Rudolf Dr. Krause (Börgerende), Günther Krause (Dessau), Wolfgang Krey, Franz Heinrich Kriedner, Arnulf Kronberg, Heinz-Jürgen Dr.-Ing. Krüger, Paul Krziskewitz, Reiner Lamers, Karl Dr. Lammert, Norbert Lamp, Helmut Lattmann, Herbert Dr. Laufs, Paul Laumann, Karl-Josef Lehne, Klaus-Heiner Lenzer, Christian Dr. Lieberoth, Immo Limbach, Editha Link (Diepholz), Walter Lintner, Eduard	Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W. Dr. Lischewski, Manfred Löwisch, Sigrun Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang Lummer, Heinrich Maaß (Wilhelmshaven), Erich Männle, Ursula Magin, Theo Dr. Mahlo, Dietrich Marienfeld, Claire Marschewski, Erwin Marten, Günter Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin Meckelburg, Wolfgang Meinl, Rudolf Dr. Merkel, Angela Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard Michalk, Maria Michels, Meinolf Dr. Mildner, Klaus Dr. Möller, Franz Molnar, Thomas Müller (Kirchheim), Elmar Müller (Wadern), Hans-Werner Müller (Wesseling), Alfons Nelle, Engelbert Dr. Neuling, Christian Neumann (Bremen), Bernd Niedenthal, Erhard Nitsch, Johannes Nolte, Claudia Dr. Olderog, Rolf Ost, Friedhelm Oswald, Eduard Otto (Erfurt), Norbert Dr. Päselt, Gerhard Dr. Paziorek, Peter Pesch, Hans-Wilhelm Petzold, Ulrich Pfeifer, Anton Pfeiffer, Angelika Dr. Pfennig, Gero Dr. Pflüger, Friedbert Dr. Pinger, Winfried Pofalla, Ronald Dr. Pohler, Hermann Priebus, Rosemarie Dr. Probst, Albert Dr. Protzner, Bernd Pützchen, Dieter Rahardt-Vahldieck, Susanne Raidel, Hans Dr. Ramsauer, Peter Rau, Rolf Rauen, Peter Harald Rawe, Wilhelm Reddemann, Gerhard Regenspurger, Otto Reichenbach, Klaus Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid	(C)
F.D.P.	Türk, Jürgen				
PDS/Linke Liste	Bläss, Petra Dr. Fuchs, Ruth Dr. Gysi, Gregor Henn, Bernd Dr. Heuer, Uwe-Jens Dr. Höll, Barbara Jelpke, Ulla Dr. Keller, Dietmar Lederer, Andrea Dr. Modrow, Hans Philipp, Ingeborg Dr. Schumann (Kroppenstedt), Fritz Dr. Seifert, Ilja				
(B)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				(D)
	Dr. Feige, Klaus-Dieter Köppe, Ingrid Poppe, Gerd Schulz (Berlin), Werner Dr. Ullmann, Wolfgang Weiß (Berlin), Konrad Wollenberger, Vera				
Fraktionslos	Dr. Briefs, Ulrich Hackel, Heinz-Dieter Schenk, Christina Stachowa, Angela				
Nein					
CDU/CSU	Dr. Ackermann, Else Adam, Ulrich Dr. Altherr, Walter Franz Augustin, Anneliese Augustinowitz, Jürgen Austermann, Dietrich Bargfrede, Heinz-Günter Dr. Bauer, Wolf Baumeister, Brigitte				

- (A) Romer, Franz
 Dr. Rose, Klaus
 Rossmanith, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
 Rühle, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Orlun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharz (Trier), Günther
 Scheil, Manfred
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seitzers, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
- Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Norheim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzels, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang
- F.D.P.**
 Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisele
 Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
- Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Eimer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hirschler, Walter
 Homburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann
 Parr, Detlef
 Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
- Schmalz-Jacobsen, Cornelia (C)
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Semper, Sigrid
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfgramm (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywiets, Werner
- Fraktionslos**
 Lowack, Ortwin
- Enthalten**
- SPD**
 Dr. Diederich (Berlin), Nils
 Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Dr. Glotz, Peter
 Dr. Leonhard, Elke (D)
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Dr. Schily, Otto
 Dr. Wernitz, Axel
- F.D.P.**
 Schmidt (Dresden), Arno
 Schüller, Gerhard

(A) Anlage 30

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20e) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8e und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	250
nein:	374
enthalten:	6
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja	Ganseforth, Monika	Kuhlwein, Eckart	Schluckebier, Günter
	Gansel, Norbert	Lambinus, Uwe	Schmidbauer (Nürnberg), Horst
	Dr. Gautier, Fritz	Lange, Brigitte	Schmidt (Aachen), Ursula
SPD	Gilges, Konrad	von Larcher, Detlev	Schmidt (Nürnberg), Renate
	Gleicke, Iris	Lennartz, Klaus	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
	Graf, Günter	Lörcher, Christa	Schmidt-Zadel, Regina
	Haack (Extertal), Karl Hermann	Lohmann (Witten), Klaus	Dr. Schmude, Jürgen
	Habermann, Michael	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schnell, Emil
	Hacker, Hans-Joachim	Marx, Dorle	Dr. Schöffberger, Rudolf
	Hämmerle, Gerlinde	Mascher, Ulrike	Schöler, Walter
	Hampel, Manfred	Matschie, Christoph	Schreiner, Ottmar
	Hanewinkel, Christel	Matthäus-Maier, Ingrid	Schröter, Gisela
	Dr. Hartenstein, Liesel	Mattischeck, Heide	Schröter, Karl-Heinz
(B) Bernrath, Hans Gottfried	Hasenfratz, Klaus	Meckel, Markus	Schütz, Dietmar
Beucher, Friedhelm Julius	Dr. Hauchler, Ingomar	Mehl, Ulrike	Schulte (Hameln), Brigitte
Bindig, Rudolf	Heistermann, Dieter	Meißner, Herbert	Dr. Schuster, R. Werner
Blunck (Uetersen), Lieselott	Heyenn, Günther	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Schwanhold, Ernst
Bock, Thea	Hiller (Lübeck), Reinhold	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Schwanitz, Rolf
Börnsen (Ritterhude), Arne	Hilsberg, Stephan	Mosdorf, Siegmur	Seidenthal, Bodo
Brandt-Elsweiler, Anni	Dr. Holtz, Uwe	Müller (Düsseldorf), Michael	Seuster, Lisa
Dr. Brecht, Eberhard	Horn, Erwin	Müller (Völklingen), Jutta	Sielaff, Horst
Büchler (Hof), Hans	Huonker, Gunter	Müller (Zittau), Christian	Singer, Johannes
Büchner (Speyer), Peter	Ibrügger, Lothar	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. von Bülow, Andreas	Iwersen, Gabriele	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Soell, Hartmut
Büttner (Ingolstadt), Hans	Jäger, Renate	Dr. Niehuis, Edith	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Bulmahn, Edelgard	Janz, Ilse	Dr. Niese, Rolf	Sorge, Wieland
Burchardt, Ursula	Dr. Janzen, Ulrich	Odendahl, Doris	Dr. Sperling, Dietrich
Bury, Hans Martin	Jaunich, Horst	Oestinghaus, Günter	Steen, Antje-Marie
Caspers-Merk, Marion	Dr. Jens, Uwe	Oostergetelo, Jan	Steiner, Heinz-Alfred
Catenhusen, Wolf-Michael	Jung (Düsseldorf), Volker	Opel, Manfred	Stiegler, Ludwig
Conradi, Peter	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Dr. Otto, Helga	Dr. Struck, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Kastner, Susanne	Palis, Kurt	Tappe, Joachim
Diller, Karl	Kastning, Ernst	Paterna, Peter	Terborg, Margitta
Dr. Dobberthien, Marliese	Kemper, Hans-Peter	Dr. Penner, Willfried	Dr. Thalheim, Gerald
Dreßler, Rudolf	Kirschner, Klaus	Peter (Kassel), Horst	Thierse, Wolfgang
Duve, Freimut	Klappert, Marianne	Dr. Pick, Eckhart	Titze-Stecher, Uta
Ebert, Eike	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Poß, Joachim	Toetemeyer, Hans-Günther
Dr. Eckardt, Peter	Klemmer, Siegrun	Rappe (Hildesheim), Hermann	Urbanjak, Hans-Eberhard
Eich, Ludwig	Klose, Hans-Ulrich	Reimann, Manfred	Vergin, Siegfried
Dr. Elmer, Konrad	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	von Renesse, Margot	Verheugen, Günter
Erlar, Gernot	Körper, Fritz Rudolf	Rennebach, Renate	Dr. Vogel, Hans-Jochen
Esters, Helmut	Kolbe, Regina	Reschke, Otto	Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Ewen, Carl	Kolbow, Walter	Reuschenbach, Peter W.	Vosen, Josef
Ferner, Elke	Koltzsch, Rolf	Reuter, Bernd	Wagner, Hans Georg
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Koschnick, Hans	Rixe, Günter	Wallow, Hans
Fischer (Homburg), Lothar	Kretkowski, Volkmur	Schach-Walch, Gudrun	Waltemathe, Ernst
Formanski, Norbert	Kubatschka, Horst	Schanz, Dieter	Walter (Cochern), Ralf
Fuchs (Köln), Anke	Dr. Kübler, Klaus	Dr. Scheer, Hermann	Walther (Zierenberg), Rudi
Fuhrmann, Arne	Kuessner, Hinrich	Scheffler, Siegfried	Wartenberg (Berlin), Gerd
	Dr. Küster, Uwe	Schlöten, Dieter	Dr. Wegner, Konstanze

(D)

(A) Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weißkirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Feldmann, Olaf
Genscher, Hans-Dietrich
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Dr. Hirsch, Burkhard
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schüsler, Gerhard
Dr. Semper, Sigrüd
Türk, Jürgen

(B)

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blum, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlson, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst

Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Delev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschky, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Bürgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen

Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus

(C)

(D)

(A) Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Nörtheim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zell, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia	Zeitmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöllner, Wolfgang SPD Schily, Otto F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Dr. Blunk (Lübeck), Michaela Bredenhorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hirschler, Walter Homburger, Birgit Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Koppelin, Jürgen Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine Lüder, Wolfgang Lühr, Uwe Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer	(C) Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Peters, Lisa Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen Dr. Schnittler, Christoph Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seller-Albring, Ursula Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Walz, Ingrid Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolffgramm (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten SPD Dr. Diederich (Berlin), Nils Dr. Ehmke (Bonn), Horst Dr. Glotz, Peter Dr. Leonhard-Schmidt, Elke Müller (Schweinfurt), Rudolf Dr. Wernitz, Axel (D)
(B) von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian			

(A) Anlage 31

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 9a bis 9c und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	246
nein:	378
enthalten:	6
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

(A)	Ja				
	SPD				
(B)	Adler, Brigitte	Gansel, Norbert	Kuhlwein, Eckart	Scheffler, Siegfried	(D)
	Andres, Gerd	Dr. Gautier, Fritz	Lambinus, Uwe	Schlöten, Dieter	
	Antretter, Robert	Gilges, Konrad	Lange, Brigitte	Schluckebier, Günter	
	Bachmaier, Hermann	Gleicke, Iris	von Larcher, Detlev	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	
	Barbe, Angelika	Graf, Günter	Lennartz, Klaus	Schmidt (Aachen), Ursula	
	Bartsch, Hoiger	Haack (Extertal), Karl Hermann	Lörcher, Christa	Schmidt (Nürnberg), Renate	
	Becker (Nienberge), Helmuth	Habermann, Michael	Lohmann (Witten), Klaus	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	
	Becker-Inglau, Ingrid	Hacker, Hans-Joachim	Dr. Lucyga, Christine	Schmidt-Zadel, Regina	
	Berger, Hans	Hämmerle, Gerlinde	Maaß (Herne), Dieter	Dr. Schmude, Jürgen	
	Bernrath, Hans Gottfried	Hampel, Manfred	Marx, Dorle	Dr. Schnell, Emil	
	Beucher, Friedhelm Julius	Hanewinkel, Christel	Mascher, Ulrike	Dr. Schöffberger, Rudolf	
	Bindig, Rudolf	Dr. Hartenstein, Liesel	Matschie, Christoph	Schöler, Walter	
	Blunck (Uetersen), Lieselott	Hasenfratz, Klaus	Matthäus-Maier, Ingrid	Schreiner, Ottmar	
	Bock, Thea	Dr. Hauchler, Ingomar	Mattischeck, Heide	Schröter, Gisela	
	Börnsen (Ritterhude), Arne	Heistermann, Dieter	Meckel, Markus	Schröter, Karl-Heinz	
	Brandt-Elsweiler, Anni	Heyenn, Günther	Mehl, Ulrike	Schütz, Dietmar	
	Dr. Brecht, Eberhard	Hiller (Lübeck), Reinhold	Meißner, Herbert	Schulte (Hameln), Brigitte	
	Büchler (Hof), Hans	Hilsberg, Stephan	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Dr. Schuster, R. Werner	
	Büchner (Speyer), Peter	Dr. Holtz, Uwe	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Schwanhold, Ernst	
	Dr. von Bülow, Andreas	Horn, Erwin	Mosdorf, Siegmар	Schwanitz, Rolf	
	Büttner (Ingolstadt), Hans	Huonker, Gunter	Müller (Düsseldorf), Michael	Seidenenthal, Bodo	
	Bulmahn, Edelgard	Ibrügger, Lothar	Müller (Völklingen), Jutta	Seuster, Lisa	
	Burchardt, Ursula	Iwersen, Gabriele	Müller (Zittau), Christian	Sielaff, Horst	
	Bury, Hans Martin	Jäger, Renate	Neumann (Bramsche), Volker	Singer, Johannes	
	Caspers-Merk, Marion	Janz, Ilse	Neumann (Gotha), Gerhard	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
	Catenhusen, Wolf-Michael	Dr. Janzen, Ulrich	Dr. Niehuys, Edith	Dr. Soell, Hartmut	
	Conradi, Peter	Jaunich, Horst	Dr. Niese, Rolf	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
	Dr. Däubler-Gmelin, Herta	Dr. Jens, Uwe	Odendahl, Doris	Sorge, Wieland	
	Dr. Diederich (Berlin), Nils	Jung (Düsseldorf), Volker	Oesinghaus, Günter	Dr. Sperling, Dietrich	
	Diller, Karl	Jungmann (Wittmoldt), Horst	Oostergetelo, Jan	Steen, Antje-Marie	
	Dr. Dobberthien, Marliese	Kastner, Susanne	Opel, Manfred	Steiner, Heinz-Alfred	
	Dreßler, Rudolf	Kastning, Ernst	Dr. Otto, Helga	Stiegler, Ludwig	
	Duve, Freimut	Kemper, Hans-Peter	Palis, Kurt	Dr. Struck, Peter	
	Ebert, Eike	Kirschner, Klaus	Paterna, Peter	Tappe, Joachim	
	Dr. Eckardt, Peter	Klappert, Marianne	Dr. Penner, Willfried	Terborg, Margitta	
	Eich, Ludwig	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Peter (Kassel), Horst	Dr. Thalheim, Gerald	
	Dr. Elmer, Konrad	Klemmer, Siegrun	Dr. Pick, Eckhart	Thierse, Wolfgang	
	Erler, Gernot	Klose, Hans-Ulrich	Poß, Joachim	Titze-Stecher, Uta	
	Esters, Helmut	Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Rappe (Hildesheim), Hermann	Toetmeyer, Hans-Günther	
	Ewen, Carl	Körper, Fritz Rudolf	Reimann, Manfred	Urbaniak, Hans-Eberhard	
	Ferner, Elke	Kolbe, Regina	von Renesse, Margot	Vergin, Siegfried	
	Fischer (Gräfenhainichen), Evelin	Kolbow, Walter	Rennebach, Renate	Verheugen, Günter	
	Fischer (Homburg), Lothar	Koltzsch, Rolf	Reschke, Otto	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
	Formanski, Norbert	Koschnick, Hans	Reuschenbach, Peter W.	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
	Fuchs (Köln), Anke	Kretkowski, Volkmar	Reuter, Bernd	Vosen, Josef	
	Fuhrmann, Arne	Kubatschka, Horst	Rixe, Günter	Wagner, Hans Georg	
	Ganseforth, Monika	Dr. Kübler, Klaus	Schaich-Walch, Gudrun	Wallow, Hans	
		Kuessner, Hinrich	Schanz, Dieter	Waltemathe, Ernst	
		Dr. Küster, Uwe	Dr. Scheer, Hermann	Walter (Cochem), Ralf	

(A) Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanz
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch),
Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzels, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul,
Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Feldmann, Olaf
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Semper, Sigrid

(B)

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein**CDU/CSU**

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlens, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erlar (Waldbrunn), Wolfgang
Eyemann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael

Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörksen, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Homhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kaib, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmär
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul

Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ransauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold

(C)

(D)

- (A) Reinhardt, Erika
 Repnik, Hans-Peter
 Dr. Rieder, Norbert
 Dr. Riedl (München), Erich
 Riegert, Klaus
 Dr. Riesenhuber, Heinz
 Ringkamp, Werner
 Rode (Wietzen), Helmut
 Rönsch (Wiesbaden),
 Hannelore
 Roitzsch (Quickborn), Ingrid
 Romer, Franz
 Dr. Rose, Klaus
 Rossmann, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
 Rühle, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharz (Trier), Günther
 Schell, Manfred
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
- Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seitzers, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Dr. Frhr. von Stetten,
 Wolfgang
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Norheim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zell, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzel, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
- Zeitmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang
- F.D.P.
- Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisela
 Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Eimer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hitschler, Walter
 Homburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
- Paintner, Johann
 Parr, Detlef
 Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schüller, Gerhard
 Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Türk, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolgramm (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywiets, Werner
- Fraktionslos
- Lowack, Ortwin
- (D)
- Enthalten
- SPD
- Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Dr. Glotz, Peter
 Dr. Leonhard, Elke
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Schily, Otto
 Dr. Wernitz, Axel

(A) Anlage 32

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Abs. 1 Satz 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 10 und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	255
nein:	370
enthalten:	5
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Berger, Hans
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweier, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne

Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hillsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe

Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Dr. Leonhard-Schmid, Elke
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmар
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Brämsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Wilfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter

Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Steiner, Heinz-Alfred
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetmeyer, Hans-Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara

(D)

(A) Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch),
Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck),
Michaela
Genscher, Hans-Dietrich
Dr. Gutmacher, Karlheinz
Dr. Hirsch, Burkhard
Koppelin, Jürgen
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lühr, Uwe
Peters, Lisa
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Dr. Semper, Sigrid
Türk, Jürgen
(B) Walz, Ingrid

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hans-Jürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erlar (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Faltlhauser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Gels, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst

Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götz, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltich, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmann
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen

Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderg, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurg, Otto
Reichenbach, Klaus

(C)

(D)

(A) Dr. Reinartz, Bertold Reinhardt, Erika Repnik, Hans-Peter Dr. Rieder, Norbert Dr. Riedl (München), Erich Riegiert, Klaus Dr. Riesenhuber, Heinz Ringkamp, Werner Rode (Wietzen), Helmut Rönsch (Wiesbaden), Hannelore Roitzsch (Quickborn), Ingrid Romer, Franz Dr. Rose, Klaus Rossmanith, Kurt J. Roth (Gießen), Adolf Rother, Heinz Dr. Ruck, Christian Rühe, Volker Dr. Rüttgers, Jürgen Sauer (Salzgitter), Helmut Sauer (Stuttgart), Roland Schätzle, Ortrun Dr. Schäuble, Wolfgang Schartz (Trier), Günther Schell, Manfred Schemken, Heinz Scheu, Gerhard Schmalz, Ulrich Schmidbauer, Bernd Dr. Schmidt, Christa Schmidt (Fürth), Christian Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke), Joachim Schmidt (Mülheim), Andreas Schmidt (Spiesen), Trudi Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	Seesing, Heinrich Seibel, Wilfried Seiters, Rudolf Sikora, Jürgen Skowron, Werner H. Sothmann, Bärbel Spilker, Karl-Heinz Spranger, Carl-Dieter Dr. Sprung, Rudolf Steinbach-Hermann, Erika Dr. Stercken, Hans Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang Stockhausen, Karl Dr. Stoltenberg, Gerhard Strube, Hans-Gerd Stübgen, Michael Dr. Süßmuth, Rita Susset, Egon Szwed, Dorothea Tillmann, Ferdi Dr. Töpfer, Klaus Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter Uldall, Gunnar Verhülsdonk, Roswitha Vogel (Ennepetal), Friedrich Vogt (Düren), Wolfgang Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter Dr. Vondran, Ruprecht Dr. Waffenschmidt, Horst Dr. Waigel, Theodor Graf von Waldburg-Zell, Alois Dr. Warnke, Jürgen Dr. Warrikoff, Alexander Werner (Ulm), Herbert Wetzel, Kersten Wiechatzek, Gabriele Dr. Wilms, Dorothee Wilz, Bernd Wimmer (Neuss), Willy Dr. Wisniewski, Roswitha Dr. Wittmann, Fritz Wittmann (Tannesberg), Simon Wohlrabe, Jürgen Wonneberger, Michael Wülfing, Elke Würzbach, Peter Kurt Yzer, Cornelia Zeitmann, Wolfgang Zierer, Benno Zöller, Wolfgang	SPD Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz F.D.P. Albowitz, Ina Dr. Babel, Gisela Bredenhorn, Günther Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius Eimer (Fürth), Norbert Engelhard, Hans A. van Essen, Jörg Dr. Feldmann, Olaf Friedhoff, Paul K. Friedrich, Horst Funke, Rainer Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret Gallus, Georg Ganschow, Jörg Gries, Ekkehard Grüner, Martin Günther (Plauen), Joachim Hansen, Dirk Heinrich, Ulrich Dr. Hitschler, Walter Dr. Hoth, Sigrid Dr. Hoyer, Werner Irmer, Ulrich Dr. Jordan, Jens Kleinert (Hannover), Detlef Kohn, Roland Dr. Kolb, Heinrich L. Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans Dr. Graf Lambsdorff, Otto Lüder, Wolfgang Dr. Menzel, Bruno Mischnick, Wolfgang Nolting, Günther Friedrich Dr. Ortleb, Rainer Otto (Frankfurt), Hans-Joachim Paintner, Johann Parr, Detlef Dr. Pohl, Eva Richter (Bremerhaven), Manfred Rind, Hermann Dr. Röhl, Klaus Schäfer (Mainz), Helmut Schmidt (Dresden), Arno Dr. Schmieder, Jürgen	Dr. Schnittler, Christoph (C) Schübler, Gerhard Schuster, Hans Dr. Schwaetzer, Irmgard Sehn, Marita Seiler-Albring, Ursula Dr. Solms, Hermann Otto Dr. Starnick, Jürgen Dr. von Teichman, Cornelia Thiele, Carl-Ludwig Dr. Thomae, Dieter Timm, Jürgen Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang Wolfgang (Göttingen), Torsten Zurheide, Burkhard Zywietz, Werner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Felge, Klaus-Dieter Fraktionslos Lowack, Ortwin Enthalten SPD Müller (Schweinfurt), Rudolf Dr. Wernitz, Axel (D) Weyel, Gudrun F.D.P. Homburger, Birgit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köppe, Ingrid
(B) von Schmude, Michael Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar Dr. Schockenhoff, Andreas Graf von Schönburg- Glauchau, Joachim Dr. Scholz, Rupert Frhr. von Schorlemer, Reinhard Schulhoff, Wolfgang Schulz (Leipzig), Gerhard Schwalbe, Clemens Schwarz, Stefan Dr. Schwarz-Schilling, Christian Dr. Schwörer, Hermann Seehofer, Horst			

(A) Anlage 33

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 11 und 12/8165 I Nr. 5)*)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	232
nein:	385
enthalten:	12
ungültig:	2

*) Vgl. Seite 21032A, B

Ja

SPD

Adler, Brigitte
Andres, Gerd
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge), Helmuth
Becker-Inglaup, Ingrid
Bernrath, Hans Gottfried
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Blunck (Uetersen), Lieselott
Bock, Thea
Börsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Hertha
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Esters, Helmut
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen), Evelin
Fischer (Homburg), Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Dr. Gautier, Fritz

Gilges, Konrad
Gleicke, Iris
Graf, Günter
Haack (Extertal), Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hampel, Manfred
Hanewinkel, Christel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heistermann, Dieter
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kastning, Ernst
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Koschnick, Hans
Kretkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus

Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike
Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmard
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Dr. Penner, Willfried
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schmidbauer (Nürnberg), Horst
Schmidt (Aachen), Ursula

Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöfberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schreiner, Ottmar
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz
Schütz, Dietmar
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaß, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbanik, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Waltemathe, Ernst
Walter (Cochem), Ralf
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert

(B)

(D)

- (A) Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena
Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph
- PDS/Linke Liste**
- Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- (B) Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera
- Fraktionslos**
- Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela
- Nein**
- CDU/CSU**
- Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Baumeister, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
- Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzler, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Frhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
- Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried
Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeitsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Latmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheid),
Wolfgang
- Lummer, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegersbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Müchels, Meinolf
Dr. Müldner, Klaus
Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofen, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspurger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
- (C)
- (D)

(A) Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharz (Trier), Günther
 Schell, Manfred
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
 Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seestmg, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seitzers, Rudolf
 (B) Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Stockhausen, Karl
 Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea

Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Northeim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zeil, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzels, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülffing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitlmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang

SPD

Jaunich, Horst
 Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz
 Rappe (Hildesheim), Hermann
 Schulte (Hamel), Brigitte
 Steiner, Heinz-Alfred

F.D.P.

Albowitz, Ina
 Dr. Babel, Gisela
 Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
 Bredehorn, Günther
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Eimer (Fürth), Norbert

Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Genscher, Hans-Dietrich
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Günther (Plauen), Joachim
 Dr. Guttmacher, Karlheinz
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirsch, Burkhard
 Dr. Hitschler, Walter
 Hornburger, Birgit
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Koppelin, Jürgen
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine
 Lüder, Wolfgang
 Lühr, Uwe
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann
 Parr, Detlef
 Peters, Lisa
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schmieder, Jürgen
 Dr. Schnittler, Christoph

Schüßler, Gerhard
 Schuster, Hans
 Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Semper, Sigrid
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Dr. Thomae, Dieter
 Timm, Jürgen
 Türk, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfram (Göttingen),
 Torsten
 Zurheide, Burkhard
 Zywieltz, Werner

Fraktionslos

Lowack, Ortwin

Enthalten

CDU/CSU

Dr. Freiherr von Stetten, Wolf-
 gang

SPD

Berger, Hans
 Dr. Diederich (Berlin), Nils
 Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Dr. Glotz, Peter
 Dr. Hartenstein, Liesel
 Dr. Leonhard, Elke
 Müller (Schweinfurt), Rudolf
 Schily, Otto
 Walther (Zierenberg), Rudi
 Dr. Wernitz, Axel
 Weyel, Gudrun

(C)

(D)

(A) Anlage 34

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82a Abs. 1) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 13, 14 [teilweise] und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	241
nein:	378
enthalten:	11
ungültig:	1

*) Vgl. Seite 21032 A, B

Ja**SPD**

Adler, Brigitte
Antretter, Robert
Bachmaier, Hermann
Barbe, Angelika
Bartsch, Holger
Becker (Nienberge),
Helmuth
Becker-Inglau, Ingrid
Beucher, Friedhelm Julius
Bindig, Rudolf
Bock, Thea
Börnsen (Ritterhude), Arne
Brandt-Elsweiler, Anni
Dr. Brecht, Eberhard
Büchler (Hof), Hans
Büchner (Speyer), Peter
Dr. von Bülow, Andreas
Büttner (Ingolstadt), Hans
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ursula
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Catenhusen, Wolf-Michael
Conradi, Peter
Dr. Däubler-Gmelin, Herta
Dr. Diederich (Berlin), Nils
Diller, Karl
Dr. Dobberthien, Marliese
Dreßler, Rudolf
Duve, Freimut
Ebert, Eike
Dr. Eckardt, Peter
Eich, Ludwig
Dr. Elmer, Konrad
Erler, Gernot
Ewen, Carl
Ferner, Elke
Fischer (Gräfenhainichen),
Evelin
Fischer (Homburg),
Lothar
Formanski, Norbert
Fuchs (Köln), Anke
Fuhrmann, Arne
Ganseforth, Monika
Gansel, Norbert
Gilges, Konrad
Gleicke, Iris

Dr. Glotz, Peter
Graf, Günter
Haack (Extertal),
Karl Hermann
Habermann, Michael
Hacker, Hans-Joachim
Hämmerle, Gerlinde
Hanewinkel, Christel
Dr. Hartenstein, Liesel
Hasenfratz, Klaus
Dr. Hauchler, Ingomar
Heyenn, Günther
Hiller (Lübeck), Reinhold
Hilsberg, Stephan
Dr. Holtz, Uwe
Horn, Erwin
Huonker, Gunter
Ibrügger, Lothar
Iwersen, Gabriele
Jäger, Renate
Janz, Ilse
Dr. Janzen, Ulrich
Jaunich, Horst
Dr. Jens, Uwe
Jung (Düsseldorf), Volker
Jungmann (Wittmoldt), Horst
Kastner, Susanne
Kemper, Hans-Peter
Kirschner, Klaus
Klappert, Marianne
Klemmer, Siegrun
Klose, Hans-Ulrich
Dr. Knaape, Hans-Hinrich
Körper, Fritz Rudolf
Kolbe, Regina
Kolbow, Walter
Koltzsch, Rolf
Krelkowski, Volkmar
Kubatschka, Horst
Dr. Kübler, Klaus
Kuessner, Hinrich
Dr. Küster, Uwe
Kuhlwein, Eckart
Lambinus, Uwe
Lange, Brigitte
von Larcher, Detlev
Lennartz, Klaus
Lörcher, Christa
Lohmann (Witten), Klaus
Dr. Lucyga, Christine
Maaß (Herne), Dieter
Marx, Dorle
Mascher, Ulrike

Matschie, Christoph
Matthäus-Maier, Ingrid
Mattischeck, Heide
Meckel, Markus
Mehl, Ulrike
Meißner, Herbert
Dr. Mertens (Bottrop),
Franz-Josef
Dr. Meyer (Ulm), Jürgen
Mosdorf, Siegmund
Müller (Düsseldorf), Michael
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Müller (Völklingen), Jutta
Müller (Zittau), Christian
Neumann (Bramsche), Volker
Neumann (Gotha), Gerhard
Dr. Niehuis, Edith
Dr. Niese, Rolf
Odendahl, Doris
Oesinghaus, Günter
Oostergetelo, Jan
Opel, Manfred
Dr. Otto, Helga
Palis, Kurt
Paterna, Peter
Peter (Kassel), Horst
Dr. Pick, Eckhart
Poß, Joachim
Reimann, Manfred
von Renesse, Margot
Rennebach, Renate
Reschke, Otto
Reuschenbach, Peter W.
Reuter, Bernd
Rixe, Günter
Schaich-Walch, Gudrun
Schanz, Dieter
Dr. Scheer, Hermann
Scheffler, Siegfried
Schily, Otto
Schloten, Dieter
Schmidbauer (Nürnberg),
Horst
Schmidt (Aachen), Ursula
Schmidt (Nürnberg), Renate
Schmidt (Salzgitter), Wilhelm
Schmidt-Zadel, Regina
Dr. Schmude, Jürgen
Dr. Schnell, Emil
Dr. Schöffberger, Rudolf
Schöler, Walter
Schröter, Gisela
Schröter, Karl-Heinz

Schütz, Dietmar
Dr. Schuster, R. Werner
Schwanhold, Ernst
Schwanitz, Rolf
Seidenthal, Bodo
Seuster, Lisa
Sielaff, Horst
Singer, Johannes
Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid
Dr. Soell, Hartmut
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia
Sorge, Wieland
Dr. Sperling, Dietrich
Steen, Antje-Marie
Stiegler, Ludwig
Dr. Struck, Peter
Tappe, Joachim
Terborg, Margitta
Dr. Thalheim, Gerald
Thierse, Wolfgang
Titze-Stecher, Uta
Toetemeyer, Hans-Günther
Urbaniak, Hans-Eberhard
Vergin, Siegfried
Verheugen, Günter
Dr. Vogel, Hans-Jochen
Voigt (Frankfurt), Karsten D.
Vosen, Josef
Wagner, Hans Georg
Wallow, Hans
Walter (Cochem), Ralf
Walther (Zierenberg), Rudi
Wartenberg (Berlin), Gerd
Dr. Wegner, Konstanze
Weiermann, Wolfgang
Weiler, Barbara
Weis (Stendal), Reinhard
Weisheit, Matthias
Weißgerber, Gunter
Weisskirchen (Wiesloch), Gert
Welt, Jochen
Wester, Hildegard
Westrich, Lydia
Wettig-Danielmeier, Inge
Dr. Wetzel, Margrit
Weyel, Gudrun
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wimmer (Neuötting),
Hermann
Dr. de With, Hans
Wittich, Berthold
Wohlleben, Verena

(B)

(D)

(A) Wolf, Hanna
Zapf, Uta
Dr. Zöpel, Christoph

F.D.P.

Baum, Gerhart Rudolf
Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Genschner, Hans-Dietrich
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Dr. Hirsch, Burkhard
Homburger, Birgit
Koppelin, Jürgen
Leutheusser-Schnarrenberger,
Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Peters, Lisa
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Semper, Sigrid

PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),

(B) Dr. Schumann
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Feige, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter

Dr. Bauer, Wolf
Baumelster, Brigitte
Belle, Meinrad
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Berling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlsen, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward
Carstens (Emstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Fallthäuser, Kurt
Feilcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberger, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Götttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzer, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünewald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhrr. von Hammerstein,
Carl-Delev

Harries, Klaus
 Haschke (Großhennersdorf),
 Gottfried
 Hassche (Jena), Udo
 Hasselfeldt, Gerda
 Haungs, Rainer
 Hauser (Esslingen), Otto
 Hauser (Rednitzhembach),
 Hansgeorg
 Hedrich, Klaus-Jürgen
 Heise, Manfred
 Dr. Hellwig, Renate
 Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
 Dr. Herr, Norbert
 Hiebing, Maria Anna
 Hinsken, Ernst
 Hintze, Peter
 Hörsken, Heinz-Adolf
 Hörster, Joachim
 Dr. Hoffacker, Paul
 Hollerith, Josef
 Dr. Hornhues, Karl-Heinz
 Hornung, Siegfried
 Hüppe, Hubert
 Jäger, Claus
 Jaffke, Susanne
 Dr. Jahn (Münster),
 Friedrich-Adolf
 Janovsky, Georg
 Jeltsch, Karin
 Dr. Jobst, Dionys
 Dr.-Ing. Jork, Rainer
 Dr. Jüttner, Egon
 Jung (Limburg), Michael
 Junghanns, Ulrich
 Dr. Kahl, Harald
 Kalb, Bartholomäus
 Kampeter, Steffen
 Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
 Karwatzki, Irmgard
 Kauder, Volker
 Keller, Peter
 Klechle, Ignaz
 Kittelmann, Peter
 Klein (Bremen), Günter
 Klein (München), Hans
 Klinkert, Ulrich
 Köhler (Hainspitz),
 Hans-Ulrich
 Dr. Köhler (Wolfsburg),
 Volkmär
 Dr. Kohl, Helmut
 Kolbe, Manfred
 Kors, Eva-Maria
 Koschyk, Hartmut
 Kossendey, Thomas
 Kraus, Rudolf
 Dr. Krause (Börgerende),
 Günther
 Krause (Dessau), Wolfgang
 Krey, Franz Heinrich
 Kriedner, Arnulf
 Kronberg, Heinz-Jürgen
 Dr.-Ing. Krüger, Paul
 Krziskewitz, Reiner
 Lamers, Karl
 Dr. Lammert, Norbert
 Lamp, Helmut
 Lattmann, Herbert
 Dr. Laufs, Paul
 Laumann, Karl-Josef
 Lehne, Klaus-Heiner
 Lenzer, Christian
 Dr. Lieberoth, Immo
 Limbach, Editha
 Link (Diepholz), Walter

Lintner, Eduard
 Dr. Lippold (Offenbach),
 Klaus W.
 Dr. Lischewski, Manfred
 Löwisch, Sigrun
 Lohmann (Lüdenscheld),
 Wolfgang
 Lummer, Heinrich
 Maaß (Wilhelmshaven), Erich
 Männle, Ursula
 Magin, Theo
 Dr. Mahlo, Dietrich
 Marienfeld, Claire
 Marschewski, Erwin
 Marten, Günter
 Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
 Martin
 Meckelburg, Wolfgang
 Meinl, Rudolf
 Dr. Merkel, Angela
 Michalk, Maria
 Michels, Meinolf
 Dr. Mildner, Klaus
 Dr. Möller, Franz
 Molnar, Thomas
 Müller (Kirchheim), Elmar
 Müller (Wadern),
 Hans-Werner
 Müller (Wesseling), Alfons
 Nelle, Engelbert
 Dr. Neuling, Christian
 Neumann (Bremen), Bernd
 Niedenthal, Erhard
 Nitsch, Johannes
 Nolte, Claudia
 Dr. Olderog, Rolf
 Ost, Friedhelm
 Oswald, Eduard
 Otto (Erfurt), Norbert
 Dr. Päselt, Gerhard
 Dr. Paziorek, Peter
 Pesch, Hans-Wilhelm
 Petzold, Ulrich
 Pfeifer, Anton
 Pfeiffer, Angelika
 Dr. Pfennig, Gero
 Dr. Pflüger, Friedbert
 Dr. Pinger, Winfried
 Pofalla, Ronald
 Dr. Pohler, Hermann
 Priebus, Rosemarie
 Dr. Probst, Albert
 Dr. Protzner, Bernd
 Pützhofen, Dieter
 Rahardt-Vahldieck, Susanne
 Raidel, Hans
 Dr. Ramsauer, Peter
 Rau, Rolf
 Rauen, Peter Harald
 Rawe, Wilhelm
 Reddemann, Gerhard
 Regenspurger, Otto
 Reichenbach, Klaus
 Dr. Reinartz, Bertold
 Reinhardt, Erika
 Repnik, Hans-Peter
 Dr. Rieder, Norbert
 Dr. Riedl (München), Erich
 Riegert, Klaus
 Dr. Riesenhuber, Heinz
 Ringkamp, Werner
 Rode (Wietzen), Helmut
 Rönsch (Wiesbaden),
 Hannelore
 Roitzsch (Quickborn), Ingrid
 Romer, Franz

(C)

(D)

- (A) Dr. Rose, Klaus
 Rossmanith, Kurt J.
 Roth (Gießen), Adolf
 Rother, Heinz
 Dr. Ruck, Christian
 Rühle, Volker
 Dr. Rüttgers, Jürgen
 Sauer (Salzgitter), Helmut
 Sauer (Stuttgart), Roland
 Schätzle, Ortrun
 Dr. Schäuble, Wolfgang
 Scharitz (Trier), Günther
 Schell, Manfred
 Schemken, Heinz
 Scheu, Gerhard
 Schmalz, Ulrich
 Schmidbauer, Bernd
 Dr. Schmidt, Christa
 Schmidt (Fürth), Christian
 Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
 Joachim
 Schmidt (Mülheim), Andreas
 Schmidt (Spiesen), Trudi
 Schmitz (Baesweiler),
 Hans Peter
 von Schmude, Michael
 Dr. Schneider (Nürnberg),
 Oscar
 Dr. Schockenhoff, Andreas
 Graf von Schönburg-
 Glauchau, Joachim
 Dr. Scholz, Rupert
 Frhr. von Schorlemer,
 Reinhard
 Schulhoff, Wolfgang
 Schulz (Leipzig), Gerhard
 Schwalbe, Clemens
 Schwarz, Stefan
- (B) Dr. Schwarz-Schilling,
 Christian
 Dr. Schwörer, Hermann
 Seehofer, Horst
 Seesing, Heinrich
 Seibel, Wilfried
 Seiters, Rudolf
 Sikora, Jürgen
 Skowron, Werner H.
 Sothmann, Bärbel
 Spilker, Karl-Heinz
 Spranger, Carl-Dieter
 Dr. Sprung, Rudolf
 Steinbach-Hermann, Erika
 Dr. Stercken, Hans
 Stockhausen, Karl
- Dr. Stoltenberg, Gerhard
 Strube, Hans-Gerd
 Stübgen, Michael
 Dr. Süßmuth, Rita
 Susset, Egon
 Szwed, Dorothea
 Tillmann, Ferdi
 Dr. Töpfer, Klaus
 Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Uldall, Gunnar
 Verhülsdonk, Roswitha
 Vogel (Ennepetal), Friedrich
 Vogt (Düren), Wolfgang
 Dr. Voigt (Northeim),
 Hans-Peter
 Dr. Vondran, Ruprecht
 Dr. Waffenschmidt, Horst
 Dr. Waigel, Theodor
 Graf von Waldburg-Zell, Alois
 Dr. Warnke, Jürgen
 Dr. Warrikoff, Alexander
 Werner (Ulm), Herbert
 Wetzel, Kersten
 Wiechatzek, Gabriele
 Dr. Wilms, Dorothee
 Wilz, Bernd
 Wimmer (Neuss), Willy
 Dr. Wisniewski, Roswitha
 Dr. Wittmann, Fritz
 Wittmann (Tannesberg),
 Simon
 Wohlrabe, Jürgen
 Wonneberger, Michael
 Wülfing, Elke
 Würzbach, Peter Kurt
 Yzer, Cornelia
 Zeitmann, Wolfgang
 Zierer, Benno
 Zöllner, Wolfgang
- SPD**
 Andres, Gerd
 Bernrath, Hans Gottfried
 Blunck (Uetersen), Lieselott
 Esters, Helmut
 Dr. Gautier, Fritz
 Hampel, Manfred
 Heistermann, Dieter
 Dr. Klejzinski, Karl-Heinz
 Dr. Leonhard, Elke
 Dr. Penner, Wilfried
 Rappe (Hildesheim), Hermann
- Schluckebier, Günter
 Schreiner, Ottmar
 Steiner, Heinz-Alfred
 Waltemathe, Ernst
- F.D.P.
 Albowitz, Ina
 Bredehorn, Günther
 Eimer (Fürth), Norbert
 Engelhard, Hans A.
 van Essen, Jörg
 Dr. Feldmann, Olaf
 Friedhoff, Paul K.
 Friedrich, Horst
 Funke, Rainer
 Dr. Funke-Schmitt-Rink,
 Margret
 Gallus, Georg
 Ganschow, Jörg
 Gries, Ekkehard
 Grüner, Martin
 Hansen, Dirk
 Heinrich, Ulrich
 Dr. Hirschler, Walter
 Dr. Hoth, Sigrid
 Dr. Hoyer, Werner
 Irmer, Ulrich
 Dr. Jordan, Jens
 Kleinert (Hannover), Detlef
 Kohn, Roland
 Dr. Kolb, Heinrich L.
 Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
 Dr. Graf Lambsdorff, Otto
 Dr. Menzel, Bruno
 Mischnick, Wolfgang
 Nolting, Günther Friedrich
 Dr. Ortleb, Rainer
 Otto (Frankfurt),
 Hans-Joachim
 Paintner, Johann
 Parr, Detlef
 Dr. Pohl, Eva
 Richter (Bremerhaven),
 Manfred
 Rind, Hermann
 Dr. Röhl, Klaus
 Schäfer (Mainz), Helmut
 Schmalz-Jacobsen, Cornelia
 Schmidt (Dresden), Arno
 Dr. Schnittler, Christoph
 Schüßler, Gerhard
 Schuster, Hans
- Dr. Schwaetzer, Irmgard
 Sehn, Marita
 Seiler-Albring, Ursula
 Dr. Solms, Hermann Otto
 Dr. Starnick, Jürgen
 Dr. von Teichman, Cornelia
 Thiele, Carl-Ludwig
 Timm, Jürgen
 Türk, Jürgen
 Walz, Ingrid
 Dr. Weng (Gerlingen),
 Wolfgang
 Wolfgramm (Göttingen),
 Torsten
 Zywieltz, Werner
- Fraktionslos**
 Lowack, Ortwin
- Enthalten**
- CDU/CSU**
 Dr. Freiherr von Stetten, Wolf-
 gang
- SPD**
 Berger, Hans
 Dr. Ehmke (Bonn), Horst
 Kastning, Ernst
 Koschnick, Hans
 Schulte (Hamel), Brigitte
 Dr. Wernitz, Axel
- F.D.P.**
 Dr. Babel, Gisela
 Cronenberg (Arnsberg),
 Dieter-Julius
 Dr. Thomae, Dieter
 Zurheide, Burkhard
- (C)
- (D)

(A) Anlage 35

(C)

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82 a Abs. 2 und 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 14 [teilweise] und 12/8165 I Nr. 5) *)

Abgegebene Stimmen: 631; davon:

ja:	222
nein:	398
enthalten:	9
ungültig:	2

*) Vgl. Seite 21032A, B

(B)	Ja	Graf, Günter	Matthäus-Maier, Ingrid	Schwanitz, Rolf	(D)
	SPD	Haack (Extertal), Karl Hermann	Mattischeck, Heide	Seidenhail, Bodo	
		Habermann, Michael	Meckel, Markus	Seuster, Lisa	
		Hacker, Hans-Joachim	Mehl, Ulrike	Sielaff, Horst	
		Hämmerle, Gerlinde	Meißner, Herbert	Singer, Johannes	
		Hanewinkel, Christel	Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid	
		Dr. Hartenstein, Liesel	Dr. Meyer (Ulm), Jürgen	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia	
		Hasenfratz, Klaus	Mosdorf, Siegmard	Sorge, Wieland	
		Dr. Hauchler, Ingomar	Müller (Düsseldorf), Michael	Dr. Sperling, Dietrich	
		Heyenn, Günther	Müller (Völklingen), Jutta	Steen, Antje-Marie	
		Hiller (Lübeck), Reinhold	Müller (Zittau), Christian	Stiegler, Ludwig	
		Hilsberg, Stephan	Neumann (Bramsche), Volker	Dr. Struck, Peter	
		Dr. Holtz, Uwe	Neumann (Gotha), Gerhard	Tappe, Joachim	
		Horn, Erwin	Dr. Niehuis, Edith	Terborg, Margitta	
		Huonker, Gunter	Dr. Niese, Rolf	Dr. Thalheim, Gerald	
		Ibrügger, Lothar	Odendahl, Doris	Thierse, Wolfgang	
		Iwersen, Gabriele	Oesinghaus, Günter	Titze-Stecher, Uta	
		Janz, Ilse	Oostergetelo, Jan	Toetmeyer, Hans-Günther	
		Dr. Janzen, Ulrich	Opel, Manfred	Urbanik, Hans-Eberhard	
		Jaunich, Horst	Dr. Otto, Helga	Vergin, Siegfried	
		Dr. Jens, Uwe	Palis, Kurt	Verheugen, Günter	
		Jung (Düsseldorf), Volker	Paterna, Peter	Dr. Vogel, Hans-Jochen	
		Jungmann (Wittmoldt), Horst	Peter (Kassel), Horst	Voigt (Frankfurt), Karsten D.	
		Kastner, Susanne	Dr. Pick, Eckhart	Vosen, Josef	
		Kemper, Hans-Peter	Poß, Joachim	Wagner, Hans Georg	
		Kirschner, Klaus	Reimann, Manfred	Wallow, Hans	
		Klappert, Marianne	von Renesse, Margot	Walter (Cochem), Ralf	
		Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz	Rennebach, Renate	Walther (Zierenberg), Rudi	
		Klemmer, Siegrun	Reschke, Otto	Wartenberg (Berlin), Gerd	
		Dr. Knaape, Hans-Hinrich	Reuter, Bernd	Dr. Wegner, Konstanze	
		Körper, Fritz Rudolf	Rixe, Günter	Weiermann, Wolfgang	
		Kolbe, Regina	Schleich-Walch, Gudrun	Weiler, Barbara	
		Kolbow, Walter	Schanz, Dieter	Weis (Stendal), Reinhard	
		Koltzsch, Rolf	Dr. Scheer, Hermann	Weisheit, Matthias	
		Kretkowski, Volkmar	Scheffler, Siegfried	Weißgerber, Gunter	
		Kubatschka, Horst	Schily, Otto	Weisskirchen (Wiesloch), Gert	
		Dr. Kübler, Klaus	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	Welt, Jochen	
		Kuessner, Hinrich	Schmidt (Aachen), Ursula	Wester, Hildegard	
		Dr. Küster, Uwe	Schmidt (Nürnberg), Renate	Westrich, Lydia	
		Kuhlwein, Eckart	Schmidt (Salzgitter), Wilhelm	Wettig-Danielmeier, Inge	
		Lambinus, Uwe	Schmidt-Zadel, Regina	Dr. Wetzel, Margrit	
		Lange, Brigitte	Dr. Schmude, Jürgen	Weyel, Gudrun	
		von Larcher, Dellev	Dr. Schnell, Emil	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	
		Lennartz, Klaus	Dr. Schöffberger, Rudolf	Wiefelspütz, Dieter	
		Lörcher, Christa	Schöler, Walter	Wimmer (Neuötting), Hermann	
		Lohmann (Witten), Klaus	Schröter, Gisela	Wittich, Berthold	
		Dr. Lucyga, Christine	Schröter, Karl-Heinz	Wohlleben, Verena	
		Maaß (Herne), Dieter	Schütz, Dietmar	Wolf, Hanna	
		Marx, Dorle	Dr. Schuster, R. Werner	Zapf, Uta	
		Mascher, Ulrike	Schwanhold, Ernst	Dr. Zöpel, Christoph	
		Matschke, Christoph			

(A) PDS/Linke Liste

Bläss, Petra
Dr. Fuchs, Ruth
Dr. Gysi, Gregor
Henn, Bernd
Dr. Heuer, Uwe-Jens
Dr. Höll, Barbara
Jelpke, Ulla
Dr. Keller, Dietmar
Lederer, Andrea
Dr. Modrow, Hans
Philipp, Ingeborg
Dr. Schumann (Kroppenstedt),
Fritz
Dr. Seifert, Ilja

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Felge, Klaus-Dieter
Köppe, Ingrid
Poppe, Gerd
Schulz (Berlin), Werner
Dr. Ullmann, Wolfgang
Weiß (Berlin), Konrad
Wollenberger, Vera

Fraktionslos

Dr. Briefs, Ulrich
Hackel, Heinz-Dieter
Lowack, Ortwin
Schenk, Christina
Stachowa, Angela

(B)

Nein

CDU/CSU

Dr. Ackermann, Else
Adam, Ulrich
Dr. Altherr, Walter Franz
Augustin, Anneliese
Augustinowitz, Jürgen
Austermann, Dietrich
Bargfrede, Heinz-Günter
Dr. Bauer, Wolf
Belle, Meinrad
Baumeister, Brigitte
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine
Bierling, Hans-Dirk
Blank, Renate
Dr. Blens, Heribert
Bleser, Peter
Dr. Blüm, Norbert
Böhm (Melsungen), Wilfried
Dr. Böhmer, Maria
Bömsen (Bönstrup), Wolfgang
Dr. Bötsch, Wolfgang
Bohl, Friedrich
Bohlson, Wilfried
Borchert, Jochen
Breuer, Paul
Brudlewsky, Monika
Brunnhuber, Georg
Bühler (Bruchsal), Klaus
Büttner (Schönebeck),
Hartmut
Buwitt, Dankward

Carstens (Ernstek), Manfred
Carstensen (Nordstrand),
Peter Harry
Clemens, Joachim
Dehnel, Wolfgang
Dempwolf, Gertrud
Deres, Karl
Deß, Albert
Diemers, Renate
Dörflinger, Werner
Doss, Hansjürgen
Dr. Dregger, Alfred
Echternach, Jürgen
Ehlers, Wolfgang
Ehrbar, Udo
Eichhorn, Maria
Engelmann, Wolfgang
Eppelmann, Rainer
Erler (Waldbrunn), Wolfgang
Eylmann, Horst
Eymer, Anke
Falk, Ilse
Dr. Falthäuser, Kurt
Fellcke, Jochen
Dr. Fell, Karl H.
Fischer (Hamburg), Dirk
Fockenberg, Winfried
Francke (Hamburg), Klaus
Frankenhauser, Herbert
Dr. Friedrich, Gerhard
Fritz, Erich G.
Fuchtel, Hans-Joachim
Ganz (St. Wendel), Johannes
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy
Geiger, Michaela
Geis, Norbert
Dr. Geißler, Heiner
Dr. von Geldern, Wolfgang
Gerster (Mainz), Johannes
Gibtner, Horst
Glos, Michael
Dr. Göhner, Reinhard
Göttsching, Martin
Götz, Peter
Dr. Götzler, Wolfgang
Gres, Joachim
Grochtmann, Elisabeth
Gröbl, Wolfgang
Grotz, Claus-Peter
Dr. Grünwald, Joachim
Günther (Duisburg), Horst
Fhr. von Hammerstein,
Carl-Detlev
Harries, Klaus
Haschke (Großhennersdorf),
Gottfried
Haschke (Jena), Udo
Hasselfeldt, Gerda
Haungs, Rainer
Hauser (Esslingen), Otto
Hauser (Rednitzhembach),
Hansgeorg
Hedrich, Klaus-Jürgen
Heise, Manfred
Dr. Hellwig, Renate
Dr. h. c. Herkenrath, Adolf
Dr. Herr, Norbert
Hiebing, Maria Anna
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hörsken, Heinz-Adolf
Hörster, Joachim
Dr. Hoffacker, Paul
Hollerith, Josef
Dr. Hornhues, Karl-Heinz
Hornung, Siegfried

Hüppe, Hubert
Jäger, Claus
Jaffke, Susanne
Dr. Jahn (Münster),
Friedrich-Adolf
Janovsky, Georg
Jeltsch, Karin
Dr. Jobst, Dionys
Dr.-Ing. Jork, Rainer
Dr. Jüttner, Egon
Jung (Limburg), Michael
Junghanns, Ulrich
Dr. Kahl, Harald
Kalb, Bartholomäus
Kampeter, Steffen
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar
Karwatzki, Irmgard
Kauder, Volker
Keller, Peter
Kiechle, Ignaz
Kittelmann, Peter
Klein (Bremen), Günter
Klein (München), Hans
Klinkert, Ulrich
Köhler (Hainspitz),
Hans-Ulrich
Dr. Köhler (Wolfsburg),
Volkmar
Dr. Kohl, Helmut
Kolbe, Manfred
Kors, Eva-Maria
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kraus, Rudolf
Dr. Krause (Börgerende),
Günther
Krause (Dessau), Wolfgang
Krey, Franz Heinrich
Kriedner, Arnulf
Kronberg, Heinz-Jürgen
Dr.-Ing. Krüger, Paul
Krziskewitz, Reiner
Lamers, Karl
Dr. Lammert, Norbert
Lamp, Helmut
Lattmann, Herbert
Dr. Laufs, Paul
Laumann, Karl-Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Lenzer, Christian
Dr. Lieberoth, Immo
Limbach, Editha
Link (Diepholz), Walter
Lintner, Eduard
Dr. Lippold (Offenbach),
Klaus W.
Dr. Lischewski, Manfred
Löwisch, Sigrun
Lohmann (Lüdenscheld),
Wolfgang
Lumner, Heinrich
Maaß (Wilhelmshaven), Erich
Männle, Ursula
Magin, Theo
Dr. Mahlo, Dietrich
Marienfeld, Claire
Marschewski, Erwin
Marten, Günter
Dr. Mayer (Siegertsbrunn),
Martin
Meckelburg, Wolfgang
Meinl, Rudolf
Dr. Merkel, Angela
Michalk, Maria
Michels, Meinolf
Dr. Mildner, Klaus

Dr. Möller, Franz
Molnar, Thomas
Müller (Kirchheim), Elmar
Müller (Wadern),
Hans-Werner
Müller (Wesseling), Alfons
Nelle, Engelbert
Dr. Neuling, Christian
Neumann (Bremen), Bernd
Niedenthal, Erhard
Nitsch, Johannes
Nolte, Claudia
Dr. Olderog, Rolf
Ost, Friedhelm
Oswald, Eduard
Otto (Erfurt), Norbert
Dr. Päselt, Gerhard
Dr. Paziorek, Peter
Pesch, Hans-Wilhelm
Petzold, Ulrich
Pfeifer, Anton
Pfeiffer, Angelika
Dr. Pfennig, Gero
Dr. Pflüger, Friedbert
Dr. Pinger, Winfried
Pofalla, Ronald
Dr. Pohler, Hermann
Priebus, Rosemarie
Dr. Probst, Albert
Dr. Protzner, Bernd
Pützhofer, Dieter
Rahardt-Vahldieck, Susanne
Raidel, Hans
Dr. Ramsauer, Peter
Rau, Rolf
Rauen, Peter Harald
Rawe, Wilhelm
Reddemann, Gerhard
Regenspürger, Otto
Reichenbach, Klaus
Dr. Reinartz, Bertold
Reinhardt, Erika
Repnik, Hans-Peter
Dr. Rieder, Norbert
Dr. Riedl (München), Erich
Riegert, Klaus
Dr. Riesenhuber, Heinz
Ringkamp, Werner
Rode (Wietzen), Helmut
Rönsch (Wiesbaden),
Hannelore
Roitzsch (Quickborn), Ingrid
Romer, Franz
Dr. Rose, Klaus
Rossmanith, Kurt J.
Roth (Gießen), Adolf
Rother, Heinz
Dr. Ruck, Christian
Rühe, Volker
Dr. Rüttgers, Jürgen
Sauer (Salzgitter), Helmut
Sauer (Stuttgart), Roland
Schätzle, Ortrun
Dr. Schäuble, Wolfgang
Schartz (Trier), Günther
Schell, Manfred
Schemken, Heinz
Scheu, Gerhard
Schmalz, Ulrich
Schmidbauer, Bernd
Dr. Schmidt, Christa
Schmidt (Fürth), Christian
Dr.-Ing. Schmidt (Halsbrücke),
Joachim
Schmidt (Mülheim), Andreas
Schmidt (Spiesen), Trudi

(C)

(D)

- (A) Schmitz (Baesweiler), Hans Peter
von Schmude, Michael
Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar
Dr. Schockenhoff, Andreas
Graf von Schönburg-Glauchau, Joachim
Dr. Scholz, Rupert
Frhr. von Schorlemer, Reinhard
Schulhoff, Wolfgang
Schulz (Leipzig), Gerhard
Schwalbe, Clemens
Schwarz, Stefan
Dr. Schwarz-Schilling, Christian
Dr. Schwörer, Hermann
Seehofer, Horst
Seesing, Heinrich
Seibel, Wilfried
Seiters, Rudolf
Sikora, Jürgen
Skowron, Werner H.
Sothmann, Bärbel
Spilker, Karl-Heinz
Spranger, Carl-Dieter
Dr. Sprung, Rudolf
Steinbach-Hermann, Erika
Dr. Stercken, Hans
Dr. Frhr. von Stetten, Wolfgang
Stockhausen, Karl
Dr. Stoltenberg, Gerhard
Strube, Hans-Gerd
Stübgen, Michael
Dr. Süßmuth, Rita
Susset, Egon
(B) Szwed, Dorothea
Tillmann, Ferdi
Dr. Töpfer, Klaus
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
Udall, Gunnar
Verhülsdonk, Roswitha
Vogel (Ennepetal), Friedrich
Vogt (Düren), Wolfgang
Dr. Voigt (Northelm), Hans-Peter
Dr. Vondran, Ruprecht
Dr. Waffenschmidt, Horst
Dr. Waigel, Theodor
- Graf von Waldburg-Zeil, Alois
Dr. Warnke, Jürgen
Dr. Warikoff, Alexander
Werner (Ulm), Herbert
Wetzel, Kersten
Wiechatzek, Gabriele
Dr. Wilms, Dorothee
Wilz, Bernd
Wimmer (Neuss), Willy
Dr. Wisniewski, Roswitha
Dr. Wittmann, Fritz
Wittmann (Tannesberg), Simon
Wohlrabe, Jürgen
Wonneberger, Michael
Wülfing, Elke
Würzbach, Peter Kurt
Yzer, Cornelia
Zeitmann, Wolfgang
Zierer, Benno
Zöller, Wolfgang
- SPD**
Andres, Gerd
Bernrath, Hans Gottfried
Blunck (Uetersen), Lieselott
Esters, Helmut
Dr. Gaultier, Fritz
Hampel, Manfred
Heistermann, Dieter
Jäger, Renate
Kastning, Ernst
Dr. Leonhard, Elke
Müller (Schweinfurt), Rudolf
Dr. Penner, Willfried
Rappe (Hildesheim), Hermann
Reuschenbach, Peter W.
Schloten, Dieter
Schluckebier, Günter
Schreiner, Ottmar
Dr. Soell, Hartmut
Steiner, Heinz-Alfred
Waltemathe, Ernst
- F.D.P.**
Albowitz, Ina
Beckmann, Klaus
- Dr. Blunk (Lübeck), Michaela
Bredehorn, Günther
Cronenberg (Arnsberg), Dieter-Julius
Elmer (Fürth), Norbert
Engelhard, Hans A.
van Essen, Jörg
Dr. Feldmann, Olaf
Friedhoff, Paul K.
Friedrich, Horst
Funke, Rainer
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret
Gallus, Georg
Ganschow, Jörg
Genscher, Hans-Dietrich
Gries, Ekkehard
Grüner, Martin
Günther (Plauen), Joachim
Dr. Guttmacher, Karlheinz
Hansen, Dirk
Heinrich, Ulrich
Dr. Hirsch, Burkhard
Dr. Hitschler, Walter
Dr. Hoth, Sigrid
Dr. Hoyer, Werner
Irmer, Ulrich
Dr. Jordan, Jens
Kleinert (Hannover), Detlef
Kohn, Roland
Dr. Kolb, Heinrich L.
Koppelin, Jürgen
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans
Dr. Graf Lambsdorff, Otto
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine
Lüder, Wolfgang
Lühr, Uwe
Dr. Menzel, Bruno
Mischnick, Wolfgang
Nolting, Günther Friedrich
Dr. Ortleb, Rainer
Otto (Frankfurt), Hans-Joachim
Paintner, Johann
Parr, Detlef
Peters, Lisa
Dr. Pohl, Eva
Richter (Bremerhaven), Manfred
Rind, Hermann
- Dr. Röhl, Klaus
(C) Schäfer (Mainz), Helmut
Schmalz-Jacobsen, Cornelia
Schmidt (Dresden), Arno
Dr. Schmieder, Jürgen
Dr. Schnittler, Christoph
Schüssler, Gerhard
Schuster, Hans
Dr. Schwaetzer, Irmgard
Sehn, Marita
Seiler-Albring, Ursula
Dr. Semper, Sigrid
Dr. Solms, Hermann Otto
Dr. Starnick, Jürgen
Dr. von Teichman, Cornelia
Thiele, Carl-Ludwig
Dr. Thomae, Dieter
Timm, Jürgen
Türk, Jürgen
Walz, Ingrid
Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgang
Wolfgang (Göttingen), Torsten
Zurheide, Burkhard
Zywietz, Werner
- Enthalten**
SPD
Berger, Hans
Dr. Ehmke (Bonn), Horst
Klose, Hans-Ulrich
Koschnick, Hans
Schulte (Hameln), Brigitte
Dr. Wernitz, Axel
Dr. de With, Hans
- F.D.P.**
Dr. Babel, Gisela
Homburger, Birgit
- (D)

Berichtigung

238. Sitzung, Seite 20954 A, 1. bis 3. Zeile: Die Worte „der religiösen Transzendenz als mögliche Ersatzalternative gegenübergestellt“ sind ohne Anführungszeichen zu lesen.

Berichtigungen

238. Sitzung, erster Nachtrag:

Seite I Anlage 4, dritte Zeile von unten: Statt „(beide SPD)“ ist „(beide CDU/CSU)“ zu lesen.

Seite II Anlage 14: Statt „(Zweite Beratung)“ ist „(Dritte Beratung)“ zu lesen.

Seite II Anlage 18: Statt „(Dritte Beratung)“ ist „(Zweite Beratung)“ zu lesen.

Seite 21079* Anlage 14: Statt „(Zweite Beratung)*“ Vgl. Seite 21033 A ist „(Dritte Beratung)*“ Vgl. Seite 21033 C zu lesen.

Seite 21091* Anlage 18: Statt „(Dritte Beratung)*“ Vgl. Seite 21033 C ist „(Zweite Beratung)*“ Vgl. Seite 21033 A zu lesen.

7 A Seiten
198 Seiten

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

238. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 30. Juni 1994

Inhalt:

Erweiterung der Tagesordnung 20947 A

Tagesordnungspunkt 17:

Verfassungsdebatte

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a) (Drucksachen 12/6633, 12/8165)
- b) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines . . . **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Drucksachen 12/6323, 12/8165, 12/8166)
- c) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes** (Drucksachen 12/6570, 12/8165, 12/8167)
- d) Zweite und dritte Beratung des von dem Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verfassungsreform** (Drucksachen 12/6686, 12/8165, 12/8169)
- e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Durchführung eines Verfassungsreferendums nach Artikel 146 des Grundgesetzes** (Drucksachen 12/6716, 12/8165)
- f) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann, Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes über die Direktwahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin** (Drucksachen 12/6105, 12/8165)
- g) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ingrid Köppe, Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Betr.: Datenschutz und Informationsfreiheit) (Drucksachen 12/5695, 12/8165)
- h) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann, Ingrid Köppe, Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz** (Drucksachen 12/3826, 12/8165, 12/8168)
- i) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a) (Drucksachen 12/7109, 12/8165)
- j) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses zu dem Bericht der **Gemeinsamen Verfassungskommission gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages** — Drucksa-

chen 12/1590, 12/1670 — und Beschluß des Bundesrates — Drucksache 741/91 (Beschluß) — (Drucksachen 12/6000, 12/8165)		Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten CDU/CSU	20995 B
k) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Konrad Elmer, Susanne Rahardt-Vahldieck und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a) (Drucksachen 12/6708, 12/8165)		Ulrike Mascher SPD	20996 B
Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) CDU/CSU		Dr. Christoph Schnittler F.D.P.	20997 C
Dr. Ilja Seifert PDS/Linke Liste		Dr. Heiner Geißler CDU/CSU	20998 C
Dr. Burkhard Hirsch F.D.P.		Regina Kolbe SPD	20999 B
Dr. Hans-Jochen Vogel SPD		Dr. Gisela Babel F.D.P.	21000 A
Detlef Kleinert (Hannover) F.D.P.		Petra Bläss PDS/Linke Liste	21001 A
Dr. Uwe-Jens Heuer PDS/Linke Liste		Konrad Weiß (Berlin) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	21002 A
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Erika Steinbach CDU/CSU	21003 A
Dr. Theodor Waigel, Bundesminister BMF		Hermann Bachmaier SPD	21003 C
Dr. Hans-Jochen Vogel SPD		Ulrich Irmer F.D.P.	21004 C
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Dr. Barbara Höll PDS/Linke Liste	21005 C
Dr. Burkhard Hirsch F.D.P.		Maria Michalk CDU/CSU	21006 B
Dr. Henning Voscherau, Präsident des Senats (Hamburg)		Dr. R. Werner Schuster SPD	21007 B
Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster) CDU/CSU		Heinrich Seesing CDU/CSU	21008 D
Dr. Jürgen Schmude SPD		Dr. Konstanze Wegner SPD	21009 C
Dr. Burkhard Hirsch F.D.P.		Susanne Rahardt-Vahldieck CDU/CSU	21010 C
Manfred Kanther, Bundesminister BMI		Dr. Edith Niehuis SPD	21011 D
Christel Hanewinkel SPD		Dr. Berthold Reinartz CDU/CSU	21013 A
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) F.D.P.		Freimut Duve SPD	21014 A
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) F.D.P.		Horst Eylmann CDU/CSU	21014 B
Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident (Bayern)		Dr. Ulrich Briefs fraktionslos	21015 B
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin BMJ		Ortwin Lowack fraktionslos	21015 D
Dr. Franz Möller CDU/CSU		Norbert Geis CDU/CSU	21016 C
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink F.D.P.		Dr. Jürgen Schmude SPD	21018 D
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident (Thüringen)		Dr. Wolfgang Schäuble CDU/CSU	21020 D
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink F.D.P.		Burkhard Zurheide F.D.P.	21022 A
Dr. Ilja Seifert PDS/Linke Liste		Dr. Gregor Gysi PDS/Linke Liste	21024 C
Gerd Poppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Werner Schulz (Berlin) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	21026 A
Dr. Angela Merkel, Bundesministerin BMFJ		Dr. Rupert Scholz CDU/CSU	21026 C
Dr. Konrad Elmer SPD		Dr. Hans-Jochen Vogel SPD (zur GO)	21031 C
		Dr. Jürgen Rüttgers CDU/CSU (zur GO)	21034 C
		Dr. Peter Struck SPD (zur GO)	21034 D
		Dr. Jürgen Schmude SPD (Erklärung nach § 31 GO)	21035 D
		Dr. Rupert Scholz CDU/CSU (Erklärung nach § 31 GO)	21036 A
		Manfred Richter (Bremerhaven) F.D.P. (Erklärung nach § 31 GO)	21036 C
		Dr. Burkhard Hirsch F.D.P. (Erklärung nach § 31 GO)	21036 D
		Otto Schily SPD (Erklärung nach § 31 GO)	21037 A
		Jan Oostergetelo SPD (Erklärung nach § 31 GO)	21037 B

Johannes Gerster (Mainz) CDU/CSU (Erklärung nach § 31 GO)	21037 B
Dr. Jürgen Meyer (Ulm) SPD (Erklärung nach § 31 GO)	21037 D
Namentliche Abstimmungen *)	21029 A, 21029 D, 21030 C, 21031 A, C, 21032 A, C, 21033 B, 21035 A
Ergebnisse)*	21029 B, 21030 A, C, 21031 A, D, 21032 B, 21033 A, C, 21038 B

Zusatztagesordnungspunkt 10:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (**Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz**) (Drucksachen 12/4887, 12/5108, 12/5190, 12/7588, 12/7593, 12/7875, 12/7832)

21038 C

Zusatztagesordnungspunkt 11:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem **Fünften Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes** (Drucksachen 12/6480, 12/7554, 12/7572, 12/7874, 12/8015, 12/7996)

21038 D

*) Die endgültigen Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden mit den Namenslisten in einem ersten und einem zweiten Nachtrag zu diesem Plenarprotokoll abgedruckt.

Zusatztagesordnungspunkt 12:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen (**Sachenrechtsänderungsgesetz**) (Drucksachen 12/5992, 12/7425, 12/7668, 12/8204)

21039 A

Tagesordnungspunkt 19s:

s) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Regelung der finanziellen Voraussetzungen für die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg** (Drucksachen 12/7818, 12/8212, 12/8213)

Nächste Sitzung 21039 D

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . 21041 * A

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede zu Tagesordnungspunkt 17 (Verfassungsdebatte)

Dr. Norbert Lammert CDU/CSU 21041 * C

Anlage 3

Ämtliche Mitteilungen 21043 * B

Deutscher Bundestag

Erster Nachtrag zum Stenographischen Bericht

238. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 30. Juni 1994

Inhalt:

Anlage 4

Erklärungen nach § 31 GO zur Abstimmung über die unter Tagesordnungspunkt 17 aufgeführten Vorlagen (Änderung des Grundgesetzes)

<i>Angelika Barbe SPD</i>	21045* A
<i>Wolfgang Bönnsen (Bönstrup) CDU/CSU</i>	21045* D
<i>Freimut Duve SPD</i>	21046* C
<i>Michael Glos CDU/CSU</i>	21047* A
<i>Klaus-Jürgen Hedrich CDU/CSU</i>	21047* C
<i>Dr. Barbara Höll PDS/Linke Liste</i>	21047* D
<i>Ulrich Klinkert CDU/CSU</i>	21048* B
<i>Regina Kolbe SPD</i>	21048* C
<i>Herbert Lattmann CDU/CSU</i>	21049* A
<i>Maria Michalk CDU/CSU</i>	21049* B
<i>Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Dr. Peter Glotz, Ernst Kastning, Eckart Kuhlwein, Christa Lörcher, Günter Rixe, Ursula Schmidt (Aachen), Siegfried Vergin, Hildegard Wester, Gert Weisskirchen (Wiesloch) (alle SPD)</i>	21049* C
<i>Christian Müller (Zittau) SPD</i>	21050* C
<i>Heinz Schemken, Hans-Wilhelm Pesch (beide SPD)</i>	21051* A
<i>Wilhelm Schmidt (Salzgitter) SPD</i>	21051* B
<i>Gunter Weißgerber SPD</i>	21051* D

Anlage 5

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrach-

ten Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 3, 20 a, 20 b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118 a und 125 a) (Drucksachen 12/6633, 12/8165) . 21052* A

Anlage 6

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8172 . 21055* A

Anlage 7

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8173 . 21058* A

Anlage 8

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8174 . 21061* A

Anlage 9

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/8175 . 21064* A

Anlage 10

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 2 (Art. 74 und 125 a GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 . 21067* A

Anlage 11

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 3 (Art. 75, 76, 77, 80 und 125 GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 21070* A

Anlage 12

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch und weiteren Abgeordneten auf Drucksache 12/8199 (neu) 21073* A

Anlage 13

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 4 (Art. 20 b GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 (Zweite Beratung) 21076* A

Anlage 14

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 6 (Präambel des GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 (Zweite Beratung) 21079* A

Anlage 15

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 7 (Art. 6 GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 21082* A

Anlage 16

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 8 (Art. 20 a Abs. 2 GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 21085* A

Anlage 17

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 4 (Art. 20 b GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 21088* A

Anlage 18

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über I. Nr. 6 (Präambel des GG) der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 12/8165 (Dritte Beratung) 21091* A

Anlage 19

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Konrad Elmer und weiteren Abgeordneten auf Drucksache 12/8171 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes — Drucksache 12/6708 21094* A

Anlage 20

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von den Abgeordneten Dr. Konrad Elmer und weiteren Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 2 a) — Drucksache 12/6708 21097* A

Deutscher Bundestag

Zweiter Nachtrag zum Stenographischen Bericht

238. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 30. Juni 1994

Inhalt:

Anlage 21

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a, Artikel 5 Abs. 2 a, Artikel 45 d) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 2, 5, 12 und 12/8165 I Nr. 5) 21101* A

Anlage 22

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Abs. 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 3 a und 12/8165 I Nr. 5) . . . 21104* A

Anlage 23

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 4 Abs. 3, Artikel 12 a Abs. 1 u. 2) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 4, 7 a, 7 b und 12/8165 I Nr. 5) 21107* A

Anlage 24

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 2 [neu] (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 b und 12/8165 I Nr. 5) 21110* A

Anlage 25

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 3 [neu] (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 c und 12/8165 I Nr. 5) 21113* A

Anlage 26

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 4 bis 6) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 6 d bis 6 g und 12/8165 I Nr. 5) 21116* A

Anlage 27

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20 b) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8 b und 12/8165 I Nr. 5) 21119* A

Anlage 28

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20 c) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8 c und 12/8165 I Nr. 5) 21122* A

Anlage 29

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20d) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8d und 12/8165 I Nr. 5) 21125* A

Anlage 30

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20e) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 8e und 12/8165 I Nr. 5) 21128* A

Anlage 31

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 9a bis 9c und 12/8165 I Nr. 5) *) 21131* A

Anlage 32

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

(Artikel 28 Abs. 1 Satz 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 10 und 12/8165 I Nr. 5) 21134* A

Anlage 33

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 11 und 12/8165 I Nr. 5) 21137* A

Anlage 34

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82a Abs. 1) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 13, 14 [teilweise] und 12/8165 I Nr. 5) 21140* A

Anlage 35

Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82a Abs. 2 und 3) (Drucksachen 12/6323 Artikel 1 Nr. 14 [teilweise] und 12/8165 I Nr. 5) 21143* A

Berichtigungen 21145*